

Konzernabschluss und Konzernlagebericht der
Bremer Landesbank nach IFRS zum
31. Dezember 2016

Der Bremer Landesbank-Konzern im Überblick

| Konzernergebnisrechnung | 01.01. – 31.12.2016 | 01.01. – 31.12.2015 | Veränderung | |
|--|----------------------|---------------------|--------------------|-----------------|
| | Mio. € | Mio. € | Mio. € | % |
| Zinsüberschuss | 365 | 413 | -48 | -12 |
| Risikovorsorge im Kreditgeschäft | -1.547 | -341 | -1.206 | >100 |
| Provisionsüberschuss | 24 | 41 | -17 | -41 |
| Ergebnis aus erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten einschließlich Hedge Accounting | 0 | 57 | -57 | -100 |
| Sonstiges betriebliches Ergebnis | 12 | 9 | 3 | 33 |
| Verwaltungsaufwand | 212 | 193 | 19 | 10 |
| Finanzanlageergebnis | 3 | 10 | -7 | -70 |
| Ergebnis aus nach der Equity-Methode bilanzierten Finanzanlagen | 5 | 8 | -3 | -38 |
| Restrukturierungsergebnis | 37 | 0 | 37 | >100 |
| Ergebnis vor Steuern | -1.387 | 4 | -1.391 | >-100 |
| Ertragsteuern | -5 | -1 | -4 | >100 |
| Konzernergebnis | -1.382 | 5 | -1.387 | >-100 |
| Kennzahlen | | | | |
| Cost-Income-Ratio (CIR) | 53,40 % | 36,50 % | - | 46 |
| Eigenkapitalrentabilität (vor Steuern) | n. a. | 0,20 % | - | - |
| Bilanzzahlen | | | | |
| | 31.12.2016 | 31.12.2015 | Veränderung | |
| Bilanzielles Eigenkapital | 495 ¹⁾ | 1.904 | -1.409 | -74 |
| Aufsichtsrechtliches Eigenkapital | 1.246 | 1.839 | -593 | -32 |
| davon Kernkapital (CRR) | 601 | 1.487 | -886 | -60 |
| Risikogewichtete Aktiva | 11.361 | 13.815 | -2.454 | -18 |
| Bilanzielle Eigenkapitalquote | 4,36 % | 13,78 % | - | -68 |
| Gesamtkapitalquote | 10,97 % | 13,31 % | - | -18 |
| Kernkapitalquote | 5,29 % ²⁾ | 10,76 % | - | -51 |
| Forderungen an Kreditinstitute | 3.701 | 3.480 | 221 | 6 |
| Forderungen an Kunden | 22.346 | 22.781 | -435 | -2 |
| Risikovorsorge | -2.074 | -1.063 | -1.011 | 95 |
| Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte | 502 | 666 | -164 | -25 |
| Finanzanlagen | 2.775 | 2.919 | -144 | -5 |
| Nach der Equity-Methode bilanzierte Finanzanlagen | 125 | 118 | 7 | 6 |
| Sonstige Aktiva | 1.556 | 1.070 | 486 | 45 |
| Summe Aktiva | 28.931 | 29.971 | -1.040 | -3 |
| Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten | 11.084 | 10.603 | 481 | 5 |
| Verbindlichkeiten gegenüber Kunden | 9.738 | 9.892 | -154 | -2 |
| Verbriefte Verbindlichkeiten | 5.251 | 5.295 | -44 | -1 |
| Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen | 724 | 870 | -146 | -17 |
| Rückstellungen | 422 | 333 | 89 | 27 |
| Sonstige Passiva | 615 | 472 | 143 | 30 |
| Nachrangkapital | 602 | 602 | 0 | 0 |
| Bilanzielles Eigenkapital einschließlich Anteilen ohne beherrschenden Einfluss | 495 | 1.904 | -1.409 | -74 |
| Summe Passiva | 28.931 | 29.971 | -1.040 | -3 |
| Personalbestand | | | | |
| Gesamt | 1.069 | 1.098 | - | -3 |
| Aktuelle Ratings (Long-term Rating) | | | | |
| Fitch Ratings | A- | A- | | |

1) Das bilanzielle Eigenkapital erhöht sich mit Umsetzung der Kapitalerhöhung zum 21.03.2017 um 400 Mio. €.

2) Mit Umsetzung der Kapitalerhöhung liegt die Kernkapitalquote wieder über 8 %.

Vorbemerkung zum Abschluss der Bremer Landesbank (BLB) 2016

Die Geschäftsentwicklung der Bremer Landesbank im Jahr 2016 wurde massiv durch die sich nochmals deutlich verschärfende Krise im Schifffahrtssegment beeinträchtigt. Das Schifffahrtssegment ist durch sinkende Wachstumsraten in den Schwellenländern, eine insgesamt eher verhaltene Entwicklung des Welthandels und ein bestehendes Überangebot an Transportkapazitäten kontinuierlich erheblichen Belastungen ausgesetzt. Dies äußert sich in einem weit überproportionalen Anstieg der Risikovorsorge im Geschäftsjahr 2016, einer erheblichen Belastung der Eigenkapitalquoten sowie der fortgesetzten dringlichen Notwendigkeit, Engagements in diesem Segment konsequent zu restrukturieren und abzubauen.

In Ad-hoc-Mitteilungen gemäß § 15 WpHG bzw. Artikel 17 MAR vom 2. Juni und 23. November 2016 sowie vom 9. März 2017 hat die Bank auf erwartete respektive eingetretene hohe Wertberichtigungen auf das Schiffsportfolio und damit einhergehende hohe Verluste für das Jahr 2016 hingewiesen.

Eine Folge der Entwicklung in 2016 war ein Downgrade durch eine Ratingagentur im Rahmen eines nicht beauftragten Ratings. Durch die Herabstufung ist es für die BLB zu Verunsicherungen bei Investoren und Refinanzierungspartnern gekommen, welche Einschränkungen im Kapitalmarktauftritt der Bank zur Folge hatten. Nach dem Vollzug der Komplettübernahme der BLB durch die NORD/LB hat die Ratingagentur das Langfrist-Rating der BLB am 10. Januar 2017 wieder angehoben.

Die im Jahresfinanzbericht 2015 abgegebene Prognose eines ausgeglichenen Ergebnisses hat sich infolge der aufgezeigten Entwicklung in 2016 als nicht haltbar erwiesen.

Die Bank hat die im Rahmen des RWA- und Shortfallmanagements eingeleiteten Maßnahmen auch in 2016 fortgesetzt, um ihre Kapitalquoten zu stabilisieren. Dabei wurde unter anderem eine weitere synthetische Verbriefung begeben.

Aufgrund der weiteren Verschlechterung der Marktsituation im Geschäftsfeld Schiffsfinanzierungen wurde die Risikovorsorge an die geänderten Ertrags Erwartungen angepasst. Die unverändert gültigen Inputfaktoren zur Bewertung von Schiffsfinanzierungen wurden regelmäßig validiert und quantitativ angepasst. Eine nachhaltige Erholung des Schifffahrtssektors ist aufgrund hoher Überkapazitäten nach wie vor mit hoher Unsicherheit behaftet. Daher wird das Portfolio der Bremer Landesbank auch in der näheren Zukunft weiteren Belastungen aus der Risikovorsorge auf Schiffsfinanzierungen ausgesetzt sein. Auf Basis der Einschätzung sich mittelfristig erholender Charterraten reduziert sich die jährlich erwartete Risikovorsorge deutlich.

Im Juni 2016 hatten sich die Träger der Bank vor dem Hintergrund der überproportional hohen Risikovorsorge auf das Schiffsportfolio der BLB und der damit einhergehenden Belastung der

aufsichtsrechtlichen Eigenmittel darauf verständigt, das Kapital der Bank in einem angemessenen Umfang intakt zu halten.

Ende August 2016 haben sich dann die Träger der Bremer Landesbank darauf geeinigt, dass die BLB 100-prozentige Tochtergesellschaft der NORD/LB wird. Mit Wirkung vom 1. Januar 2017 haben die Freie Hansestadt Bremen (FHB) und der Sparkassenverband Niedersachsen (SVN) ihre Anteile an der BLB an die NORD/LB verkauft.

Der Druck auf die Kapitalquoten blieb im weiteren Jahresverlauf bestehen. Die aufsichtsrechtlich vorgegebenen Kapitalanforderungen gemäß CRR sowie die Liquiditätsanforderungen gemäß LiqV und an die LCR wurden unterjährig eingehalten. Infolge der nochmals deutlich höheren Risikovorsorgeaufwendungen waren letztlich die gesetzlichen Mindestanforderungen an die Kernkapitalquote gemäß Ad-hoc-Meldung vom 9. März 2017 rückwirkend zum Jahresende nicht mehr erfüllt. Ebenso war die Risikotragfähigkeit nach § 25a KWG i.V.m. den MaRisk in der ökonomischen Going-Concern-Betrachtung (Säule II) zum Jahresende 2016 nicht mehr gegeben. Zusätzlich ergaben sich Großkreditüberschreitungen gemäß CRR. Aus dem erheblichen Verlust im Geschäftsjahr 2016, der Unterschreitung der gesetzlichen Mindest-Kernkapitalquote und der nicht mehr gegebenen Risikotragfähigkeit resultieren bestandsgefährdende Tatsachen. Diese wurden der Aufsicht durch den Abschlussprüfer gemäß § 29 Abs. 3 Satz 1 KWG angezeigt.

Im Zusammenhang mit der Übernahme aller Anteile an der BLB durch die NORD/LB haben die beiden Gesellschaften einen von ihren Trägern genehmigten Beherrschungsvertrag mit Verlustausgleichsanspruch abgeschlossen. Zusätzlich gibt es eine harte Patronatserklärung der NORD/LB für die BLB.

Bei der zuständigen Aufsichtsbehörde wurde am 19. Januar 2017 ein Antrag auf Nutzung eines Waivers nach § 2a (1) und (2) des Gesetzes über das Kreditwesen (KWG) i.V.m. Artikel 7 (1) CRR eingereicht. Mit Bewilligung des Antrages entfallen bestimmte Aufsichtsanforderungen an die Eigenmittelausstattung der BLB auf Einzelinstitutsebene. Der Antrag wurde am 31. März 2017 nach Billigung des Konzernabschlusses bewilligt.

Aufgrund des hohen Jahresfehlbetrages der BLB ergab sich die Notwendigkeit einer Barkapitalerhöhung im Umfang von 400 Mio. €, die mit Wirkung vom 21. März 2017 durchgeführt wurde. Dadurch wurde die Kapitalrücklage der Bank gestärkt und die aufsichtsrechtlichen Kapitalquoten sowie die Großkreditobergrenzen wurden wieder entlastet.

Eine Erhöhung der im Jahr 2016 originierten synthetischen Verbriefung im Laufe des ersten Halbjahres 2017 soll darüber hinaus für eine Entlastung der aufsichtsrechtlichen Kapitalquoten sorgen.

Die nachhaltige Einhaltung der Kapitalquoten und der Risikotragfähigkeit hängt insbesondere von der Genehmigung eines Waivers zwischen NORD/LB und Bremer Landesbank ab. Für den Fall einer Verzögerung oder Ablehnung des Antrags seitens der Aufsicht sieht der Plan zur Kapitalerhöhung

gleichzeitig einen Beschluss für genehmigtes Kapital vor, sodass weitere 200 Mio. € zur Kapitalstärkung der Bremer Landesbank eingesetzt werden könnten.

Der Fortbestand des Instituts hängt von der planungsgemäßen Umsetzung der auf Basis der Trägerbeschlüsse vom 21. März 2017 oben dargestellten Maßnahmen zur Entlastung der wirtschaftlichen Verhältnisse auf Ebene der Bremer Landesbank ab.

Nach Aussage der Träger vom 31. August 2016 soll die BLB als aktives, wertvolles Mitglied der NORD/LB-Gruppe erhalten bleiben. Der Sitz der Bank bleibt Bremen. Der Standort Oldenburg bleibt bestehen. Eine bisher von der BLB gehaltene Beteiligung an einem wichtigen Unternehmen mit Bezug zum Bundesland wurde mit Wirkung Anfang 2017 an die FHB übertragen.

Es wurde gemeinsam mit der NORD/LB ein Projekt initiiert, welches sich mit einem überschneidungsfreien Geschäftsmodell beider Banken, einem daran angepassten Betriebsmodell sowie der Arbeitshypothese einer Integration der BLB in die NORD/LB beschäftigt. Die Ergebnisse werden derzeit im Projekt erarbeitet und den Gremien beider Institute nach Finalisierung zur Entscheidung vorgelegt.

Inhalt

Konzernabschluss und Konzernlagebericht der Bremer Landesbank nach IFRS zum 31. Dezember 2016

| | |
|--|------------|
| Konzernlagebericht | 9 |
| 1. Grundlagen des Konzerns | 9 |
| 2. Wirtschaftsbericht | 14 |
| 3. Nachtragsbericht | 47 |
| 4. Prognose- und Chancenbericht | 49 |
| 5. Risikobericht | 55 |
| 6. Disclaimer – Vorbehalt bei Zukunftsaussagen | 107 |
| Konzern-Gewinn-und-Verlust-Rechnung | 108 |
| Gesamtergebnisrechnung | 109 |
| Konzernbilanz | 110 |
| Eigenkapitalveränderungsrechnung | 111 |
| Kapitalflussrechnung | 112 |
| Konzernanhang (Notes) | 113 |
| Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden | 113 |
| (1) Grundlagen zur Aufstellung des Konzernabschlusses | 113 |
| (2) Angewandte IFRS | 115 |
| (3) Konsolidierungsgrundsätze | 124 |
| (4) Konsolidierungskreis | 125 |
| (5) Währungsumrechnung | 126 |
| (6) Zinsen und Provisionen | 126 |
| (7) Finanzinstrumente | 127 |
| (8) Risikovorsorge | 141 |
| (9) Sachanlagen | 143 |
| (10) Leasinggeschäfte | 143 |
| (11) Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien | 144 |
| (12) Immaterielle Vermögenswerte | 145 |
| (13) Zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte | 146 |
| (14) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen | 147 |
| (15) Andere Rückstellungen | 150 |
| (16) Ertragsteuern | 151 |
| (17) Nachrangkapital | 152 |
| Segmentberichterstattung | 153 |
| (18) Segmentierung nach Geschäftsfeldern (primäres Berichtsformat) | 153 |

| | |
|--|-----|
| Erläuterungen zur Konzern-Gewinn-und-Verlust-Rechnung | 158 |
| (19) Zinsüberschuss | 158 |
| (20) Risikovorsorge im Kreditgeschäft | 159 |
| (21) Provisionsüberschuss | 159 |
| (22) Ergebnis aus erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten | 161 |
| (23) Ergebnis aus Hedge Accounting | 162 |
| (24) Ergebnis aus Finanzanlagen | 162 |
| (25) Ergebnis aus nach der Equity-Methode bilanzierten Finanzanlagen | 163 |
| (26) Verwaltungsaufwand | 163 |
| (27) Sonstiges betriebliches Ergebnis | 164 |
| (28) Restrukturierungsergebnis | 164 |
| (29) Ertragsteuern | 164 |
| (30) Erläuterungen zur Gesamtergebnisrechnung | 165 |
| Erläuterungen zur Konzernbilanz | 166 |
| (31) Barreserve | 166 |
| (32) Forderungen an Kreditinstitute | 166 |
| (33) Forderungen an Kunden | 167 |
| (34) Risikovorsorge | 167 |
| (35) Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte | 169 |
| (36) Positive Fair Values aus Hedge Accounting-Derivaten | 170 |
| (37) Finanzanlagen | 170 |
| (38) Nach der Equity-Methode bilanzierte Finanzanlagen | 172 |
| (39) Sachanlagen | 172 |
| (40) Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien | 173 |
| (41) Immaterielle Vermögenswerte | 174 |
| (42) Zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte | 175 |
| (43) Laufende Ertragsteueransprüche sowie latente Ertragsteuern | 175 |
| (44) Sonstige Aktiva | 176 |
| (45) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten | 177 |
| (46) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden | 178 |
| (47) Verbriefte Verbindlichkeiten | 178 |
| (48) Ausgleichsposten für im Portfolio Fair Value Hedge abgesicherte Finanzinstrumente | 179 |
| (49) Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen | 179 |
| (50) Negative Fair Values aus Hedge Accounting-Derivaten | 179 |
| (51) Rückstellungen | 180 |
| (52) Laufende Ertragsteuerverpflichtungen sowie latente Ertragsteuern | 185 |
| (53) Sonstige Passiva | 186 |
| (54) Nachrangkapital | 187 |
| (55) Instrumente des zusätzlichen aufsichtsrechtlichen Kernkapitals | 187 |
| (56) Erläuterungen zum Eigenkapital | 188 |
| (57) Erläuterungen zur Kapitalflussrechnung | 190 |
| Erläuterungen zu Finanzinstrumenten | 192 |
| (58) Fair-Value-Hierarchie | 192 |

| | | |
|---|--|------------|
| (59) | Buchwerte nach Bewertungskategorien | 199 |
| (60) | Nettoergebnisse nach Bewertungskategorien | 199 |
| (61) | Wertminderungen/Wertaufholungen nach Bewertungskategorien | 200 |
| (62) | Saldierung von finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen | 201 |
| (63) | Maximales Ausfallrisiko und verfügbare Sicherheiten | 201 |
| (64) | Derivative Finanzinstrumente | 202 |
| (65) | Zugeständnisse aufgrund finanzieller Schwierigkeiten | 204 |
| (66) | Angaben zu ausgewählten Ländern | 207 |
| (67) | Grundgeschäfte in effektiven Hedge-Beziehungen | 209 |
| (68) | Restlaufzeiten von finanziellen Verbindlichkeiten | 211 |
| (69) | Angaben zur Fair-Value-Option | 211 |
| (70) | Der Bremer Landesbank-Konzern als Sicherungsgeber und Sicherungsnehmer | 212 |
| (71) | Echte Wertpapierpensionsgeschäfte | 212 |
| Weitere Erläuterungen | | 213 |
| (72) | Eigenkapitalmanagement | 213 |
| (73) | Aufsichtsrechtliche Grunddaten | 214 |
| (74) | Fremdwährungsvolumen | 216 |
| (75) | Langfristige Vermögenswerte und Verbindlichkeiten | 217 |
| (76) | Leasing | 218 |
| (77) | Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen | 219 |
| (78) | Sonstige finanzielle Verpflichtungen | 221 |
| (79) | Nachrangige Vermögenswerte | 222 |
| (80) | Treuhandgeschäfte | 223 |
| Unternehmen und Personen mit Konzernverbindung | | 224 |
| (81) | Anzahl der Arbeitnehmer | 224 |
| (82) | Angaben zu Anteilen an Unternehmen | 224 |
| (83) | Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen | 228 |
| (84) | Verzeichnis der Mandate | 235 |
| (85) | Aufwendungen für Organe und Organkredite | 236 |
| (86) | Anteilsbesitzliste gemäß § 313 Abs. 2 und § 340a Abs. 4 Nr. 2 HGB | 238 |
| (87) | Honorar des Konzernabschlussprüfers | 239 |
| (88) | Ereignisse nach dem Bilanzstichtag | 240 |
| Versicherung der gesetzlichen Vertreter | | 242 |
| Wiedergabe des Bestätigungsvermerks | | 243 |
| Bericht des Aufsichtsrates | | 245 |
| Bericht der Trägerversammlung | | 247 |
| Erläuterung der Bremer Landesbank zum Corporate Governance Kodex | | 249 |
| Daten und Fakten | | 257 |
| Organe der Bremer Landesbank | | 258 |

Konzernlagebericht

Im folgenden Text werden die Begriffe Bank und Bremer Landesbank verwendet. Darunter ist jeweils der Konzern Bremer Landesbank zu verstehen. Die Entwicklung des Konzerns ist grundsätzlich geprägt durch das Mutterunternehmen.

1. Grundlagen des Konzerns

1.1 Ziele und Strategien

Die Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale – (BLB) ist eine von der Freien Hansestadt Bremen und dem Land Niedersachsen errichtete rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts. Sie ist öffentliche Kredit- und Pfandbriefanstalt und mündelsicher. Die BLB ist mit Niederlassungen an den beiden Oberzentren der Metropolregion Nordwest vertreten, in Oldenburg mit rund 300 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, in Bremen mit rund 700. Die Region Nordwest ist ihr staatsvertraglich anerkanntes Geschäftsgebiet.

Bis zum 31.12.2016 waren die NORD/LB mit 54,8343%, das Land Bremen mit 41,2% und der Sparkassenverband Niedersachsen mit 3,9657% Träger der BLB. Mit Wirkung zum 1. Januar 2017 sind sämtliche Anteile an der Bremer Landesbank an die NORD/LB übertragen worden. Somit ist die Bremer Landesbank eine 100-prozentige Tochtergesellschaft der NORD/LB.

Im Zusammenhang mit der Übernahme aller Anteile an der BLB durch die NORD/LB haben die beiden Gesellschaften einen von ihren Trägern genehmigten Beherrschungsvertrag mit Verlustausgleichsanspruch abgeschlossen. Zusätzlich gibt es eine harte Patronatserklärung der NORD/LB für die BLB.

Bei der zuständigen Aufsichtsbehörde wurde am 19. Januar 2017 ein Antrag auf Nutzung eines Waivers nach § 2a (1) und (2) des Gesetzes über das Kreditwesen (KWG) i.V.m. Artikel 7 (1) CRR eingereicht. Mit Bewilligung des Antrages entfallen bestimmte Aufsichtsanforderungen an die Eigenmittelausstattung der BLB auf Einzelinstitutsebene.

Als ein wichtiges Unternehmen der NORD/LB-Gruppe wird die BLB in deren Konzernabschluss einbezogen und voll konsolidiert. Gleichzeitig erstellt die BLB einen eigenen Teilkonzernabschluss nach den Vorschriften der internationalen Rechnungslegung.

Der unter Beachtung der Vorschriften des IFRS 10 festgelegte Konsolidierungskreis stellt sich im Berichtsjahr wie folgt dar:

Mutterunternehmen:

- Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale –, Bremen

Tochtergesellschaften, an denen die Bremer Landesbank direkt oder indirekt mehr als 50 % der Stimmrechte hält oder anderweitig einen beherrschenden Einfluss ausüben kann:

- BLB Immobilien GmbH, Bremen
- BLB Leasing GmbH, Oldenburg
- Bremische Grundstücks-GmbH, Bremen
- NORTHWEST VERMÖGEN Bremische Grundstücks-GmbH & Co. KG, Bremen
- NORTHWEST VERMÖGEN Vermietungs-GmbH & Co. KG, Bremen
- BGG Bremen GmbH & Co. KG, Bremen
- BGG Marktcarré GmbH & Co. KG, Bremen
- Nord/LB AM ARB Europe (Spezialfonds)

Im Mai 2016 wurde der Spezialfonds Nord/LB AM ARB Europe mit einem Volumen von 50 Mio. € neu aufgelegt; alleiniger Anteilseigner ist die BLB. Die Objektgesellschaft BGG Marktcarré GmbH & Co. KG wurde im 2. Halbjahr neu gegründet. Nach Einbringung einer größeren Immobilie wird aus Wesentlichkeitsgründen seit Oktober 2016 die BGG Bremen GmbH & Co. KG in den Konzernabschluss der BLB einbezogen.

Am Ende des Geschäftsjahres werden die folgenden assoziierten Unternehmen gemäß IAS 28 nach der Equity-Methode bilanziert:

- Ammerländer Wohnungsbau-Gesellschaft mbH, Westerstede
- BREBAU GmbH, Bremen
- Bremische Wohnungsbaubeteiligungsgesellschaft mbH, Bremen
- GSG OLDENBURG Bau- und Wohngesellschaft mbH, Oldenburg
- Lazard-Sparkassen Rendite-Plus-Fonds

Die Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale – als Mutterunternehmen ist in der Geschäftsführung und/oder den Aufsichtsgremien vertreten. Die wesentlichen Interessen aus Konzernsicht werden durch die Einbeziehung der Tochtergesellschaften in den Planungsprozess koordiniert.

Die BLB hat ihre strategischen Ziele in einem kundenorientierten Geschäftsmodell mit fünf strategischen Geschäftsfeldern sowie den ihnen zugeordneten zehn strategischen Geschäftseinheiten (SGE) verankert. Die Bündelung von Kompetenzfeldern soll das Spezial-Know-how stärken und die Ausrichtung an Kundenbedürfnissen verbessern:

- **Firmenkunden**

Strategisches Ziel des Geschäftsfeldes Firmenkunden ist es, die führende Bank im Firmenkundengeschäft der Region zu sein und dies durch kontinuierlich steigende Marktanteile zu unterlegen. Für die Kunden will das Geschäftsfeld als Spezialist auf Augenhöhe agieren und durch individuelle

Beratung maßgeschneiderte Lösungen anbieten. Das Geschäftsfeld gliedert sich in die strategischen Geschäftseinheiten Corporates und Sozialimmobilien.

- **Privatkunden**

Strategischer Hauptfokus des Geschäftsfeldes Privatkunden ist die Positionierung als der führende Anbieter von Finanzdienstleistungen im Nordwesten für gehobene Privatkunden. Das Geschäftsfeld Privatkunden gliedert sich in die strategischen Geschäftseinheiten Private Banking und Privatkundenbetreuung auf.

- **Spezialfinanzierungen**

Die Spezialfinanzierungen umfassen die strategischen Geschäftseinheiten Refinanzierung von Mobilien-Leasing- und Factoringgesellschaften sowie Erneuerbare Energien mit den Teilsegmenten Windkraft, Photovoltaik und Biogas. Im NORD/LB-Konzern sind die Spezialfinanzierungen Bestandteil des Werttreibers Energie- und Infrastrukturkunden.

- **Schiffsfinanzierungen**

Der strategische Hauptfokus des Geschäftsfeldes Schiffsfinanzierungen mit seinem dominanten Portfolio liegt auf der konsequenten Fortsetzung der Restrukturierungsarbeit, verbunden mit einem signifikanten Portfolioabbau sowie der Neuausrichtung des Geschäftes.

- **Financial Markets**

Im Geschäftsfeld Financial Markets sind die SGE Öffentliche Kunden (bisher Kommunen), Sparkassen und Institutionelle Kunden gebündelt. Strategisches Ziel ist die Festigung der regionalen Marktführerschaft in den betreffenden Märkten. Darüber hinaus ist Financial Markets mit dem Vertrieb von Handelsprodukten für Kunden anderer Geschäftsfelder (Produkt-SGE Sales Corporates) beauftragt. Außerdem werden Handels- und Treasury-Geschäfte betrieben.

BLB

Die BLB fungiert als Landesbank des Bundeslandes Bremen, ist das Spitzeninstitut der Sparkassen ihres Geschäftsgebietes in Niedersachsen und Bremen und darüber hinaus eine regional ausgerichtete Geschäftsbank mit überregionalem und selektivem internationalem Spezialgeschäft.

- Die Strategie und das Geschäftsmodell der BLB entsprechen sich.
- Regionale Geschäftsbank mit überregionalem Spezialgeschäft, Landesbank und Sparkassenzentralbank.
- Besonderer Fokus liegt dabei auf der problemlösungsorientierten Beratung anspruchsvoller Kunden und der Förderung der Entwicklung des Wirtschaftsraumes Nordwest.

Die Steuerung der Geschäftsfelder erfolgt rentabilitätsorientiert. Für jedes Geschäftsfeld sind auf Basis geschäftsfeldbezogener Strategien Profitabilitätsziele festgelegt. Daneben kommt einer nachhaltig hohen Kapitalquote und einem entsprechend hohen Risikodeckungsgrad in der

geschäftspolitischen Ausrichtung der Bank eine risikopolitisch wichtige Bedeutung zu. Infolge der nochmals verschärften Krise an den Schiffahrtsmärkten haben sich die Ziele zur Kapitalquote und zum Risikodeckungsgrad in 2016 nicht realisieren lassen. Es kam zu einer starken Belastung der Kapitalquoten mit einer gemäß der Ad-hoc-Meldung vom 9. März 2017 rückwirkenden Unterschreitung der aufsichtsrechtlichen Kernkapitalquote und einer nicht mehr gegebenen Risikotragfähigkeit. Aktuell steht für die Bank das Ziel der Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Mindestkapitalquoten absolut im Vordergrund.

Die Kreditpolitik ist in allen fünf Geschäftsfeldern grundsätzlich konservativ bzw. risikoavers ausgelegt. Dies dokumentiert sich in der konkreten Ausgestaltung der konzernintern abgestimmten Risikostrategie und der Finanzierungsgrundsätze. Vor dem Hintergrund der nochmals verschärften Krise auf den Schiffahrtsmärkten entspricht die Kreditpolitik für das Geschäftsfeld Schiffsfinanzierungen in der Nachbetrachtung nicht der grundsätzlichen Ausrichtung.

Insgesamt hat das Geschäftsmodell der Bank durch die Konzentration auf das Kerngeschäft mit einer Vielzahl von Branchen in der Region Nordwest bei gleichzeitig selektiver Nutzung überregionaler und vereinzelter internationaler Marktchancen das Ziel eines ausgewogenen Rendite-Risiko-Verhältnisses.

Inhaltlich orientiert sich das Geschäftsmodell der BLB seit jeher am Leitsatz der Nachhaltigkeit. Als Regionalbank mit einer traditionell sehr starken Bindung mit ihrer Heimatregion Nordwestdeutschland und den oft über Generationen hinweg andauernden Kundenbeziehungen basiert die strategische Positionierung maßgeblich auf Beständigkeit und Zuverlässigkeit, verbunden mit einem langfristigen Kundenbeziehungsansatz.

Für die Region, die Menschen, die Kunden und die Mitarbeiter ist die Bremer Landesbank ein langfristig denkender, verlässlicher Partner. Ziel ist es, durch vorausschauendes Agieren und eine institutserhaltende und langfristige Geschäftsstrategie einen dauerhaften Unternehmenserfolg der BLB und eine solide Gewinnerzielung und Wettbewerbsfähigkeit zu sichern. Aus diesem Grund vereint die Bremer Landesbank in ihrem Verständnis von Nachhaltigkeit die Dimensionen Ökonomie, Ökologie und Soziales als integrale Bestandteile.

Zur Sicherstellung eines nachhaltig stabilen Geschäftsmodells verfolgt die BLB einen Portfolioansatz, in dessen Rahmen die Ertragsstruktur der Bank über alle strategischen Geschäftseinheiten laufend überprüft und optimiert wird.

Es wurde gemeinsam mit der NORD/LB ein Projekt initiiert, welches sich mit einem überschneidungsfreien Geschäftsmodell beider Banken, einem daran angepassten Betriebsmodell sowie der Arbeitshypothese einer Integration der BLB in die NORD/LB beschäftigt. Die Ergebnisse werden derzeit im Projekt erarbeitet und den Gremien beider Institute nach Finalisierung zur Entscheidung vorgelegt.

1.2 Gesamtbanksteuerung

Die risikoorientierte Rentabilitäts- und Produktivitätssteuerung der Bremer Landesbank obliegt dem Vorstand. Ziel dieser Steuerung ist die kurz- und mittelfristige Optimierung ihrer Rentabilität und Effizienz bei größtmöglicher Erlös- und Kostentransparenz. Die Gesamtbanksteuerung der Bremer Landesbank ist damit wert- und risikoorientiert ausgerichtet; neben der Erfüllung der gesetzlichen Anforderungen werden den Entscheidungsträgern wesentliche steuerungsrelevante Informationen bereitgestellt. Zentrale Steuerungsinstrumente der Bank bilden die Gewinn-und-Verlust-Rechnung [(GuV) mit dem Hauptfokus auf das Jahresergebnis vor Steuern], die nach Geschäftsfeldern und Kostenstellen strukturierte Deckungsbeitragsrechnung, der Kostenarten- und der Monatsreport sowie der Risikotragfähigkeits-Bericht (RTF) und aufsichtsrechtlich die harte Kernkapitalquote. Maßgebliche Größen der Rentabilitätssteuerung auf Gesamtbankebene sind die Eigenkapitalrentabilität (Return on Equity = RoE)¹ und die Cost-Income-Ratio (CIR)².

Die Gesamtbanksteuerung gewährleistet damit die simultane Betrachtung der extern und intern orientierten Steuerungskreisläufe.

Ausgangspunkt des Steuerungskreislaufs in der Bremer Landesbank ist der Strategie-Review durch den Vorstand und die zweite Führungsebene im Frühjahr eines jeden Jahres. Neben der Überprüfung der strategischen Ausrichtung der Bank werden im Rahmen eines Strategieworkshops künftige Handlungsfelder für die Gesamtbank und die Geschäftsfelder herausgestellt (im Rahmen des Beteiligungscontrollings sind zudem die wichtigen Tochtergesellschaften in den Planungs- und Steuerungsprozess des Konzerns einbezogen).

Aus den Ergebnissen des Strategieworkshops leiten sich die Top-down-Vorgaben für die Geschäftsfelder ab. Der sich anschließende Prozess der mittelfristigen Planung mit einem Fünfjahreshorizont findet seinen Abschluss in der Planungsklausur im Herbst eines jeden Jahres. Die finalen quantitativen Planwerte sind wesentliche Eingangsgrößen für den bankweiten Zielvereinbarungsprozess.

Dieser in sich geschlossene und etablierte Prozess der Unternehmenssteuerung, dessen integraler Bestandteil das Management von Chancen und Risiken inklusive des Monitorings von Zielerreichungsgraden ist, wird fortlaufend konzeptionell weiterentwickelt, das eingesetzte Instrumentarium kontinuierlich verfeinert.

¹ RoE: Ergebnis vor Steuern/Eigenkapital.

² CIR: Verwaltungsaufwand/(Zinsüberschuss, Provisionsüberschuss, Ergebnis aus erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten, Ergebnis aus Hedge Accounting, Ergebnis aus Finanzanlagen und Ergebnis aus nach der Equity-Methode bilanzierten Finanzanlagen).

2. Wirtschaftsbericht

2.1 Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

2.1.1 Wirtschaftliche Lage und Finanzmärkte

Weltwirtschaft und Ausblick 2017

Das Wachstum der Weltwirtschaft soll sich laut Berechnungen des IWF im laufenden Jahr 2017 auf 3,4% nach 3,1% in 2016 stellen. Das Jahr 2016 war geprägt und belastet von unerwarteten politischen Wendungen, unter ihnen das Votum für den Brexit als auch die Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten.

Die Voraussetzungen für die Entwicklung der Weltwirtschaft sind im Jahr 2017 positiv. Die global verfügbare hohe Liquidität bei anhaltenden Niedrigzinsen setzt grundsätzlich unterstützende Impulse für die globale Konjunkturlage.

Die Wahl Donald Trumps hat nach der Unsicherheit im Vorwege der Wahl unmittelbar danach US-Wachstums-Hoffnungen geweckt, die in den Sentiment-Indikatoren seit Monaten deutlich ablesbar sind, jedoch noch nicht in den harten Fakten auftauchen.

Die politischen Risikoherde in der Ukraine und im Nahen Osten stellen unverändert latente Belastungsfaktoren dar. Darüber hinaus belasten die Themen der anstehenden Wahlen in Kontinentaleuropa, vorrangig in Frankreich und voraussichtlich in Italien, die das Risiko in sich tragen, im Vorwege die Wahrnehmung der europäischen Reformfolge zu neutralisieren.

Die Wirtschaft der USA lieferte 2016 einen enttäuschenden Konjunkturpfad. Im Verlauf des Jahres nahm die öffentliche Verschuldung im Rahmen der Alimentierung der Konjunkturlage deutlich zu und stellte sich für das Gesamtjahr auf 5,6% des BIP (Quelle: US-Treasury). Der IWF unterstellt 2017 eine Expansion der US-Wirtschaftsleistung um 2,3% nach 1,6% in 2016.

Japans Wirtschaft konnte 2016 mit einem Wirtschaftswachstum in Höhe von 0,9% nicht überzeugen. Für das Kalenderjahr 2017 unterstellt der IWF erneut eine unterproportionale Konjunkturlage mit einem Wachstum in Höhe von 0,8%.

Positive Akzente wurden und werden durch die Umsetzung des grenzübergreifenden Infrastrukturprojekts „One Belt – One Road“ unter Federführung Chinas gesetzt. Die damit verbundenen steigenden Rohstoffpreise wirken auf die Wirtschaftslage der Produzentenländer unterstützend. Damit nimmt das Wachstumstempo der aufstrebenden Länder deutlich zu. Der IWF unterstellt in 2017 ein Wachstum in diesem Segment der Weltwirtschaft in Höhe von 4,6% nach 4,1% in 2016.

Der anhaltende Umbau des chinesischen Wirtschaftsmodells von Produktion und Export zur stärker binnenwirtschaftlich geprägten Ökonomie wirkt unterschwellig dämpfend auf die Konjunkturlage. Gleichzeitig unterstützt der Infrastrukturaufbau im Rahmen des Projekts „One Belt – One Road“. Das Wachstum stellte sich laut IWF im Jahr 2016 auf 6,7%. Für das laufende Jahr erwartet der IWF eine Expansion des BIP um 6,5%.

Indien setzte 2016 mit einem Wachstum in Höhe von 6,6%, ausgelöst durch die Einschränkung des Bargeldverkehrs, enttäuschende Akzente. Der IWF prognostiziert für 2017 ein Wachstum in Höhe von 7,2%.

Brasiliens Wirtschaftsleistung enttäuschte 2016 erneut mit einem Einbruch um 3,5%. Regierungskrisen und Vertrauensverluste der Öffentlichkeit, basierend auf Korruption und Korruptionsvorwürfen, sind entscheidende Katalysatoren der Schwäche. Entspannung steht laut IWF 2017 auf der Agenda. Dabei spielen stabilisierte Rohstoffpreise, beispielsweise Eisenerz, neben dem Bevölkerungswachstum eine nicht unwesentliche Rolle. Der IWF unterstellt eine Zunahme des BIP um 0,2% im laufenden Jahr.

Russlands Wirtschaft bleibt zunächst auch 2017 von den Sanktionen des Westens betroffen. Die getroffenen Gegenmaßnahmen in Russland tragen Früchte. In der Folge prognostiziert der IWF im Jahr 2017 eine Expansion der Wirtschaftsleistung um 1,1% nach -0,6% in 2016.

Europa

Die Eurozone widersetzte sich 2016 der abnehmenden globalen Konjunkturdynamik. Das Wachstum der Eurozone ist im Gegensatz zu den USA maßgeblich von wiederkehrenden Einkommen bei rückläufiger öffentlicher Verschuldung (IWF-Prognose 1,7% des BIP in 2017) und sinkender Arbeitslosigkeit geprägt, die auf den niedrigsten Stand seit 2009 sank. Neben Deutschland tragen die erfolgreichen Reformländer Irland und Spanien die wirtschaftliche Expansion der Eurozone. Frankreich nimmt moderat konjunkturell Tempo auf. Im Verlauf des zweiten Halbjahres wurden die Wachstumsprognosen von 1,4% auf 1,7% revidiert. Für 2017 unterstellt der IWF eine Expansion des BIP um 1,6%.

Deutschland

Die deutsche Wirtschaft reüssierte 2016 mit einem Wachstum in Höhe von 1,7%. Der private und staatliche Konsum waren und bleiben neben einer erstarkenden Nachfrage aus der Eurozone die wesentlichsten Treiber der positiven Konjunkturlage. Für das laufende Jahr 2017 unterstellt der IWF eine Ausweitung der Wirtschaftsleistung um 1,5%.

Finanzmärkte

Im abgelaufenen Jahr 2016 dominierte hohe Volatilität an den Finanzmärkten, die sich voraussichtlich im Jahresverlauf 2017 fortsetzen wird.

Die nervöse Haltung war und ist durch diverse Krisenherde forciert. Die unverändert destabilisierte Sicherheitslage in und um die Ukraine, fortgesetzte Instabilität im Nahen Osten, das Brexitvotum, die Wahlen in Kontinentaleuropa und vom Mainstream unerwartete Dynamikverluste der US-Konjunktur 2016 wirkten sich auf die Psychologie an den Finanzmärkten 2016 zwischenzeitlich belastend aus.

Der DAX kam zu Beginn des Jahres ausgehend von circa 10.480 Punkten unter starken Druck und befestigte sich 2016 von Tiefstkursen bei 8.700 Punkten im Februar in der Spitze unter zum Teil erheblichen Schwankungen auf 11.481 Punkten zum Jahresultimo. Im laufenden Jahr kam es zu einer Konsolidierung auf hohem Niveau in der Bandbreite von 11.410–11.893 Punkten.

Hinsichtlich einer unter historischen Gesichtspunkten unterproportionalen Bewertung und ansprechender Dividendenrenditen von derzeit circa 3% bei gleichzeitiger Repression am Zinsmarkt bietet der Aktienmarkt 2017 in Schwächephasen attraktive Investitionsmöglichkeiten.

Die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe markierte 2016 mit –0,21% einen historischen Tiefpunkt, um dann trotz der Aufkäufe der EZB am europäischen Anleihemarkt sukzessive zuzulegen. In der Spitze wurden zu Jahresbeginn 2017 Höchstrenditen im Umfeld von 0,50% erreicht. Die Tendenz zu verstärktem Preisauftrieb ist zu Jahresbeginn 2017 ausgeprägt und wird sich im Jahresverlauf auf dem erhöhten Niveau verstetigen. Das liefert weiteren Raum für erhöhte Renditen bis in den Bereich von circa 1% am Kapitalmarkt für 10-jährige Bundesanleihen.

Die von der EZB etablierte Null- und Negativzinspolitik begrenzt jedoch grundsätzlich den Spielraum übermäßiger Zunahme der Renditen am Kapitalmarkt. Mehr noch impliziert die Vorfestlegung der EZB bei der Nullzinspolitik in 2017 eine steilere Zinskurve.

Der Euro konnte sich zu Jahresbeginn 2016 gegenüber den Hauptwährungen erfolgreich behaupten. Gegenüber dem USD wertete der Euro von Januar 2016 (1,08 USD) bis Anfang Mai (1,16 USD) auf. Insbesondere in der US-Vorwahlperiode und mehr noch im Gefolge der US-Wahl kam es zu einer spürbaren Abwertung des Euros bis in den Bereich von 1,03 gegenüber dem USD. Seither konsolidiert der Markt diese Euroschwäche in einer Seitwärtsbewegung.

Die ausgeprägte Politik monetärer Entspannung durch die EZB, gekoppelt mit zögerlichen Schritten in der US-Zinswende, einerseits wie auch die bisherige positive Performance der Konjunktur der Eurozone auch unter Qualitätsaspekten andererseits implizieren weitere Seitwärtsbewegung mit leicht positiven Vorzeichen zu Gunsten des Euros.

2.1.2 Region

Bremen und das Umfeld sind von unterschiedlichen Wirtschaftsstrukturen geprägt. Aus dieser Divergenz ergeben sich für die unterschiedlichen Regionen Bremen, Oldenburg und Emden in Teilen divergierende Bewertungen und Betrachtungen bezüglich einzelner Branchen.

Die aktuellen Bewertungen in den drei Handelskammerbezirken zeigen einen grundsätzlich robusten Konjunkturverlauf, der aber bezüglich der Dynamik unterschiedlich ausgeprägt ist.

Bremen

Die bremische Wirtschaft mit hohem Exportanteil war 2016 laut der IHK Bremen auf einem branchenübergreifenden robusten Wachstumskurs. Nach einer vorübergehenden Eintrübung der Geschäftsaussichten, bedingt durch diverse Risiken (unter ihnen Brexitvotum, Türkeifragen, Russlandsanktionen und die potenzielle Handelspolitik Trumps), verbesserte sich das Konjunkturklima im vierten Quartal um fünf auf 111 Punkte und erreichte damit den Mittelwert der letzten zehn Jahre.

Auffällig ist dabei die Divergenz zwischen der positiven Beurteilung in der stadtbremischen Wirtschaft im Vergleich zu der leicht abgekühlten Situation in Bremerhaven, wo die Hafenwirtschaft eine bedeutende Rolle spielt.

Die Rahmenbedingungen werden als größtes Risiko wahrgenommen. Stabile Exportaussichten prägen dennoch das Bild. Im Bereich Beschäftigung steht Stabilität auf der Agenda. Das Investitionsklima ist leicht aufgehellt.

Das Konjunkturbild ist im Baugewerbe, in der Immobilienwirtschaft und im Einzelhandel gut. Das Verkehrsgewerbe zeigt sich leicht erholt, während die Erwartungen im Groß- und Außenhandel gedämpft sind. Der Dienstleistungssektor exklusive des Kreditgewerbes verzeichnet eine sehr gute Konjunkturlage.

Oldenburg

Die oldenburgische Wirtschaft schloss das Jahr 2016 erfolgreich ab. Die Sektoren Dienstleistung, Baugewerbe und Großhandel stachen positiv hervor. Dagegen zeigte sich eine leicht verhaltene Lage im industriellen Sektor, im Verkehrsgewerbe und im Einzelhandel.

Der regionale IHK-Konjunkturklimaindex sank seit Jahresbeginn 2016 von 114,1 auf zwischenzeitlich 109,1 Punkte, um im vierten Quartal auf 111,9 Zähler zuzulegen.

Die Erwartungshaltungen sind bezüglich der Binnennachfrage solide und trotz geopolitischer Risiken bei den Auslandsaufträgen zuversichtlich. Der Fachkräftemangel wird neben steigenden Rohstoffpreisen als Wachstumsrisiko klassifiziert.

Emden

Das Jahr 2016 lieferte ein robustes Bild im Bezirk der IHK Emden. Der Konjunkturklimaindikator legte im vierten Quartal nach zwischenzeitlicher Schwäche um zehn Punkte auf 112 Zähler zu und erreichte damit sein langjähriges Mittel.

Übergreifend ergibt sich in den Feldern Industrie, Einzelhandel und Großhandel wie auch im Verkehrsgewerbe eine zunehmende Dynamik. Dagegen hat sich die Situation im Dienstleistungsgewerbe merklich eingetrübt.

Die Erwartungshaltungen zu Jahresbeginn fallen zurückhaltend positiv aus. Stabilisierte Aussichten im Auslandsgeschäft, eine positive Investitionsbereitschaft wie auch eine unterschwellig positive Haltung zu weiterem Arbeitsplatzaufbau prägen das aktuelle Bild.

Kritisch fallen der Fachkräftemangel, die Entwicklung der Arbeitskosten und die allgemeinen Rahmenbedingungen ins Gewicht der Beurteilung.

2.1.3 Branche

Laut dem Monatsbericht der Deutschen Bundesbank zum Januar 2017 hat das Wirtschaftswachstum in Deutschland besonders im letzten Quartal 2016 deutlich an Fahrt gewonnen. Gestiegene Warenexporte und ein hoher Auftragseingang sorgten für ein deutliches Plus bei der Industrieproduktion. Auch der Bausektor und der private Konsum entwickelten sich im Jahr 2016 positiv.

Trotz des vorteilhaften gesamtwirtschaftlichen Umfelds ist das deutsche Bankensystem seit Längerem von einer strukturellen Ertragsschwäche geprägt, die sich insbesondere im Rückgang der Zinsspanne zeigt. Ursächlich ist ein intensiver Wettbewerb, der den Aufbau von Kapitalpolstern aus einbehaltenen Gewinnen erschwert, sowie Margenrückgänge aufgrund des Niedrigzinsumfeldes. Zudem haben sich auf einzelnen sektoralen Kreditmärkten beachtliche Risiken aufgebaut. Besonders betroffen von Ausfallrisiken sind hierbei im Hinblick auf die norddeutschen Landesbanken Schiffskredite. Wichtig für das deutsche Bankensystem als Ganzes ist darüber hinaus, dass sich im Niedrigzinsumfeld keine übermäßigen Risiken aus der Kreditvergabe für Wohnimmobilien in Deutschland aufbauen.

Die Situation der deutschen Finanzbranche wurde im Jahr 2016 weiterhin stark durch Entwicklungen im regulatorischen Umfeld beeinflusst. Im Rahmen des „Supervisory Review and Evaluation Process“ (SREP) wurde ein europaweit einheitliches Schema zur Beurteilung von bedeutenden Finanzinstituten geschaffen. Dieses Schema ist mit einer umfassenden Erhöhung der Anforderungen an die Banken in den Bereichen Geschäftsmodell, interne Kontrollsysteme, Risikotragfähigkeit und Liquiditätssteuerung verbunden. Neben stark erhöhten Eigenkapitalanforderungen und einem neuen Modell zur Beurteilung der Risikotragfähigkeit eines Finanzinstituts ergeben sich zusätzliche Liquiditätsanforderungen sowie eine Vielzahl an Anpassungen in der Risiko- und Geschäftssteuerung.

Auch die Anforderungen an die Qualität der IT-Systeme haben sich bei europäischen Banken stark erhöht. Der Standard BCBS 239 (BCBS = Basle Committee of Banking Supervisors) beispielsweise verlangt von den betroffenen Instituten erhebliche Anpassungen bei der Risikodatenhaltung und -auswertung und dem darauf basierenden Reporting.

Für nach internationaler Rechnungslegung bilanzierende Bankkonzerne finden in der Regel umfassende Projektaktivitäten im Hinblick auf die Umsetzung der Anforderungen aus dem ab 2018 anzuwendenden Standard IFRS 9 zur Bewertung von Finanzinstrumenten statt.

Darüber hinaus gibt es weitreichende Anforderungen der Bankenaufsicht an die IT-Sicherheit der Banken, die in zeit- und kostenintensiven Projekten umzusetzen sind.

Im Jahr 2016 wurden von der EZB direkt beaufsichtigte Bankgruppen einem europaweiten Bankenstresstest unterzogen, bei dem sie nachweisen mussten, in bestimmten Szenarien der gesamtwirtschaftlichen bzw. branchenbezogenen Entwicklung genügend Mittel zur Deckung von potenziellen Verlusten vorzuhalten.

2.1.4 Märkte

Nordwesten

Die einzelnen Branchen der Wirtschaft im Nordwesten zeigen eine unterschiedliche Entwicklung. Insgesamt gesehen ist die konjunkturelle Lage gut und die künftigen Aussichten werden positiv beurteilt. Investitionsbereitschaft ist vorhanden, aber vor dem Hintergrund der jüngeren Vergangenheit eher von hanseatischer Vorsicht geprägt, sodass der Finanzierungsbedarf der Unternehmen in der Region sich lediglich in überschaubarem Umfang bewegt. Leicht steigende Beschäftigung und Einkommen sorgen für eine grundsätzlich positive Perspektivenbeurteilung bei den privaten Haushalten, die sich in stärkerem Konsum ausdrückt. Die vermögende Privatkundenklientel wird jedoch stark umworben und sucht aufgrund des niedrigen Zinsniveaus nach alternativen Anlagemöglichkeiten.

Schiffe

Der bereits im Vorjahr einsetzende Negativtrend in der Handelsschifffahrt spiegelte sich in dem Erreichen eines neuen Allzeittiefs des Baltic Dry Index im ersten Quartal wider. Die Verschrottungen wurden dabei zunächst durch die schlechte Einkommenssituation im Sektor begünstigt und zogen deutlich an. Mit einsetzender Erholung der Schüttgutbranche zur Jahresmitte verflachten die Abwrackaktivitäten jedoch etwas, sodass die im Vorjahr erzielten Höchststände von verschrotteten 30,6 Mio. dwt nicht übertroffen wurden. Dank einer verstärkten Eisenerznachfrage Chinas im vierten Quartal konnten die Ratenindizes einen Jahresendspurt hinlegen. Als positiver Aspekt ist die über das Jahr hinweg erkennbare anhaltende Orderzurückhaltung im Bulkersektor zu nennen.

Das Wachstum des Containersektors verlief 2016 wesentlich gebremster als noch im Vorjahr. Die Containerflotte stieg zwar nur um ca. 1,5%, überschritt aber die Marke von 20 Mio. TEU. Insbesondere die Eröffnung neuer Schleusen am Panamakanal führte zu deutlichen Verschiebungen in der Tonnagenachfrage. Infolge einer erneut schwachen Hauptsaison und generell ausbleibender Nachfrage in Kombination mit wachsenden Kapazitäten fielen die Rateniveaus teilweise unter die

Betriebskosten. Die überraschende Insolvenz der koreanischen Hanjin-Reederei, eines der Top-Liner-Unternehmen, sorgte für zusätzliche Verwerfungen und beschleunigte Konsolidierungen im Markt. Dementsprechend nahm die Aufliegerflotte zu und erreichte mit annähernd 1,6 Mio. TEU gegen Ende 2016 einen neuen Höchststand. Im Containersektor stieg die Zahl der Verschrottungen in der zweiten Jahreshälfte parallel dazu signifikant. Mit insgesamt ca. 660.000 TEU wurde so viel Schiffsvolumen wie nie zuvor aus dem Markt genommen.

Leasing

Entsprechend dem gesamtwirtschaftlichen Umfeld in Deutschland herrscht in der Leasingbranche ein grundsätzlich positives Geschäftsklima in der Erwartung anhaltender und möglicherweise verstärkter Unternehmensinvestitionen. Die Bremer Landesbank ist gut positioniert, um Leasingunternehmen in diesem Marktumfeld zu begleiten.

Erneuerbare Energien

Mit der zurückliegenden Neufassung des EEG besteht nun wieder Sicherheit über die rechtlichen Grundsätze und das Förderungsregime für dieses Geschäftssegment. Trotz einer Anpassung von Vergütungssätzen sowie der Pflicht zur Direktvermarktung für die Betreiber großer Energieanlagen sind die erneuerbaren Energien weiter ein bedeutendes Wachstumssegment für die Bremer Landesbank. Die Bank kann sich in diesem Geschäftsfeld auf eine langjährige Erfahrung sowie auf eine bedeutende Marktposition stützen.

Sozialimmobilien

Das Marktumfeld des Segmentes „Sozialimmobilien“ ist infolge der in den vergangenen Jahren neu geschaffenen Kapazitäten geprägt durch eine verstärkte Wettbewerbssituation. In neue Projekte wird aufgrund des schwierigeren Umfeldes derzeit lediglich verhalten investiert. Durch Übernahmen bestehender Betriebe nimmt der Konzentrationsprozess in der Branche zu. Gleichzeitig bewirkt dies eine Fortsetzung der Professionalisierung. Die politischen Diskussionen über das Thema Pflege führen zur Schaffung von alternativen Angeboten wie z.B. ambulant betreuten Wohngemeinschaften oder Wohnen mit Service. Darüber hinaus ist ein Trend zum sogenannten Aufteilergeschäft – dem Vertrieb von Teileigentum an Investoren – zu verzeichnen.

Lokaler Immobilienmarkt

Trotz der günstigen langfristigen Zinsen bleiben die Bedingungen für die lokale Immobilienwirtschaft sowohl für Gewerbe- als auch für Wohnimmobilien recht schwierig. Im Gewerbesektor besteht ein ordentliches Angebot, das auf eine spezifische Nachfrage trifft.

2.1.5 Auswirkungen auf die Bremer Landesbank

Die vorstehend beschriebenen Entwicklungen haben unter Berücksichtigung einer zunehmend langsamer verlaufenden Globalisierung der Weltwirtschaft Einflüsse auf die geschäftliche Entwicklung der Bank.

Allgemeine Auswirkungen

- Die Entwicklung der Weltwirtschaft beeinflusst die globalen Warenströme und damit das Transportvolumen im Schifffahrtsbereich mit entsprechender Wirkung auf Charterraten und Marktpreise. Als Folge aus der Dauer der Krise auf den Schifffahrtsmärkten ergeben sich Auswirkungen auf die Höhe der Risikovorsorge der Bank.
- Die Stabilität der Eurozone – insbesondere der hoch verschuldeten Staaten im Süden Europas – hat Auswirkungen auf den Kurs des Euro gegenüber anderen Währungen und damit einerseits auf die Exportchancen der Wirtschaft und andererseits auf die Bewertung von Wertpapieren und Credit Default Swaps (CDS). Insbesondere kann die Kursentwicklung des Euro zum USD eine wahrnehmbare Wirkung auf die Höhe der Kundenforderungen, die RWA und die Bilanzsumme, aber auch auf den Zinsüberschuss und die Risikovorsorge der Bank entfalten.
- Die Binnen- und regionale Konjunktur hat Auswirkungen auf die mittelständische Firmenkundschaft und deren Finanzierungsbedarf und damit auch auf das Kreditgeschäft der Bremer Landesbank.
- Das Zinsniveau beeinflusst einerseits die erzielbaren Margen im Kreditgeschäft, andererseits aber in Verbindung mit den erwarteten wirtschaftlichen Entwicklungen auch den Finanzierungsbedarf von Unternehmen und Privatpersonen im Geschäftsgebiet.
- Die Entwicklung der Aktienindizes – insbesondere des DAX – hat Auswirkungen auf das Verhalten von Privatkunden bei der Investition in Wertpapiere, Aktien und alternative Investments und damit auch auf das Provisionsergebnis der Bremer Landesbank.
- Die Entwicklung des lokalen Immobilienmarktes hat Auswirkungen auf die Erfolge der im Immobiliengeschäft tätigen Tochterunternehmen.

Spezifische Auswirkungen

- Die Ertragssituation der Bremer Landesbank war im Jahr 2016 vor allem durch die Auswirkungen der anhaltenden und sich weiter verschärfenden Krise der Handelsschifffahrt geprägt. Aufgrund der weiteren Verschlechterung der Marktsituation wurde die Risikovorsorge im Geschäftsfeld Schiffsfinanzierungen an die geänderten Ertragserwartungen angepasst. Durch die umfassende Erhöhung der Risikovorsorge wurde das Geschäftsjahr 2016 mit einem hohen Verlust abgeschlossen. Dieser führte auch zu einer Änderung der Eigentümerstruktur der Bremer Landesbank, welche vollständig von der NORD/LB übernommen wurde.

- In den übrigen Geschäftsfeldern konnten hingegen weitere Erfolge erzielt werden. So konnte das Geschäft im durch starken Wettbewerb zwischen den Banken gekennzeichneten Segment der erneuerbaren Energien weiter ausgeweitet werden.
- Wie im Vorjahr hatten Änderungen bei der Struktur der Bankenaufsicht sowie regulatorische Vorgaben einen bedeutenden Einfluss auf die Kostensituation der Bank. Neben einer hohen Bindung an personellen Ressourcen sowie der Notwendigkeit zur Schaffung neuer IT-Systeme ist vor allem der Einfluss auf die Steuerung der Bank von hoher Bedeutung.
- Auch die Anforderungen an die Qualität der IT-Systeme haben sich bei europäischen Banken stark erhöht. Im Rahmen des BCBS-239-Projekts setzt die Bremer Landesbank die geforderten Anpassungen bei der Risikodatenhaltung und -auswertung und dem darauf basierenden Reporting in einem mehrjährigen Prozess um. Weiterhin finden umfassende Projektaktivitäten im Hinblick auf die Umsetzung der Anforderungen aus IFRS 9 sowie die Umsetzung aufsichtlicher Anforderungen an die IT-Sicherheit statt. Die Bremer Landesbank stellt sich somit proaktiv den regulatorischen Anforderungen und hat bereits damit begonnen, ihre Prozesse zur Risiko- und Ertragsteuerung sowie ihre Systeme an die Anforderungen der Zukunft anzupassen.
- Im Jahr 2016 wurde die Bremer Landesbank als Tochterinstitut der NORD/LB einem europaweiten Bankenstresstest unterzogen, wobei der Gesamtkonzern unter regulatorischen Gesichtspunkten als stabil und ausreichend kapitalisiert betrachtet wird. Im zuletzt 2014 durchgeführten Bankenstresstest der europäischen Aufsichtsbehörden konnte die NORD/LB auch im adversen Szenario einer weltweiten Rezession eine hohe CET1-Kernkapitalquote aufweisen.

Konkretisierungen der Auswirkungen auf einzelne Komponenten der Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage finden sich in den jeweiligen Unterabschnitten zur Lage des Konzerns.

2.2 Geschäftsverlauf

Die Geschäftsentwicklung der Bremer Landesbank im Jahr 2016 wurde massiv durch die sich nochmals deutlich verschärfende Krise im Schifffahrtssegment beeinträchtigt. Das Schifffahrtssegment ist durch sinkende Wachstumsraten in den Schwellenländern, eine insgesamt eher verhaltene Entwicklung des Welthandels und ein bestehendes Überangebot an Transportkapazitäten kontinuierlich erheblichen Belastungen ausgesetzt. Dies äußert sich in einem weit überproportionalen Anstieg der Risikovorsorge im Geschäftsjahr 2016, einer erheblichen Belastung der Eigenkapitalquoten sowie der fortgesetzten dringlichen Notwendigkeit, Engagements in diesem Segment konsequent zu restrukturieren und abzubauen.

In Ad-hoc-Mitteilungen gemäß § 15 WpHG bzw. Artikel 17 MAR vom 2. Juni und 23. November 2016 sowie vom 9. März 2017 hat die Bank auf erwartete respektive eingetretene hohe Wertberichtigungen auf das Schiffsportfolio und damit einhergehende hohe Verluste für das Jahr 2016 hingewiesen.

Eine Folge der Entwicklung in 2016 war ein Downgrade durch eine Ratingagentur im Rahmen eines nicht beauftragten Ratings. Durch die Herabstufung ist es für die BLB zu Verunsicherungen bei Investoren und Refinanzierungspartnern gekommen, welche Einschränkungen im Kapitalmarktauftritt der Bank zur Folge hatten. Nach dem Vollzug der Komplettübernahme der BLB durch die NORD/LB hat die Ratingagentur das Langfrist-Rating der BLB am 10. Januar 2017 wieder angehoben.

Die im Jahresfinanzbericht 2015 abgegebene Prognose eines ausgeglichenen Ergebnisses hat sich infolge der aufgezeigten Entwicklung in 2016 als nicht haltbar erwiesen.

Die Bank hat die im Rahmen des RWA³ und Shortfallmanagements⁴ eingeleiteten Maßnahmen auch in 2016 fortgesetzt, um ihre Kapitalquoten zu stabilisieren. Dabei wurde unter anderem eine weitere synthetische Verbriefung begeben.

Aufgrund der weiteren Verschlechterung der Marktsituation im Geschäftsfeld Schiffsfinanzierungen wurde die Risikovorsorge an die geänderten Ertragserwartungen angepasst. Die unverändert gültigen Inputfaktoren zur Bewertung von Schiffsfinanzierungen wurden regelmäßig validiert und quantitativ angepasst. Eine nachhaltige Erholung des Schifffahrtssektors ist aufgrund hoher Überkapazitäten nach wie vor mit hoher Unsicherheit behaftet. Daher wird das Portfolio der Bremer Landesbank auch in der näheren Zukunft weiteren Belastungen aus der Risikovorsorge aus Schiffsfinanzierungen ausgesetzt sein. Auf Basis der Einschätzung sich mittelfristig erholender Charterraten reduziert sich die jährlich erwartete Risikovorsorge deutlich.

Im Juni 2016 hatten sich die Träger der Bank vor dem Hintergrund der überproportional hohen Risikovorsorge auf das Schiffsportfolio der BLB und der damit einhergehenden Belastung der aufsichtsrechtlichen Eigenmittel darauf verständigt, das Kapital der Bank in einem angemessenen Umfang intakt zu halten.

Ende August 2016 haben sich dann die Träger der Bremer Landesbank (BLB) darauf geeinigt, dass die BLB 100-prozentige Tochtergesellschaft der NORD/LB wird. Mit Wirkung vom 1. Januar 2017 haben die Freie Hansestadt Bremen (FHB) und der Sparkassenverband Niedersachsen (SVN) ihre Anteile an der BLB an die NORD/LB verkauft.

Der Druck auf die Kapitalquoten blieb im weiteren Jahresverlauf bestehen. Die aufsichtsrechtlich vorgegebenen Kapitalanforderungen gemäß CRR sowie die Liquiditätsanforderungen gemäß LiqV und an die LCR wurden unterjährig eingehalten. Infolge der nochmals deutlich erhöhten Risikovorsorgeaufwendungen waren letztlich die Mindestanforderungen an die Kernkapitalquote gemäß Ad-hoc-Meldung vom 9. März 2017 rückwirkend zum Jahresende nicht mehr erfüllt. Ebenso war die Risikotragfähigkeit nach § 25a KWG i. V. m. den MaRisk in der ökonomischen Going-Concern-Betrachtung (Säule II) zum Jahresende 2016 nicht mehr gegeben. Zusätzlich ergaben sich

³ RWA: Risk-weighted Assets (Risikoaktiva).

⁴ Shortfall: Im Rahmen der COREP-Eigenmittelmeldung wird der sogenannte Expected Loss (erwarteter Verlust) aus Kreditengagements mit den bereits gebildeten Wertberichtigungen verglichen. Ergibt sich ein Überschuss der Expected Losses, dann spricht man von einem sogenannten Shortfall.

Großkreditüberschreitungen gemäß CRR. Aus dem erheblichen Verlust im Geschäftsjahr 2016, der Unterschreitung der gesetzlichen Mindest-Kernkapitalquote und der nicht mehr gegebenen Risikotragfähigkeit resultieren bestandsgefährdende Tatsachen. Diese wurden der Aufsicht durch den Abschlussprüfer gemäß § 29 Abs. 3 Satz 1 KWG angezeigt.

Im Zusammenhang mit der Übernahme aller Anteile an der BLB durch die NORD/LB haben die beiden Gesellschaften einen von ihren Trägern genehmigten Beherrschungsvertrag mit Verlustausgleichsanspruch abgeschlossen. Zusätzlich gibt es eine harte Patronatserklärung der NORD/LB für die BLB.

Bei der zuständigen Aufsichtsbehörde wurde am 19. Januar 2017 ein Antrag auf Nutzung eines Waivers nach § 2a (1) und (2) des Gesetzes über das Kreditwesen (KWG) i.V.m. Artikel 7 (1) CRR eingereicht. Mit Bewilligung des Antrages entfallen bestimmte Aufsichtsanforderungen an die Eigenmittelausstattung der BLB auf Einzelinstitutsebene.

Aufgrund des hohen Jahresfehlbetrages der BLB ergab sich die Notwendigkeit einer Barkapitalerhöhung im Umfang von 400 Mio. €, die mit Wirkung vom 21. März 2017 durchgeführt wurde. Dadurch wurde die Kapitalrücklage der Bank gestärkt und die aufsichtsrechtlichen Kapitalquoten sowie die Großkreditobergrenzen wurden wieder entlastet.

Eine Erhöhung der im Jahr 2016 originierten synthetischen Verbriefung im Laufe des ersten Halbjahres 2017 soll darüber hinaus für eine Entlastung der aufsichtsrechtlichen Kapitalquoten sorgen.

Die nachhaltige Einhaltung der Kapitalquoten und der Risikotragfähigkeit hängt insbesondere von der Genehmigung eines Waivers zwischen NORD/LB und Bremer Landesbank ab. Für den Fall einer Verzögerung oder Ablehnung des Antrags seitens der Aufsicht sieht der Plan zur Kapitalerhöhung gleichzeitig einen Beschluss für genehmigtes Kapital vor, sodass weitere 200 Mio. € zur Kapitalstärkung der Bremer Landesbank eingesetzt werden könnten.

Der Fortbestand des Instituts hängt von der planungsgemäßen Umsetzung der auf Basis der Trägerbeschlüsse vom 21. März 2017 oben dargestellten Maßnahmen zur Entlastung der wirtschaftlichen Verhältnisse auf Ebene der Bremer Landesbank ab.

Nach Aussage der Träger vom 31. August 2016 soll die BLB als aktives, wertvolles Mitglied der NORD/LB-Gruppe erhalten bleiben. Der Sitz der Bank bleibt Bremen. Der Standort Oldenburg bleibt bestehen. Eine bisher von der BLB gehaltene Beteiligung an einem wichtigen Unternehmen mit Bezug zum Bundesland wurde mit Wirkung Anfang 2017 an die FHB übertragen.

Es wurde gemeinsam mit der NORD/LB ein Projekt initiiert, welches sich mit einem überschneidungsfreien Geschäftsmodell beider Banken, einem daran angepassten Betriebsmodell sowie der Arbeitshypothese einer Integration der BLB in die NORD/LB beschäftigt. Die Ergebnisse werden derzeit im Projekt erarbeitet und den Gremien beider Institute nach Finalisierung zur Entscheidung vorgelegt.

2.3 Lage des Konzerns

2.3.1 Ertragslage

Die Ertragslage des Bremer Landesbank-Konzerns hat sich im Jahr 2016 vor dem Hintergrund der außergewöhnlich hohen Risikovorsorge im Segment Schiffsfinauzierungen wie in den veröffentlichten Ad-hoc-Mitteilungen angekündigt ungenügend entwickelt.

Erfolgsrechnung

| | Notes | 1.1.-31.12.2016 Mio. € | 1.1.-31.12.2015 Mio. € | Veränderung % |
|---|-----------|---------------------------|---------------------------|------------------|
| Zinserträge | | 1.117 | 1.260 | -11 |
| Zinsaufwendungen | | 752 | 847 | -11 |
| Zinsüberschuss | 19 | 365 | 413 | -12 |
| Risikovorsorge im Kreditgeschäft | 20 | -1.547 | -341 | >100 |
| Zinsergebnis nach Risikovorsorge | | -1.182 | 72 | >-100 |
| Provisionserträge | | 50 | 50 | 0 |
| Provisionsaufwendungen | | 26 | 9 | >100 |
| Provisionsüberschuss | 21 | 24 | 41 | -41 |
| Handelsergebnis | | -1 | 31 | >-100 |
| Ergebnis aus designierten Finanzinstrumenten | | - | - | - |
| Ergebnis aus erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten | 22 | -1 | 31 | >-100 |
| Ergebnis aus Hedge Accounting | 23 | 1 | 26 | -96 |
| Ergebnis aus Finanzanlagen | 24 | 3 | 10 | -70 |
| Ergebnis aus nach der Equity-Methode bilanzierten Finanzanlagen | 25 | 5 | 8 | -38 |
| Verwaltungsaufwand | 26 | 212 | 193 | 10 |
| Sonstiges betriebliches Ergebnis | 27 | 12 | 9 | 33 |
| Restrukturierungsergebnis | 28 | 37 | - | >100 |
| Ergebnis vor Steuern | | -1.387 | 4 | >-100 |
| Ertragsteuern | 29 | -5 | -1 | >100 |
| Konzernergebnis | | -1.382 | 5 | >-100 |
| davon: auf Anteilseignern des Mutterunternehmens entfallend | | -1.382 | 5 | >-100 |
| davon: auf Anteile ohne beherrschenden Einfluss entfallend | | - | - | - |

Zinsüberschuss

Für das Zinsergebnis hatte die Bank prognostiziert, dass es sich im Berichtsjahr auf dem Niveau von 2015 stabilisieren würde.

Der Zinsüberschuss ist um 12% von 413 Mio. € auf 365 Mio. € gefallen. Die aus dem operativen Geschäft mit Kunden der Bank erzielten Beiträge verblieben trotz intensiven Wettbewerbsdrucks auf einem robusten Niveau, wenngleich sich der strategiekonforme Abbau des Portfolios im Bereich der Schiffsfinauzierungen auch durch rückläufige Zinserträge bemerkbar machte. Das anhaltend niedrige Zinsniveau am Geld- und Kapitalmarkt wirkte zudem insgesamt belastend auf das Zinsergebnis der Bank. Negativzinsen wirkten sich bisher insgesamt nicht signifikant aus.

Wesentliche Beiträge im kundenorientierten Geschäft lieferten wie bisher die Segmente Schiffs- und Spezialfinanzierungen sowie Firmenkunden. Der Anteil von Schiffsfinauzierungen am Zinsergebnis ist

deutlich rückläufig. Die Geschäfte im Bereich Erneuerbare Energien konnten annähernd das hohe Vorjahresniveau erreichen, während das Zinsergebnis mit der regionalen Firmenkundschaft und mit institutionellen Kunden eine leicht rückläufige Tendenz zeigten.

Im kommenden Jahr wird für das Zinsergebnis ein spürbarer Anstieg angestrebt.

Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft ist im Jahr 2016 auf 1.547 Mio. € (Vorjahr: 341 Mio. €) gestiegen.

Im Konzernlagebericht des Jahres 2015 war die Bank für die Risikovorsorge im Schiffsbereich auf Basis von sich allmählich erholenden Charraten von langsam sinkenden Aufwendungen ausgegangen. Sie hatte jedoch aufgrund eines sich möglicherweise verschlechternden weltwirtschaftlichen Umfelds weiterhin Belastungen aus dem Schifffahrtssegment erwartet und hatte angegeben, dass Abweichungen von den im Schifffahrtsbereich unterstellten Bewertungsparametern (z. B. eine weitere Verzögerung der Markterholung) sowie die Verwertung bzw. der Abbau von notleidenden Schiffsfinauzierungen weiterhin erhebliche Auswirkungen auf die Höhe der Risikovorsorge bewirken könnten.

Die Geschäftsentwicklung der Bremer Landesbank im Jahr 2016 wurde massiv durch die Krise im Schifffahrtssegment beeinträchtigt. Das Schifffahrtssegment ist durch sinkende Wachstumsraten in den Schwellenländern, eine insgesamt eher verhaltene Entwicklung des Welthandels und ein bestehendes Überangebot an Transportkapazitäten kontinuierlich erheblichen Belastungen ausgesetzt. Dies äußert sich in einem weit überproportionalen Anstieg der Risikovorsorge im Geschäftsjahr 2016 sowie der fortgesetzten dringlichen Notwendigkeit, Engagements in diesem Segment konsequent zu restrukturieren und abzubauen.

Im Berichtsjahr wurde aufgrund der weiteren Verschlechterung der Marktsituation im Geschäftsfeld Schiffsfinauzierungen die Risikovorsorge an die geänderten Ertragserwartungen angepasst. Die unverändert gültigen Inputfaktoren zur Bewertung von Schiffsfinauzierungen wurden regelmäßig validiert und quantitativ angepasst, um die weiter anhaltende Krise der Handelsschiffahrt voll zu reflektieren. Dies hat neben echten Ausfällen zu einer weit überproportionalen Erhöhung der Risikovorsorge geführt.

Leichte Erholungstendenzen bei Fracht- und Charraten in der Vergangenheit erwiesen sich als nicht nachhaltig. Kurzfristige Angebotsverknappung wird schnell wieder durch weiterhin bestehende Überkapazitäten kompensiert. Aufliegerzahlen haben sich nicht wesentlich gegenüber dem Vorjahr erhöht. Neubauaktivitäten weisen insgesamt eine Beruhigung auf, sodass bei zukünftig zunehmenden Verschrottungen alter und nicht mehr energieeffizienter Tonnage mittelfristig Marktgleichgewichte wieder in Reichweite kommen können und der ratenschädliche Verdrängungswettbewerb abnimmt. Das relativ kleine Tankersegment hat sich nach vergleichsweise positivem Verlauf wieder abgeschwächt, Multipurpose-Schiffe und insbesondere Bulk Carrier sind weiter auf niedrigem Niveau.

Die größeren Containerschiffe bleiben unter erheblichem Druck – dies gilt auch vor dem Hintergrund der Erweiterung des Panamakanals und der diesbezüglichen Verschiebung nachgefragter Größenklassen. Kleinere Einheiten im Containersegment – Hauptteil des BLB-Containerportfolios – können sich auf niedrigem Niveau gut behaupten, da hier seit längerem Neubauaktivitäten sehr verhalten sind und moderne Tonnage in der Nische gefragt ist. Auf der Tonnage-Nachfrageseite wird kurzfristig trotz verhalten positiver Signale aus China keine spürbare Konjunkturerholung gesehen.

Eine nachhaltige Erholung des Schifffahrtssektors ist aufgrund hoher Überkapazitäten nach wie vor mit hoher Unsicherheit behaftet. Daher wird das Portfolio der Bremer Landesbank auch in der näheren Zukunft weiteren Belastungen aus der Risikovorsorge auf Schiffsfinanzierungen ausgesetzt sein. Auf Basis der Einschätzungen sich mittelfristig erholender Charraten reduziert sich die jährlich erwartete Risikovorsorge deutlich. Abweichungen von den im Schifffahrtsbereich unterstellten Bewertungsparametern (z. B. eine weitere Verzögerung der Markterholung) sowie die Verwertung bzw. der Abbau von notleidenden Schiffsfinanzierungen können weiterhin erhebliche Auswirkungen auf die Höhe der Risikovorsorge bewirken. Für die Einschätzungen der künftigen Entwicklung der Schifffahrt nutzt die Bank externe Prognosen des Bewertungssachverständigen Weselmann sowie der führenden Marktforschungsinstitute Marsoft und MSI.

Durch die Bildung von Portfoliowertberichtigungen (PoWB) trägt die Bank vermutlich eingetretenen, aber noch nicht erkannten Risiken Rechnung. Im Berichtsjahr ergab sich insbesondere infolge von EWB-Neubildungen eine Auflösung der PoWB in Höhe von 50 Mio. € (Vorjahr: 0 Mio. €). Durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen (EWB) wurden 0 Mio. € verbraucht (Vorjahr: 43 Mio. €).

Provisionsüberschuss

In der Prognose hatte die Bank bei Fortbestehen der aktuellen Rahmenbedingungen ein niedrigeres Niveau des Provisionsergebnisses unterstellt.

Das Provisionsergebnis hat sich von 41 Mio. € auf 24 Mio. € und damit um 41 % verringert. Operativ haben sich die traditionellen Kernelemente analog der Prognose aus dem Vorjahr weitgehend stabil fortentwickelt. Die beiden in den Geschäftsjahren 2015 und 2016 zur Stabilisierung der aufsichtsrechtlichen Kernkapitalquote durchgeführten Verbriefungstransaktionen und Avalierungen haben aufgrund der zu zahlenden Provisionen jedoch eine signifikante Reduzierung des Provisionsüberschusses bewirkt.

Die Erträge aus Avalprovisionen waren im Hinblick auf die vorgenannten Garantieprovisionen rückläufig. Die operativen Erträge aus dem traditionellen Avalgeschäft konnten hingegen sogar gesteigert werden.

Einer spürbaren Steigerung der Nettoerträge aus dem Wertpapiergeschäft steht ein Rückgang der Provisionen aus dem Auslandszahlungsverkehr in geringerer Größenordnung gegenüber. Die Erträge aus Kreditprovisionen haben sich moderat unter dem Niveau des Vorjahres eingependelt.

Alle übrigen Komponenten, z. B. aus dem Inlandszahlungsverkehr, der Kontoführung und dem Sortengeschäft, haben sich in Summe stabil fortentwickelt.

Im Jahr 2017 wird durch die volle Aufwandswirksamkeit der beiden Verbriefungstransaktionen weiterhin eine leicht rückläufige Tendenz erwartet.

Ergebnis aus erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Finanzinstrumenten

In der Prognose ging die Bank von weiterhin guten Chancen aus, ein positives Fair-Value-Ergebnis zu erzielen.

Aus der Fair-Value-Bewertung von Finanzinstrumenten ergibt sich ein negativer Ergebnisbeitrag von 1 Mio. €, während im Vergleichszeitraum ein Gewinn in Höhe von 31 Mio. € auflief. Der Unterschiedsbetrag ist insbesondere auf ein gesunkenes Bewertungs- und Realisierungsergebnis aus zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten in Höhe von 3 Mio. € (Vorjahr: 31 Mio. €) zurückzuführen. Ein stabileres Zinsniveau und damit einhergehend eine verbesserte Aussteuerung von Zinsrisiken im Berichtsjahr führten zu einem nahezu ausgeglichenen Ergebnis aus erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten. Darüber hinaus resultiert aus der Bewertung von Cross Currency Swaps, die zur Refinanzierung des USD-Geschäftes dienen, ein positives Ergebnis in Höhe von 7 Mio. € (Vorjahr: 8 Mio. €).

Der Bestand an CDS, bei denen die Bremer Landesbank als Sicherungsgeber auftritt, ist aufgrund von Fälligkeiten und im Rahmen der RWA-Steuerung erfolgten gezielten Positionsaufösungen weiter zurückgegangen und hat mittlerweile nur noch ein unbedeutendes Volumen. Das Ergebnis aus CDS ist demzufolge um 4 Mio. € auf 0 Mio. € zurückgegangen.

Bei der irischen Bank Permanent TSB (vormals Irish Life and Permanent) besteht unverändert seit 2010 ein Restructuring Credit Event. Für den verbleibenden CDS-Kontrakt mit Fälligkeiten in 2017 in Höhe von 10 Mio. € wurde der Bank nach wie vor keine Credit Event Notice zugestellt. Die Bank erwartet hier auch bis zur Fälligkeit keine Zustellung. Es werden somit keine Risiken aus einer eventuellen Inanspruchnahme gesehen.

Weitere Credit Events, bei denen die Bank z. B. durch Lieferung des Referenzaktivums als Sicherungsgeber in Anspruch genommen worden wäre, sind nicht aufgetreten.

Das Devisenergebnis der Bremer Landesbank verringerte sich im Berichtsjahr um 8 Mio. € auf –6 Mio. €. Die Entwicklung resultiert insbesondere aus gestiegenen Refinanzierungskosten, bedingt durch das Auseinanderlaufen des Euro- respektive USD-Zinsumfeldes.

Das Handelsgeschäft der Bremer Landesbank ist kundeninduziert oder dient zur Absicherung von im traditionellen Bankgeschäft eingegangenen Zinsänderungs- und Fremdwährungsrisiken. Unter diesen selbst gegebenen Rahmenbedingungen konnte die Bank auch im vergangenen Jahr grundsätzlich erfolgreich auf den Geld- und Kapitalmärkten agieren.

Das Ergebnis aus erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten ist aufgrund der kurzfristigen Natur der Geschäfte und der Marktschwankungen volatil und entsprechend schwer zu prognostizieren. In ihren Planungen geht die Bank weiterhin von guten Chancen aus, erfolgreich an den Finanzmärkten zu agieren und insgesamt ein spürbar verbessertes positives aFV-Ergebnis zu erzielen.

Ergebnis aus Sicherungsbeziehungen

In dieser Position werden die Bewertungsergebnisse aus effektiven Sicherungszusammenhängen erfasst. Je effektiver die Hedge-Beziehungen sind, umso geringer sind deren Ergebnisauswirkungen. Die Bremer Landesbank setzt seit Längerem im Rahmen des Fair Value Hedge Accounting Micro Fair Value Hedges und Portfolio Fair Value Hedges zur Reduktion der Ergebnisauswirkungen von IAS-immanenten sogenannten Accounting Mismatches ein. Die Bremer Landesbank verbessert kontinuierlich die bilanzielle Zinssteuerung.

Die von der Bremer Landesbank designierten Hedge-Beziehungen erzeugten im Jahr 2016 ein Ergebnis von 1 Mio. € nach einem Wert von 26 Mio. € im Jahr 2015. Das niedrige Hedge-Ergebnis ist auf hohe Hedge-Effektivitäten im Jahr 2016 zurückzuführen. Dazu trugen insbesondere geringe Effekte aus Tenor-Basis-Spread-Veränderungen bei.

Die Bank geht davon aus, dass sich das Ergebnis aus Sicherungsbeziehungen in den kommenden Jahren mit fortgesetzter intensiver Nutzung des Hedge Accountings und in Abhängigkeit von der Entwicklung der Zinslandschaft volatil entwickeln wird.

Ergebnis aus Finanzanlagen

Das Ergebnis aus Wertpapieren und Beteiligungen der Kategorie Available for Sale (AfS) beläuft sich wie im Vorjahr auf 3 Mio. €. Während das Ergebnis des Vorjahres aus Veräußerungsergebnissen und erfolgswirksamen Bewertungsergebnissen aus Wertpapieren resultierte, wurde es in 2016 wesentlich beeinflusst durch den Verkauf eines Wertpapier-Fonds und von Beteiligungen.

Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen

Das Ergebnis aus Unternehmen, die at Equity bewertet werden, beträgt 5 Mio. € nach 8 Mio. € im Jahr 2015.

Verwaltungsaufwand

Im Konzernabschluss 2015 wurde für das Jahr 2016 ein leichter Rückgang der Personalaufwendungen und für die anderen Verwaltungsaufwendungen eine spürbare Steigerung prognostiziert.

Die Verwaltungsaufwendungen sind um 10% von 193 Mio. € auf 212 Mio. € gestiegen.

Die laufenden Gehaltszahlungen haben sich tarifbedingt und aufgrund von Einmalzahlungen an ausgeschiedenes Personal leicht erhöht. Dagegen sind Aufwendungen für die Abschlussvergütung aufgrund der Ergebnissituation der Bank im Vergleich zum Vorjahr weitestgehend weggefallen. Aufgrund eines plangemäß niedrigeren Personalbestandes sind die Zuführungen zu den Altersvorsorgerückstellungen gesunken. Insgesamt haben sich damit die Personalaufwendungen von 103 Mio. € um 5% auf 98 Mio. € reduziert.

Die anderen Verwaltungsaufwendungen haben sich um 24 Mio. € oder 30% auf 104 Mio. € erhöht.

Projektbedingt in 2016 stark angestiegene Beratungsaufwendungen sowie Erhöhungen im Bereich der Informationstechnologie sind als wesentliche Kostentreiber zu nennen. Des Weiteren stiegen die anderen Verwaltungsaufwendungen durch den höheren Aufwand für die Bankenabgabe von 10 Mio. € (Vorjahreswert: 6 Mio. €).

Dagegen fällt der Aufwand für die EU-Einlagensicherung in 2016 mit dem Gesamtjahresbeitrag von 7 Mio. € um 1 Mio. € niedriger aus als der zum Vorjahresstichtag angefallene Aufwand von 8 Mio. €. Aufgrund der Mitgliedschaft der Bank in der institutsbezogenen Sicherheitsreserve der Landesbanken und Girozentralen sowie aufgrund der Bankenabgabe können im Fall von Entschädigungs- und Unterstützungsmaßnahmen, die zu einer Unterdotierung dieser Einrichtungen führen, auch von der Bremer Landesbank Sonderzahlungen eingefordert werden. Ob und in welcher Höhe es zu derartigen Zahlungen kommen wird, ist auch aufgrund der Berechnungsmethodik, die auch auf eine relative Entwicklung institutsspezifischer Parameter im Vergleich zur Branche abstellt, derzeit nicht absehbar. Derartige Zahlungsverpflichtungen können jedoch grundsätzlich zu einer Belastung der Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage der Bank führen.

Die Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen bewegen sich mit 10 Mio. € auf Vorjahresniveau.

Für 2017 wird ein leichter Anstieg der Personalaufwendungen erwartet. Die anderen Verwaltungsaufwendungen werden auch in 2017 weiterhin durch Großprojekte beeinflusst. Dennoch erwartet die Bank im kommenden Jahr eine stabile Entwicklung.

Sonstiges betriebliches Ergebnis

Das sonstige betriebliche Ergebnis beläuft sich auf 12 Mio. € nach 9 Mio. € im Jahr 2015.

Neben Mieterträgen aus nicht bankbetrieblich genutzten Gebäuden in Höhe von 9 Mio. € (Vorjahr: 8 Mio. €) und kundenseitigen Kostenerstattungen in Höhe von 2 Mio. €. (Vorjahr: 2 Mio. €) sind in diesem Posten Auflösungen von sonstigen Rückstellungen in Höhe von 4 Mio. € (Vorjahr: 2 Mio. €) enthalten. Die sonstigen Erträge in Höhe von 24 Mio. € (Vorjahr: 7 Mio. €) beinhalten im Wesentlichen den Veräußerungsgewinn aus dem Verkauf einer Beteiligung.

Aufwandsseitig wirken sich insbesondere Miet- und Pacht aufwendungen aus nicht bankbetrieblich genutzten Gebäuden in Höhe von 3 Mio. € (Vorjahr: 2 Mio. €) sowie Aufwendungen aus dem

Rückkauf von Schuldverschreibungen und Namenspapieren in Höhe von 17 Mio. € (Vorjahr: 5 Mio. €) auf das Ergebnis aus. Die sonstigen Aufwendungen entfallen im Wesentlichen auf Abschreibungen auf und Gewerbesteuererstattungen an eine in 2016 veräußerte Beteiligung in Höhe von insgesamt 4 Mio. € (Vorjahr: 0 Mio. €) sowie Aufwendungen für Schadenfälle aus operationellen Risiken in Höhe von 1 Mio. € (Vorjahr: 1 Mio. €).

Restrukturierungsergebnis

Das Restrukturierungsergebnis resultiert aus der Bildung einer Rückstellung für Restrukturierungszwecke in Höhe von 37 Mio. €, welche die bis zum Jahre 2020 erwarteten Aufwendungen für die Neuausrichtung der Bank abdecken soll.

Ergebnis vor Steuern

Für das Ergebnis vor Steuern hatte die Bank einen deutlichen Anstieg prognostiziert.

Das Ergebnis vor Steuern des Konzerns Bremer Landesbank für das Jahr 2016 beträgt –1.387 Mio. € und ist damit gegenüber dem Jahr 2015 um 1.391 Mio. € gesunken. Das negative Ergebnis ist die Folge der besonderen Risikosituation im Schiffsportfolio und der damit verbundenen außergewöhnlich hohen Risikovorsorge.

Mit weiterhin hohen, jedoch deutlich niedriger als in 2016 ausfallenden Risikovorsorgeaufwendungen durch die sich weiter fortsetzende Krise an den Schifffahrtsmärkten wird sich das Ergebnis vor Steuern nach den Einschätzungen der Bank im Jahr 2017 zwar deutlich verbessern, ein Verlust in unterer dreistelliger Millionenhöhe kann dennoch möglich sein.

Ertragsteuern

Die laufenden Steuern vom Einkommen und Ertrag des Bremer Landesbank-Konzerns haben sich im Vergleich zum Vorjahr um 17 Mio. € vermindert. Der Steuerertrag aus laufenden Steuern beträgt 3 Mio. € (Vorjahr: 14 Mio. €). Ursächlich hierfür sind neben dem in 2016 erzielten Verlust des Mutterunternehmens auch dessen steuerliche Ergebnisanpassungen für das Vorjahr.

Die latenten Steuern, die im Jahr 2015 mit einem Ertrag von 15 Mio. € erfasst wurden, belaufen sich für das Jahr 2016 auf einen Ertrag von 2 Mio. €, sodass sich die Ertragsteuern insgesamt von einem Aufwand von 1 Mio. € in 2015 auf einen Ertrag von 5 Mio. € im Berichtsjahr eingestellt haben.

Konzernergebnis

Das Konzernergebnis beträgt –1.382 Mio. € (Vorjahr: 5 Mio. €).

Die weiterhin massiven Beeinträchtigungen an den Schifffahrtsmärkten hatten im Jahr 2016 erneut gravierenden Einfluss auf das handelsrechtliche Ergebnis der Bremer Landesbank AöR.

Das Konzernergebnis wird sich nach den Einschätzungen der Bank im Jahr 2017 zwar deutlich verbessern, ein Verlust in unterer dreistelliger Millionenhöhe kann dennoch möglich sein.

2.3.2 Finanz- und Vermögenslage

Bilanzsumme

Die Bank konzentrierte sich wie in den Vorjahren verstärkt auf Geschäfte, die ein gutes Verhältnis zwischen Rentabilität und Eigenmittelbelastung versprechen.

Auf der Aktivseite entwickelten sich die Interbankengeschäfte – insbesondere die Forderungen an angeschlossene Sparkassen – rückläufig. Ebenso reduzierte sich der Eigenbestand an Wertpapieren sukzessive. Bei den Refinanzierungen sind Rückgänge bei den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und den verbrieften Verbindlichkeiten zu verzeichnen, während bei den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden ein Anstieg zu verzeichnen ist.

Im Ergebnis hat sich die Bilanzsumme von 30,0 Mrd. € auf 28,9 Mrd. € reduziert.

Forderungen an Kreditinstitute

Das Interbankengeschäft – im Wesentlichen geprägt durch die Geschäftstätigkeit mit den angeschlossenen Sparkassen – entwickelte sich im Geschäftsjahr 2016 positiv. Durch stichtagsbedingt höhere täglich fällige Forderungen haben sich die Forderungen an Kreditinstitute um 0,2 Mrd. € auf 3,7 Mrd. € erhöht.

Forderungen an Kunden

Die Kundenforderungen reduzierten sich aufgrund von über dem Neugeschäft liegenden Fälligkeiten und der gegenläufig wirkenden Aufwertung der USD-Kundenforderungen um rund 1 Mrd. € auf rund 21 Mrd. €. Der Anteil der Forderungen an Kunden an der Bilanzsumme beträgt 77,2% (Vorjahr: 76,0%). Eine differenzierte Betrachtung dieser Position findet sich in den Erläuterungen zur Entwicklung der Geschäftsfelder im Rahmen der Segmentberichterstattung.

Risikovorsorge

Der offen auf der Aktivseite abgesetzte Bestand an Risikovorsorge des Konzerns Bremer Landesbank hat sich im Berichtsjahr erneut um 95,1 % oder 1.011 Mio. € auf 2.074 Mio. € erhöht und beträgt damit 9,3 % des Kundenforderungsbestandes (Vorjahr 4,7%). Der Anstieg ist fast ausschließlich auf das Segment Schiffsfinanzierungen zurückzuführen.

Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete Finanzinstrumente (Financial Assets or Financial Liabilities at Fair Value through Profit or Loss [aFV])

In dieser Position werden die Marktwerte der der Kategorie Held for Trading zugeordneten Finanzinstrumente erfasst. Titel mit einem positiven Marktwert werden auf der Aktivseite, solche mit negativen Marktwerten auf der Passivseite ausgewiesen. Der Bestand an Finanzinstrumenten mit positiven Marktwerten hat sich im Jahr 2016 um 164 Mio. € auf 502 Mio. € verringert, während sich die negativen Marktwerte um 146 Mio. € auf 724 Mio. € verringert haben. In dieser Position geführte, zur

Absicherung von im Bankbuch eingegangenen Zins- und Fremdwährungsrisiken dienende langfristige derivative Geschäfte werden i. d. R. durch Gegengeschäfte geschlossen und nicht terminiert.

Derivative Geschäfte werden in der Bremer Landesbank im Wesentlichen zur Steuerung und Absicherung von Zins- und Fremdwährungsrisiken eingesetzt. Das Nominalvolumen zum Jahresende 2016 betrug 30,7 Mrd. € nach 37,3 Mrd. € im Vorjahr und damit das etwa 1,0-Fache (Vorjahr: 1,0-Fache) der Bilanzsumme. Im Vergleich zu anderen Instituten der Branche wird in der Bremer Landesbank also nur in relativ geringem Umfang auf solche Geschäfte zurückgegriffen. Für Detailinformationen zu den Volumina sowie der Fristen- und Kontrahentengliederung wird auf die Darstellung im Anhang des Konzernabschlusses der Bremer Landesbank verwiesen.

Positive/negative beizulegende Zeitwerte aus derivativen Sicherungsbeziehungen und Ausgleichsposten für im Portfolio Fair Value Hedge abgesicherte Finanzinstrumente

Die Fair Values aus Hedge-Derivaten haben sich im Jahr 2016 gemäß der in den Notes unter den Nummern (36) und (50) dargestellten Übersicht verändert. Dem Teil der Wertänderung, der auf das abgesicherte Zinsrisiko zurückzuführen ist, stehen entsprechend gegenläufige Wertänderungen bei den Grundgeschäften gegenüber.

Finanzanlagen/Anteile an at Equity bewerteten Unternehmen

Der Bestand an Finanzanlagen hat sich von 2,9 Mrd. € im Jahr 2015 auf 2,8 Mrd. € im Jahr 2016 leicht reduziert. Hier werden im Wesentlichen Wertpapiere, stille Einlagen und Anteile an nicht konsolidierten Unternehmen der Kategorie AfS mit ihren Marktwerten ausgewiesen. Der Bestand reduzierte sich aufgrund von Fälligkeiten und Veräußerungen im Rahmen der RWA-Steuerung.

Der Bestand der Anteile an at Equity bewerteten Unternehmen hat sich im Berichtsjahr um 7 Mio. € auf 125 Mio. € erhöht.

Wertpapiere sind entweder der strategischen Position des Vorstands oder dem sogenannten Credit-Investment-Portfolio des Geschäftsfelds Financial Markets zuzuordnen. Es kam 2016 sowohl zu Bestandsveränderungen durch Ab- und Zugänge von Finanzanlagen als auch durch Wertveränderungen weiterhin gehaltener Papiere. Sie sind in der Neubewertungsrücklage, einer Unterposition des Eigenkapitals, abgebildet.

Traditionell kommt die Bremer Landesbank ihren öffentlich-rechtlichen Verpflichtungen und den Verpflichtungen im Verbund auch über das Beteiligungsportfolio nach. Insbesondere sei hier die Förderung der Wirtschaft über Beteiligungen an Bürgschaftsbanken (z. B. Bürgschaftsbank Bremen, Niedersächsische Bürgschaftsbank) sowie Wirtschaftsförderungsgesellschaften genannt.

Der regionale Bezug wird insbesondere durch die Beteiligung der Bank an mehreren Wohnungsbau-gesellschaften, die teilweise dem im Anhang aufgelisteten Anteilsbesitz entnommen werden können, deutlich.

Primär zielt das Beteiligungsgeschäft auf den strategischen und operativen Nutzen und erst sekundär auf das Ertragspotenzial ab. Im Rahmen der strategischen Fokussierung der Bremer Landesbank wird daher von einer stagnierenden bis rückläufigen Entwicklung des Beteiligungsvolumens ausgegangen. Neue Beteiligungen kommen künftig nur in Betracht, wenn sie einen deutlichen Mehrwert für die Bank respektive die Region generieren.

Sachanlagen/als Finanzinvestition gehaltene Immobilien/immaterielle Vermögenswerte

Das Sachanlagevermögen, in dem die Betriebs- und Geschäftsausstattung und die betrieblich genutzten Gebäude und Gebäudeteile erfasst werden, erhöhte sich insbesondere aufgrund von Baukostenaktivierungen für den Neubau des Bankgebäudes am Domshof um 14 Mio. € auf 89 Mio. €.

In der Position „Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien“ werden die zur Fremdnutzung vorgesehenen bzw. fremd vermieteten Immobilien des Konzerns ausgewiesen. Nach der Aktivierung von Baukosten für ein Gebäude am Teerhof, Bremen, und Absetzungen für Anlagevermögen wird – wie im Vorjahr – ein Bestand in Höhe von 84 Mio. € ausgewiesen.

Die immateriellen Vermögenswerte bewegen sich mit 14 Mio. € auf dem Vorjahresniveau.

Tatsächliche Ertragsteueransprüche/aktive latente Steuern/sonstige Aktiva

Aus zeitlich begrenzten Unterschieden von Werten in der IFRS-Konzernbilanz für Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten zu den steuerlichen Werten in den Konzerngesellschaften resultieren potenzielle Ertragsteuerentlastungen in der Zukunft, die als aktive latente Steuern ausgewiesen werden und im Jahr 2016 165 Mio. € (Vorjahr: 149 Mio. €) betragen. Darüber hinaus bestehen bereits im HGB-Abschluss unter den sonstigen Vermögensgegenständen ausgewiesene sogenannte laufende Ertragsteueransprüche in Höhe von 4 Mio. € gegenüber 0 Mio. € im Vorjahr. Es ergeben sich somit Ertragsteueransprüche von insgesamt 169 Mio. € gegenüber 149 Mio. € im Vorjahr.

Die sonstigen Aktiva betragen zum 31. Dezember 2016 89 Mio. € (Vorjahr: 57 Mio. €). Neben stichtagsbedingt höheren Forderungen auf Zwischenkonten in Höhe von 41 Mio. € (Vorjahr: 19 Mio. €) sind hier Forderungen aus geleisteten Initial Margins in Höhe von 26 Mio. € (Vorjahr 16 Mio. €) und Forderungen gegenüber nicht konsolidierten Tochtergesellschaften in Höhe von 13 Mio. € (Vorjahr: 15 Mio. €) enthalten.

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Die Bank refinanziert sich auch über Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten. Diese haben sich im Geschäftsjahr 2016 um 0,5 Mrd. € auf 11,1 Mrd. € erhöht (Vorjahr: 10,6 Mrd. €). Bei den Einlagen von anderen Banken war ein leichter Anstieg in Höhe von 0,1 Mrd. € zu verzeichnen. Die Verbindlichkeiten aus Geldmarktgeschäften bewegen sich mit 1,2 Mrd. € auf Vorjahresniveau. Bei den inländischen Kreditinstituten konnte der Rückgang bei den täglich fälligen Verbindlichkeiten in Höhe

von 0,5 Mrd. € durch eine Ausweitung der befristeten Verbindlichkeiten in Höhe von 0,9 Mrd. € überkompensiert werden.

Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Die Refinanzierung der Bank über Verbindlichkeiten gegenüber Kunden fiel leicht um –1,6% auf 9,7 Mrd. €. Die Verbindlichkeiten aus Geldmarktgeschäften fielen um -0,2 Mrd. €. Bei den anderen Verbindlichkeiten war ein Anstieg um 0,1 Mrd. € zu verzeichnen. Spareinlagen spielen in der Refinanzierung der Bremer Landesbank mit einem Volumen von unverändert 0,2 Mrd. € nur eine untergeordnete Rolle.

Verbriefte Verbindlichkeiten

In den verbrieften Verbindlichkeiten der Bank werden Pfandbriefe, Kommunalschuldverschreibungen und sonstige Schuldverschreibungen ausgewiesen. Der Bestand ist mit 5,3 Mrd. € gegenüber dem Vorjahr nahezu konstant geblieben.

Eine differenzierte Darstellung der Refinanzierung der Bank über die verschiedenen Emissionsprogramme findet sich in den Erläuterungen zum Geschäftsfeld Financial Markets in der Segmentberichterstattung im Konzernanhang und im Abschnitt Finanzierungsmaßnahmen.

Rückstellungen

Die Rückstellungen insgesamt betragen für den Konzern Bremer Landesbank zum Jahresende 2016 422 Mio. € (Vorjahr: 333 Mio. €) und sind damit um 26,7% gestiegen.

Den weit überwiegenden Teil machen die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen aus, die im Konzern 364 Mio. € nach 307 Mio. € im Vorjahr betragen. Der Barwert der leistungsorientierten Verpflichtung wird dabei unter Nutzung bestimmter Parameter, wie z.B. eines konzern-einheitlichen Diskontierungszinssatzes, basierend auf der Rendite hochwertiger Industriefinanzierungen mit gleicher Duration, aktuarisch ermittelt. Andere einfließende Parameter sind u. a. Gehalts-, Karriere- und Rententrends sowie Fluktuationsraten. Eine Übersicht zu den relevanten Parametern ist in Note (14) enthalten.

Das durch die Unterstützungseinrichtung der Bremer Landesbank zweckgebunden angelegte Vermögen – die sogenannten Plan Assets – wird zum Zeitwert in Höhe von 158 Mio. € (Vorjahr: 171 Mio. €) mit dem Barwert der Verpflichtung verrechnet.

Darüber hinaus werden durch die Veränderung des Diskontierungszinssatzes entstehende finanzmathematische Gewinne bzw. Verluste im sonstigen Ergebnis abgebildet. Im Berichtsjahr betrug der Bestand an finanzmathematischen Verlusten vor latenten Steuern kumuliert -92 Mio. € (Vorjahr: -50 Mio. €).

Rückstellungen für Risiken im Kreditgeschäft bestanden am Jahresende in Höhe von 12 Mio. € nach ebenfalls 12 Mio. € zum Ende des Vorjahres.

Die Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten betragen Ende 2016 46 Mio. € nach 14 Mio. € im Jahr 2015. Hier handelt es sich im Wesentlichen um Verpflichtungen aus dem Personalbereich wie z. B. die Rückstellung für Restrukturierungsmaßnahmen in Höhe von 37 Mio. € (Vorjahr: 0 Mio. €). Bei der Rückstellung für Restrukturierungsmaßnahmen handelt es sich um Personalabbaumaßnahmen im Rahmen des gemeinsam von der NORD/LB und BLB betriebenen Projektes zur stärkeren Integration der BLB in die NORD/LB-Gruppe. Hintergrund der Bildung ist das Bestreben, den Personalabbau sozialverträglich u. a. über Vorruhestandsmaßnahmen vorzunehmen.

Des Weiteren werden Vorruhestandsrückstellungen in Höhe von 5 Mio. € (Vorjahr: 11 Mio. €) und Jubiläumsrückstellungen in Höhe von 2 Mio. € (Vorjahr: 2 Mio. €) ausgewiesen.

Tatsächliche Ertragsteuerverpflichtungen/passive latente Steuern/sonstige Passiva

Aus zeitlich begrenzten Unterschieden von Werten in der IFRS-Konzernbilanz für Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten zu den steuerlichen Werten in den Konzerngesellschaften resultieren potenzielle Ertragsteuerbelastungen in der Zukunft, die als passive latente Steuern ausgewiesen werden und 2 Mio. € (Vorjahr: 2 Mio. €) betragen. Darüber hinaus bestehen bereits im HGB-Abschluss laufende Ertragsteuerverpflichtungen in Höhe von 12 Mio. € (Vorjahr: 16 Mio. €). Es ergeben sich somit Ertragsteuerverpflichtungen von insgesamt 14 Mio. € (Vorjahr: 18 Mio. €).

Die sonstigen Passiva betragen zum 31. Dezember 2016 95 Mio. € gegenüber 41 Mio. € zum Vorjahresende. Davon entfallen allein 61 Mio. € (Vorjahr: 22 Mio. €) auf Verbindlichkeiten auf Zwischenkonten. Darüber hinaus sind in diesem Posten noch zu zahlende Arbeitnehmervergütungen in Höhe von 2 Mio. € (Vorjahr: 5 Mio. €) und Verbindlichkeiten aus ausstehenden Rechnungen von 7 Mio. € (Vorjahr: 3 Mio. €) enthalten. Weitere Beträge entfallen mit 2 Mio. € (Vorjahr: 1 Mio. €) auf noch abzuführende Steuern und Sozialbeiträge sowie auf Verbindlichkeiten der Bremer Landesbank gegenüber Dritten in Höhe von 19 Mio. € (Vorjahr: 6 Mio. €). Auf eine Zuführung zum Deckungsstock der Unterstützungskasse (Vorjahr: 0 Mio. €) wurde in diesem Jahr verzichtet.

Nachrangkapital

Das Nachrangkapital des Konzerns Bremer Landesbank beläuft sich zum Jahresende 2016 unverändert auf 0,6 Mrd. € nach 0,6 Mrd. € im Vorjahr.

Eigenkapital

Das Eigenkapital des Konzerns Bremer Landesbank beträgt insgesamt zum Ende des Jahres 2016 495 Mio. €. Hiervon entfallen 265 Mio. € auf das Stammkapital sowie 478 Mio. € auf die Kapitalrücklagen. Es hat sich hauptsächlich aufgrund des negativen Konzernergebnisses insgesamt um –1.409 Mio. € oder –74,0% reduziert (Vorjahr: 1.904 Mio. €).

Das Jahresergebnis des Konzerns Bremer Landesbank beträgt im Jahr 2016 im Wesentlichen verursacht durch die überproportional hohen Risikovorsorgeaufwendungen –1.382 Mio. € (Vorjahr: 5 Mio. €). Die versicherungsmathematischen Erfolge aus Pensionsrückstellungen betragen nach einer

Verringerung des Rechnungszinses von 2,65 % auf 1,95 % nunmehr –63 Mio. € (Vorjahr: –35 Mio. €). Infolge des hohen negativen Konzernergebnisses betragen die Gewinnrücklagen insgesamt nunmehr –462 Mio. € nach 953 Mio. € zum Jahresende.

Die Neubewertungsrücklage, in der die Wertänderungen der in der Kategorie AfS geführten Vermögenswerte abgebildet werden, hat sich im Jahr 2016 um 6 Mio. € auf 65 Mio. € erhöht. Der Anstieg resultiert im Wesentlichen aus der Wertsteigerung eines Beteiligungsunternehmens.

Instrumente des zusätzlichen aufsichtsrechtlichen Kernkapitals betragen unverändert 149 Mio. €.

Die Kernkapitalquote des Mutterunternehmens belief sich zum Jahresende auf 5,3 % (Vorjahr: 10,8 %; vgl. Note (73)).

Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen

Das Volumen des als Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen dargestellten traditionellen außerbilanziellen Geschäftes der Bremer Landesbank bewegte sich zum Jahresende auf unverändertem Niveau von 1,2 Mrd. € (Vorjahr: 1,2 Mrd. €).

Nicht in Anspruch genommene unwiderrufliche Kreditzusagen beliefen sich zum Bilanzstichtag auf 1,9 Mrd. € (Vorjahr: 1,8 Mrd. €).

Darüber hinaus bestehen sonstige finanzielle Verpflichtungen des Konzerns Bremer Landesbank aus den im Konzernanhang angegebenen Sachverhalten.

Synthetische Verbriefung

Als Instrument zur Steuerung von Kreditrisiken nutzt die BLB seit 2015 synthetische Verbriefungen. Ziel der Verbriefungsaktivitäten ist die Entlastung der aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalanforderungen. Zur Diversifizierung des Kreditportfolios können die in den eigenen Büchern vorhandenen Kreditrisiken an andere Marktteilnehmer abgegeben werden.

Nachdem die BLB im Jahr 2015 eine erste Verbriefungstransaktion originiert hatte (Anfangsvolumen 2,145 Mrd. €), wurden die Aktivitäten im ersten Halbjahr 2016 fortgeführt. Dabei hat die BLB für ein Kreditportfolio mit einem Anfangsvolumen von rund 3,420 Mrd. € aus den Assetklassen Erneuerbare Energien, Firmenkunden, Sozialimmobilien, Gewerbeimmobilien und Leasing erneut eine synthetische Verbriefung originiert. Zur Absicherung der darin enthaltenen Kreditrisiken wurde mit Wirkung ab dem 30. Juni 2016 eine Garantie mit einem Volumen von zunächst rund 94 Mio. € mit einem privaten institutionellen Investor abgeschlossen. Die vertragliche Laufzeit der Garantie beträgt zehn Jahre zuzüglich einer Periode von maximal zwei Jahren für die Bearbeitung nicht abgeschlossener Verwertungsfälle.

Die von der Bremer Landesbank aus der ersten Transaktion gehaltene Erstverlusttranche beläuft sich auf 10 Mio. €. Sie wurde bisher nicht in Anspruch genommen.

2.3.3 Zusätzliche Erläuterungen

Leistungsindikatoren

Das Ergebnis vor Steuern des Konzerns Bremer Landesbank für das Jahr 2016 beträgt –1.387 Mio. € nach 4 Mio. € im Vorjahr. Ursächlich hierfür sind die Risikovorsorgeaufwendungen von 1.547 Mio. € (Vorjahr –341 Mio. €) vor dem Hintergrund der andauernden Schiffskrise.

Der Return on Equity (RoE) nach der im Abschnitt Gesamtbanksteuerung definierten Formel bewegt sich für das Berichtsjahr 2016 nach 0,2% im Vorjahr deutlich im negativen Bereich. Die negative Quote ist auf das infolge der deutlich angestiegenen Risikovorsorge negative Jahresergebnis vor Steuern zurückzuführen.

Die Cost-Income-Ratio (CIR) beläuft sich auf 53,4% nach 36,5% im Jahr 2015. Gestiegenen Verwaltungsaufwendungen stehen verminderte ordentliche Erträge gegenüber; dies führt zu einer nachteiligen Entwicklung der Cost-Income-Ratio. Im Vorjahr bewegte sich die Kennzahl noch im allgemein als gut angesehenen Bereich um 40%.

Die Risikoquote (definiert als das Verhältnis zwischen dem Risikovorsorgeaufwand im Kreditgeschäft und den Risikoaktiva) zum 31. Dezember 2016 beträgt 13,6% nach einem Stand von 2,5% im Vorjahr. Der Anstieg resultiert aus der deutlich gestiegenen Risikovorsorge im Kreditgeschäft – insbesondere bei den Schiffsfinanzierungen.

Eine zusammengefasste COREP-Meldung ist für die BLB nicht erforderlich, da sie durch das Mutterunternehmen NORD/LB vorgenommen wird. Die Eigenmittelanforderungen nach der ab dem Jahr 2014 anzuwendenden Capital Requirement Regulation [(CRR) Basel III] betragen für die BLB AöR insgesamt rund 0,9 Mrd. € (Vorjahr: rund 1,1 Mrd. €), was Risikoaktiva in Höhe von rund 11,4 Mrd. € (Vorjahr: rund 13,8 Mrd. €) entspricht. Die Gesamtkennziffer beläuft sich auf 11,0% nach 13,3% zum Ende des Vorjahres. Die Kernkapitalquote des Mutterunternehmens belief sich zum Jahresende auf 5,3% (Vorjahr: 10,8 %). Die aufsichtsrechtlich erforderliche Mindestquote von 6,625% war damit zum Jahresende nicht eingehalten.

Die Situation der BLB ist durch die andauernde Krise an den für die Bank relevanten Schifffahrtsmärkten beeinflusst. Dies äußert sich insbesondere in einem überproportionalen Anstieg der Risikovorsorge für das Geschäftsjahr 2016. Die zur Verfügung stehende Risikodeckungsmasse wurde hierdurch letztlich zum Jahresende 2016 vollständig aufgezehrt. Die Risikotragfähigkeit war daher per 31. Dezember 2016 in der ökonomischen Going-Concern-Betrachtung (Säule II) nicht mehr gegeben.

Maßnahmen zur Wiederherstellung der Risikotragfähigkeit und Einhaltung der Mindestquote für das aufsichtsrechtliche Kernkapital wurden ergriffen (siehe Abschnitt Geschäftsentwicklung).

Finanzierungsmaßnahmen

Im Jahr 2016 waren die begebenen Inhaber- und Namensschuldverschreibungen erneut die wichtigste überjährige Refinanzierungsquelle der Bank. Der Bruttoabsatz im Emissionsgeschäft der Bremer Landesbank betrug wie im Vorjahr 1,1 Mrd. €. Das Volumen der im Umlauf befindlichen Schuldverschreibungen betrug zum Jahresende 2016 9,6 Mrd. € (Vorjahr: 9,8 Mrd. €) und gliedert sich wie folgt:

| Mio. € | Schuldverschreibungen | |
|------------------------------------|-----------------------|--------------|
| | 31.12.2016 | 31.12.2015 |
| Hypotheken- und Schiffspfandbriefe | 899 | 925 |
| Öffentliche Pfandbriefe | 3.130 | 3.578 |
| Sonstige Schuldverschreibungen | 5.021 | 4.753 |
| Medium-Term-Notes | 350 | 359 |
| Additional Tier-1-Anleihen | 150 | 150 |
| Summe | 9.550 | 9.765 |

Das Volumen an aufgenommenen Schuldscheindarlehen betrug 1,5 Mrd. € per 31. Dezember 2016 nach 1,4 Mrd. € im Vorjahr. Das Gesamtvolumen aufgenommener Refinanzierungsdarlehen bei der Europäischen Investitionsbank (EIB-Darlehen) betrug per 31. Dezember 2016 77 Mio. € (Vorjahr: 117 Mio. €). Das KfW-Programm Globaldarlehen Leasing wurde per 31. Dezember 2016 mit 128 Mio. € in Anspruch genommen (Vorjahr: 50 Mio. €). Im European-Commercial-Paper-Programm (ECP-Programm) sind zum 31. Dezember 2016 50 Mio. € im Umlauf (Vorjahresresultimo ohne Bestand).

Im Rahmen der unterjährigen Refinanzierung und Liquiditätssteuerung nutzte die Bremer Landesbank auch im Jahr 2016 neben dem Interbanken- und dem Repo-Markt sporadisch die verschiedenen Instrumente der Europäischen Zentralbank.

Für weitergehende Erläuterungen wird auf die Abschnitte Risikobericht und Entwicklung der Geschäftsfelder verwiesen.

Investitionstätigkeit

Die Bremer Landesbank hat erhebliche Investitionen in die Modernisierung und Umgestaltung ihrer Gebäude getätigt. Der im Jahr 2014 begonnene Neubau des Bankgebäudes am Standort Bremen wurde im Laufe des Jahres 2016 abgeschlossen, mit der bankbetrieblichen Nutzung wurde mit der Eröffnung im August 2016 begonnen. Das gesamte Investitionsvolumen bewegte sich im höheren zweistelligen Millionenbereich.

Personal und Nachhaltigkeit

Auch im Geschäftsjahr 2016 wurde die strategische Verankerung des Themas Nachhaltigkeit weiter vorangetrieben.

Wie schon im Vorjahr wurden Nachhaltigkeitsthemen in den Zielvereinbarungsprozess aufgenommen und wirkten sich somit auch auf die Bemessung von Budgets der variablen Vergütung aus.

Im dritten Quartal 2016 veröffentlichte die Bank ihren dritten Nachhaltigkeitsbericht, der erstmals nach den Vorgaben der Global Reporting Initiative (GRI) im Standard G4 erstellt wurde.

Die Bank nimmt weiterhin regelmäßig an Veranstaltungen, Workshops oder Seminaren externer Einrichtungen teil, um aktuelle Entwicklungen und Trends kurzfristig zu erkennen und die Weiterentwicklung des Themas Nachhaltigkeit weiter zu forcieren. Zudem nimmt die Bremer Landesbank an dem regelmäßigen Austausch der Nachhaltigkeitsbeauftragten des NORD/LB-Konzerns teil.

Vergütungssystem für den Vorstand

Die Vorstandsvergütung setzt sich aus einem Jahresfestgehalt und einer variablen Vergütung zusammen.

Das Aufsichtsorgan entscheidet über die Höhe der variablen Vergütung nach Maßgabe der Zielvorgaben und der erreichten Ergebnisse. Der Zielerreichungsgrad des Vorstands setzt sich aus einer Gesamtbankzielerreichung und einer individuellen Zielerreichung zusammen. Die individuelle Zielerreichung umfasst neben persönlichen auch dezernatsbezogene Ziele.

Die Gesamtbankzielerreichung besteht aus den quantitativen Zielen

- Jahresergebnis vor Steuern (IFRS-Einzelabschluss) gemäß Dreijahresdurchschnitt,
- RWA+⁵,
- RWA-Produktivität⁶,
- Cost-Income-Ratio und
- harte Kernkapitalquote

und wird mit insgesamt 70 % gewichtet. Die individuelle Zielerreichung besteht aus quantitativen und qualitativen Kriterien und wird mit 20 % gewichtet. Zudem fließt mit einer Gewichtung von 10 % das IFRS-Konzernergebnis als Konzernkennzahl mit ein. Die Kriterien spiegeln die Lage der Bank und des Konzerns, den Erfolg des verantworteten Dezernats sowie die individuellen Aufgaben und Leistungen unter Berücksichtigung der eingegangenen Risiken wider.

Seit dem Geschäftsjahr 2014 wird die variable Vergütung des Vorstands über einen Zurückbehaltungszeitraum von fünf Jahren gestreckt und unter Berücksichtigung von Risikokriterien ratierlich ausgezahlt. 50 % der variablen Vergütung sind an die nachhaltige Wertentwicklung des Unternehmens geknüpft.

⁵ Unter RWA+ versteht die Bank die in Risikoaktiva umgerechneten Eigenmittelanforderungen, erhöht um den in Risikoaktiva umgerechneten Shortfall.

⁶ Die RWA-Produktivität wird definiert als Summe Erträge + Risikovorsorge – Risikoprämie / stichtagsbezogene RWA+.

Weitere Informationen zu den Vergütungen des Vorstands sowie zu der Ausgestaltung der Vergütungssysteme werden im Offenlegungsbericht gemäß § 16 Institutsvergütungsverordnung i.V.m. Artikel 450 CRR veröffentlicht.

2.3.4 Entwicklung der Geschäftsfelder und Tochterunternehmen

Geschäftsfeld Firmenkunden

Das Geschäftsfeld Firmenkunden steht seinen Kunden in der Region Nordwest sowie in ausgewählten Branchenbereichen auch darüber hinaus als zuverlässiger und innovativer Partner bei Finanzdienstleistungen zur Verfügung.

Das Ziel des Geschäftsfeldes Firmenkunden ist es, die führende Bank im Firmenkundengeschäft der Region zu sein und dies durch kontinuierlich steigende Marktanteile zu unterlegen. Für die Kunden soll als Spezialist auf Augenhöhe agiert werden und sollen durch individuelle Beratung maßgeschneiderte Lösungen angeboten werden.

Die Bremer Landesbank hat traditionell in der Region den Ruf als stabiler, verlässlicher und kompetenter Partner. Dieser Vertrauensbonus wird auch regelmäßig in Kundenzufriedenheitsanalysen bestätigt. Darin wird weiterhin eine gute Basis gesehen, neue Kunden zu gewinnen und bei bedeutenden Unternehmen noch stärker die Rolle der Hausbankfunktion übernehmen zu können.

Die originären Erträge aus dem Kreditgeschäft waren trotz moderatem Volumensausbau leicht rückläufig. Durch die herausfordernde Wettbewerbssituation im Firmenkundengeschäft ist ein Rückgang der Kreditmargen und eine Aufweichung der Standards zu beobachten. Viele der Kunden verfügen darüber hinaus über eine sehr gute Liquiditätsausstattung, welche insbesondere in den weiter ansteigenden Passiveinlagen abzulesen ist. Im aktuellen Umfeld der negativen Zinsen lassen sich hieraus jedoch keine zusätzlichen Erträge generieren. Die Inanspruchnahme von kurzfristigen Krediten ließ sich gegenüber dem Vorjahr jedoch wieder spürbar ausbauen. Dagegen liegt die Entwicklung der Risikokosten leicht über Plan.

Eine weiterhin positive Entwicklung zeigt die von der Bremer Landesbank angebotene Absicherung von Agrar-Rohstoffen im Rahmen des Agrar-Commodity-Handels. Zur Erweiterung der Produktpalette bietet die Bremer Landesbank ihren in der Milchwirtschaft tätigen Kunden seit letztem Jahr die Möglichkeit, über Milchkontrakte von den Absicherungsmöglichkeiten von Warentermingeschäften zu profitieren.

Geschäftsfeld Spezialfinanzierungen

Die Spezialfinanzierungen umfassen die strategischen Geschäftseinheiten Refinanzierung von Mobilien-Leasing- und Factoringgesellschaften sowie Erneuerbare Energien mit den Teilssegmenten Windkraft, Photovoltaik und Biogas. Im NORD/LB-Konzern sind die Spezialfinanzierungen Bestandteil des Werttreibers Energie- und Infrastrukturkunden.

Das Geschäftsfeld Spezialfinanzierungen der BLB hat sich in 2016 positiv entwickelt und konnte den Wachstumspfad weiter fortsetzen. Die Ertragserwartungen wurden nahezu erfüllt und die Erträge werden sich zukünftig bei sukzessiv wachsenden Aktiva weiter steigern lassen. Hier sind insbesondere die Erneuerbaren Energien mit einem überdurchschnittlichen Neugeschäft Wachstumstreiber. Die Risikovorsorge des Geschäftsfeldes bewegt sich unverändert auf moderatem Niveau. Lediglich im Segment Biogas waren erkennbare Wertberichtigungen zu verzeichnen – hier wird durch Umstrukturierungen mittelfristig eine Portfolioreduktion verzeichnet werden. Die Risikogewichte bleiben für das gesamte Geschäftsfeld niedrig.

Bei der Refinanzierung von Mobilien-Leasinggesellschaften konnte die BLB ihre Position als führender Financier mittelständischer Leasinggesellschaften in 2016 nach eigener Marktbeobachtung behaupten. Insgesamt, d. h. auch mit Banken- und Herstellerleasingtöchtern, verlief das Neugeschäft auf Planniveau, die Ertragsprognose konnte aufgrund des erfreulichen Syndizierungsgeschäftes und des damit einhergehenden Portfolioabbaus der letzten Jahre in Verbindung mit dem erhöhten Wettbewerbsdruck durch das anhaltende Niedrigzinsumfeld nicht ganz erreicht werden. Die Refinanzierung von Factoringgesellschaften wird weiter sukzessive ausgebaut und rundet das Portfolio ab. Die Entwicklung von Leasing und Factoring korreliert eng mit der allgemeinen Konjunktur und Investitionsnachfrage. Daneben wurde die Refinanzierung von Contracting-Grundpreisforderungen fortgesetzt, wobei Leasinggesellschaften als Intermediär agieren. Damit wurde die Produktpalette erweitert und der Geschäftsansatz auf eine zunehmend breitere Basis gestellt. Durch den Abschluss eines KfW-Globaldarlehens hat die BLB ihre Refinanzierungsbasis für das Segment gestärkt. Die Kompetenzcenter-Funktion innerhalb der NORD/LB-Gruppe bietet weitere Wachstumspotenziale.

Im Segment der regenerativen Energien hat sich das Neugeschäft in 2016 erfreulich entwickelt und lag über den Erwartungen. Begründet ist dies u. a. durch Vorzieheffekte bei Wind onshore mit Blick auf die anstehende Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) in Deutschland sowie durch ein erfreuliches Neugeschäft in Frankreich. Die Erträge bleiben innerhalb des ambitionierten Wachstumskorridors, die Wettbewerbssituation im deutschen Markt nimmt allerdings weiterhin zu. Das Teilsegment Photovoltaik bietet erwartungsgemäß und bedingt durch das EEG-induzierte Ausschreibungsverfahren nur eingeschränktes Neugeschäftspotenzial in Deutschland mit kleineren Einzelprojekten. Innerhalb der NORD/LB-Gruppe nimmt die BLB die Kompetenzcenter-Funktion für Biogas und Photovoltaik in Deutschland wahr. Darüber hinaus werden erfahrene Kunden selektiv ins europäische Ausland begleitet. Auch unter den nunmehr definierten EEG-Anpassungen ab 2017 mit u. a. zunehmenden Marktanteilen, insbesondere der Ausschreibung bei Wind onshore, werden vor dem Hintergrund der unverändert politisch angestrebten Energiewende und der Klimaschutzziele in Deutschland auch zukünftig noch gute Wachstumsmöglichkeiten in der Windparkprojektfinanzierung gesehen.

Das Geschäftsfeld Spezialfinanzierungen der BLB sieht sich nach eigener Einschätzung mit seinen Segmenten und der Ausrichtung auf langjährige, verlässliche Kundenbeziehungen weiterhin gut positioniert.

Geschäftsfeld Schiffsfinanzierungen

Die Schiffsfinanzierungen standen in 2016 weiterhin unter Druck. Gegenüber dem Vorjahr waren keine wesentlichen Erholungstendenzen und zum Teil gravierende Verschärfungen der Marktsituation zu verzeichnen. Das Überangebot an Schiffstonnage belastet die Märkte nach wie vor und spürbare Marktberichtigungen sind auf kurz- bis mittelfristige Sicht nicht zu erwarten. Das Krisenmanagement und die Portfolioreduzierung wurden konsequent weitergeführt und werden auch in 2017 einen hohen Stellenwert einnehmen.

Die BLB hat das Schiffsexposure und die Anzahl der finanzierten Schiffe weiter reduziert. Neugeschäft wird nur sehr selektiv vor dem Hintergrund von Restrukturierungserfordernissen bzw. zum Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit der Schiffe getätigt. Die Ertragsseite des Geschäftsfeldes konnte die Erwartungen insgesamt nicht erfüllen. Das Portfolio wird in 2016 durch eine signifikante Erhöhung der Risikovorsorge verstärkt abgeschirmt, der Verbrauch von Wertberichtigungen ermöglicht die fortgeführte Bereinigung der Problemkredite und die weitere Reduzierung des Exposures. Die Risikovorsorge in den Schiffsfinanzierungen führt zu einer hohen Ergebnisbelastung für die BLB.

Leichte Erholungstendenzen bei Fracht- und Charraten in der Vergangenheit erwiesen sich als nicht nachhaltig. Kurzfristige Angebotsverknappung wird schnell wieder durch weiterhin bestehende Überkapazitäten kompensiert. Aufliegerzahlen haben sich nicht wesentlich gegenüber dem Vorjahr erhöht. Neubauaktivitäten weisen insgesamt eine Beruhigung auf, sodass bei zukünftig zunehmenden Verschrottungen alter und nicht mehr energieeffizienter Tonnage mittelfristig Marktgleichgewichte wieder in Reichweite kommen können und der ratschädliche Verdrängungswettbewerb abnimmt. Das relativ kleine Tankersegment hat sich nach vergleichsweise positivem Verlauf wieder abgeschwächt, Multipurpose-Schiffe und insbesondere Bulk Carrier sind weiter auf niedrigem Niveau. Die größeren Containerschiffe bleiben unter erheblichem Druck – dies gilt auch vor dem Hintergrund der Erweiterung des Panamakanals und der diesbezüglichen Verschiebung nachgefragter Größenklassen. Kleinere Einheiten im Containersegment – Hauptteil des BLB-Containerportfolios – können sich auf niedrigem Niveau relativ gut behaupten, da hier seit längerem Neubauaktivitäten sehr verhalten sind und moderne Tonnage in der Nische gefragt ist. Auf der Tonnage-Nachfrageseite wird kurzfristig trotz verhalten positiver Signale aus China keine spürbare Konjunkturerholung gesehen – mittelfristig bestehen jedoch Wachstumspotenziale (auch im Rohstoffbereich) für das Welthandelsvolumen.

Das Exposure im Segment Schiffsfinanzierungen wird weiter deutlich reduziert werden.

Geschäftsfeld Privatkunden

Das abgelaufene Jahr wurde erneut von der Schuldenkrise der Europäischen Union begleitet. Die daraus resultierende und sich verschärfende Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank beeinflusst das Privatkundengeschäft anhaltend. Ausläufer aus der globalen Finanzmarktkrise und der Staatsschuldenkrise in der EU sind spürbar.

Die weiterhin bestehende hohe Volatilität an den Kapitalmärkten in Verbindung mit niedrigem Zinsniveau führten zu Verunsicherungen der Kunden. Dazu trägt die aktuelle Situation der Bank wie auch der Trägerwechsel bei. Der Informationsbedarf ist hoch. Die Kundenberatung begegnet der Situation aktiv mit professionellem Kundenmanagement.

Auch in der Vermögensverwaltung spiegelt sich der Wunsch der Kunden nach ganzheitlicher Beratung wider. Das vom Asset- und Portfoliomanagement als Kompetenzcenter gesteuerte Vermögensverwaltungsportfolio überzeugte mit dem selbst konzipierten und umgesetzten SIP[®]-Investmentprozess. Dieser wird sowohl in der Vermögensverwaltung als auch in der SIP[®]-Fondsproduktfamilie und dem Beratungsprozess eingesetzt. Mit Jahresbeginn 2016 wurde zudem die SIP[®]-Fondsproduktfamilie um eine weitere innovative Investmentstrategie, den BLB Global Opportunities Fund, erweitert.

Neben der privaten Lebenssituation werden im Rahmen der ganzheitlichen Beratung auch die geschäftlichen Aspekte von Unternehmern betrachtet. Das Geschäftsfeld Privatkunden arbeitet in diesem als „Unternehmerbanking“ umschriebenen Beratungsansatz mit anderen Markt Bereichen der Bank zusammen. Dieses Themengebiet wird weiter erfolgreich ausgebaut und festigt bestehende Kundenbeziehungen zur BLB.

Im Kreditgeschäft engagiert sich das Geschäftsfeld Privatkunden für individuelle Investoren- und Freiberufler sowie Standardfinanzierungen. Mit der Vertriebsmaßnahme SIM (Starterpaket für internationale Mediziner) kooperiert die BLB als einziges Finanzinstitut mit einem Start-up-Unternehmen zur Integration ausländischer Ärzte und zur Behebung des bundesweiten Fachkräftemangels. Dadurch kann das Engagement auf dem Gesundheitsmarkt ausgebaut werden. Trotz des niedrigen Zinsniveaus und hohen Wettbewerbsdrucks – insbesondere im Standardgeschäft spürbar – wird mit hochwertiger Beratung und maßgeschneiderten Lösungsansätzen überzeugt.

Geschäftsfeld Financial Markets

Das Geschäftsfeld Financial Markets der Bremer Landesbank stellt den Zugang zu den nationalen und internationalen Finanzmärkten für die privaten, gewerblichen und institutionellen Kundengruppen sowie für das Eigengeschäft der Bank bereit. Die über- und unterjährigen Refinanzierungsmaßnahmen der Bremer Landesbank werden ebenfalls im Geschäftsfeld Financial Markets durchgeführt.

Im Rahmen der unterjährigen Refinanzierung und Liquiditätssteuerung nutzte die Bremer Landesbank auch im Geschäftsjahr 2016 neben dem Interbanken- und dem Repo-Markt sporadisch die verschiedenen Instrumente der Europäischen Zentralbank.

Das vom Geschäftsfeld Financial Markets der Bremer Landesbank über das Kunden- und Kontrahentenportfolio generierte Geschäftsvolumen steuert einen nennenswerten quantitativen und qualitativen Beitrag zum Bilanzportfolio des Konzerns bei.

Die Steuerung der Liquiditäts- und Zinsrisiken, die durchgängige Sicherstellung der Liquidität der Bank und die Versorgung der gewerblichen Kunden mit Geld- und Kapitalmarktprodukten bildeten dabei die Schwerpunkte des Handels.

Das Geld- und Kapitalmarktgeschäft wurde in einem europäischen Marktumfeld durchgeführt, das in 2016 weiterhin durch die anhaltenden Auswirkungen der Eurokrise auf die Finanz- und Realmärkte in den Euro-Teilnehmerländern gekennzeichnet war. Europa- und weltweit ergaben sich neue politische und wirtschaftliche Fragestellungen insbesondere aufgrund des Brexitvotums und des Ausgangs der US-Wahlen.

An den Finanzmärkten waren in 2016 vorsichtige Signale steigender Zinslevels ohne einen klaren Trend zur Zinswende hin zu beobachten. Die Aktienmärkte zeigten über das Gesamtjahr eine insgesamt deutlich positive Entwicklung. Trotz des anspruchsvollen Marktumfeldes zeigten sich insgesamt die Treasury-, Handels- und Vertriebsaktivitäten der Financial Markets-Einheiten der Bremer Landesbank im Jahresverlauf als erfreulich stabil.

Öffentliche Kunden

Einen stabilen Schwerpunkt der Geschäftsaktivitäten bildete die Refinanzierung der öffentlichen Hand, die in 2016 kontinuierlich nachgefragt wurde. Neben den eigenen Finanzierungsangeboten gegenüber Gebietskörperschaften stellte die Unterstützung der Verbundsparkassen bei deren Finanzierung der öffentlichen Hand einen weiteren festen Bestandteil der Vertriebsaktivitäten des abgelaufenen Jahres dar.

Sparkassen

In dem 2016 erneut nicht leichten wirtschaftlichen Umfeld und anhaltend starkem Wettbewerb gelingt es dem Geschäftsfeld Financial Markets dennoch bisher, im Geschäft mit verbundenen Sparkassen des Geschäftsgebietes über die ganzheitliche Betreuung im Kredit-, Geld- und Kapitalmarktgeschäft ein befriedigendes Ergebnis zu erreichen. Im Konsortialgeschäft mit Firmenkunden der verbundenen Sparkassen standen neben dem klassischen Finanzierungsgeschäft erneut das Zins- und Währungsmanagement sowie das dokumentäre Auslandsgeschäft im vertrieblichen Fokus. Daneben hat die Bremer Landesbank die Verbundsparkassen in ihr erfolgreiches Spezial- und Projektfinanzierungsgeschäft über Syndizierungsaktivitäten eingebunden.

Institutionelle Kunden

Die Sales-Einheiten des Geschäftsfeldes verzeichneten in dem vom konjunkturellen und politischen Umfeld geprägten Geld- und Kapitalmarkt in 2016 einen ganzjährig intensiven Beratungs- und Absicherungsbedarf im Liquiditäts-, Zins-, Rohstoff- und Währungsmanagement der betreuten Kunden.

Die daraus resultierenden Geschäftsumsätze im Kundengeschäft entwickelten sich 2016 auf Vorjahresniveau. Hierbei konnte das Risikomanagement für die Kunden aus dem Commodity-Sektor weiterhin ausgebaut und um den Sektor Milchwirtschaft ergänzt werden.

Tochterunternehmen

Den in der Immobilienwirtschaft tätigen Tochtergesellschaften ist es trotz weiterhin schwieriger Rahmenbedingungen gelungen, sich durch Konzentration auf bestimmte Marktsegmente erfolgreich im Markt zu behaupten.

Die BLB Leasing GmbH generiert ihr Neugeschäft überwiegend über die Kundenbetreuerinnen und -betreuer der Bremer Landesbank. Diese Geschäftsstrategie hat sich weiter gut bewährt und wiederum zu einem nennenswerten Neugeschäftsvolumen geführt. Der Beaufsichtigung als Finanzdienstleistungsgesellschaft trägt die BLB Leasing GmbH angemessen Rechnung.

2.3.5 Gesamtaussage

Die Geschäftsentwicklung der BLB im Jahr 2016 wurde massiv durch die Krise im Schifffahrtssegment beeinträchtigt und hatte gravierenden Einfluss auf das Konzernergebnis der BLB. Erstmals ist es in 2016 nicht gelungen, den weit überproportionalen Anstieg der Risikovorsorge durch das operative Ergebnis und/oder die Realisierung bestehender Reserven auszugleichen. Das Geschäftsjahr 2016 wird daher mit einem sehr deutlichen Verlust abgeschlossen. Das Ergebnis betrachtet die Bank als ungenügend.

Mit der zu Beginn des Jahres 2017 wirksamen vollständigen Übernahme durch die NORD/LB, dem Abschluss eines Beherrschungsvertrages mit Verlustausgleichsanspruch mit der Konzernmutter, einer vom Mutterunternehmen abgegebenen harten Patronatserklärung für die BLB, der Durchführung einer Kapitalerhöhung sowie der Beantragung eines sogenannten Waivers sieht sich die Bank auf einem guten Weg.

Es wurde gemeinsam mit der NORD/LB ein Projekt initiiert, welches sich mit einem überschneidungsfreien Geschäftsmodell beider Banken, einem daran angepassten Betriebsmodell sowie der Arbeitshypothese einer Integration der BLB in die NORD/LB beschäftigt. Die Ergebnisse werden derzeit im Projekt erarbeitet und den Gremien beider Institute nach Finalisierung zur Entscheidung vorgelegt.

3. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung für die wirtschaftliche Lage der Bank nach Abschluss des Geschäftsjahres 2016 sind mit Ausnahme der nachstehend aufgeführten bis zur Aufstellung des Jahresabschlusses nicht eingetreten.

Die Deutsche Prüfstelle für Rechnungslegung (DPR) hat mit Schreiben vom 19. Januar 2017 angekündigt, dass sie beabsichtigt, den Konzernabschluss zum 31. Dezember 2015 und den zugehörigen Konzernlagebericht des Geschäftsjahres 2015 wegen des Postens Risikovorsorge einer Prüfung gemäß § 342b Abs. 2 Satz 3 Nr. 2 HGB (Prüfung auf Verlangen der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht) zu unterziehen. In Bezug auf die sich aus der Einleitung dieser Prüfung ergebenden Auswirkungen auf den Verwaltungsaufwand im Geschäftsjahr 2017 kann eine angemessene Schätzung nicht vorgenommen werden, weil Art und Umfang der Bindung von im Wesentlichen internen Ressourcen noch nicht verlässlich abzuschätzen ist.

In einer weiteren Ad-hoc-Mitteilung gemäß Artikel 17 MAR vom 9. März 2017 hat die Bank auf eine weitere unerwartete Erhöhung der Wertberichtigungen auf das Schiffsportfolio und damit einhergehende noch höhere Verluste für das Jahr 2016 hingewiesen.

Infolge der nochmals deutlich erhöhten Risikovorsorgeaufwendungen waren letztlich die Mindestanforderungen an die Kernkapitalquote gemäß Ad-hoc-Meldung vom 9. März 2017 rückwirkend zum Jahresende nicht mehr erfüllt. Ebenso war die Risikotragfähigkeit nach § 25a KWG i. V. m. den MaRisk in der ökonomischen Going-Concern-Betrachtung (Säule II) zum Jahresende 2016 nicht mehr gegeben. Zusätzlich ergaben sich Großkreditüberschreitungen gemäß CRR. Aus dem erheblichen Verlust im Geschäftsjahr 2016, der Unterschreitung der gesetzlichen Mindest-Kernkapitalquote und der nicht mehr gegebenen Risikotragfähigkeit resultieren bestandsgefährdende Tatsachen. Diese wurden der Aufsicht durch den Abschlussprüfer gemäß § 29 Abs. 3 Satz 1 KWG angezeigt.

Im Zusammenhang mit der Übernahme aller Anteile an der BLB durch die NORD/LB haben die beiden Gesellschaften einen von ihren Trägern genehmigten Beherrschungsvertrag mit Verlustausgleichsanspruch abgeschlossen. Zusätzlich gibt es eine harte Patronatserklärung der NORD/LB für die BLB.

Bei der zuständigen Aufsichtsbehörde wurde am 19. Januar 2017 ein Antrag auf Nutzung eines Waivers nach § 2a (1) und (2) des Gesetzes über das Kreditwesen (KWG) i. V. m. Artikel 7 (1) CRR eingereicht. Mit Bewilligung des Antrages entfallen bestimmte Aufsichtsanforderungen an die Eigenmittelausstattung der BLB auf Einzelinstitutsebene.

Aufgrund des hohen Jahresfehlbetrages der BLB ergab sich die Notwendigkeit einer Barkapitalerhöhung im Umfang von 400 Mio. €, die mit Wirkung vom 21. März 2017 durchgeführt wurde. Dadurch

wurde die Kapitalrücklage der Bank gestärkt und die aufsichtsrechtlichen Kapitalquoten sowie die Großkreditgrenzen wurden wieder entlastet.

Die nachhaltige Einhaltung der Kapitalquoten und der Risikotragfähigkeit hängt insbesondere von der Genehmigung eines Waivers zwischen NORD/LB und Bremer Landesbank ab. Für den Fall einer Verzögerung oder Ablehnung des Antrags seitens der Aufsicht liegt ein Beschluss für genehmigtes Kapital in Höhe von 200 Mio. € vor, sodass weitere Mittel kapitalstärkend eingesetzt werden könnten.

Der Fortbestand des Instituts hängt von der planungsgemäßen Umsetzung der oben dargestellten Maßnahmen zur Entlastung der wirtschaftlichen Verhältnisse auf Ebene der Bremer Landesbank ab.

4. Prognose- und Chancenbericht

4.1 Chancen

Die weiterhin massiven Beeinträchtigungen an den Schifffahrtsmärkten hatten im Jahr 2016 gravierenden Einfluss auf das Ergebnis der Bremer Landesbank.

Dieser wird aller Voraussicht nach auch im kommenden Jahr deutlich spürbar bleiben. Sollte die Markterholung schneller als allgemein erwartet einsetzen, ergeben sich Chancen auf ein verbessertes Ergebnis der Bank.

Unterstützende Impulse im Geschäft werden von den mittlerweile umgesetzten Großprojekten, wie z.B. in der Hafenwirtschaft, von der Geschäftsausweitung in Zukunftsbranchen und der stärker fokussierten Aufstellung der Geschäftsfelder erwartet.

Der Wettbewerb im Kreditgewerbe wird weiter zunehmen. Speziell der in der Vergangenheit oftmals untergewichtete Mittelstand ist mittlerweile in den Fokus der Großbanken geraten.

Mit Blick auf Wettbewerbsvorteile wie ortsansässige Beratung, kurze Entscheidungswege und Kapitalmarktcompetenz vor Ort, Expertise im Auslandsgeschäft und eine umfangreiche Produkt- und Leistungspalette ist die Bremer Landesbank dennoch zuversichtlich, sich im Wettbewerb um dieses ertragreiche Geschäft nicht nur zu behaupten, sondern ihre Marktanteile durchaus noch weiter ausbauen zu können. Die nachhaltig gestärkte Kooperation mit den verbundenen Sparkassen und Landesbanken, kurze Entscheidungswege und hohe Reaktionsgeschwindigkeit bilden Erfolg versprechende Rahmenbedingungen für eine weitere solide Entwicklung des Ergebnisses in den Kerngeschäftsfeldern.

4.2 Prognose

Wesentliche Annahmen der Prognose

Die Planung basiert auf der volkswirtschaftlichen Prognose der NORD/LB-Gruppe für die Jahre 2017 bis 2021. Grundlegende Annahmen bilden ein Rahmenwerk für: weltwirtschaftliche Entwicklung, reales Welthandelsvolumen, Rohölpreis, BIP-Wachstum in den USA, Wachstumsdynamik in den Emerging Markets und USD-Entwicklung. Von diesem Rahmenwerk werden die Makroprognosen für Deutschland, Euroland und die wesentlichen Auslandsmärkte abgeleitet. Die detaillierte Prognose für Zinsen und Spreads umfasst einzelne Finanzinstrumente in differenzierten Laufzeitbändern. Es wird im Rahmen der Mittelfristprognose mit einem zunächst anhaltenden Niedrigzinsumfeld und einer nur langsam einsetzenden Erholung der Planungszinssätze ab dem Jahr 2018 gerechnet. Die Prognose für Wechselkurse wird für die wesentlichen, relevanten Wechselkurse vorgenommen. Der USD verbleibt über den Planungshorizont stark gegenüber dem Euro, wobei Letzterer nur langsam an Wert gewinnt.

Im Bereich der Sachaufwendungen erfolgt eine Prognose für die Preisentwicklung zentraler Kostenblöcke wie EDV, Mieten etc.

Basierend auf der Annahme einer anhaltenden Krise in der Handelsschifffahrt mit zunächst nur schwachen Erholungstendenzen für das Jahr 2017, wird mit weiteren Ergebnisbelastungen gerechnet. Im weiteren zeitlichen Verlauf wird für die jeweiligen Schiffssegmente die Erholung der Charraten für unterschiedliche Zeitpunkte prognostiziert. Dann führt eine absinkende Risikovorsorge dazu, dass die Geschäftserfolge der übrigen Geschäftsfelder wieder stärker das Gesamtergebnis der Bremer Landesbank prägen.

Die Bremer Landesbank wird infolge der Änderung ihrer Eigentümerstruktur künftig voraussichtlich mit einem geänderten Geschäftsmodell operieren. Es wurde gemeinsam mit der NORD/LB ein Projekt initiiert, welches sich mit einem überschneidungsfreien Geschäftsmodell beider Banken, einem daran angepassten Betriebsmodell sowie der Arbeitshypothese einer Integration der BLB in die NORD/LB beschäftigt. Die Ergebnisse werden derzeit im Projekt erarbeitet und den Gremien beider Institute nach Finalisierung zur Entscheidung vorgelegt. Ziel ist die Realisierung umfassender Synergien, um langfristig eine deutliche Verbesserung der Kostenstruktur der NORD/LB-Gruppe zu unterstützen. Sämtliche Prognosen in diesem Bericht beziehen sich auf das bestehende Geschäftsmodell, da aus dem genannten Projekt keine abschließenden Ergebnisse vorliegen und sämtliche Geschäftsaktivitäten im organisatorischen Rahmen des NORD/LB-Konzerns weitergeführt werden.

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Nach den Planungen der Bank wird das Zinsergebnis in 2017 spürbar ansteigen. Der Ausweitung des Geschäftsvolumens bei erneuerbaren Energien sowie in anderen Geschäftsfeldern stehen hierbei nachlassende Zinserträge aus Schiffsfinanzierungen gegenüber. Sie sind bedingt durch einen Abbau des Kreditvolumens und Margenverzichte im Rahmen von Restrukturierungen. Belastungen des

Zinsergebnisses der Gesamtbank entstehen hierbei zusätzlich auf der Passivseite durch ein anhaltendes Niedrigzinsumfeld, sodass sich bestehende Wachstumstrends insbesondere in den Geschäftsfeldern Firmenkunden und Privatkunden reduzieren.

Im Berichtsjahr wurde aufgrund der weiteren Verschlechterung der Marktsituation im Geschäftsfeld Schiffsfinanzierungen die Risikovorsorge an die geänderten Ertragserwartungen angepasst. Die unverändert gültigen Inputfaktoren zur Bewertung von Schiffsfinanzierungen wurden regelmäßig validiert und quantitativ angepasst, um die weiter anhaltende Krise der Handelsschifffahrt voll zu reflektieren. Auch für das Jahr 2017 wird sich zunächst eine hohe Risikovorsorge ergeben. Diese bleibt jedoch deutlich unter dem Niveau des Jahres 2016. Auf Basis der Einschätzung sich mittelfristig erholender Charraten reduziert sich die jährlich erwartete Risikovorsorge deutlich.

Durch Maßnahmen zur Steigerung der Risikotragfähigkeit wie z. B. die erfolgreiche Durchführung von synthetischen Verbriefungen im Jahr 2015 und 2016 sinkt das Provisionsergebnis in 2017 nach den Einschätzungen der Bank leicht unter das Niveau der Vorjahre. Mit einer tilgungsbedingten Abnahme des Volumens der durchgeführten synthetischen Verbriefungen über den Planungshorizont kommt es zu einer langsamen Erholung des Provisionsergebnisses.

Das Ergebnis aus erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten ist aufgrund der kurzfristigen Natur der Geschäfte und der Marktschwankungen volatil und entsprechend schwer zu prognostizieren. In ihren Planungen geht die Bank weiterhin von guten Chancen aus, erfolgreich an den Finanzmärkten zu agieren und insgesamt ein spürbar verbessertes positives aFV-Ergebnis zu erzielen. Über den Planungshorizont wird mit einem stabilen aFV-Ergebnis auf dem Niveau des für 2017 erwarteten Niveaus gerechnet.

Für 2017 wird ein leichter Anstieg der Personalaufwendungen erwartet. Die anderen Verwaltungsaufwendungen werden auch in 2017 weiterhin durch Großprojekte beeinflusst. Dennoch erwartet die Bank im kommenden Jahr eine stabile Entwicklung. Wegen des anhaltenden regulatorisch getriebenen Kostendrucks wird in den Folgejahren nur schrittweise mit einer Erholung ausgehend von dem aktuell hohen Kostenniveau gerechnet.

Mit weiterhin hohen, jedoch deutlich niedriger als in 2016 ausfallenden Risikovorsorgeaufwendungen durch die sich weiter fortsetzende Krise an den Schifffahrtsmärkten wird sich das Ergebnis vor Steuern nach den Einschätzungen der Bank im Jahr 2017 zwar deutlich verbessern, ein Verlust in unterer dreistelliger Millionenhöhe kann dennoch möglich sein. Erst im weiteren Verlauf wird sich im Planungshorizont wieder ein positives Ergebnis ergeben.

Leistungsindikatoren

Das Ergebnis vor Steuern wird sich nach den Einschätzungen der Bank im Jahr 2017 zwar deutlich verbessern, ein Verlust in unterer dreistelliger Millionenhöhe kann dennoch möglich sein. Damit einhergehend wird ein deutlicher Anstieg des für 2017 noch negativen Return on Equity erwartet.

Aufgrund regulatorischer Kosten wurde 2016 ein wahrnehmbarer Anstieg der Cost-Income-Ratio beobachtet. Diese sinkt in den Folgejahren, aber verbleibt auch in den Jahren 2018 bis 2021 auf einem erhöhten Niveau. Im Jahr 2017 wird durch einen Sondereffekt eine stark verbesserte Cost-Income-Ratio erwartet.

Die Risikovorsorgeaufwendungen werden im Vergleich zu 2016 stark zurückgehen, jedoch zunächst weiter auf einem hohen Niveau verbleiben. Mit der weitgehenden Bereinigung des Schiffsportfolios wird in den Folgejahren mit einem substantiellen Rückgang der Risikovorsorge der Gesamtbank gerechnet

Im Hinblick auf den bestehenden Druck auf die Risikotragfähigkeit und die Kapitalquoten wurde ein Waiverantrag gestellt, sodass diese Größen künftig im Verbund mit der NORD/LB AöR sowie auch der Deutschen Hypo zu steuern und einzuhalten sind.

Prognose der Geschäftsfelder und Tochterunternehmen

In der Planung und der Prognose unterscheidet die Bremer Landesbank die wesentlichen Dimensionen: Erträge vor Risiko (Zinsüberschuss vor Risiko, Provisionsüberschuss, Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten) und Ergebnis vor Steuern.

Erträge vor Risiko der operativen Geschäftsfelder

Aufgrund des Bestandsabbaus sowie Margenverzichten im Rahmen von Restrukturierungen sinken die Erträge des Geschäftsfeldes Schiffsfinauzierungen substantiell. In den ersten Planungsjahren wirkt ein hohes Unwinding dieser Entwicklung entgegen. Das Geschäftsfeld Spezialfinanzierungen setzt hingegen das Ertragswachstum der Vorjahre fort und kann somit Teile des Ertragsrückgangs im Geschäftsfeld Schiffsfinauzierungen kompensieren. Die Erträge des Geschäftsfeldes Firmenkunden zeigen ein volumengetriebenes Wachstum, welches jedoch durch Ertragsrückgänge auf der Passivseite durch das anhaltende Niedrigzinsumfeld gebremst wird. Auch im Geschäftsfeld Privatkunden kann die Geschäftsaktivität ausgeweitet werden, sodass trotz Belastungen auf der Passivseite ein Wachstum erzielt wird. Im Geschäftsfeld Financial Markets bleiben die Erträge stabil. Rückgänge etwa im Devisenhandel können durch neue Geschäftsinitiativen ausgeglichen werden. In den Vorjahren lagen die Erträge dieses Geschäftsfeldes stets über den planerischen Erwartungen.

Ergebnis vor Steuern der operativen Geschäftsfelder

Bei zunächst weiter leicht steigenden Verwaltungsaufwendungen ist die Ertragssituation der Bremer Landesbank auch im Jahr 2017 durch die Risikovorsorge im Schiffssegment bestimmt. Nach einem auch 2017 stark negativen Ergebnisbeitrag dieses Geschäftsfeldes wird erst 2018 wieder ein neutrales Ergebnis erzielt werden. Dieses Ergebnisziel ist jedoch stark abhängig von der weiteren Entwicklung der Handelsschiffahrt sowie von regulatorischen Vorgaben.

Die durch hohe Risikovorsorge bedingte Ertragsschwäche des Geschäftsfeldes Schiffsfinauzierungen wird durch die übrigen Geschäftsfelder ausgeglichen. Im Segment Spezialfinanzierungen wird weiter

ein Ertragswachstum entsprechend den bereits in den Vorjahren beobachteten Wachstumsraten erzielt. Auch in den übrigen Geschäftsfeldern ist keine bedeutende Bildung von Risikovorsorge erforderlich und werden stabile Verwaltungsaufwendungen erwartet. Somit können auch im Ergebnis vor Steuern die positiven Ertragserwartungen für die übrigen Geschäftsfelder bestätigt werden.

Tochterunternehmen

Die im Immobiliengeschäft tätigen Tochterunternehmen der BLB gehen von insgesamt stabilen Ergebnissen aus.

Die BLB Leasing GmbH plant in 2017 sowohl das Neugeschäftsvolumen als auch das Ergebnis zu steigern.

4.3 Gesamtaussage

Eine sich verschärfende Krise der Handelsschifffahrt hat im Jahr 2016 zu einer starken Erhöhung der Risikovorsorge und einem hohen Verlust der Gesamtbank geführt.

Im Berichtsjahr wurde aufgrund der weiteren Verschlechterung der Marktsituation im Geschäftsfeld Schiffsfinanzierungen die Risikovorsorge an die geänderten Ertragserwartungen angepasst. Die unverändert gültigen Inputfaktoren zur Bewertung von Schiffsfinanzierungen wurden regelmäßig validiert und quantitativ angepasst, um die weiter anhaltende Krise der Handelsschifffahrt voll zu reflektieren. Auf Basis der Einschätzung sich mittelfristig erholender Charraten reduziert sich die jährlich erwartete Risikovorsorge deutlich.

Die Ergebnisentwicklung im Geschäftsfeld Schiffsfinanzierungen ist weiterhin von der Schiffskrise geprägt. Eine Markterholung in Form von steigenden Charraten und Marktwerten der Schiffe kann nicht oder zu einem anderen Zeitpunkt und in einer anderen Ausprägung als bislang in der Planung angenommen einsetzen mit entsprechenden Risiken, aber auch Chancen für die Risikovorsorge, die Ergebnisentwicklung und Eigenkapitalquoten der Bank. Abweichungen in der Umsetzung des geplanten Portfolioabbaus in Verbindung mit der Marktwertentwicklung könnten zusätzliche Wertberichtigungen erforderlich machen. Weitere Insolvenzen von Reedereien und Schiffsgesellschaften führen möglicherweise ebenfalls zu einer Abweichung bei der erwarteten Risikovorsorgebildung. Gleichzeitig gibt es aufgrund des allgemeinen „Anlagenotstands“ die Chance, opportunistisch agierende Investoren für wertschonende Auffanglösungen bei Restrukturierungen/ Insolvenzen zu finden.

Den entstandenen Belastungen im Hinblick auf Kapitalquoten und Risikotragfähigkeit wurde durch die Beantragung eines Kapitalwaivers Rechnung getragen. Zudem wurde in Folge des eingetretenen Verlusts die Eigentümerstruktur der Bremer Landesbank geändert und das Institut vollständig durch die NORD/LB übernommen. Diese Maßnahme ermöglicht langfristig eine nachhaltige Ertragsstärkung des NORD/LB-Konzerns durch eine Hebung von Synergien und auch die Schaffung eines überschneidungsfreien Geschäftsmodells. Alle Aussagen innerhalb des Konzernlageberichts beziehen

sich zunächst auf das bestehende Geschäftsmodell. Mögliche künftige Synergieeffekte oder Restrukturierungskosten sind nicht berücksichtigt.

Mit weiterhin hohen, jedoch deutlich niedriger als in 2016 ausfallenden Risikovorsorgeaufwendungen durch die sich weiter fortsetzende Krise an den Schifffahrtsmärkten wird sich das Ergebnis vor Steuern nach den Einschätzungen der Bank im Jahr 2017 zwar deutlich verbessern, ein Verlust in unterer dreistelliger Millionenhöhe kann dennoch möglich sein.

Erst in den Folgejahren wird die BLB nachhaltig in die Gewinnzone zurückkehren.

5. Risikobericht

Der Risikobericht der BLB und des Teilkonzerns BLB zum 31. Dezember 2016 wurde auf Basis des IFRS 7 erstellt. Ferner wurden die Vorgaben des HGB sowie des näher konkretisierenden Deutschen Rechnungslegungs-Standards (DRS) 20 berücksichtigt.

5.1 Steuerungssysteme

5.1.1 Generelles Risikomanagement

Risikomanagement – Grundlagen und Anwendungsbereich

Die Risikoberichterstattung umfasst grundsätzlich alle Gesellschaften aus dem Konsolidierungskreis gemäß IFRS.

Die gemäß MaRisk erforderliche Wesentlichkeitsanalyse hat für die BLB in 2016 ergeben, dass nach aktuellen Erkenntnissen keine der unmittelbaren und mittelbaren Tochtergesellschaften eine aus Risikosicht wesentliche Gesellschaft darstellt. Die BLB nimmt daher grundsätzlich keine qualitative Einwertung etwaiger Risiken aus BLB-Töchtern in den IFRS Notes vor. Bedeutende oder spezifische Risiken werden aber unabhängig von den Ergebnissen der Wesentlichkeitsprüfung insgesamt erläutert.

Sämtliche Tochtergesellschaften tragen in quantitativer Hinsicht aus Konzerngesamtsicht nur in unwesentlicher Höhe zu den Einzelrisiken bei. Die in diesen Gesellschaften enthaltenen Risiken werden als Beteiligungsrisiko behandelt und gegebenenfalls durch eine qualitative Berichterstattung im Rahmen des Beteiligungsrisikos zusätzlich erläutert.

Als Risiko definiert die BLB aus betriebswirtschaftlicher Sicht die Möglichkeit direkter oder indirekter finanzieller Verluste aufgrund unerwarteter negativer Abweichungen der tatsächlichen von den prognostizierten Ergebnissen der Geschäftstätigkeit.

Die Bank führt mindestens einmal jährlich bzw. anlassbezogen einen bereichsübergreifenden Prozess zur Herleitung eines Gesamtrisikoprofils nach den Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) AT 2.2 bzw. AT 4.5 durch (Risikoinventur). Das Gesamtrisikoprofil bildet die für die Bank relevanten Risikoarten ab. Ergänzend erfolgt eine weitere Differenzierung zwischen wesentlichen und nicht wesentlichen Risiken. Wesentlich sind in diesem Zusammenhang alle relevanten Risikoarten, welche die Kapitalausstattung, die Ertragslage, die Liquiditätslage oder das Erreichen von strategischen Zielen der Bank wesentlich beeinträchtigen können.

Als für die Bank wesentliche Risiken gelten Adressrisiken (Kredit- und Beteiligungsrisiken), Marktpreisrisiken, Liquiditätsrisiken und operationelle Risiken. Als relevant gelten daneben Geschäfts- und strategische Risiken inkl. Verbundrisiken, Reputationsrisiken, Immobilienrisiken und Pensionsrisiken.

Von den wesentlichen Risiken stellen die Kreditrisiken für die BLB als Kreditbank das bedeutendste Risiko dar. Daneben haben auch Marktpreisrisiken und Liquiditätsrisiken eine hohe Bedeutung. Die weiteren wesentlichen Risiken Beteiligungsrisiko und operationelles Risiko sind von untergeordneter Bedeutung.

| Risiko/Subrisiko (Risikouniversum) | | | Relevant | Wesentlich | | |
|------------------------------------|--|--------------------------|----------|------------|-------------------------|--------------------|
| Adressrisiken | Kreditrisiken | Klassisches Kreditrisiko | x | x | | |
| | | Adressrisiko des Handels | | | Ausfallrisiko im Handel | |
| | | | | | Wiedereindeckungsrisiko | |
| | | | | | Settlementrisiko | Vorleistungsrisiko |
| | | | | | | Abwicklungsrisiko |
| | Emittentenrisiko | | | | | |
| Beteiligungsrisiken | | x | x | | | |
| Marktpreisrisiken | Zinsrisiken | x | x | | | |
| | Währungsrisiken | | | | | |
| | Aktienkursrisiken | | | | | |
| | Fondspreisrisiken | | | | | |
| | Volatilitätsrisiken | | | | | |
| | Credit-Spread-Risiken | | | | | |
| | Rohwarenrisiken | | | - | - | |
| Liquiditätsrisiken | Klassisches Liquiditätsrisiko | x | x | | | |
| | Liquiditäts-Spread-Risiken | | | | | |
| Operationelle Risiken | Operationelle Risiken (i. e. S.) | x | x | | | |
| | Rechtsrisiken | | | | | |
| | Compliance-Risiken | | | | | |
| | Outsourcing-Risiken | | | | | |
| | Insourcing-Risiken | | | | | |
| | Conduct Risk | | | | | |
| | Fraud-Risiken | | | | | |
| | Modellrisiken | | | | | |
| | IT-Risiken | | | | | |
| Personalrisiken | | | | | | |
| Weitere Risiken | Geschäfts- und strategische Risiken inkl. Verbundrisiken | x | - | | | |
| | Reputationsrisiken | x | - | | | |
| | Immobilienrisiken | x | - | | | |
| | Pensionsrisiken | x | - | | | |
| | Restwertrisiken | - | - | | | |
| | Versicherungstechnische Risiken | - | - | | | |
| | Kollektivrisiken | - | - | | | |

Die Rahmenbedingungen für die Ausgestaltung des Risikomanagementprozesses werden Kreditinstituten bzw. Kreditinstitutgruppen auf der Grundlage von § 25a des KWG durch die MaRisk vorgegeben. Demnach umfasst eine ordnungsgemäße Geschäftsorganisation unter anderem die Festlegung von Strategien auf der Grundlage von Verfahren zur Ermittlung und Sicherstellung der

Risikotragfähigkeit, die sowohl die Risiken als auch das zu deren Abdeckung vorhandene Kapital beinhalten.

In der Risikoberichterstattung werden die Risiken überwiegend nach Anwendung von Risikobegrenzungsmaßnahmen dargestellt. Eine Ausnahme stellt die Darstellung des Kreditexposures dar.

Risikomanagement – Strategien

Die risikopolitischen Grundsätze der BLB entsprechen denen der NORD/LB-Gruppe. Die Handbücher, Methodenhandbücher und Fachkonzepte der NORD/LB-Gruppe werden durch institutsspezifische Dokumente der BLB konkretisiert oder ergänzt.

Die BLB fördert im Sinne einer risikoorientierten Unternehmenskultur den bewussten Umgang mit Risiken. Die Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten sind in der Bank klar geregelt. Die Gesamtverantwortung für die wesentlichen Elemente des Risikomanagements trägt der Gesamtvorstand.

Der Vorstand hat eine nachhaltige Geschäftsstrategie sowie eine dazu konsistente Risikostrategie festgelegt. Diese orientiert sich an den Vorgaben der MaRisk und an der Risikostrategie für die NORD/LB-Gruppe. In der Strategie spiegelt sich die nachhaltige Risikopolitik des Geschäftsmodells der BLB wider. Sie dient als Leitlinie für die BLB und enthält Aussagen zu den risikopolitischen Grundsätzen und der Organisation des Risikosteuerungsprozesses der wesentlichen Risikoarten. Die Risikostrategie wird mindestens jährlich überprüft, dem Aufsichtsrat der BLB zur Kenntnis gegeben und mit ihm erörtert.

Risikomanagement – Struktur und Organisation

Der Vorstand hat ein Risikomanagementsystem eingerichtet, das die gesetzlichen Anforderungen berücksichtigt. Das Risikomanagementsystem beinhaltet die Gesamtheit aller organisatorischen Regelungen und Maßnahmen zur Risikoeerkennung und zum Umgang mit den Risiken aus dem Bankgeschäft. Der Risikomanagementprozess unterliegt einer stetigen Überprüfung und Weiterentwicklung hinsichtlich der Aufbau- und Ablauforganisation, der Methodik der Risikoquantifizierung sowie der Aktualität relevanter Parameter.

Im Rahmen des Prozessschrittes Risikoidentifikation werden die für die Bank relevanten Risikoarten mindestens jährlich sowie anlassbezogen identifiziert und auf ihre Wesentlichkeit analysiert. Die wesentlichen Risiken durchlaufen danach die weiteren Prozessschritte Risikobewertung, Risikoreporting sowie Risikosteuerung und Überwachung. Die Prozessschritte werden laufend in einem von der Risikoart abhängenden Rhythmus durchgeführt. Die Instrumentarien zur Risikosteuerung werden sowohl durch betriebsorganisatorische Maßnahmen als auch durch die Anpassung von Risikomess- und Risikosteuerungsparametern laufend verfeinert.

Das bankweit veröffentlichte Risikohandbuch hat die Funktion eines Klammerdokuments und verbindet die drei Dimensionen Strategien, Methoden und Prozesse. Es trägt zu einem einheitlichen Risikoverständnis innerhalb der Bank bei, ist Basis für die Weiterentwicklung des Risikobewusstseins und schafft die notwendige Transparenz. Konkretisierungen und Details werden in risikoartenspezifischen Risikohandbüchern, Rahmendokumenten und Arbeitsanweisungen geregelt und durch Vorstandsbeschlüsse ergänzt. Im Rahmen der Anforderungen an die schriftlich fixierte Ordnung werden die Dokumente des Risikomanagementsystems regelmäßig aktualisiert.

Die Bank hat risikoartenspezifische Frühwarnindikatoren eingerichtet, die dazu beitragen, latente Risiken frühzeitig zu identifizieren, zu analysieren und an die zuständigen Entscheidungsträger weiterzuleiten.

Grundsätzlich sind der Vorstand und die am Risikomanagementsystem beteiligten Organisationseinheiten (OEs) in gruppenweite Gremien einbezogen, um die Vorgaben der Risikostrategie der NORD/LB-Gruppe einzuhalten. Gruppenweite methodische Standards werden so gewährleistet und weiterentwickelt bzw. abweichende institutsspezifische Regelungen abgestimmt.

Das Risikocontrolling ist auf Gesamtbankebene dafür verantwortlich, die verschiedenen Risiken zu identifizieren, messbar zu machen, zu bewerten und darüber zu informieren. Die Gruppen Risikotragfähigkeit/Kreditrisiko, Aufsicht/Liquiditätsrisiko und Marktrisiko/Bewertungsmethoden entwickeln in Abstimmung mit der NORD/LB-Gruppe die Methoden, implementieren die notwendigen Systeme, überwachen den gesamten Risikomanagementprozess und berichten über die Risiken.

Die Gruppe Prozess-/Projektmanagement verantwortet die Methodik des IKS der Bank als Teil der prozess- und risikoorientierten Aufbau- und Ablauforganisation und fördert somit die Prozesssicherheit und das Risikobewusstsein im Unternehmen. Das IKS ist in der BLB einheitlich strukturiert. Das hierzu eingeführte IKS-Rahmenwerk, welches sich am Rahmenwerk des Committee of Sponsoring Organizations of the Treadway Commission (COSO) für interne Kontrollen orientiert, beinhaltet eine spezifische Ablauf- und Aufbauorganisation. Durch die Anwendung standardisierter Methoden und Verfahren wird ein bankweit angemessenes sowie wirksames IKS sichergestellt und eine nachhaltige Optimierung angestrebt.

Der Bereich Compliance fungiert als zentrale Beratungs- und Überwachungsstelle zur Einhaltung der Anforderungen an die Bank, unter anderem in den Themenbereichen Wertpapier-Compliance, Geldwäscheprävention, Finanzsanktionen, Verhinderung sonstiger strafbarer Handlungen und Risk-Compliance. Er berichtet direkt an den Vorstand.

Die interne Revision ist ein Instrument des Vorstands und versteht sich im Rahmen des Risikomanagements als dritte Verteidigungslinie der Bank. Sie prüft risikoorientiert und prozessunabhängig die Angemessenheit, Wirksamkeit, Wirtschaftlichkeit und Ordnungsmäßigkeit der Geschäftstätigkeit der Bank. Sie fördert damit die Weiterentwicklung der Steuerungs- und Überwachungsverfahren. Unter Wahrung ihrer Unabhängigkeit und unter Vermeidung von Interessenkonflikten begleitet sie wesentliche Projekte und wird beratend tätig.

Der Neue-Produkte-Prozess regelt den Umgang mit neuen Produkten, neuen Märkten, neuen Vertriebswegen und neuen Dienstleistungen. Wesentliches Ziel des Neue-Produkte-Prozesses ist, dass alle Auswirkungen der neuen Geschäftsaktivität auf das Risikoprofil und das Risikomanagement im Vorfeld der Geschäftsaufnahme aufgezeigt, analysiert und bewertet werden. Die Aufnahme der neuen Geschäftsaktivität wird abschließend durch den Vorstand beschlossen.

Das Risikoberichtssystem gewährleistet die frühzeitige Risikoerkennung und stellt dem Vorstand die für die Risikosteuerung nötigen Informationen, auf Anforderung auch weitere Analysen und Zwischenberichte zur Verfügung und unterstützt die dezentrale Risikosteuerung in den Geschäftsfeldern.

Dem Risikoausschuss, einem Ausschuss des Aufsichtsrates, wird fünfmal pro Jahr über die Risikosituation berichtet. Dem Risikoausschuss ist durch den Aufsichtsrat die Aufgabe übertragen, in regelmäßig stattfindenden Sitzungen insbesondere den Vorstand in der laufenden Geschäftsführung nach den Weisungen des Aufsichtsrates zu überwachen und die Sitzungen des Aufsichtsrates vorzubereiten.

Weiterführende Aussagen zur Organisation des Risikomanagements sowie zu den einzelnen Berichten finden sich in den folgenden Teilabschnitten je Risikoart.

Risikomanagement – Risikotragfähigkeitsmodell

Die aus den wesentlichen Risiken der BLB identifizierten Risikopotenziale sind durch das Risikokapital laufend abzudecken. Die Überwachung erfolgt auf Grundlage des Risikotragfähigkeitsmodells (RTF-Modell).

Das RTF-Modell besteht aus drei Betrachtungsebenen:

- Die erste Betrachtungsebene stellt die Going-Concern-Sicht (bzw. Business Case) dar und geht von der Unternehmensfortführung auf Basis des bestehenden Geschäftsmodells aus. Diese Betrachtungsebene ist maßgeblich für die Beurteilung der Risikotragfähigkeit gemäß den MaRisk. Die Risikomessung basierte 2016 auf einem Konfidenzniveau von 95 % und stellt die gesamten ökonomisch ermittelten Risikopotenziale dem Risikokapital gegenüber. Das Risikokapital wird im Zuge einer Engpassbetrachtung aus den freien Eigenmitteln gemäß CRR zu festgelegten Mindestquoten (Gesamtkapital und Kernkapital) ermittelt und bezüglich verschiedener Aspekte angepasst. Der Fokus liegt auf dieser ersten Betrachtungsebene.
- Die zweite Betrachtungsebene ist als Gone-Concern-Sicht (Liquidationsszenario) ausgestaltet und wird als Nebenbedingung geführt. Sie stellt darauf ab, dass bei einer fiktiven Liquidation (ohne Abstellen auf Zerschlagungswerte) die Gläubiger vollständig befriedigt werden könnten. In der Gone-Concern-Betrachtungsebene wird bei der Ermittlung des Risikopotenzials auf ein höheres Konfidenzniveau von 99,9 % abgestellt. Hierbei werden schwerwiegende Ereignisse unterstellt, welche in dieser Höhe statistisch betrachtet circa alle 1.000 Jahre aufträten. Kapitaleseitig werden

sämtliche Eigenkapital- und eigenkapitalnahen Bestandteile und stille Lasten einbezogen. Unterjährig risikokapitalwirksame Effekte werden berücksichtigt. Bei Verzehr des zur Abdeckung der Risiken benötigten Kapitals wäre eine Fortführung der Bank unter ansonsten unveränderten Annahmen grundsätzlich nicht mehr möglich.

- In der dritten Betrachtungsebene, der Regulatorik, wird die Risikotragfähigkeit auf Basis der regulatorischen Vorgaben geprüft. Kapitaleseitig wird auf alle aufsichtsrechtlichen Kapitalbestandteile abgestellt. Diese Sichtweise ist als strenge Nebenbedingung einzuhalten.

Die Ausgestaltung des RTF-Modells sieht vor, dass die Gone-Concern-Betrachtungsebene in ihrer Funktion impulsgebend für die zur Beurteilung der Risikotragfähigkeit maßgebliche Going-Concern-Betrachtungsebene sein kann. Die Ableitung operativer Limite für die als wesentlich identifizierten Risikoarten aus der Betrachtung der Risikotragfähigkeit erfolgt unter Berücksichtigung der in der Risikostrategie vorgenommenen Risikokapitalallokation auf der Grundlage der Going-Concern-Betrachtungsebene. Parallel hierzu werden RWA-Obergrenzen für die Geschäftsfelder der Bank festgelegt. Die genannten Kennzahlen und Limite werden im Rahmen der monatlichen Berichterstattung überwacht. Diversifikationseffekte zwischen einzelnen Risikoarten werden aus konservativen Bewertungsgrundsätzen nicht berücksichtigt.

Die Ermittlung der Risikotragfähigkeit berücksichtigt auch Risikokonzentrationen, sowohl innerhalb einer Risikoart als auch über die Risikoarten hinweg. Konzentrationen innerhalb einer Risikoart betreffen maßgeblich Kreditrisiken als bedeutendste Risikoart der BLB. Diese werden über das interne Kreditrisikomodell in das RTF-Modell integriert. Risikoartenübergreifende Konzentrationen werden mit gezielten Stresstests regelmäßig überwacht und berichtet.

Bei der Auswahl der Stressszenarien werden bewusst Geschäfts- und Risikoschwerpunkte der BLB herangezogen. Grundlage der Auswahl bildet das im NORD/LB-Konzern durchgeführte ausgedehnte Interviewverfahren. Die erhobenen Risikofelder werden priorisiert und bei entsprechender Bedeutung einer detaillierten Szenarioanalyse unterzogen. Diese Szenarioanalyse ist zunächst losgelöst von den bei der Risikopotenzialmessung getroffenen Annahmen über Konzentration und Diversifikation. Insofern stellt das Verfahren einen unabhängigen Ansatz dar, Konzentrationen zu bewerten. Ziel ist es, Szenarien zu entwickeln, bei denen alle wesentlichen Konsequenzen auf die maßgeblichen Kennzahlen der Bank erfasst werden.

Die im Konzern ausgewählten Szenarien werden in der BLB auf Relevanz bewertet und bei Bedarf um institutsspezifische Szenarien erweitert, die den individuellen Geschäftsschwerpunkten Rechnung tragen. Alle Szenarien und Parameter werden regelmäßig überprüft und bei Bedarf aktualisiert.

Für die Steuerung des Kreditportfolios hat die BLB aus der Risikotragfähigkeit abgeleitete Limitsysteme auf Adress-, Länder- und Branchenebene implementiert. Die sich aus der Geschäftsstrategie ergebenden Konzentrationsschwerpunkte in den Branchen Schifffahrt und Energieversorgung werden zur Vermeidung von Risikokonzentrationen im Rahmen des Branchenlimitsystems gesteuert.

Die BLB strebt eine hohe Diversifikation des Geschäftsportfolios mittels Assetklassen an, die unterschiedlichen Marktzyklen unterliegen. Hierbei zielt sie langfristig auf eine Portfoliostruktur ab, die ein Gleichgewicht des großvolumigen Spezialfinanzierungsgeschäfts mit Schiffs- und Energiekunden auf der einen Seite und granularem Geschäft aus den Aktivitäten mit Privat- und Firmenkunden auf der anderen Seite sicherstellt. Durch diese Struktur soll die Bildung von Klumpenrisiken begrenzt und das Portfolio insgesamt weniger zyklusanfällig werden.

Der monatlich erstellte Bericht über die Risikotragfähigkeit (RTF-Bericht) bildet das zentrale Instrument der internen Risikoberichterstattung auf Einzelinstitutsebene gegenüber dem Vorstand sowie den Aufsichtsgremien. Die Einhaltung der Vorgaben der Risikostrategie zur Risikoneigung und zur Allokation des Risikokapitals auf die wesentlichen Risikoarten wird hiermit regelmäßig überprüft. In der Berichterstattung ist darüber hinaus ein Forecast auf die Entwicklung der wesentlichen Quoten und Kennziffern zur Risikotragfähigkeit für das laufende und das nächste Jahr enthalten.

5.1.1 Kreditrisiko – Management

Kreditrisiko – Strategie

Die BLB ist eine regional ausgerichtete Geschäftsbank mit überregionalem Spezialgeschäft. Für die Bank stellt das Kreditgeschäft und somit das Management von Kreditrisiken eine Kernkompetenz dar, die es gilt permanent weiterzuentwickeln und auszubauen.

Um den besonderen Erfordernissen jedes einzelnen Geschäftsfeldes gerecht zu werden, hat die Bank für jedes Marktsegment Finanzierungsgrundsätze festgelegt, die für den zuständigen Marktbereich verbindliche Leitplanken für das Kreditneugeschäft darstellen. Der Fokus im Kreditneugeschäft liegt auf Abschlüssen mit Kunden von guter Bonität. Das Credit-Investment-Portfolio ist weitreichend abgebaut. Im Segment Schiffe beschränken sich Neuabschlüsse auf Finanzierungen im Rahmen der Restrukturierung bestehender Kreditengagements.

Kreditrisiko – Struktur und Organisation

Das Adressrisiko (inklusive Länderrisiko) umfasst das Kreditrisiko und das Beteiligungsrisiko. Das Risikopotenzial des Adressrisikos wird aktuell über die separate Quantifizierung des Kredit- und Beteiligungsrisikos ermittelt. Neben das originäre Adressrisiko tritt bei grenzüberschreitenden Transaktionen das Länderrisiko (Transferrisiko). Es beinhaltet die Gefahr, dass trotz Fähigkeit und Willigkeit der Gegenpartei, den Zahlungsansprüchen nachzukommen, ein Verlust aufgrund übergeordneter staatlicher Hemmnisse entsteht.

Das Kreditrisiko untergliedert sich in das klassische Kreditrisiko und in das Adressrisiko des Handels.

- Das klassische Kreditrisiko bezeichnet die Gefahr, dass aufgrund des Ausfalls oder der Bonitätsverschlechterung eines Kreditschuldners ein Verlust eintritt.

- Das Adressrisiko des Handels bezeichnet die Gefahr, dass aufgrund des Ausfalls oder der Bonitätsverschlechterung eines Schuldners bzw. eines Vertragspartners bei Handelsgeschäften ein Verlust eintritt. Es gliedert sich in das Ausfallrisiko im Handel, das Wiedereindeckungs-, das Settlement- und das Emittentenrisiko.
 - Das Ausfallrisiko im Handel bezeichnet die Gefahr, dass aufgrund des Ausfalls oder der Bonitätsverschlechterung eines Schuldners ein Verlust eintritt. Es entspricht dem klassischen Kreditrisiko und bezieht sich auf Geldhandelsgeschäfte der Bereiche Geldmarkt bzw. Treasury.
 - Das Wiedereindeckungsrisiko bezeichnet die Gefahr, dass in einer schwebenden Transaktion mit positivem Marktwert der Vertragspartner ausfällt und diese Transaktion mit Verlust wieder eingedeckt werden muss.
 - Das Settlementrisiko untergliedert sich in das Vorleistungs- und das Abwicklungsrisiko. Das Vorleistungsrisiko bezeichnet die Gefahr, dass bei Erfüllung eines Geschäftes nach erbrachter eigener (Vor-)Leistung keine Gegenleistung durch den Vertragspartner erfolgt bzw. bei gegenseitiger Aufrechnung der Leistungen die Ausgleichszahlung nicht erbracht wird. Das Vorleistungsrisiko kann ausgeschlossen werden, wenn der Gegenwert vom Vertragspartner vorab valutengerecht angeschafft wird bzw. Zug um Zug anzuschaffen ist oder wenn entsprechende Deckung besteht. Das Abwicklungsrisiko bezeichnet die Gefahr, dass Transaktionen zum vertraglich vereinbarten Erfüllungszeitpunkt oder nach dessen Ablauf beidseitig nicht abgewickelt werden können.
 - Das Emittentenrisiko bezeichnet die Gefahr, dass aufgrund des Ausfalls oder der Bonitätsverschlechterung eines Emittenten oder eines Referenzschuldners (Kreditderivate) ein Verlust eintritt.

Im Hinblick auf kontrahentenspezifische Risiken wird auf die Darstellung im Anhang verwiesen.

Entsprechend den MaRisk gewährleistet die Aufbauorganisation der BLB für das Kreditgeschäft eine funktionale Trennung der Marktbereiche von der Marktfolge bzw. dem Risikocontrolling bis auf Vorstandsebene. Die Aufgaben der unabhängigen Marktfolge werden vom Bereich Kreditrisikomanagement, die Aufgaben der unabhängigen Überwachung der Risiken auf Portfolioebene und das unabhängige Berichtswesen der OE Risikotragfähigkeit/Kreditrisiko im Bereich Risikocontrolling wahrgenommen.

Das von der Bank gewählte Modell zur Funktionstrennung im Kreditentscheidungsprozess trägt ihrer strategischen Ausrichtung als regional ausgerichteter Geschäftsbank mit überregionalem Spezialgeschäft Rechnung, indem die Kreditentscheidung sowohl eine qualitativ hochwertige Risikoanalyse im Rahmen des Marktvotums als auch ein Zweitvotum des Kreditrisikomanagements voraussetzt, welches damit die unabhängige und einheitliche Qualitätssicherungsfunktion für die Risikobeurteilung im Kreditgeschäft übernimmt. Das Kreditrisikomanagement ist neben der Erstellung des Zweitvotums für die Überprüfung und Festsetzung des Ratings, die Überprüfung von Sicherheitenwerten, die Bearbeitung und Betreuung der Sanierungs-/Abwicklungsfälle und der Risikovorsorge sowie die Gestaltung der Prozesse und Regelwerke des Kreditgeschäftes der Bank

zuständig. Der Bereich Kreditrisikomanagement überwacht unabhängig von den Marktbereichen die Risiken auf Einzelkreditnehmerebene bzw. der Teilportfolioebene. Ferner obliegen dem Bereich die Optimierung und Qualitätssicherung des gesamten Kreditprozesses (Markt, Kreditrisikomanagement) sowie die zentrale Zuständigkeit für die Regularien und die Meldungen der Großkredite gemäß Art. 392 CRR bzw. der Millionenkredite gemäß § 14 KWG.

Ab bestimmten Größenordnungen werden Entscheidungen durch den Vorstand, den Risikoausschuss bzw. dessen Vorsitzenden getroffen.

Basis der operativen Tätigkeiten im Kreditgeschäft sind die in den Organisationsrichtlinien der Bank enthaltenen Arbeitsanweisungen und internen Richtlinien, insbesondere die Kredit-, Zuständigkeits-, Votierungs-, Sicherheiten- und Ratingrichtlinien, welche die wesentlichen Grundsätze der Kreditvergabe enthalten.

Die gesamte Methodenhoheit (Rating, Scoring, Risikomodellierung und Validierung) ist im Risikocontrolling gebündelt.

Kreditrisiko – Sicherheiten

Für die Bemessung der Adressausfallrisiken sind neben der Bonität der Kreditnehmer bzw. der Kontrahenten auch die zur Verfügung gestellten banküblichen Sicherheiten und andere Risikominderungstechniken von wesentlicher Bedeutung. Die Bank nimmt daher zur Reduzierung des Adressausfallrisikos in- und ausländische Sicherheiten in Form von Gegenständen und Rechten (Beleihungsobjekten) herein. Bei der Hereinnahme von Sicherheiten wird auf die Verhältnismäßigkeit von Kosten und Nutzen der Besicherung geachtet.

Die Sicherheiten werden sowohl zum Zeitpunkt der Kreditgewährung als auch in der laufenden (mindestens jährlichen) Überwachung danach beurteilt, ob sie nach der voraussehbaren wirtschaftlichen Entwicklung während der (Rest-)Laufzeit des Kredites zu dem angenommenen Wert als verwertbar erscheinen. Es wird daher in jedem Einzelfall geprüft, ob der Wertansatz nach der besonderen Art der Sicherheit und nach ihrer rechtlichen und wirtschaftlichen Verwertbarkeit unter Würdigung der Person des Kreditnehmers und der Art des Kredites gerechtfertigt erscheint. Sofern sich bewertungsrelevante Einflussfaktoren geändert haben, wird die Bewertung entsprechend angepasst.

In den Kreditrichtlinien und Beleihungsgrundsätzen der Bank ist festgelegt, welche grundsätzlichen Arten von Sicherheiten und Beleihungsobjekten Verwendung finden sollen und bis zu welchem Anteil des Beleihungswertes (Beleihungsgrenze) ein Beleihungsobjekt maximal beliehen werden kann. Als Kreditsicherheiten werden insbesondere Bürgschaften, bürgschaftsähnliche Kreditsicherheiten, Sicherungsabtretungen von Forderungen und anderen Rechten, Pfandrechte an Forderungen und anderen Rechten, Grund- und Registerpfandrechte sowie Sicherungsübereignungen von beweglichen Sachen hereingenommen. Darüber hinaus können weitere Sicherheiten mit dem Kreditnehmer kontrahiert werden, die jedoch den Blankoanteil des Engagements nicht reduzieren.

Zur Berechnung der Kreditrisikominderung werden die relevanten Sicherheiten vollständig im Collateral-Management-System (CMS) erfasst. Die realistische Einschätzung der Sicherheitenerlöse bzw. der Verlustquote bei Ausfall sowie der ausfallgefährdeten Beträge ermöglicht zusammen mit der Ausfallwahrscheinlichkeit eine detaillierte Quantifizierung der Verlustpotenziale aus den einzelnen Kreditengagements.

Der juristische Bestand der Sicherheiten wird in einem speziellen System zur Verwaltung von Sicherheiten gepflegt. Dieses bildet zugleich die Basis für die Anrechnung von Sicherheiten bei der Ermittlung der Eigenkapitalunterlegung sowie der aufsichtsrechtlichen Meldungen.

Im Wesentlichen werden Standardverträge verwendet. Abweichungen von Standardverträgen oder individuelle Vereinbarungen werden durch die Rechtsabteilung erstellt oder freigegeben. In Einzelfällen werden externe Rechtsgutachten eingeholt bzw. die Vertragserstellung an autorisierte Rechtsanwaltskanzleien vergeben. Gleichzeitig wird ein permanentes Monitoring der relevanten Rechtsordnungen durchgeführt. Bei ausländischen Sicherheiten erfolgt dies auf Basis von Monitoringverfahren internationaler Anwaltskanzleien.

Kreditrisiko – Steuerung und Überwachung

Zur Steuerung der Risiken auf Einzelgeschäftsebene wird für jeden Kreditnehmer ein spezifisches Limit festgelegt. Die wesentlichen Parameter zur Ableitung dieses Limits sind die Bonität des Schuldners, ausgedrückt durch eine Ratingnote, sowie die ihm zur Verfügung stehenden freien Mittel zur Bedienung des Kapitaldienstes.

Die Risikobewertung der Engagements erfolgt mittels Ratingverfahren und im Rahmen definierter Kreditprozesse. Im Bestandsgeschäft wird – ausgehend von den Ergebnissen turnusmäßig oder anlassbezogen durchgeführter Ratingverfahren – ein Handlungsbedarf in den operativen Bereichen identifiziert. Wesentliche Rating- bzw. Bonitätsverschlechterungen lösen je nach Rating-/Bonitätsstufe und Engagementhöhe die Erstellung eines Sachstandsberichts oder einer Kreditüberwachungsvorlage aus.

Die Bank stellt weiterhin sicher, dass Engagements mit höherer Ausfallwahrscheinlichkeit in gesonderten Organisationseinheiten von besonders qualifizierten Mitarbeitern betreut werden. Höhere Engagementrisiken führen gemäß Kreditregularien zu Zwangsläufigkeiten in der Bearbeitung und Steuerung. Diese Engagements sind in wesentlich kürzeren Zeitintervallen (halbjährlich oder anlassbezogen bei Negativinformationen) vorzutragen. In Abhängigkeit von Ratingklasse und Engagementhöhe reicht der Genehmigungsprozess bis in den Gesamtvorstand. Grundsätzlich gilt folgende Zuordnung:

1. Engagements ab Ratingklasse 10 sind „intensiv“ zu betreuen. Zu analysieren sind die Ursachen für die Situationsverschlechterung und die Engagementstrategie unter Kosten-Nutzen-Aspekten. Gegebenenfalls werden die Sicherheiten verstärkt, die Konditionen angepasst und die Berichterstattungspflichten des Kunden intensiviert. Die Betreuungszuständigkeit liegt weiterhin in

der Markteinheit, die Bearbeitung verbleibt in der bisher bearbeitungszuständigen Einheit des Kreditrisikomanagements. Die neu zu erstellende Engagementstrategie ist mit der Organisationseinheit Sonderkreditmanagement abzustimmen.

2. Ab der Ratingklasse 13 erfolgt eine Übertragung der Betreuungs- und Bearbeitungszuständigkeit in dem Bereich Sonderkreditmanagement. Dort erfolgt eine Überprüfung auf Sanierungsfähigkeit und -würdigkeit, gegebenenfalls unter Einbeziehung externer Berater. Eine Neufestsetzung der Engagementstrategie ist unter Kosten-Nutzen-Aspekten vorgeschrieben. Gegebenenfalls erfolgt eine Absicherung des Sanierungskredites durch weitere adäquate Sicherheiten, eine Anpassung der Konditionen sowie eine Entscheidung über die Kündigung der Geschäftsverbindung.
3. Werden akute Ausfallrisiken erkannt, wird ein Prozess initiiert, der die zeitnahe Bildung, DV-Erfassung und Kommunikation einer Einzelwertberichtigung (EWB) einheitlich in der Bank sicherstellen soll. Diese Engagements sind grundsätzlich neu zu bewerten. Aus der Einstufung ergeben sich die bereits aufgeführten Zwangsläufigkeiten. Bei erheblichem Risikovorsorgeneu-/mehrbedarf (ab 2 Mio. € im laufenden Jahr) wird über den Risikodezernenten der Gesamtvorstand unverzüglich informiert. Eine Information der NORD/LB erfolgt bei einem Neu- bzw. Mehrbedarf ab 10 Mio. €, Meldungen an das Aufsichtsorgan ab 20 Mio. €.
4. Gekündigte Engagements werden durch die OE Abwicklung bearbeitet.

Zur Identifizierung und Überwachung von Risikokonzentrationen auf Ebene von Gruppen verbundener Kunden hat die Bank ein LEM-Limitmodell (LEM = Large Exposure Management) im Einsatz. Die Limitierung erfolgt dabei auf Basis von Gruppen verbundener Kunden gemäß Art. 4 Abs. 1 Nr. 39 CRR. Das Modell erlaubt eine Bewertung des Risikokonzentrationsgehalts eines Engagements unter Berücksichtigung des Risikokapitals der Bank, der Risikopräferenzen der Geschäftsleitung sowie unter Berücksichtigung der Bonität des Kreditnehmers und der Besicherung der Forderung.

Das Limitmodell definiert für jedes Large Exposure Grenzen, anhand derer ein Engagement als unauffällig (Weiß-Bereich), risikokonzentrationsbehaftet (Grau-Bereich) oder stark risikokonzentrationsbehaftet (Schwarz-Bereich) klassifiziert wird. Ziel ist es, Engagements im Schwarz-Bereich zu reduzieren und im Grau-Bereich ein ausgewogenes Verhältnis von Risiko und Ertrag zu erhalten. Damit ist ein Schutz vor zu hohen Konzentrationen auf Adressebene gewährleistet.

Die Steuerung von Risiken auf Portfolioebene erfolgt über ein aus der Risikotragfähigkeit abgeleitetes Branchenlimitsystem (BEM). Anhand der festgelegten Risikogrößen Exposure at Default (EaD), Loss at Default (LaD) und Expected Loss (EL) erfolgt die Identifizierung der zu limitierenden Branchen. Aus dem gemäß Going-Concern-Betrachtungsebene (Fortführungsszenario) zur Verfügung stehenden Limitkapital für Kreditrisiken wird die Höhe der Branchenlimite berechnet. Im Rahmen der RTF-Berichterstellung erfolgt eine monatliche Überprüfung der Limite. Die Large-Exposure-Grenzen und die Branchenlimite werden mindestens einmal jährlich vom Vorstand und von den zuständigen Aufsichtsgremien verabschiedet.

Kreditrisiko – Verbriefungen

Als Instrument zur Steuerung von Kreditrisiken steht der BLB grundsätzlich das Instrument der synthetischen Verbriefungen zur Verfügung. Ziele der Verbriefungsaktivitäten sind die Optimierung des Rendite-Risiko-Profiles des Kreditportfolios sowie die Entlastung der aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalanforderungen. Zur Diversifizierung des Kreditportfolios können die in den eigenen Büchern vorhandenen Kreditrisiken an andere Marktteilnehmer abgegeben werden. Im Jahr 2015 hat die BLB eine erste synthetische Verbriefungstransaktion für ein Kreditportfolio mit einem Volumen von rund 2,145 Mrd. € aus den Assetklassen Erneuerbare Energien, Firmenkunden, Sozialimmobilien, Gewerbeimmobilien und Schiffe originiert. Zur Absicherung der darin enthaltenen Kreditrisiken wurde mit Wirkung ab dem 16. Dezember 2015 eine Garantie mit einem Volumen von rund 106 Mio. € mit einem privaten Garantiegeber abgeschlossen. Die vertragliche Laufzeit der Garantie beträgt zwölf Jahre. Die von der BLB gehaltene Erstverlusttranche beläuft sich auf 10 Mio. €, sie wurde bisher nicht in Anspruch genommen.

Eine weitere Transaktion folgte zum Stichtag 30. Juni 2016. Die zweite Verbriefung betrifft ein Kreditportfolio von 3,421 Mrd. € und beinhaltet die Assetklassen Erneuerbare Energien, Firmenkunden, Sozialimmobilien, Gewerbeimmobilien und Leasing. Zur Absicherung der darin enthaltenen Kreditrisiken wurde mit Wirkung ab dem 30. Juni 2016 eine Garantie mit einem Volumen von rund 94 Mio. € mit einem privaten Garantiegeber abgeschlossen. Die vertragliche Laufzeit der Garantie beträgt zehn Jahre.

Kreditrisiko – Bewertung

Grundlage zur individuellen Beurteilung des Adressausfallrisikos auf Kundenebene sind die in der Sparkassenfinanzgruppe entwickelten Ratingverfahren, die auf die jeweiligen Kundensegmente individuell zugeschnitten und bankaufsichtlich zugelassen sind. Neben den wirtschaftlichen Verhältnissen werden in Abhängigkeit von der Kundengruppe auch die Marktverhältnisse, die Produktqualität, die Wettbewerbssituation, das Management sowie Cashflow- und zukunftsbezogene Daten analysiert und beurteilt.

Mithilfe dieser Ratingverfahren wird die Ausfallwahrscheinlichkeit von Kreditnehmern und Kontrahenten ermittelt und einer entsprechenden Ratingklasse zugeordnet. Die BLB verwendet die Masterskala des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands (DSGV).

| Initiative Finanzstandort Deutschland | DSGV-Masterskala | Mittlere Ausfallwahrscheinlichkeit | Kundenklasse |
|---------------------------------------|------------------|------------------------------------|-------------------|
| Sehr gut bis gut | 1 (AAAA) | 0,00 % | Normalbetreuung |
| | 1 (AAA) | 0,01 % | |
| | 1 (AA+) | 0,02 % | |
| | 1 (AA) | 0,03 % | |
| | 1 (AA-) | 0,04 % | |
| | 1 (A+) | 0,05 % | |
| | 1 (A) | 0,07 % | |
| | 1 (A-) | 0,09 % | |
| | 2 | 0,12 % | |
| | 3 | 0,17 % | |
| Gut/zufriedenstellend | 4 | 0,26 % | |
| | 5 | 0,39 % | |
| Noch gut/befriedigend | 6 | 0,59 % | |
| | 7 | 0,88 % | |
| Erhöhtes Risiko | 8 | 1,32 % | |
| | 9 | 1,98 % | |
| Hohes Risiko | 10 | 2,96 % | Intensivbetreuung |
| | 11 | 4,44 % | |
| Sehr hohes Risiko | 12 | 6,67 % | Sanierung |
| | 13 | 10,00 % | |
| | 14 | 15,00 % | |
| | 15 | 20,00 % | |
| | 15B | 30,00 % | |
| Default (= Non-Performing Loans) | 15C | 45,00 % | |
| | 16 | 100,00 % | |
| | 17 | 100,00 % | |
| | 18 | 100,00 % | Abwicklung |

Die Ratingverfahren stellen ein Instrument des aktiven Risikomanagements dar. Die Prognosequalität der Ratingverfahren sowie jeder einzelnen Ratingkomponente und deren Zusammenwirken werden regelmäßig von der Bank und den Ratingdienstleistern durch Backtesting und Validierung auf Basis der Datenpools geprüft. Diese Qualitätskontrollen bestätigen nicht nur die Einhaltung von Mindeststandards, sondern geben auch Impulse für Weiterentwicklungen.

Die Validierung der Ratingverfahren erfolgt über die beiden zentralen Ratingdienstleister der Sparkassenfinanzgruppe, die Sparkassen Rating und Risikosysteme GmbH (S-Rating), eine Tochtergesellschaft des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV), und die Rating Service Unit GmbH & Co. KG (RSU), eine zusammen mit anderen Landesbanken gegründete Gesellschaft. Beide Ratingdienstleister gewährleisten ein internes Rating im Sinne der aufsichtsrechtlichen Anforderungen. Auf Basis eines strukturierten Prozesses wird die Bankenaufsicht regelmäßig über Änderungen und Weiterentwicklungen bei den Ratingverfahren und sonstigen IRBA-Systemen informiert.

Die Daten der BLB werden bei den beiden Ratingdienstleistern gepoolt. Aufgabe der BLB ist es jeweils, die Angemessenheit der auf Poolebene validierten Ratingmodule für das bankinterne Portfolio nachzuweisen (Repräsentativitätsnachweis).

Die Bank hat die aufsichtsrechtlichen Anforderungen umgesetzt und unterlegt seit 2008 ihre Ausfallrisiken auf Basis des auf internen Ratings basierenden Ansatzes (Basis-IRBA) mit Eigenkapital.

Bei den Ratingsystemen der RSU engagiert sich die Bank bei der Weiterentwicklung der Methodik. Die Schwerpunkte liegen hier bei den Schiffs-, Projekt- und Leasingfinanzierungen, bei denen die Bank über eine besondere Expertise verfügt. Bei den Ratingsystemen der S-Rating engagiert sich die Bank in der Qualitätssicherung der Kommunikation der erarbeiteten Ergebnisse innerhalb der Sparkassenfinanzgruppe.

Zur Ermittlung der Länder- und Transferrisiken nutzt die BLB das volkswirtschaftliche Know-how der NORD/LB.

Die Ratingmodule Banken, Corporates, Länder- und Transferrisiko, Leasing sowie das DSGVO-StandardRating und das DSGVO-KundenkompaktRating basieren auf Scorecard-Verfahren. Im Rahmen von Scorecard-Ansätzen werden Merkmale und Faktoren identifiziert, die die Fähigkeit aufweisen, zwischen guten und schlechten Kreditnehmern zu differenzieren. Voraussetzung für die Anwendung eines Scorecard-Ansatzes ist eine ausreichende Anzahl an relativ homogenen Kreditnehmern.

Da diese Voraussetzung bei Spezialfinanzierungen häufig nicht gegeben ist, kommt hier vorwiegend die Simulationstechnik zum Einsatz. So wird die Bewertung der Finanzierungen von Projekten, Schiffen und nationalen Immobilien mithilfe von Cashflow-Simulationsmodellen durchgeführt. Primäre Quelle für die Rückführung der Verbindlichkeit sind die Einkünfte aus dem finanzierten Objekt. Das Kreditrisiko wird insofern durch die Schwankung der Einkünfte und Ausgaben des Objekts bestimmt. Im Simulationsverfahren wird der Cashflow des Objekts in verschiedenen Szenarien nachgebildet, die hinsichtlich der makroökonomischen und industriespezifischen Gegebenheiten variieren und die zukünftige Entwicklung von Faktoren wie z. B. Mieten und Charterraten simulieren. Unter der Vielzahl der Szenarien lassen sich im Anschluss diejenigen identifizieren, in denen der Kreditnehmer als ausgefallen gelten muss.

Im Rahmen der Ratingmodule werden sowohl bei den Scorecard- als auch bei den Simulationsverfahren neben den quantitativen auch qualitative Faktoren berücksichtigt. Im Anschluss sind noch Überschreibungsmöglichkeiten vorgesehen, Ratingverbesserungen sind jedoch nur begrenzt möglich. Zudem werden Warnsignale und der Konzernhintergrund einbezogen. Erst die Berücksichtigung dieser Aspekte führt dann zum endgültigen Ratingergebnis.

Die vollständige Bewertung des Kreditnehmers bzw. der Transaktion bildet die Grundlage für die Kreditgewährung, die Kreditrisikosteuerung und die risikoadjustierte Kreditbepreisung des erwarteten Verlustes. Eine wesentliche Rolle spielt hierbei die sich in den Ratingergebnissen widerspiegelnde Ausfallwahrscheinlichkeit der Kreditnehmer bzw. der Transaktionen. Über die Ausfallwahrscheinlichkeit hinaus sind jedoch auch die Verlustquote, die Laufzeit, der ausfallgefährdete Betrag sowie weitere transaktionsspezifische Risiken (unter anderem Währung, Produkt) von zentraler Bedeutung.

Im Kontext der Kreditrisikosteuerung spielt der Begriff des Kreditexposures eine maßgebliche Rolle. Diese Zahl spiegelt den Gegenwert aller kreditrisikobehafteten Transaktionen mit einem Kontrahenten wider. Basis für die Berechnung des Kreditexposures sind die Inanspruchnahmen (bei Garantien der Nominalwert, bei Wertpapieren der Buchwert) und die Kreditäquivalente aus Derivaten (inklusive Add-on und unter Berücksichtigung von Netting). Unwiderrufliche und widerrufliche Kreditzusagen werden transaktionsspezifisch in das Kreditexposure eingerechnet, während Sicherheiten unberücksichtigt bleiben.

Die Quantifizierung des Ausfallrisikos (Kredit- und Beteiligungsrisiko) erfolgt mit den Risikokennzahlen erwarteter Verlust und unerwarteter Verlust. Der erwartete Verlust wird auf Basis einjähriger Ausfallwahrscheinlichkeiten unter Berücksichtigung von Verlustquoten ermittelt. Die Risikoprämie, die zur Abdeckung des erwarteten Verlustes vereinnahmt werden muss, wird mit der Software Credit Pricing Calculator (CPC) berechnet.

Im Gegensatz zum erwarteten Verlust besteht das eigentliche Risikopotenzial für die Bank in dem unerwarteten Verlust (Unexpected Loss) risikobehafteter Geschäfte, d.h. in der Gefahr, dass tatsächlich eintretende Verluste höher ausfallen als erwartet.

Der unerwartete Verlust wird für unterschiedliche Konfidenzniveaus und einen Zeithorizont von einem Jahr quantifiziert. Die BLB hat diesbezüglich 2009 ein konzerneinheitliches ökonomisches Kreditrisikomodell eingeführt und 2016 erneut in Zusammenarbeit mit der NORD/LB validiert und überarbeitet. Das Modell dient der Schätzung der Eintrittswahrscheinlichkeiten von unerwarteten Verlusten unter Berücksichtigung von Portfolioeffekten (Konzentrations- und Diversifikationseffekte aufgrund von Korrelationen im Portfolio). Ziel ist die Überwachung und Begrenzung von Kreditrisiken auf Portfolioebene, insbesondere unter Einbeziehung von Adress- und Branchenkonzentrationen. Das Kreditrisikomodell wird stetig weiterentwickelt.

Kreditrisiko – Berichterstattung

Dem Vorstand werden im Rahmen der Risikoberichterstattung monatlich ein Bericht über die Intensivbetreuungs- und Problemengagements und die Entwicklung der Risikovorsorge (IPE-Bericht), ein Bericht über die Überwachung von Konzentrationsrisiken bei Gruppen verbundener Kunden (LEM-Bericht) sowie quartalsweise ein Kreditportfoliobericht vorgelegt.

- Im Rahmen des vom Bereich Kreditrisikomanagement auf Einzelkreditnehmerbasis erstellten Berichts über Intensiv- und Problemengagements erfolgt eine enge Überwachung der Entwicklung potenziell problematischer und ausgefallener Kreditnehmer. Unter anderem können dadurch kurzfristige oder sich über einen längeren Zeitraum erstreckende strukturelle Veränderungen in diesem Portfolio bzw. hieraus abgeleiteten Teilportfolios erkannt und Aktionsfelder für risikobegrenzende bzw. risikoreduzierende Maßnahmen identifiziert werden.
- Im Rahmen des LEM-Berichts wird über Gruppen verbundener Kunden berichtet, die unter Berücksichtigung des Risikokapitals der BLB und der Risikopräferenzen der Geschäftsleitung

sowie unter Berücksichtigung der Bonität des Einzelkreditnehmers und der Besicherung der Forderung eine bemerkenswerte Risikokonzentration aufweisen.

- Das Risikocontrolling erstellt einen Kreditportfoliobericht, der eine differenzierte Darstellung des Kreditportfolios beinhaltet. Das quartalsweise Pfandbriefreporting der Bank ist Bestandteil des Kreditportfolioberichtes und informiert über die mit dem Pfandbriefgeschäft verbundenen Risiken. Dieser auf Einzelinstitutsebene erstellte Bericht erfüllt die Anforderungen des § 27 Pfandbriefgesetz.

Die Risikoberichterstattung nach IFRS 7 erfolgt nach dem Management Approach. Interne und externe Risikoberichterstattung basieren damit grundsätzlich auf gleichen Begriffen, Methoden und Daten.

5.1.2 Beteiligungsrisiko – Management

Beteiligungsrisiko – Strategie

Mit ihren Beteiligungen kommt die Bank ihrer besonderen Verantwortung für die Region Nordwest nach. Dementsprechend bilden Beteiligungen an regionalen Unternehmen neben Beteiligungen im Rahmen des Sparkassenfinanzverbundes den Schwerpunkt des Beteiligungsportfolios. Die Bank trägt mit ihren Beteiligungen gleichermaßen zur Erfüllung des öffentlichen Auftrags und zur Stärkung des regionalen Wirtschaftsraumes bei.

Die Tochtergesellschaft BLB Immobilien GmbH ist in den Strategieprozess der Bank eingebunden.

Beteiligungsrisiko – Struktur und Organisation

Das Beteiligungsrisiko bezeichnet die Gefahr, dass aus der Zurverfügungstellung von Eigenkapital an Dritte Verluste entstehen. Darüber hinaus ist ein potenzieller Verlust aufgrund von sonstigen finanziellen Verpflichtungen (z. B. Gewährträgerhaftung, Ergebnisabführungsvertrag) Bestandteil des Beteiligungsrisikos, sofern er nicht bei den weiteren Risiken berücksichtigt wurde.

Die Steuerung der Adressausfallrisiken bei Beteiligungen erfolgt durch die OE Vorstandsassistentz/ Unternehmensentwicklung/Beteiligungen, die Überwachung durch das Risikocontrolling.

Beteiligungsrisiko – Steuerung und Überwachung

Die laufende Kontrolle und Steuerung der Beteiligungsgesellschaften erfolgen durch die Auswertung und Analyse des regelmäßigen Reportings der wichtigen Beteiligungsgesellschaften und die Einflussnahme in den jeweiligen Gremien der Gesellschaft (Gesellschafterversammlung, Aufsichts-, Verwaltungs- oder Beirat).

Beteiligungsrisiko – Bewertung

Die Beteiligungen der Bank werden grundsätzlich analog zum Kreditprozess dem Ratingprozess unterzogen. Hierauf wird verzichtet, wenn bei eigenen Beteiligungen mit geschäftspolitischer Ausrichtung ohne Kreditgeschäft der Buchwertanteil der BLB 750 T€ gemäß § 19 Abs. 2 KWG nicht übersteigt. Die umfassende Quantifizierung erfolgt mittels eines Scoring-Modells zur Risikoinventur.

Beteiligungsrisiko – Berichterstattung

Das Risikomanagement erfolgt in einem systematischen und permanenten Vorgehen und umfasst die Identifikation, die Analyse und Bewertung sowie die Dokumentation und Kommunikation etwaiger Risiken. Das mit den Beteiligungen verbundene Ausfallrisiko wird dabei im monatlichen RTF-Bericht kommuniziert. Darüber hinaus wird der Vorstand mindestens halbjährlich in Form eines Beteiligungsreports über die wesentlichen beteiligungsrelevanten Sachverhalte informiert.

5.1.3 Marktpreisrisiko – Management

Marktpreisrisiko – Strategie

Im Rahmen des Managements der Marktpreisrisiken konzentrieren sich die Aktivitäten der Bank auf ausgewählte Märkte, Kunden und Produktsegmente. Die Positionierung an den Geld-, Devisen- und Kapitalmärkten orientiert sich in erster Linie an den Bedürfnissen der Kunden und der Unterstützung der Banksteuerung. Eine darüber hinausgehende opportunistische Positionsnahme wird durch die BLB nicht betrieben.

Hinsichtlich des Zinsrisikos ist es das Ziel der Bank, Fristentransformation zu betreiben und an den allgemeinen Marktentwicklungen im Rahmen der Risikolimiten zu partizipieren.

Marktpreisrisiko – Struktur und Organisation

Das Marktpreisrisiko bezeichnet potenzielle Verluste, die sich aus Veränderungen von Marktparametern ergeben können. Das Marktpreisrisiko unterscheidet das Zins-, das Währungs-, das Aktienkurs-, das Fondspreis-, das Volatilitätsrisiko sowie das Credit-Spread- und das Rohwarenrisiko.

- Das Zinsrisiko besteht aus den Komponenten allgemeines Zinsrisiko und besonderes Zinsrisiko. Ein allgemeines Zinsrisiko besteht immer dann, wenn der Wert einer Position oder eines Portfolios auf Veränderungen von einem oder mehreren Zinssätzen bzw. auf Veränderungen von kompletten Zinskurven reagiert und diese Veränderungen zu einer Wertminderung der Position führen können. Der aufsichtsrechtlichen Definition folgend, werden unter dem besonderen Zinsrisiko potenzielle Wertveränderungen subsumiert, die sich aus Ratingmigrationen oder aus dem Ausfall von Emittenten (bei Wertpapieren) bzw.

Referenzschuldern (bei Kreditderivaten) ergeben. Im Verständnis der BLB entspricht das besondere Zinsrisiko dem Emittentenrisiko.

- Das Währungsrisiko (oder Wechselkursrisiko) beschreibt die Gefahr, dass der Wert einer Position auf Veränderungen eines oder mehrerer Devisenwechselkurse reagiert und die Veränderungen der Wechselkurse zu einer Wertminderung der Position führen können.
- Das Aktienkursrisiko beschreibt die Gefahr, dass der Wert einer Position auf Veränderungen eines oder mehrerer Aktienkurse bzw. -indizes reagiert und die Veränderungen der Aktienkurse oder -indizes zu einer Wertminderung der Position führen können.
- Das Fondspreisrisiko beschreibt die Gefahr, dass der Wert einer Position auf Veränderungen eines oder mehrerer Fondspreise reagiert und die Veränderungen der Fondspreise zu einer Wertminderung der Position führen können.
- Das Volatilitätsrisiko beschreibt die Gefahr, dass der Wert einer Optionsposition aufgrund potenzieller Wertänderungen, die aus Marktbewegungen der für die Optionsbewertung herangezogenen Volatilitäten resultieren, reagiert und diese Veränderungen zu einer Wertminderung der Position führen können.
- Das Credit-Spread-Risiko bezeichnet potenzielle Wertveränderungen, die sich ergeben, wenn sich der für den jeweiligen Emittenten, Kreditnehmer oder Referenzschuldner gültige Credit Spread verändert, welcher im Rahmen der Marktbewertung der Position verwendet wird.
- Das Rohwarenrisiko bezeichnet die Gefahr, dass eine Position (auch Indizes und Derivate) an Wert verliert, weil sich der Preis der entsprechenden Commodities (z. B. Öl, Weizen) verändert. Das Rohwarenrisiko besitzt für die BLB derzeit keine Relevanz, da keine offenen Positionen geführt werden.

Der Vorstand beschließt das für Marktpreisrisiken zur Verfügung stehende Risikokapital.

Durch Handelstransaktionen und -positionen können die einzelnen Handelsbereiche der OE Financial Markets Marktpreisrisiken eingehen. Die Aufgaben und Tätigkeiten der Handelsbereiche leiten sich ab aus der Handelsstrategie der BLB inklusive der Geschäftsstrategien der Bereiche und der Portfoliostrategien für alle Organisationseinheiten, die gemäß MaRisk Handelsgeschäfte tätigen bzw. in denen Markt-, Liquiditäts- oder Adressrisiken im Sinne der Handelsstrategie auftreten. Die Aufgaben und Tätigkeiten sind in den Arbeitsanweisungen der jeweiligen Bereiche geregelt.

Das Management der offenen Marktpreisrisikopositionen erfolgt im Geschäftsfeld Financial Markets in den Handelseinheiten sowie im Aktiv-Passiv-Management, welches unter anderem die im Einlagen- und Kreditgeschäft in Euro begründeten Marktpreisrisiken zentral für Laufzeiten von mehr als zwölf Monaten disponiert und steuert. Der Geldhandel steuert das Zinsänderungsrisiko für Laufzeiten bis zwölf Monate, dem Devisenhandel obliegt die Verantwortung für Abläufe in Fremdwährung über alle Laufzeiten.

Serviceleistungen erbringen die OEs Transaction Banking und Financial Markets Geschäftsfeldmanagement. Der Bereich Transaction Banking ist für die Abwicklung und Kontrolle der im Marktbereich abgeschlossenen Handelsgeschäfte verantwortlich. Die Aufgaben beinhalten unter anderem die Kontrolle der vollständigen und korrekten Erfassung der Geschäfte sowie die Prüfung auf Abweichungen von vorgegebenen Standards. Das Reporting über die bereichsinterne Verteilung und Inanspruchnahme des Marktpreisrisiko-Limits des Geschäftsfeldes Financial Markets wird von der OE Financial Markets Geschäftsfeldmanagement auf Basis der Daten des täglichen Reportings der OE Marktrisiko/Bewertungsmethoden durchgeführt. Die OE Marktrisiko/Bewertungsmethoden ist den MaRisk entsprechend funktional wie organisatorisch unabhängig von den Marktpreisrisikosteuerungsbereichen. Sie nimmt Überwachungs-, Limitierungs- und Berichterstattungsaufgaben wahr, ist verantwortlich für die Bewertungsmethodik von Marktpreisrisiken und überprüft die Marktgerechtigkeit der Geschäfte.

Das Meldewesen führt das externe Reporting der Marktpreisrisiken gemäß CRR durch. Die BLB verwendet dafür das von der Aufsichtsbehörde vorgegebene Standardverfahren.

Marktpreisrisiko – Steuerung und Überwachung

Die Steuerung der Anlagebuchpositionen erfolgt zentral durch das Asset-Liability Committee (ALCO), die operative Umsetzung durch den Bereich Financial Markets. Das ALCO ist ein Entscheidungsgremium mit den Zielen der Optimierung des Risk/Return der Bankportfolios, des langfristigen Fundings, der Steuerung der Marktpreis- und Liquiditätsrisikopositionen sowie der Investitionsportfolios, des Bilanzstrukturmanagements, der GuV-Steuerung und der Investment Guidelines. Das Committee besteht aus dem Gesamtvorstand und Vertretern des Geschäftsfeldes Financial Markets und der OEs Risikocontrolling, Finanzen sowie Marktfolge Financial Markets. Der Ausschuss tagt in der Regel monatlich. Die Entscheidungen trifft der Gesamtvorstand.

Eine Begrenzung der Risikokonzentrationen erfolgt durch eine Limitierung der unterschiedlichen Risikokategorien.

Details zur bilanziellen Behandlung von Absicherungsinstrumenten und zur Art der Sicherungsbeziehung können den im Anhang enthaltenen Angaben entnommen werden (insbesondere Note (36), Positive Fair Values aus Hedge Accounting-Derivaten, und Note (50), Negative Fair Values aus Hedge Accounting-Derivaten).

Marktpreisrisiko – Bewertung

Für die risikoartenspezifische interne Steuerung und Überwachung von Marktpreisrisiken inklusive Credit-Spread-Risiken verwendet die BLB das Verfahren der historischen Simulation, bei dem ein einseitiges Konfidenzniveau von 95 % und eine Haltedauer von einem Handelstag zugrunde gelegt werden.

Als Grundlage für die Berechnung des Value-at-Risk (VaR) werden die historischen Veränderungen der Risikofaktoren (Zinsen/Spreads, Wechselkurse, Aktienkurse/Indizes und Bewertungsvolatilitäten) über die letzten zwölf Monate zugrunde gelegt. Das Modell berücksichtigt implizit Korrelationseffekte zwischen den Risikofaktoren (inkl. der Bewertungsvolatilitäten von Options-positionen), den Risikoarten, den Währungen und den (Teil-)Portfolios.

VaR-Modelle dienen vor allem der Messung von Marktpreisrisiken in normalen Marktumgebungen. Um auch außergewöhnliche Marktbewegungen abzudecken, werden gesonderte Risikoauswertungen (Stresstests) durchgeführt, die die Sensitivität des Portfolios in Bezug auf große Marktänderungen berücksichtigen. Für jedes Risiko sind konzerneinheitlich Stressparameter definiert.

Für die VaR-Werte werden Limite festgelegt, die sich pro Handelsbereich aus den vom Vorstand festgelegten Verlustlimiten ableiten. Etwaige Verluste der Handelsbereiche werden umgehend auf die Verlustlimite angerechnet und führen dem Prinzip der Selbstverzehrung folgend zu einer Reduzierung der VaR-Limite. Die genannten Limite werden für den Bereich Financial Markets und die strategische Position in Strukturlimite für die verschiedenen Risikokategorien untergliedert.

Die täglichen VaR-Berechnungen werden in der OE Marktrisiko/Bewertungsmethoden anhand von Backtesting-Analysen überprüft. Dazu werden im Rahmen des Backtestings die täglichen Ergebnisschwankungen der Handelsbereiche den VaR-Prognosen vom Vortag gegenübergestellt. Die zur Quantifizierung der Marktpreisrisiken verwendeten Prognosemodelle und Parameter werden laufend überprüft und gegebenenfalls der aktuellen Marktentwicklung angepasst.

Die Anforderungen an eine vorsichtige Bewertung (Prudent Valuation) wurden durch Art. 34 i. V. m. Art. 105 CRR ausgeweitet und weiter konkretisiert. Durch den Wegfall einer Geringfügigkeitsschwelle hat die Bank für alle zum Zeitwert bilanzierten Vermögenswerte eine Bewertungsreserve eingeführt, die vom harten Kernkapital abgezogen wird.

Die Bank ermittelt monatlich einen Zinsschock gemäß den Anforderungen eines Rundschreibens der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin). Hierbei sind die Auswirkungen einer Parallelverschiebung der Zinsstrukturkurve um 200 Basispunkte nach oben und nach unten zu analysieren. Die BaFin überprüft die Parallelverschiebung mindestens jährlich und passt gegebenenfalls bei deutlichen Abweichungen die Höhe des Zinsschocks entsprechend an.

Die von der EBA veröffentlichten Leitlinien EBA GL/2014/13 und EBA GL/2015/08 fordern unterschiedliche Sichtweisen auf das Zinsänderungsrisiko im Anlagebuch (IRRBB). Neben dem barwertigen (Economic Value) wird ein ertragsorientierter Ansatz (Earnings-based) gefordert. In 2016 hat die Bank die strategische Zinsbuchsteuerung um eine ertragsorientierte Sichtweise erweitert. Der ertragsorientierte Ansatz zielt auf die geplanten zukünftigen Erträge und damit die Fähigkeit, Kapital zu generieren, ab. Ziel des bestehenden barwertigen Ansatzes ist es, den Wert der zinsrisikobehafteten Positionen des Anlagebuchs für den betrachteten Stichtag und einen eher langfristigen Zeithorizont zu bestimmen, um die daraus erwachsenden Risiken zu messen. In 2017

wird die Bank weiter an der Sicherstellung einer konsistenten und integrierten Betrachtung der beiden Steuerungskreise (ökonomisch und gleichzeitig periodisch) arbeiten.

Marktpreisrisiko – Berichterstattung

Gemäß MaRisk berichtet die OE Marktrisiko/Bewertungsmethoden dem Gesamtvorstand täglich über die Marktpreisrisiken nach VaR und die Erfolge aus der Übernahme von Marktpreisrisiken der BLB.

Der Gesamtvorstand wird monatlich über die Marktpreisrisiken und die Ergebnisse des Backtestings und des Stresstestings im Rahmen der RTF-Berichterstattung informiert. Die Information des Risikoausschusses erfolgt fünfmal jährlich.

5.1.4 Liquiditätsrisiko – Management

Liquiditätsrisiko – Strategie

Die Sicherstellung der jederzeitigen Liquidität stellt für die Bank eine betriebswirtschaftliche, strategische und aufsichtsrechtliche Notwendigkeit dar. Während das klassische Liquiditätsrisiko grundsätzlich durch das Vorhalten ausreichend liquider Aktiva (insbesondere notenbankfähiger Wertpapiere) vermieden wird, wird das Liquiditäts-Spread-Risiko durch eine strukturelle Liquiditätsfristentransformation begründet. In beiden Fällen werden die Risiken durch entsprechende Limite begrenzt. Bei der Bemessung der Höhe der Liquiditätsrisikolimite werden die Faktoren Sicherstellung der ausreichenden Liquidität, Risikotragfähigkeit und Nutzung der Chance auf einen Erfolgsbeitrag aus der banktypischen Erfolgsquelle Fristentransformation berücksichtigt. Durch die Liquiditätsrisikolimite erhalten die Fachbereiche den zur Zielerreichung notwendigen Handlungsrahmen.

Liquiditätsrisiko – Struktur und Organisation

Das Liquiditätsrisiko umfasst Risiken, die sich aus Störungen in der Liquidität einzelner Marktsegmente, unerwarteten Ereignissen im Kredit-, Einlagen- oder Emissionsgeschäft oder Veränderungen der eigenen Refinanzierungsbedingungen ergeben können. Die Untergliederung des Liquiditätsrisikos wurde im Rahmen der im Berichtsjahr durchgeführten Risikoinventur angepasst. Das Liquiditäts-Spread-Risiko wurde neu eingeführt, Marktliquiditätsrisiken werden implizit berücksichtigt.

Dementsprechend wird das Liquiditätsrisiko in klassisches Liquiditätsrisiko und Liquiditäts-Spread-Risiko unterteilt.

- Als klassisches Liquiditätsrisiko wird die Gefahr bezeichnet, dass Zahlungsverpflichtungen nicht oder nicht fristgerecht nachgekommen werden kann. Dieses Risiko wird auf Basis der Analyse eines dynamischen Stressszenarios begrenzt, das durch die jeweils wahrscheinlichste Krisensituation charakterisiert ist. Potenzielle Ursache kann eine allgemeine Störung in der

Liquidität der Geldmärkte sein, die einzelne Institute oder den gesamten Finanzmarkt betrifft. Insbesondere können Marktstörungen dazu führen, dass maßgebliche Assetklassen in der Sicherheitenverwendung ausfallen. Alternativ können auch unerwartete Ereignisse im eigenen Kredit-, Einlagen- oder Emissionsgeschäft eine Ursache für Liquiditätsengpässe darstellen. Der Fokus der Betrachtung liegt in der BLB auf den jeweils nächsten zwölf Monaten.

- Als Liquiditäts-Spread-Risiko werden die potenziellen Ergebniseinbußen bezeichnet, die sich durch die Veränderung der eigenen Refinanzierungsbedingungen am Geld- oder Kapitalmarkt ergeben. Ursache dafür kann eine veränderte Einschätzung der Bonität der Bank durch andere Marktteilnehmer sein oder eine allgemeine Marktentwicklung. Als Marktliquiditätsrisiko werden die potenziellen Verluste bezeichnet, die zu tragen sind, wenn aufgrund geringer Liquidität in einzelnen Marktsegmenten Transaktionen zu Konditionen abgeschlossen werden müssen, die nicht dem fairen Marktwert entsprechen. Im Verständnis der BLB ist das Platzierungsrisiko ebenfalls Bestandteil des Liquiditätsrisikos. Es beschreibt die Gefahr, dass eigene Emissionen am Markt nicht oder nur zu schlechteren Konditionen platziert werden können.

In den Prozess der Liquiditätsrisikosteuerung sind in der Bank der Geld- und Devisenhandel, das Treasury und das Risikocontrolling eingebunden.

Der Geld- und Devisenhandel und das Treasury übernehmen das Management von Liquiditätsrisiko tragenden Positionen und tragen Gewinne und Verluste, die sich aus den eingegangenen Liquiditätsrisikopositionierungen ergeben. Grundlage für das Aktiv-Passiv-Management ist die Liquiditätsablaufbilanz. Im ALCO wird über das Liquiditäts-Spread-Risiko berichtet und über mögliche Handlungsvorschläge hinsichtlich des weiteren strategischen Dispositionsverhaltens beraten. Dem ALCO ist auf Arbeitsebene der Arbeitskreis Liquiditätssteuerung vorgelagert, der sich aus Vertretern von Financial Markets und dem Risikocontrolling zusammensetzt. Die Hauptaufgaben des Arbeitskreises bestehen darin, die Liquiditätssteuerung zu optimieren und damit in Zusammenhang stehende Detailfragen zeitnah zu klären. Dabei kommt einer kurzfristig reagiblen Steuerung der Neugeschäfts- und Funding-Aktivitäten eine besondere Bedeutung zu. Ebenso werden erarbeitete Weiterentwicklungen über den konzernweiten Arbeitskreis Liquidität, den BLB-internen Arbeitskreis Liquiditätssteuerung und letztlich das ALCO oder den Vorstand in die tägliche Steuerung eingeführt.

Das Risikocontrolling ist verantwortlich für die Einführung und Weiterentwicklung von internen Verfahren zur Messung, Limitierung und Überwachung von Liquiditätsrisiken. Die Berechnung des Liquiditäts-Spread-Risikos und des klassischen Liquiditätsrisikos sowie die Überwachung der Einhaltung der Limite erfolgen ebenfalls durch das Risikocontrolling. Im Meldewesen wird die Auslastung der Liquiditätskennziffer gemäß Liquiditätsverordnung sowie die Liquidity Coverage Ratio (LCR)⁷ ermittelt und berichtet. Die Einhaltung der Liquiditätskennziffer gemäß Liquiditätsverordnung sowie der LCR wird durch das Risikocontrolling überwacht.

⁷ Seit September 2016 wird die LCR gemäß delegiertem Rechtsakt ermittelt.

Für die Bank hat die Refinanzierung über Pfandbriefe eine hohe Bedeutung. Bei allen Emissionen der Bank werden die gesetzlichen Anforderungen des Pfandbriefgesetzes (PfandBG) umfassend erfüllt.

An die Qualität der zur Deckung der Pfandbriefe notwendigen Darlehen stellt das PfandBG hohe Anforderungen. So hat die Prüfung der formal den Richtlinien des Gesetzes entsprechenden Indekungnahme von Forderungen durch einen externen Treuhänder zu erfolgen. Außerdem sind die wesentlichen Strukturzahlen der Deckungsmasse alle drei Monate durch die Bank zu veröffentlichen.

Das Marktliquiditätsrisiko wird unter den Marktrisiken subsumiert. Ziel ist es, das Marktliquiditätsrisiko grundsätzlich zu begrenzen, indem im Wesentlichen auf liquiden Märkten agiert wird. Durch das differenzierte Wertpapier-Liquiditätsklassenkonzept lassen sich spezifische Haircuts für die Steuerung in der Liquiditätsablaufbilanz, den Liquiditätsstresstests und dem Collateral-Allocation-Management modellieren.

Die Messung, Steuerung und Überwachung des Liquiditätsrisikos werden im Risikohandbuch dokumentiert.

Liquiditätsrisiko – Steuerung und Überwachung

Im Zuge der Konzernrisikosteuerung ist eine konzernweite Global Group Liquidity Policy formuliert. Konsistent zu dieser definiert die Liquidity Policy der BLB die Rahmenbedingungen für die Liquiditätssteuerung in der BLB. Das beinhaltet insbesondere die Festlegung der jeweiligen Ziele sowie die Verantwortlichkeiten für die Liquiditätssteuerung unter verschiedenen Szenarien (Situationsmuster). Die Liquidity Policy sowie die Global Group Liquidity Policy werden jährlich überarbeitet.

Der Notfallplan Liquidity Management regelt die Aktivitäten und die Steuerung im Falle von Krisensituationen. Ziel dieses Planes ist die Erhaltung der Zahlungsfähigkeit der Bank bei unvorhergesehenen Extremsituationen am Markt. Auch der Notfallplan Liquidity Management ist konsistent zum Notfallplan der NORD/LB-Gruppe.

Zur Steuerung des klassischen Liquiditätsrisikos setzt die Bank folgende Instrumente ein:

Gemäß Liquiditätsverordnung wird die Liquidität des Instituts als gegeben angesehen, wenn die innerhalb der nächsten 30 Tage zur Verfügung stehenden Zahlungsmittel die während dieses Zeitraums zu erwartenden Liquiditätsabflüsse mindestens decken. Die Gegenüberstellung der Zahlungsmittel und der Zahlungsverpflichtungen ergibt die Liquiditätskennzahl, welche mindestens eins betragen muss.

Die Liquiditätskennzahl wird neben der monatlichen Meldung an die Deutsche Bundesbank täglich ermittelt und im Geldhandel zur Unterstützung der operativen Steuerung verwendet.

Die LCR ist monatlich an die Deutsche Bundesbank und im Rahmen der Konzernmeldung an die NORD/LB zu melden. Die LCR stellt eine kurzfristig ausgerichtete Stresskennziffer (Zeithorizont 30

Tage) dar und verpflichtet die Institute einen Liquiditätspuffer in Form von hochliquiden Aktiva vorzuhalten, um im Stressfall Nettozahlungsmittelabflüsse über einen Zeitraum von 30 Tagen kompensieren zu können. Die Einhaltung der LCR wird seitens Risikocontrolling täglich überwacht.

Mit den Instrumenten der Liquiditätsstresstests werden täglich die Auswirkungen von unerwarteten Ereignissen auf die Liquiditätssituation der Bank simuliert. Ziel ist es, Liquiditätsengpässe zu verhindern. In einem dynamischen und drei statischen Szenarien werden die Liquiditätszahlungsströme der Bank über einen Zeitraum von bis zu einem Jahr betrachtet. In den verschiedenen Szenarien werden bestimmte Annahmen über den im Krisenfall zur Verfügung stehenden Zahlungsstrom der Bank simuliert. Die bei der Zentralbank deponierten liquiden, frei verfügbaren Wertpapiere dienen der Absicherung in den Notfallszenarien.

Zur Begrenzung des klassischen Liquiditätsrisikos hat die BLB ein Limitsystem implementiert. Durch ein Ampelsystem (Anzahl der Tage mit Liquiditätsüberdeckung) werden notwendige Steuerungsmaßnahmen ausgelöst, sofern die simulierte Liquiditätsüberdeckung im dynamischen Stressszenario für weniger als 90 Tage bestehen sollte. Steuerungssignale aus den statischen Stresstests führen in der Bank nicht automatisch zu Steuerungsmaßnahmen. Vielmehr geben sie Anlass, die gegenwärtige Liquiditätssituation tiefer zu analysieren und die wesentlichen Treiber der statischen Szenarien auch mit der gegenwärtigen Eintrittswahrscheinlichkeit der Krisen-Stressszenarien einzuwerten.

Mit Ermittlung des barwertigen Liquiditäts-Spread-Risikos analysiert die Bank die barwertigen Kosten für das Schließen einer passiven Liquiditätsinkongruenz (Liquiditätsfristentransformation) im Zeitablauf aller Fälligkeiten in allen Laufzeiten und Währungen unter der Annahme einer definierten Erhöhung der Liquiditäts-Spreads (Spread-Parameter). Das barwertige Liquiditäts-Spread-Risiko wird durch das hierfür allozierte Risikokapital limitiert. Ferner wird die Höhe der passiven Liquiditätsinkongruenzen pro Laufzeitband (Liquiditätsablaufbilanz) zur Vermeidung von Konzentrationen in einzelnen Laufzeiten durch Volumenstrukturlimite begrenzt.

Risikokonzentrationen auf der Passivseite wird durch eine diversifizierte Anlegerbasis und Produktpalette vorgebeugt. Der Fokus liegt auf institutionellen und öffentlichen Anlegern, was der risikostrategischen Ausrichtung der NORD/LB-Gruppe entspricht. Die Diversifizierung der Refinanzierungsquellen wird zudem durch Pfandbriefemissionen und Retail-Einlagen unterstützt.

Liquiditätsrisiko – Bewertung

Neben der Liquiditätssteuerung der Gesamtposition, umgerechnet in Euro, ist für die Bank die Fremdwährungsposition in USD wesentlich. Alle weiteren Fremdwährungen sind für die Liquiditätssteuerung der Bank unbedeutend. Liquiditäts-Spread-Risiken aus der Fristentransformation in wesentlichen Fremdwährungen werden auf die Risikotragfähigkeit angerechnet. Wesentliche Fremdwährungen werden auch in der Stresstestsicht des klassischen Liquiditätsrisikos betrachtet. Die Wesentlichkeit von Fremdwährungen wird regelmäßig validiert.

Liquiditätsrisiko – Berichterstattung

Die Berichterstattung über die Liquiditätsrisikosituation erfolgt durch den monatlichen Liquiditätsstatusbericht des Risikocontrollings, welcher im Arbeitskreis Liquiditätssteuerung sowie im ALCO erörtert wird.

Darüber hinaus wird der Gesamtvorstand im Rahmen der Risikoberichterstattung monatlich über die Liquiditätsrisiken im Kontext der Risikotragfähigkeit informiert. Im Rahmen des Kreditportfolioberichtes wird der Vorstand ferner über die mit dem Pfandbriefgeschäft verbundenen Risiken informiert.

Wöchentlich berichtet das Risikocontrolling dem Vorstand über das Liquiditäts-Spread-Risiko. Die Managementeinheiten Geld- und Devisenhandel sowie Treasury erhalten wöchentlich zusätzliche Strukturinformationen aus den Liquiditätsablaufbilanzen in allen Währungen sowie täglich strukturelle Informationen aus den Stressszenarien der klassischen Liquiditätssteuerung.

5.1.5 Operationelles Risiko – Management

Operationelles Risiko – Strategie

Die Leitlinien für den Umgang mit operationellen Risiken sind in der Risikostrategie der Bank formuliert. Die Bank verfolgt bei operationellen Risiken weitgehend eine Strategie der Vermeidung, die sich z. B. in einem internen Kontrollsystem, dem Business Continuity Management (BCM) oder im Abschluss von Versicherungen widerspiegelt.

Operationelles Risiko – Struktur und Organisation

Operationelle Risiken sind mögliche und aus Sicht der Bank unbeabsichtigte Ereignisse, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Abläufen, Mitarbeitern und Technologie oder durch externe Einflüsse eintreten und zu einem Schaden oder einer deutlich negativen Konsequenz für die Bank führen (z. B. Gesetzesverstoß). Rechtsrisiken sind enthalten, nicht einbezogen sind strategische Risiken sowie Geschäftsrisiken.

Dieser Definition folgend sind Rechts- und Rechtsänderungsrisiken, Compliance-Risiken, Outsourcing-Risiken, Insourcing-Risiken, Conduct Risk, Fraud-Risiken, Modellrisiken, IT-Risiken und Verwundbarkeiten im Rahmen des Notfall- und Krisenmanagements sowie Personalrisiken im operationellen Risiko enthalten. Im Rahmen der im Berichtsjahr durchgeführten Risikoinventur wurden die Ausprägungen Insourcing- und Personalrisiken ergänzt, während Veritätsrisiken nicht mehr enthalten sind.

- Das Rechtsrisiko bezeichnet die Gefahr, dass aufgrund fehlender bzw. unvollständiger Berücksichtigung des durch Rechtsvorschriften und die Rechtsprechung vorgegebenen Rechtsrahmens ein Schaden entsteht.

- Das Rechtsänderungsrisiko bildet das Risiko eines Verlustes aufgrund neuer Gesetze oder Vorschriften, einer nachteiligen Änderung bestehender Gesetze oder Vorschriften beziehungsweise von deren Interpretation oder Anwendung durch Gerichte ab.
- Das Compliance-Risiko bezeichnet Risiken gerichtlicher, behördlicher oder disziplinarischer Strafen, die aus nicht ordnungsgemäßen Verfahren, Prozessen etc. (aufgrund der Nichteinhaltung von Gesetzen, Vorschriften, Verhaltensregeln und Normen) resultieren.
- Das Outsourcing-Risiko beschreibt Gefahren, die aus der Auslagerung von Aktivitäten und Prozessen resultieren.
- Das Insourcing-Risiko beschreibt Gefahren, die aus der Erbringung von Dienstleistungen für Dritte resultieren.
- Conduct Risk ist das bestehende oder künftige Risiko von Verlusten infolge der unangemessenen Erbringung von Finanzdienstleistungen, einschließlich Fällen vorsätzlichen oder fahrlässigen Fehlverhaltens. Dabei weisen insbesondere folgende Aspekte auf ein vorhandenes Conduct Risk hin: unter Vorgabe falscher Tatsachen verkaufte Produkte, forciertes Cross-Selling von Produkten, Interessenkonflikte im Vertriebsprozess oder bei Tätigkeit von Geschäften, Manipulation von Referenzzinssätzen oder Fremdwährungskursen, erschwelter Wechsel von Finanzprodukt oder -dienstleister, automatische Verlängerung von Produkten oder Zahlungen von Ausstiegsgebühren sowie unfaire Behandlung von Kundenbeschwerden.
- Das Fraud-Risiko beschreibt die Gefahr, die aus sonstigen strafbaren Handlungen gegenüber der Bank resultiert, welche einen vermeidbaren Vermögens- oder Reputationsschaden herbeiführen.
- Das Modellrisiko bezeichnet den potenziellen Verlust, der einem Institut als Folge von Entscheidungen entsteht, die sich grundsätzlich auf das Ergebnis interner Modelle stützen könnten, wenn diese Modelle Fehler bei der Konzeption, Ausführung oder Nutzung aufweisen.
- IT-Risiken sind alle Risiken für die Vermögens- und Ertragslage der Institute, die aufgrund von Mängeln entstehen, die das IT-Management beziehungsweise die IT-Steuerung, die Verfügbarkeit, Vertraulichkeit, Integrität und Authentizität der Daten, das interne Kontrollsystem der IT-Organisation, die IT-Strategie, IT-Leitlinien oder den Einsatz von Informationstechnologie betreffen.
- Das Personalrisiko resultiert aus den folgenden Elementen:
 - Engpassrisiko: Gefahrenpotenziale aus Engpässen bei Bedarfs-, Potenziallücken oder Rekrutierung
 - Anpassungsrisiko: Gefahrenpotenziale aus Anpassung bei Kompetenzen, Bereitschaft oder Flexibilität
 - Austrittsrisiko: Gefahrenpotenziale aus Austritten von Leistungsträgern, Retentionmanagement oder Arbeitgeberleistung
 - Performancerisiko: Gefahrenpotenziale der Performance durch Commitment, innere Kündigung und Leistung

In den Risikomanagementprozess operationeller Risiken der Bank sind der Vorstand, das Risikocontrolling sowie alle weiteren Bereiche eingebunden. Der Vorstand legt den grundsätzlichen

Umgang mit operationellen Risiken unter Berücksichtigung der Risikolage auf Gesamtbankebene fest. Das Risikocontrolling ist für die zentrale Überwachung und unabhängige Berichterstattung der operationellen Risiken zuständig. Die Verantwortung für die Steuerung der operationellen Risiken liegt innerhalb der vorgegebenen Rahmenbedingungen dezentral bei den einzelnen Bereichen.

Vor dem Hintergrund der Verantwortung für eine angemessene technisch-organisatorische Ausstattung und für ein angemessenes Notfallkonzept auf Gruppenebene gemäß §§ 25a und 25c KWG sind die Rahmenvorgaben der NORD/LB-Gruppe in einem bankeigenen Sicherheitsstandard umgesetzt. Dieser setzt sich in der BLB aus einer in die Risikostrategie eingebetteten Sicherheitsstrategie, Sicherheitsleitlinien, einem Bedrohungskatalog sowie Sicherheitsrichtlinien zusammen und enthält Sicherheitsvorgaben für die Themen Informationssicherheit, Datenschutz, Infrastruktur- und Gebäudeschutz, Arbeitssicherheit sowie für die Querschnittsprozesse BCM und Notfall- und Krisenmanagement.

Das BCM sowie das Notfall- und Krisenmanagement der Bank dienen der Vorsorge und Bewältigung von Notfällen und Krisen. Wesentliches Element hierbei ist die Vermeidung von Ausfällen kritischer Geschäftsprozesse und/oder das Einschränken möglicher Auswirkungen. Ebenso gehört hierzu die Vorbereitung auf Ereignisse, deren Risiken nicht oder nicht weit genug durch vorbeugende Maßnahmen reduziert werden können.

Im Rahmen eines integrierten Personalrisikomanagements werden durch das Personalmanagement die verschiedenen personalwirtschaftlichen Risiken wie Engpassrisiken, Austrittsrisiken, Anpassungsrisiken, Motivationsrisiken sowie eine auf Dauer unangemessene Personalausstattung nach Quantität und Qualität analysiert, bewertet und gesteuert. Die anforderungsgerechte und zielgerichtete Personalentwicklung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist primäre Aufgabe der jeweiligen Führungskräfte mit enger Unterstützung durch das Personalmanagement. Das Personalmanagement berät und unterstützt die Fachbereiche bei der Durchführung von Personalmaßnahmen. Die Anforderungen der Institutsvergütungsverordnung werden im BLB-Konzern umgesetzt.

Im IT-Bereich sorgen Verfahrensanweisungen, Ersatzkapazitäten und Sicherungen für eine angemessene Stabilität der IT-Infrastruktur. Sicherheitskonzepte und Wiederanlaufpläne ergänzen die vorbeugenden Maßnahmen, um Schäden durch den Ausfall oder die Manipulation von Anwendungen und Informationen zu verhindern.

Die Bank verfügt in wesentlichen Risikofeldern über angemessenen Versicherungsschutz. Die Ausgestaltung der Versicherungsdeckungen wird regelmäßig überprüft. Zu einzelnen Risiken hat die Bank unter Abwägung des Risikopotenzials zum Prämienaufwand vom Abschluss entsprechender Versicherungslösungen abgesehen.

Nach §§ 25a und 25h KWG ist die Bank verpflichtet, durch die Schaffung angemessener geschäfts- und kundenbezogener Sicherungssysteme sonstige strafbare Handlungen zulasten der Bank und ihrer Tochterunternehmen bereits im Vorfeld zu verhindern. Darüber hinaus verurteilt der Vorstand

jeden Versuch betrügerischen bzw. unredlichen Handelns und/oder sonstiger krimineller Handlungen als schweres und nicht tolerierbares Vergehen („Null-Toleranz-Prinzip“). Die Bank lässt nichts unversucht, um sonstige strafbare Handlungen zu verhindern oder zumindest so frühzeitig wie möglich aufzudecken sowie die entsprechenden Risiken auf das geringstmögliche Potenzial zu beschränken und Kontrollen durchzuführen. Dabei wird etwaigen kriminellen Handlungen in enger Zusammenarbeit mit den Strafverfolgungsbehörden begegnet. Neben den bereits eingeführten Grundsätzen und Sicherungssystemen hat die Bank zu diesem Zweck eine umfangreiche Fraud-Prevention-Organisation eingeführt und führt regelmäßig eine Gefährdungsanalyse durch. Ein Baustein dieser Fraud-Prevention-Organisation ist die Schaffung eines Fraud-Managements, das in Personalunion vom Geldwäschebeauftragten der Bank ausgefüllt wird. Die Funktion Geldwäscheprävention/Fraud-Management ist als zentrale Stelle im Bereich Compliance angesiedelt und direkt dem Risikovorstand unterstellt.

Zur Absicherung gegen rechtliche Risiken ist unter anderem bei Einleitung von rechtlichen Maßnahmen und beim Abschluss von Verträgen, die nicht auf freigegebenen Mustern basieren, die Rechtsabteilung einzuschalten.

Die Qualität externer Lieferanten und Dienstleister wird durch die Vereinbarung von Service-Level-Agreements oder detaillierte Leistungsverzeichnisse sowie durch die laufende Kontrolle der Leistung sichergestellt. Zur Umsetzung der MaRisk zum Outsourcing wurde ein Prozess zur Beurteilung von Dienstleistern hinsichtlich ihrer Wesentlichkeit unter Risikogesichtspunkten installiert. Für jede wesentliche Auslagerung wird eine verantwortliche Stelle benannt, der das Leistungs- und Risikomanagement der Geschäftsbeziehung obliegt. Zudem wird für jede wesentliche Auslagerung individuell die Notfallplanung abgestimmt.

Operationelles Risiko – Steuerung und Überwachung

Die Bank sammelt Schadenfälle aus operationellen Risiken und kategorisiert sie nach Ursachen und Auswirkungen. Die gesammelten Schadenfälle werden über die NORD/LB-Gruppe in das vom Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands (VÖB) initiierte Datenkonsortium (DakOR) eingebracht.

Mithilfe der in der Bank jährlich durchgeführten Methode Self Assessment wird die vergangenheitsbezogene Schadenfallsammlung um die Zukunftskomponente ergänzt. Durch Expertenschätzungen werden detaillierte Einblicke in die Risikosituation der einzelnen Fachbereiche gewonnen. Das Self Assessment erfolgt in einem ersten Schritt mittels eines Fragenkatalogs, der qualitative Fragen enthält. In einem zweiten Schritt erfolgt für Bereiche mit wesentlichen operationellen Risiken die Durchführung einer Szenariomethode, mit deren Hilfe eine Quantifizierung der operationellen Risiken erfolgt.

Um potenzielle Risiken frühzeitig zu erkennen und ihnen durch Gegenmaßnahmen zu begegnen, werden in der NORD/LB-Gruppe Risikoindikatoren eingesetzt. Die Auswahl der Indikatoren erfolgt risikoorientiert und wird regelmäßig auf ihre Aktualität geprüft.

Die Ergebnisse aus der Schadenfalldatenbank, der Erhebung der Risikoindikatoren und des Self Assessments werden analysiert und gegebenenfalls notwendige Maßnahmen von den Bereichen initiiert.

Mit den eingeführten Methoden und Verfahren zur Steuerung von operationellen Risiken hat die Bank die aufsichtsrechtlichen Anforderungen erfüllt. An der Weiterentwicklung der Methoden wird in Abstimmung mit der NORD/LB-Gruppe gearbeitet.

Im Jahr 2017 wird der begonnene Weg zur Optimierung des integrierten OpRisk-Managements fortgeführt. Ziel ist vor allem, die in der zweiten Verteidigungslinie eingesetzten Methoden und Daten weiter zu harmonisieren und Effizienzen zu heben sowie das Risikomanagement auch im Sinne der erweiterten aufsichtsrechtlichen Anforderungen weiterzuentwickeln.

Operationelles Risiko – Bewertung

Die Konzeption und Definition der eingesetzten Methoden, Verfahren und Begrifflichkeiten sowie deren laufende Weiterentwicklung obliegen dem Risikocontrolling. Weiterentwicklungen erfolgen grundsätzlich in enger Abstimmung mit der NORD/LB-Gruppe.

Bei der Ermittlung der Risiken im Rahmen des RTF-Modells werden innerhalb der NORD/LB-Gruppe eine einheitliche VaR-Methode und ein gruppenweites Allokationsmodell verwendet. Das interne Modell der NORD/LB-Gruppe ist in 2016 überarbeitet worden.

Im Jahr 2016 wurden einzelne Risikoindikatoren überarbeitet bzw. ergänzt.

Hinsichtlich der Eigenkapitalunterlegung für das operationelle Risiko wird weiterhin der Standardansatz verwendet.

Operationelles Risiko – Berichterstattung

Der Governance-, OpRisk- und Compliancebericht berichtet über bedeutende operationelle Risiken und Handlungsbedarfe der Bank und erfüllt zugleich aufsichtsrechtliche Anforderungen.

5.2 Internes Kontroll- und Risikomanagementsystem im Hinblick auf den Konzernrechnungslegungsprozess

Da die Bremer Landesbank eine kapitalmarktorientierte Kapitalgesellschaft i. S. d. § 264d HGB ist, sind gemäß § 315 Abs. 2 Nr. 5 HGB die wesentlichen Merkmale des internen Kontroll- und Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Konzernrechnungslegungsprozess, der auch die Rechnungslegungsprozesse bei den in den Konzernabschluss einbezogenen Gesellschaften einbezieht, zu beschreiben.

Das interne Kontroll- und Risikomanagementsystem im Hinblick auf den Konzernrechnungslegungsprozess ist gesetzlich nicht definiert. Die Bank versteht das Interne Kontroll- und Risikomanagement-

system als umfassendes System und lehnt sich dabei an die Definitionen des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V., Düsseldorf, zum rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystem (IDW PS 261 Tz. 19 f.) und zum Risikomanagementsystem (IDW PS 340 Tz. 4) an. Unter einem internen Kontrollsystem werden danach die vom Management im Unternehmen eingeführten Grundsätze, Verfahren und Maßnahmen verstanden, die gerichtet sind auf die organisatorische Umsetzung der Entscheidungen des Managements

- zur Sicherung der Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Geschäftstätigkeit (hierzu gehört auch der Schutz des Vermögens, einschließlich der Verhinderung und Aufdeckung von Vermögensschädigungen),
- zur Ordnungsmäßigkeit und Verlässlichkeit der internen und externen Rechnungslegung sowie
- zur Einhaltung der für das Unternehmen maßgeblichen rechtlichen Vorschriften.

Die Bremer Landesbank erachtet Informationen als wesentlich i. S. d. § 315 Abs. 2 Nr. 5 HGB, wenn ihr Weglassen die auf der Basis des Konzernabschlusses und der weiteren Bestandteile der Rechnungslegung getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen der Adressaten maßgeblich beeinflussen könnte. Die Wesentlichkeit ist nicht allgemeingültig bestimmbar, sondern wird sachverhaltsabhängig festgelegt. Die Beurteilung der Wesentlichkeit ist abhängig von Art und Umfang des jeweils abgebildeten Sachverhalts. Zur Beurteilung der Frage, ob ein Sachverhalt wesentlich ist, geht die Bremer Landesbank von dessen Bedeutung in Bezug auf den Konzernabschluss aus.

Aufgaben des konzernrechnungslegungsbezogenen internen Kontroll- und Risikomanagementsystems

Die Bremer Landesbank hat einen hohen Qualitätsanspruch an die korrekte Abbildung der Geschäftsvorfälle in der Konzernrechnungslegung. Die Sicherstellung einer ordnungsgemäßen Konzernrechnungslegung ist Bestandteil des internen Kontrollsystems.

Im Hinblick auf den Konzernrechnungslegungsprozess sind bei der Bremer Landesbank folgende Strukturen und Prozesse implementiert:

Organisation des konzernrechnungslegungsbezogenen internen Kontroll- und Risikomanagementsystems

Der Vorstand ist für die Aufstellung des Konzernabschlusses sowie die Konzernlageberichterstattung verantwortlich. Er hat die Verantwortlichkeiten für die einzelnen Bestandteile und Prozessschritte im Zusammenhang mit der Konzernrechnungslegung in Form von Organisationsrichtlinien klar definiert und einzelnen OEs zugeordnet.

Die Bremer Landesbank stellt ihren Konzernabschluss nach den Vorschriften der IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, auf. Ferner werden die nationalen Vorschriften des HGB im Rahmen des § 315a HGB und die DRS berücksichtigt.

Für Zwecke der Einbeziehung von Tochter- und assoziierten Unternehmen erstellen diese Unternehmen Berichte (sogenannte Konzern-Packages), die nach Konzernvorgaben aufgestellt werden.

Die Aufstellung des Konzernabschlusses und die Konzernrechnungslegung werden überwiegend durch den Bereich Finanzen gesteuert und durchgeführt. Dieser nimmt dabei die folgenden wesentlichen Aufgaben wahr:

- Überwachung gesetzlicher Neuerungen
- Erstellung und Pflege der Abschlussanweisungen
- Zusammenstellung des Konzernabschlusses nebst Konzernlagebericht
- Bereitstellung der Informationen für die Konzernsegmentberichterstattung
- Bereitstellung bestimmter Konzernanhangangaben

Im Rahmen des Konzernrechnungslegungsprozesses sind weitere Bereiche unter anderem mit den folgenden Tätigkeiten betraut:

- ordnungsgemäße Erfassung und Verarbeitung der konzernrechnungslegungsbezogenen Daten/ Geschäftsvorfälle in den IT-Anwendungen
- Berechnung der Personal- und Pensionsrückstellungen sowie Bereitstellung der damit in Zusammenhang stehenden Konzernanhangangaben
- Erstellung von Beschlüssen zu Einzelwertberichtigungen von in- und ausländischen Krediten
- Bereitstellung relevanter Angaben zum Konzernanhang und Konzernlagebericht
- Bereitstellung der offenzulegenden Informationen hinsichtlich der Marktpreis-, Kredit-, Liquiditäts- und operationellen Risiken

Der Aufsichtsrat hat den Vorstand zu überwachen. Im Rahmen der Konzernrechnungslegung fällt ihm die Billigung des Konzernabschlusses der Bremer Landesbank zu. Der vom Aufsichtsrat gebildete Prüfungsausschuss hat folgende Aufgaben:

- Beratung und Überwachung hinsichtlich Konzernrechnungslegung, internen Kontrollsystems, Risikomanagement und -controlling, interner Revision (inkl. Auskunftsrecht)
- Befassung mit Fragen der erforderlichen Unabhängigkeit des Abschlussprüfers

Darüber hinaus hat die interne Revision der Bremer Landesbank eine prozessunabhängige Überwachungsfunktion. Sie führt im Auftrag des Vorstandes Prüfungen in sämtlichen Unternehmensbereichen und Tochterunternehmen durch und ist ihm direkt unterstellt und berichtspflichtig. Neben der Ordnungsmäßigkeit und Funktionssicherheit der Prozesse und Systeme beurteilt sie insbesondere die Wirksamkeit und Angemessenheit des internen Kontrollsystems sowie des Risikomanagements im Allgemeinen.

Der Konzernabschluss und der Konzernlagebericht sind, bevor der Konzernabschluss gebilligt wird, durch den vom Aufsichtsrat beauftragten Abschlussprüfer zu prüfen.

Die Grundsätze, die Aufbau- und Ablauforganisation sowie die Prozesse des internen Kontroll- und Risikomanagementsystems (inkl. des konzernrechnungslegungsbezogenen) sind in einer Arbeitsanweisung niedergelegt, die in regelmäßigen Abständen an aktuelle externe und interne Entwicklungen angepasst wird.

Im Hinblick auf den Konzernrechnungslegungsprozess erachtet die Bremer Landesbank solche Merkmale des internen Kontroll- und Risikomanagementsystems als wesentlich, die die Konzernbilanzierung und die Gesamtaussage des Konzernabschlusses einschließlich Konzernlagebericht maßgeblich beeinflussen können. Dies sind insbesondere die folgenden Elemente:

- Identifikation der wesentlichen Risikofelder und Kontrollbereiche mit Relevanz für den Konzernrechnungslegungsprozess
- bereichsübergreifende Kontrollen zur Überwachung des Konzernrechnungslegungsprozesses
- präventive Kontrollmaßnahmen im Finanz- und Rechnungswesen der Bank, in den strategischen Geschäftsfeldern sowie in operativen, leistungswirtschaftlichen Unternehmensprozessen, die wesentliche Informationen für die Aufstellung des Konzernabschlusses einschließlich Konzernlagebericht generieren, inklusive einer Funktionstrennung und vordefinierter Genehmigungsprozesse in relevanten Bereichen
- Maßnahmen, die die ordnungsmäßige EDV-gestützte Verarbeitung von konzernrechnungslegungsbezogenen Sachverhalten und Daten sicherstellen
- Maßnahmen zur Überwachung des konzernrechnungslegungsbezogenen Internen Kontroll- und Risikomanagementsystems

Komponenten des konzernrechnungslegungsbezogenen internen Kontroll- und Risikomanagementsystems

Eine Komponente des konzernrechnungslegungsbezogenen internen Kontroll- und Risikomanagementsystems stellt das Kontrollumfeld der Bremer Landesbank dar, innerhalb dessen die bestehenden Regelungen in der Bremer Landesbank eingeführt und angewendet werden. Es ist geprägt durch die Grundeinstellungen, das Problembewusstsein und das Verhalten des Managements in Bezug auf das interne Kontrollsystem. Das Kontrollumfeld beeinflusst wesentlich das Kontrollbewusstsein der Mitarbeiter. Ein günstiges Kontrollumfeld ist Voraussetzung für die Wirksamkeit des internen Kontrollsystems.

Die ordnungsgemäße fachliche Berücksichtigung der Geschäftsvorfälle wird durch Bilanzierungsrichtlinien und andere Regelungen sichergestellt, die einer fortlaufenden Überprüfung unterzogen und bei Bedarf angepasst werden. Für die Buchungen verwendet die Bremer Landesbank das System SAP. Darüber hinaus wird auf individuelle Datenverarbeitungstools zurückgegriffen, deren Ausgestaltung im Rahmen des IDV-Monitorings überwacht wird.

Dem Risiko einer nicht regelungskonformen Konzernabschlusserstellung wird durch entsprechende Vorgaben in den Richtlinien entgegengesteuert. Die Konzern-Packages werden einer Prüfung auf

Konformität mit dem Konzernhandbuch unterzogen. Der Konzernabschluss wird im Bereich Finanzen qualitätsgesichert. In regelmäßigen Informationsveranstaltungen für Tochtergesellschaften werden die Vorgehensweise für den Konzernabschluss erläutert und IFRS-Neuerungen weitergegeben.

Maßgeblicher Grundsatz für die Ausgestaltung der Prozesse ist die klare Trennung von unvereinbaren Tätigkeiten. In diesem Zusammenhang kommt dem Vier-Augen-Prinzip eine hohe Bedeutung zu. Bei der Verarbeitung der Geschäftsvorfälle erfolgt die Buchung grundsätzlich nach dem Vier-Augen-Prinzip. Hierbei kommen ein technisches und/oder ein organisatorisches Vier-Augen-Prinzip zum Einsatz.

Der Rechnungslegungsprozess für den Konzernabschluss umfasst die fachliche Begleitung der auftretenden Geschäftsvorfälle, die Datenerfassung und -verarbeitung, die Berichterstellung sowie die Veröffentlichung der Bestandteile der Konzernrechnungslegung. Die Konzernabschlusserstellung umfasst darüber hinaus im Wesentlichen die Bestimmung des Konsolidierungskreises, die Meldungen der einbezogenen Gesellschaften, die Intercompany-Abstimmung, automatisierte und manuelle Konsolidierungsbuchungen sowie die letztendliche Generierung des Konzernabschlusses.

Der gesamte Konzernrechnungslegungsprozess wird durch IT-Anwendungen unterstützt. Bei den Anwendungen handelt es sich um Standardprogramme und Individualsoftware. Ausgehend von der IT-Strategie und der Risikostrategie der Bremer Landesbank bestehen Regelungen und Verfahren bezüglich der Programmentwicklung und -änderung, der Datensicherung sowie der Zugriffsberechtigung, die die Ordnungsmäßigkeit der Konzernrechnungslegung sicherstellen.

Als prozessintegrierte Kontrollen werden programmintegrierte Plausibilisierungen sowie automatisierte und manuelle Abstimmungen vorgenommen. So führt die Bank regelmäßig Haupt- und Nebenbuchabstimmungen durch. Die Buchung erfolgt nach dem Vier-Augen-Prinzip.

5.3 Risiken aus den strategischen Geschäftsfeldern

Die BLB hat ihre strategischen Ziele in einem kundenorientierten Geschäftsmodell mit folgenden fünf strategischen Geschäftsfeldern sowie den ihnen zugeordneten zehn strategischen Geschäftseinheiten (SGEs) verankert:



Der Risikoschwerpunkt der BLB liegt in der strategischen Geschäftseinheit Schiffe. Die Steuerung der Risiken erfolgt nach Risikoarten und im Wesentlichen in den zentralen Organisationseinheiten.

Der interne Risikotransfer von Kredit-, Markt- und Liquiditätsrisiken aus den strategischen Geschäftseinheiten hin zu den zentralen Organisationseinheiten erfolgt wie in der Banksteuerung üblich über das Rating der Kunden, die hierauf aufbauenden risikoadjustierten Einstandspreise sowie die Berücksichtigung von Liquiditätsaufschlägen. Gewährleistet wird dies in den strategischen Geschäftseinheiten durch die konsequente Anwendung der Finanzierungsgrundsätze und unter Beachtung der Regularien zur Risikosteuerung. Die Steuerung der Geschäfts- und strategischen Risiken sowie der operationellen Risiken findet weitgehend dezentral in den strategischen Geschäftseinheiten statt.

Den strategischen Geschäftseinheiten (SGEs) können die zugehörigen Kredit-, operationellen sowie Geschäfts- und strategischen Risiken eindeutig zugeordnet werden.

In allen SGEs dominiert dabei das klassische Kreditrisiko. Insbesondere in der SGE Schiffe haben sich Konzentrationsrisiken aufgrund verschlechterter Risikoprofile durch die langanhaltende Krise in der Schifffahrt stark ausgeweitet. Zur Reduzierung dieses Risikos wird der wertschonende Abbau des Portfolios weiter vorangetrieben.

Geschäfts- und strategische Risiken der SGEs resultieren unter anderem aus unerwarteten Veränderungen der Wettbewerbsposition sowie unerwarteten konjunkturellen und Marktentwicklungen. Hier kann zum Beispiel das im Geschäftsfeld Financial Markets gemanagte Refinanzierungsgeschäft genannt werden, dessen Absatzzahlen unter anderem von den

Marktbedingungen abhängen. Für die SGE Schiffe ist insbesondere die unsichere Entwicklung des Schifffahrtmarktes, verbunden mit den Unsicherheiten der USD-Kursentwicklung, hervorzuheben. In der SGE Sozialimmobilien bestehen darüber hinaus Geschäfts- und strategische Risiken in Form regulatorischer Eingriffe in den Pflegemarkt. In der SGE Erneuerbare Energien liegen vor allem in der zunehmenden Portfoliokonzentration auf Windkraft aufgrund der Verschärfung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) für Photovoltaik und Biogas sowie in der Änderung von Förderbedingungen in den Kernmärkten Deutschland und Frankreich Geschäfts- und strategische Risiken.

5.4 Erweiterter Risikobericht

5.4.1 Risikotragfähigkeit

Entwicklung im Jahr 2016 und Ausblick

Im Vergleich zu der Darstellung der Risikotragfähigkeit zum 31. Dezember 2015 hat sich die Risikosituation aufgrund der andauernden Krise an den für die Bank relevanten Schiffsmärkten im Laufe des Wirtschaftsjahres 2016 massiv verschlechtert. Dies äußert sich in einem weit überproportionalen Anstieg der Risikovorsorge für das Geschäftsjahr 2016.

Die aufsichtsrechtlich vorgegebenen Kapitalanforderungen gemäß CRR wurden unterjährig eingehalten. Infolge der nochmals deutlich erhöhten Risikovorsorgeaufwendungen haben sich sowohl die harte Kernkapitalquote als auch die Kernkapitalquote auf 5,29% per 31. Dezember 2016 reduziert. Die harte Kernkapitalquote lag damit über der regulatorisch geforderten Mindestquote einschließlich der für 2016 erforderlichen Mindestzuführung zum Kapitalerhaltungspuffer von 5,125%. Die gesetzlichen Mindestanforderungen an die Kernkapitalquote von 6,625% waren gemäß Ad-hoc-Meldung vom 9. März 2017 rückwirkend zum Jahresende letztlich nicht mehr erfüllt.

Das für die Risikotragfähigkeitsbewertung relevante regulatorisch ungebundene Kernkapital (Risikokapital), welches Ende 2015 noch 814 Mio. € betrug, reduzierte sich sukzessive im Verlauf des Jahres durch die zunehmenden Risikovorsorgezuführungen und wurde letztlich zum Jahresende 2016 vollständig aufgezehrt. Die Risikotragfähigkeit war daher per 31. Dezember 2016 in der ökonomischen Going-Concern-Betrachtung (Säule II) nicht mehr gegeben.

Die nachstehende Tabelle zeigt die Ergebnisse der Risikotragfähigkeitsberechnung per 31. Dezember 2016 im Vergleich zum Vorjahresultimo.

Auslastungsgrad des Risikokapitals im Going Concern (Konfidenzniveau 95 %)

| Risikotragfähigkeit ¹⁾ Mio. € | 31.12.2016 | 31.12.2015 |
|---|--------------|-------------|
| Risikokapital | 0 | 814 |
| Kreditrisiken | 393 | 365 |
| Beteiligungsrisiken | 12 | 17 |
| Marktpreisrisiken | 44 | 38 |
| Liquiditätsrisiken | 14 | 20 |
| Operationelle Risiken | 17 | 15 |
| Sonstige ²⁾ | -164 | -98 |
| Risikopotenzial gesamt | 316 | 358 |
| Auslastungsgrad | n. a. | 44 % |

¹⁾ Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

²⁾ Beinhaltet Korrekturpositionen aus der Gegenüberstellung regulatorischer und ökonomischer Verlustervartung.

Im Jahresverlauf 2016 zeigten die regelmäßigen Forecastberechnungen der Bank – bezogen auf die künftige Entwicklung der Kapitalquoten, Risikodeckungspotenziale und die Risikotragfähigkeit – Handlungsbedarf im Sinne einer erforderlichen Kapitalstärkung frühzeitig auf. Die Bank hat daher im Rahmen ihres aktiven Risikomanagements über die Realisierung einer weiteren synthetischen Verbriefungstransaktion sowie von Avalierungsmaßnahmen spürbare Kapitalentlastungseffekte realisiert. Diese Maßnahmen reichten allerdings nicht aus, um den zum Jahresende hin unerwarteten zusätzlichen Risikokapitalverzehr durch Risikovorsorgebildung auffangen zu können.

Mit Wirkung vom 1. Januar 2017 ist die BLB 100-prozentige Tochtergesellschaft der NORD/LB geworden. Im Zusammenhang mit der Übernahme wurde als risikomitigierende Maßnahme bereits mit Wirkung zum 1. Januar 2017 ein Beherrschungsvertrag inklusive Verlustausgleichsvereinbarung zwischen der NORD/LB und der BLB geschlossen sowie eine harte Patronatserklärung seitens der NORD/LB gegenüber der BLB abgegeben. Darüber hinaus hat die NORD/LB mit Wirkung vom 21. März 2017 eine Barkapitalerhöhung in Höhe von 400 Mio.€ durchgeführt. Dadurch wurde die Kapitalrücklage der Bank gestärkt und die aufsichtsrechtlichen Kapitalquoten wurden wieder entlastet. Eine Erhöhung der im Jahr 2016 originierten synthetischen Verbriefung im Laufe des ersten Halbjahres 2017 soll zudem für eine weitere Entlastung der Risikosituation sorgen.

Zur Möglichkeit der Inanspruchnahme von Erleichterungen bei den Eigenmittelanforderungen hat die BLB am 19. Januar 2017 einen Waiver nach § 2a Abs. 1 und 2 KWG i.V.m. Art. 7 Abs. 1 CRR beantragt. Mit Bewilligung des Antrages entfallen bestimmte Aufsichtsanforderungen an die Eigenmittelausstattung der BLB auf Einzelinstitutsebene. Die Risikotragfähigkeit der BLB wird dann auf Ebene einer integrierten Steuerungseinheit ermittelt und sichergestellt. Hierbei findet das in 2016 umfassend weiterentwickelte konzerneinheitliche Risikotragfähigkeitsmodell der NORD/LB-Gruppe Anwendung.

Die nachhaltige Einhaltung der Kapitalquoten und der Risikotragfähigkeit hängt insbesondere von der Genehmigung eines Waivers zwischen NORD/LB und BLB ab. Für den Fall einer Verzögerung oder Ablehnung des Antrags seitens der Aufsicht sieht der Plan zur Kapitalerhöhung gleichzeitig einen Beschluss für genehmigtes Kapital vor, sodass weitere 200 Mio.€ zur Kapitalstärkung der BLB eingesetzt werden könnten.

5.4.2 Kreditrisiko

Kreditrisiko – Entwicklung im Jahr 2016

Der maximale Ausfallrisikobetrag für bilanzielle und außerbilanzielle Finanzinstrumente beträgt zum Berichtsstichtag rund 33 Mrd. € und hat sich im Berichtsjahr um 1,5 % reduziert.

| Risikotragende Finanzinstrumente Mio. € | Maximaler Ausfallrisikobetrag | |
|--|-------------------------------|---------------|
| | 31.12.2016 | 31.12.2015 |
| Forderungen an Kreditinstitute | 3.701 | 3.480 |
| Forderungen an Kunden | 22.346 | 22.781 |
| Ausgleichsposten für im Portfolio Fair Value Hedge abgesicherte Finanzinstrumente: | | |
| aktivisch | 62 | 49 |
| passivisch | -240 | -212 |
| Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte | 502 | 666 |
| Positive Fair Values aus Hedge Accounting-Derivaten | 580 | 541 |
| Finanzanlagen | 2.775 | 2.919 |
| Zwischensumme | 29.726 | 30.224 |
| Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen sowie unwiderrufliche Kreditzusagen | 3.065 | 3.082 |
| Gesamt | 32.791 | 33.306 |

Im Vergleich zu den folgenden Tabellen zum Gesamtexposure, die auf internen, dem Management zur Verfügung gestellten Daten beruhen, ist der maximale Ausfallrisikobetrag in vorstehender Tabelle zu Buchwerten ausgewiesen. Die maximalen Ausfallbeträge aus der Inanspruchnahme von unwiderruflichen Kreditzusagen bzw. sonstigen außerbilanziellen Posten entsprechen den gesamten zugesagten Linien.

Die Abweichungen zwischen der Summe des Gesamtexposures gemäß internem Reporting und dem maximalen Ausfallrisikobetrag resultieren aus dem unterschiedlichen Anwendungsbereich, aus der Definition des Gesamtexposures für interne Zwecke sowie unterschiedlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden.

Basis für die Berechnung des Gesamtexposures sind die Inanspruchnahmen (bei Garantien der Nominalwert, bei Wertpapieren der Buchwert) und die Kreditäquivalente aus Derivaten (inkl. Add-on und unter Berücksichtigung von Netting). Unwiderrufliche und widerrufliche Kreditzusagen werden anteilig in das Gesamtexposure eingerechnet, während gegenüber der Bremer Landesbank gestellte Sicherheiten unberücksichtigt bleiben. Außerdem sind im Gesamtexposure auch Beteiligungen enthalten.

Analyse des Gesamtexposures

Das Kreditexposure der Bank beträgt zum 31. Dezember 2016 rund 32.521 Mio. € und ist damit gegenüber dem Vorjahr um rund 1,2 % gesunken.

Das Kreditrisiko ist im Wesentlichen durch das Schiffsportfolio geprägt. Im Segment Schiffskunden konzentrierte sich die BLB im vergangenen Jahr vor allem auf den Abbau des Portfolios.

Das Jahr 2016 war zunächst insbesondere durch die Entwicklung in der Bulkschifffahrt geprägt. Der bereits im Vorjahr einsetzende Verfall bei den Charraten setzte sich fort. Der Baltic Dry Index erreichte im ersten Quartal 2016 ein neues Allzeittief. Im vierten Quartal konnten die Ratenindizes einen Jahresendspurt hinlegen. Ferner ist die erkennbare Orderzurückhaltung im Bulkersektor positiv zu werten. Insgesamt blieb der Markt auf sehr niedrigem Level weiterhin sehr volatil.

Nach einer leichten Erholung des Chartermarktes für Containerschiffe im ersten Halbjahr 2016, die bei den kleineren Schiffen ausreichte, Teiltigungen zu leisten, kam es ab Spätsommer zu einem erneuten Rückgang der Charraten. Hintergrund hierfür war der unverändert andauernde Zulauf an Neutonnage, der erst zum Jahresende nachließ.

Das Tankersegment konnte an den positiven Marktverlauf 2015 nicht mehr anknüpfen. Aufgrund des Flottenwachstums gerieten die Charraten im Jahresverlauf zunehmend unter Druck, blieben jedoch in großen Teil über einem kapitaldienstdeckenden Niveau. Hinzu kam die Ankündigung der OPEC über eine Reduzierung der Erdölproduktion, die sich ebenfalls negativ auswirkte.

Der Markt der Mehrzweckschiffe (MPC) stand in 2016 weiterhin unter dem massiven Einfluss der Entwicklung der Container- und Bulkschifffahrt. Schiffe zum Transport von Projektladungen litten unter den insgesamt niedrigen Öl- und Rohstoffpreisen.

Insgesamt reichte das Wachstum des Welthandels in 2016 weiterhin nicht aus, positive Impulse im Schiffsfiananzierungsportfolio zu setzen. Notleidende Schiffe konnten nur noch sehr vereinzelt durch Reedereien gestützt werden. Vor diesem Hintergrund stieg der Wertberichtigungsbedarf im Segment Schiffsfiananzierungen erneut an. Neben Parameterverschärfungen in der Risikovorsorgeermittlung konnte die Fortführungsfähigkeit zahlreicher Kreditnehmer nicht bestätigt werden, sodass die Risikovorsorge in erheblichem Umfang das Niveau der Vorjahre übertraf.

Die Windenergie ist weiterhin das bedeutendste Teilsegment im Bereich der Finanzierung erneuerbarer Energien mit einem starken Wachstum in den letzten Jahren. Die Rahmenbedingungen für Windenergiefiananzierungen waren im Berichtszeitraum unverändert attraktiv und verlässlich. Mit Blick auf die Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) – insbesondere den Wechsel zu einem Ausschreibungsverfahren ab 2017 bei Wind onshore – stiegen die Zubauzahlen 2016 nochmals stark an. Des Weiteren trugen das historisch niedrige Zinsniveau und eine effizientere Anlagentechnologie zu einer verbesserten Rentabilität bei. Die Risiken bei

Windparkprojektfinanzierungen sind bisher überschaubar. Einzelwertberichtigungen (EWB) und Rückstellungen gab es für Windparkprojektfinanzierungen nicht.

Die nachfolgende Tabelle vergleicht die Ratingstruktur des Kreditbestandes mit dem Vorjahr. Die Klassifizierung entspricht dabei der Standard-IFD-Ratingskala, auf die sich die in der Initiative Finanzstandort Deutschland (IFD) zusammengeschlossenen Banken, Sparkassen und Verbände geeinigt haben. Sie soll die Vergleichbarkeit der unterschiedlichen Ratingeinstufungen der einzelnen Kreditinstitute verbessern.

Die Ratingklassen der in der Bank genutzten 27-stufigen DSGV-Rating-Masterskala können direkt in die IFD-Klassen überführt werden.

Kreditgeschäft nach Ratingstruktur

| Ratingstruktur ^{1), 6)} Mio. € | Darlehen ²⁾ | Wertpapiere ³⁾ 31.12.2016 | Derivate ⁴⁾ | Sonstige ⁵⁾ | Gesamt | |
|--|------------------------|---|------------------------|------------------------|---------------|---------------|
| | | | | | 31.12.2016 | 31.12.2015 |
| Sehr gut bis gut | 10.845 | 2.644 | 615 | 6.913 | 21.017 | 20.938 |
| Gut/zufriedenstellend | 2.257 | – | 66 | 591 | 2.914 | 2.818 |
| Noch gut/befriedigend | 1.357 | 50 | 39 | 286 | 1.732 | 2.102 |
| Erhöhtes Risiko | 470 | – | 21 | 61 | 552 | 912 |
| Hohes Risiko | 486 | – | 2 | 98 | 586 | 1.151 |
| Sehr hohes Risiko | 1.511 | – | 3 | 74 | 1.588 | 1.658 |
| Default (= NPL) | 4.115 | – | 2 | 15 | 4.132 | 3.350 |
| Gesamt | 21.042 | 2.694 | 748 | 8.038 | 32.521 | 32.929 |

¹⁾ Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

²⁾ Beinhaltet in Anspruch genommene bzw. zugesagte Kredite, Bürgschaften, Garantien und andere nicht derivative außerbilanzielle Aktiva, wobei analog zur internen Berichterstattung die unwiderruflichen und die widerruflichen Kreditzusagen anteilig einbezogen sind.

³⁾ Beinhaltet den Wertpapier-Eigenbestand fremder Emittenten (nur Anlagebuch).

⁴⁾ Beinhaltet derivative Finanzinstrumente wie Finanzswaps, Optionen, Futures, Forward Rate Agreements und Devisengeschäfte.

⁵⁾ Beinhaltet sonstige Produkte wie Durchleitungs- und Verwaltungskredite.

⁶⁾ Zuordnung gemäß IFD-Ratingklassen.

Der hohe Anteil in den Klassen „sehr gut“ und „gut“ resultiert aus der großen Bedeutung des Interbankengeschäftes bzw. des Geschäftes mit öffentlichen Haushalten. Insgesamt hat sich 2016 die Risikostruktur des Kreditportfolios verschlechtert. Ursächlich für den Anstieg des Exposures in den Non-Performing Loans (NPL) ist die andauernde Schifffahrtskrise.

Kreditgeschäft nach Regionen

| Regionen ¹⁾ Mio. € | Darlehen | Wertpapiere 31.12.2016 | Derivate | Sonstige | Gesamt | |
|----------------------------------|---------------|---------------------------|------------|--------------|---------------|---------------|
| | | | | | 31.12.2016 | 31.12.2015 |
| Euroländer | 20.063 | 2.646 | 481 | 8.035 | 31.226 | 31.455 |
| - davon Deutschland | 18.257 | 2.455 | 410 | 7.616 | 28.738 | 29.010 |
| Übriges Europa | 182 | 33 | 215 | 3 | 432 | 512 |
| Nordamerika | 24 | 15 | 51 | 0 | 90 | 96 |
| Lateinamerika | 82 | - | - | - | 82 | 81 |
| Naher Osten/Afrika | 56 | - | - | - | 56 | 117 |
| Asien/Australien | 635 | - | - | - | 635 | 667 |
| Übrige | - | - | - | - | - | - |
| Gesamt | 21.042 | 2.694 | 748 | 8.038 | 32.521 | 32.929 |

¹⁾ Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

Die Aufteilung des Gesamtexposures nach Regionen belegt, dass das Länderrisiko für die Bank von nachgeordneter Bedeutung ist. Der Euroraum ist nach wie vor das mit Abstand wichtigste Geschäftsgebiet der Bank. Das Exposure in den PIIGS-Staaten (im Wesentlichen Wertpapiere und Kreditderivate) ist in Note (66) dargestellt.

Die Abweichungen zwischen der Gesamtsumme gemäß vorstehender Tabelle nach Regionen und derjenigen für die in der Bilanz enthaltenen Finanzinstrumente resultieren aus unterschiedlichen Bewertungen und anderen Add-ons.

Kreditgeschäft nach Branchengruppen

| Branchen ¹⁾ Mio. € | Darlehen | Wertpapiere 31.12.2016 | Derivate | Sonstige | Gesamt | |
|--|---------------|---------------------------|------------|--------------|---------------|---------------|
| | | | | | 31.12.2016 | 31.12.2015 |
| Finanzierungsinstitutionen/Versicherer | 2.837 | 674 | 503 | 2.791 | 6.805 | 6.748 |
| Dienstleistungsgewerbe/Sonstige | 6.880 | 2.010 | 65 | 674 | 9.629 | 9.897 |
| - davon Grundstücks-, Wohnungswesen | 1.247 | - | 33 | 190 | 1.470 | 1.583 |
| - davon öffentliche Verwaltung | 3.232 | 2.010 | 14 | 121 | 5.376 | 5.789 |
| Verkehr, Nachrichtenübermittlung | 6.430 | 9 | 20 | 143 | 6.603 | 7.433 |
| - davon Schifffahrt | 6.119 | 0 | 14 | 32 | 6.164 | 6.929 |
| Verarbeitendes Gewerbe | 616 | - | 35 | 130 | 781 | 799 |
| Energie-, Wasserversorgung, Bergbau | 2.321 | - | 67 | 3.932 | 6.319 | 5.813 |
| Handel, Instandhaltung, Reparatur | 1.371 | - | 56 | 114 | 1.541 | 1.493 |
| Land-, Forst- und Fischwirtschaft | 119 | - | 1 | 192 | 312 | 306 |
| Baugewerbe | 468 | - | 1 | 62 | 531 | 441 |
| Übrige | - | - | - | - | - | - |
| Gesamt | 21.042 | 2.694 | 748 | 8.038 | 32.521 | 32.929 |

¹⁾ Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

Der Rückgang des Gesamtexposures ist zu einem Großteil auf den aktiven Abbau des Schiffsportfolios zurückzuführen. Das Darlehensvolumen in der Branche Schifffahrt hat sich in Euro, gemessen im Vergleich zum Vorjahresresultimo, deutlich um 765 Mio. € reduziert. Der Anteil von Finanzierungsinstitutionen/Versicherern am Gesamtexposure ist dennoch mit 21 % (Vorjahr: 20 %) weiterhin relativ hoch, ist aber weiterhin durch Institutionen mit sehr guten bis guten Ratingnoten geprägt.

Non-Performing Loans

In der Bank werden für akute Ausfallrisiken bei Vorliegen objektiver Hinweise EWB gebildet. Der Wertberichtigungsbedarf basiert auf einer barwertigen Betrachtung der noch zu erwartenden Zins- und Tilgungszahlungen sowie der Erlöse aus der Verwertung von Sicherheiten. Die Risikovorsorge für das außerbilanzielle Geschäft (Avale, Indossamentsverbindlichkeiten, Kreditzusagen) erfolgt durch Bildung einer Rückstellung für Risiken aus dem Kreditgeschäft.

Das Kreditexposure wertgeminderter Forderungen ist im Jahr 2016 bedingt durch die andauernde Schifffahrtskrise weiter angestiegen. Der Bestand an EWB und Rückstellungen für das Kreditgeschäft hat sich im Jahr 2016 vor allem durch den Anstieg der Wertberichtigungen für das Schiffsportfolio nochmals erheblich erhöht. Die EWB-Quote, als das Verhältnis von EWB-Bestand zur Summe der Exposures, beträgt 6,1 % (Vorjahr: 2,8 %).

Der Bestand an überfälligen oder wertgeminderten Forderungen in der BLB ist überwiegend durch bankübliche Sicherheiten und sonstige Kreditverbesserungen besichert, deren Bewertung anhand von Beleihungsgrundsätzen erfolgt. Das Kreditexposure mit Wertberichtigungsbedarf ist vor Anrechnung von Sicherheiten zu 56,5 % (Vorjahr: 36,2 %) durch Einzelwertberichtigungen abgedeckt.

Die Risikovorsorgebildung liegt mit einem Aufwand von rund 1.708 Mio. € deutlich oberhalb der Erwartungen. Unter Berücksichtigung von Verbräuchen beläuft sich der Bestand an Einzelwertberichtigungen zzgl. Rückstellungen auf 1.987 Mio. €. Details zur Risikovorsorge im Kreditgeschäft werden in Note (20) dargestellt.

Risikovorsorgebedarf nach Branchengruppen

| Branchen ¹⁾ | Kreditexposure wertgeminderter Forderungen ²⁾ | | Bestand EWB | | Bestand Rückstellungen für das Kreditgeschäft | | Veränderungen EWB/Rückstellungen | |
|--|--|--------------|--------------|------------|---|----------|----------------------------------|------------|
| | 2016 | 2015 | 2016 | 2015 | 2016 | 2015 | 2016 | 2015 |
| Mio. € | | | | | | | | |
| Finanzierungsinstitutionen/Versicherer | 9 | 24 | 7 | 10 | – | – | –3 | 3 |
| Dienstleistungsgewerbe/Sonstige | 39 | 60 | 26 | 27 | 1 | 1 | –1 | –5 |
| - davon Grundstücks-, Wohnungswesen | 8 | 23 | 6 | 6 | – | – | 1 | –1 |
| - davon öffentliche Verwaltung | – | – | – | – | – | – | – | – |
| Verkehr, Nachrichtenübermittlung | 3.322 | 2.343 | 1.844 | 807 | 2 | 2 | 1.037 | 266 |
| - davon Schifffahrt | 3.318 | 2.339 | 1.840 | 787 | – | – | 1.053 | 249 |
| Verarbeitendes Gewerbe | 28 | 33 | 24 | 27 | 1 | 0 | –2 | –3 |
| Energie-, Wasserversorgung, Bergbau | 65 | 39 | 48 | 25 | 3 | 3 | 24 | 4 |
| Handel, Instandhaltung, Reparatur | 7 | 8 | 7 | 5 | 1 | 0 | 2 | –2 |
| Land-, Forst- und Fischwirtschaft | 14 | 3 | 10 | 2 | 0 | 0 | 8 | 1 |
| Baugewerbe | 19 | 20 | 13 | 14 | 1 | 1 | –1 | –4 |
| Übrige | – | – | – | – | – | – | – | – |
| Gesamt | 3.504 | 2.531 | 1.979 | 917 | 8 | 8 | 1.061 | 261 |

¹⁾ Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

²⁾ Der Begriff „wertgemindert“ bezieht sich hier ausschließlich auf Einzelwertberichtigungen und pauschalierte Einzelwertberichtigungen. Portfoliowertberichtigungen bleiben unberücksichtigt.

Risikovorsorgebedarf nach Regionen

| Regionen ¹⁾ | Kreditexposure wertgeminderter Forderungen ²⁾ | | Bestand EWB | | Bestand Rückstellungen für das Kreditgeschäft | | Veränderungen EWB/Rück- stellungen | |
|------------------------|--|--------------|----------------|------------|--|----------|--|------------|
| | 2016 | 2015 | 2016 | 2015 | 2016 | 2015 | 2016 | 2015 |
| Mio. € | | | | | | | | |
| Euroländer | 3.269 | 2.298 | 1.886 | 857 | 7 | 7 | 1.029 | 232 |
| Übriges Europa | 13 | 8 | 8 | 4 | 0 | 0 | 4 | 3 |
| Nordamerika | – | – | – | – | – | – | – | – |
| Lateinamerika | – | – | – | 1 | – | – | –1 | 0 |
| Naher Osten/Afrika | 45 | 57 | 10 | 20 | – | – | –10 | 20 |
| Asien/Australien | 177 | 167 | 75 | 35 | 1 | 1 | 40 | 6 |
| Übrige | – | – | – | – | – | – | – | – |
| Gesamt | 3.504 | 2.531 | 1.979 | 917 | 8 | 8 | 1.061 | 261 |

¹⁾ Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

²⁾ Der Begriff „wertgemindert“ bezieht sich hier ausschließlich auf Einzelwertberichtigungen und pauschalierte Einzelwertberichtigungen. Portfoliowertberichtigungen bleiben unberücksichtigt.

Darstellung des überfälligen Forderungsbestandes nach Branchengruppen

Die folgenden Tabellen geben Auskunft über den in Verzug geratenen, aber noch nicht wertgeminderten Forderungsbestand. Als überfällig werden alle Forderungen ausgewiesen, die ab dem ersten Tag in Überziehung sind.

| Branchen ¹⁾ | Kreditexposure überfälliger, nicht wertgeminderter Forderungen ²⁾ | | Bestand PoWB | | Nettozu- führungen / Auflösung von PoWB | |
|--|---|--------------|--------------|------------|--|------------|
| | 2016 | 2015 | 2016 | 2015 | 2016 | 2015 |
| Mio. € | | | | | | |
| Finanzierungsinstitutionen/Versicherer | 51 | 67 | 1 | 1 | 0 | 0 |
| Dienstleistungsgewerbe/Sonstige | 150 | 199 | 9 | 7 | 2 | –3 |
| - davon Grundstücks-, Wohnungswesen | 5 | 38 | 2 | 2 | 1 | –1 |
| - davon öffentliche Verwaltung | 113 | 112 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Verkehr, Nachrichtenübermittlung | 272 | 711 | 77 | 132 | –55 | –50 |
| - davon Schifffahrt | 272 | 708 | 82 | 132 | –49 | –50 |
| Verarbeitendes Gewerbe | 12 | 13 | 3 | 2 | 0 | 0 |
| Energie-, Wasserversorgung, Bergbau | 121 | 213 | 6 | 3 | 2 | –1 |
| Handel, Instandhaltung, Reparatur | 6 | 25 | 2 | 2 | 0 | 0 |
| Land-, Forst- und Fischwirtschaft | 5 | 17 | 1 | 1 | 0 | 0 |
| Baugewerbe | 0 | 16 | 2 | 1 | 1 | 0 |
| Übrige | – | – | – | – | – | – |
| Gesamt | 618 | 1.262 | 99 | 149 | –51 | –55 |

¹⁾ Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

²⁾ Der Begriff „wertgemindert“ bezieht sich hier ausschließlich auf Einzelwertberichtigungen und pauschalierte Einzelwertberichtigungen. Portfoliowertberichtigungen bleiben unberücksichtigt.

Darstellung des überfälligen Forderungsbestandes nach Regionen

| Regionen ¹⁾ | Kreditexposure überfälliger, nicht wertgeminderter Forderungen ²⁾ | | Bestand PoWB | | Nettozuführungen/Auflösung von PoWB | |
|------------------------|--|--------------|--------------|------------|-------------------------------------|------------|
| | 2016 | 2015 | 2016 | 2015 | 2016 | 2015 |
| Mio. € | | | | | | |
| Euroländer | 577 | 1.151 | 86 | 139 | -53 | -54 |
| Übriges Europa | 35 | 51 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Nordamerika | - | - | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Lateinamerika | 0 | - | 2 | 0 | 1 | 0 |
| Naher Osten/Afrika | - | - | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Asien/Australien | 6 | 60 | 11 | 9 | 1 | 0 |
| Übrige | - | - | - | - | - | - |
| Gesamt | 618 | 1.262 | 99 | 149 | -51 | -55 |

¹⁾ Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

²⁾ Der Begriff „wertgemindert“ bezieht sich hier ausschließlich auf Einzelwertberichtigungen und pauschalierte Einzelwertberichtigungen. Portfoliowertberichtigungen bleiben unberücksichtigt.

Verzugsdauer überfälliger nicht wertgeminderter finanzieller Forderungen nach Regionen

| Regionen | Kreditexposure überfälliger, nicht wertgeminderter Forderungen | | | | | | | | | | Bestand PoWB | |
|--------------------|--|------------|----------------|------------|----------------|-----------|-------------|------------|------------|--------------|--------------|------------|
| | Bis 1 Monat | | 1 bis 3 Monate | | 3 bis 6 Monate | | Ab 6 Monate | | Gesamt | | | |
| | 2016 | 2015 | 2016 | 2015 | 2016 | 2015 | 2016 | 2015 | 2016 | 2015 | 2016 | 2015 |
| Mio. € | | | | | | | | | | | | |
| Euroländer | 383 | 738 | 69 | 99 | 25 | 39 | 100 | 275 | 577 | 1.151 | 86 | 139 |
| Übriges Europa | 35 | 46 | - | 5 | - | - | - | - | 35 | 51 | 0 | 0 |
| Nordamerika | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | 0 | 0 |
| Lateinamerika | 0 | - | - | - | - | - | - | - | 0 | - | 2 | 0 |
| Naher Osten/Afrika | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | 0 | 0 |
| Asien/Australien | 0 | 3 | 6 | - | - | - | - | 56 | 6 | 60 | 11 | 9 |
| Übrige | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - |
| Gesamt | 418 | 787 | 75 | 104 | 25 | 39 | 100 | 332 | 618 | 1.262 | 99 | 149 |

¹⁾ Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

²⁾ Der Begriff „wertgemindert“ bezieht sich hier ausschließlich auf Einzelwertberichtigungen und pauschalierte Einzelwertberichtigungen. Portfoliowertberichtigungen bleiben unberücksichtigt.

Das Exposure überfälliger, nicht wertgeminderter Forderungen ist durch die konsequente Risikovorsorgebildung in 2016 deutlich gesunken. Der Bestand an überfälligen, nicht wertgeminderten Forderungen besteht zu 20 % (Vorjahr: 29 %) aus Forderungen, bei denen vereinbarte Zins- oder Tilgungszahlungen mehr als 90 Tage überfällig sind. 68 % (Vorjahr: 62 %) der Forderungen sind bis zu einen Monat überfällig.

Im Berichtsjahr wurden direkte Forderungsabschreibungen auf Kredite in Höhe von 196 Mio. € (Vorjahr: 43 Mio. €) vorgenommen. Die Eingänge auf abgeschriebene Forderungen betragen 3 Mio. € (Vorjahr: 9 Mio. €). Für Wertpapiere der Kategorie Loans and Receivables (LaR) wurden in der BLB keine direkten Forderungsabschreibungen vorgenommen.

Durch Sicherheitenanrechnung wurden die risikogewichteten Aktiva per 31. Dezember 2016 um 0,97 Mrd. € (Vorjahr: 1,34 Mrd. €) vermindert, dies entspricht einem Anteil von 10 % (Vorjahr: 10 %) an den gesamten Kreditrisiko-RWA. Hierbei kamen hauptsächlich Bürgschaften und Garantien von Staaten und Banken, finanzielle Sicherheiten und Grundpfandrechte zur Anrechnung.

Im Zusammenhang mit der Verwertung gehaltener Sicherheiten und sonstiger Kreditverbesserungen infolge des Ausfalls von Kreditnehmern hat die Bank im abgelaufenen Geschäftsjahr keine

Vermögensgegenstände erworben. Durch Inbesitznahme von Sicherheiten, die in Form von Sicherungsgegenständen gehalten werden, oder durch Inanspruchnahme anderer Kreditbesicherungen hat die BLB in der Berichtsperiode ebenfalls keine Vermögensgegenstände erhalten.

Kreditrisiko – Ausblick

Die Bank wird auch im Jahr 2017 ihre Ausfallrisikosteuerung weiterentwickeln. In diesem Zusammenhang erfolgt die turnusmäßige Validierung der Risikoparameter sowie des Kreditrisikomodells. Ferner soll die Vereinheitlichung des RWA-Managements mit der NORD/LB umgesetzt werden. Die weiter zu intensivierenden Ausfallrisikoanalysen mit Schwerpunkt auf Risikokonzentrationsanalysen auf Adress- und Kreditportfolioebene werden weitere Impulse zur effizienten Kreditrisikosteuerung in der Bank liefern.

Seit 2010 wird die Höhe der Risikovorsorge in der BLB insbesondere durch die Entwicklungen in der Handelsschifffahrt bestimmt. Eine nachhaltige Erholung des Schifffahrtsektors ist aufgrund hoher Überkapazitäten weiterhin unsicher. Für die Risikovorsorge im Schiffsbereich wird auf Basis von sich mittelfristig stabilisierenden Charraten von sinkenden Vorsorgeaufwendungen ausgegangen. Die Bank stellt sich in ihrer Risikosteuerung zunächst auf eine weiterhin herausfordernde Entwicklung in der Handelsschifffahrt in den nächsten Jahren ein, wird das aktive Portfoliomanagement im Sinne des risikoorientierten Rückbaus des Schiffsfiananzierungsportfolios fortsetzen und Risiken durch eine angemessene Risikovorsorgedotierung abschirmen.

5.4.3 Beteiligungsrisiko

Beteiligungsrisiko – Entwicklung im Jahr 2016

Die „Unterstützungseinrichtung der Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg GmbH“ stellt für die BLB eine wesentliche Beteiligung dar. Der Identifizierung als wesentliche Beteiligung wird durch eine isolierte Risikobetrachtung Rechnung getragen. Im Rahmen der RTF-Berichterstattung werden die relevanten Risikokennzahlen für diese Beteiligung entsprechend gewürdigt und kommentiert. Eine Änderung der Quantifizierung des Risikopotenzials der Beteiligung (Risikoart „Beteiligungen“) erfolgt indes nicht.

Im Juni 2016 wurde bezüglich der Anteile an der Deutschen Factoring Bank Deutsche Factoring GmbH & Co. und ihrer Komplementärin, der Deutschen Factoring GmbH, ein Verkaufsvertrag abgeschlossen und im August 2016 plangemäß vollzogen. Darüber hinaus gab es – über das Beteiligungsportfolio insgesamt betrachtet – keine wesentlichen Veränderungen gegenüber dem 31. Dezember 2015.

Das im Going Concern ausgewiesene Risikopotenzial des Beteiligungsportfolios ist in 2016 auf 12 Mio. € (17 Mio. €) gesunken.

Beteiligungsrisiko – Ausblick

Die Optimierung des Beteiligungsportfolios ist weitgehend umgesetzt.

Im Rahmen der Übernahme der BLB durch die NORD/LB ist eine bisher von der BLB gehaltene Beteiligung an einem wichtigen Unternehmen mit Bezug zum Bundesland Bremen mit Wirkung Anfang 2017 an die Freie Hansestadt Bremen übertragen worden.

5.4.4 Marktpreisrisiko

Marktpreisrisiko – Entwicklung im Jahr 2016

Das Zinsrisiko (inklusive Credit-Spread-Risiko) stellt das wesentliche Marktpreisrisiko für die BLB dar. Dieses Risiko zeigt sich im Jahr 2016 deutlich weniger volatil als im Vorjahr. Das Zinsniveau im Jahr 2016 befindet sich im Vergleich zum Vorjahr weiterhin auf niedrigem Niveau. Gegenüber Zinssteigerungen ist die Bank gut positioniert. Die Credit Spreads sind in 2016 leicht angestiegen. Für 2017 werden leicht sinkende Spreads erwartet.

In der folgenden Tabelle werden die Marktpreisrisiken der Bank (ohne das Credit-Investment-Portfolio) im Berichtsjahr sowie im Vorjahr gezeigt.

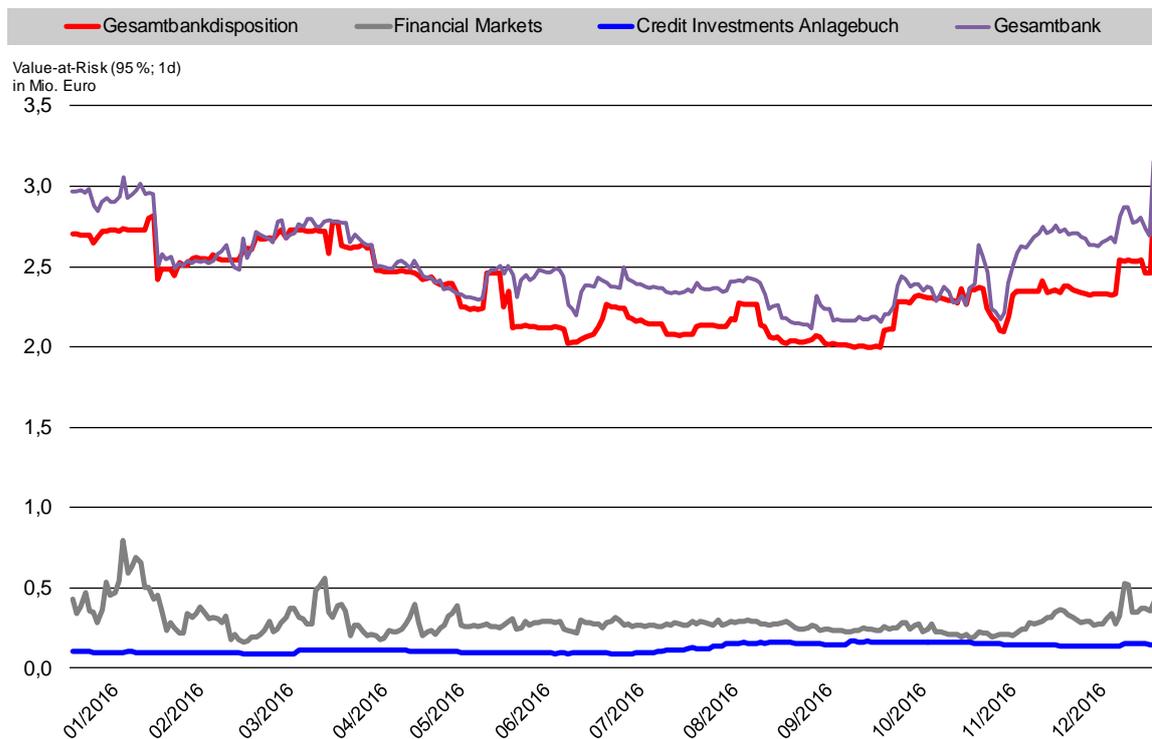
Marktpreisrisiken – Überblick

| Tsd. € | Maximum | | Durchschnitt | | Minimum | | Jahresendwert | |
|----------------------------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|---------------|--------------|
| | 2016 | 2015 | 2016 | 2015 | 2016 | 2015 | 2016 | 2015 |
| Zinsrisiko (VaR) | 3.111 | 5.270 | 2.364 | 4.202 | 2.037 | 2.535 | 3.111 | 2.535 |
| Währungsrisiko (VaR) | 85 | 118 | 24 | 32 | 1 | 4 | 19 | 5 |
| Aktienkurs- und Fondsrisko (VaR) | 596 | 517 | 280 | 170 | 20 | 16 | 245 | 20 |
| Volatilitätsrisiko (VaR) | 48 | 85 | 14 | 43 | 4 | 11 | 8 | 12 |
| Gesamtrisiko (VaR) | 3.158 | 4.770 | 2.468 | 4.043 | 2.099 | 2.563 | 3.158 | 2.563 |

Die Auslastung des Marktpreisrisikolimits für die Bank lag im Jahresdurchschnitt bei 44 % (die maximale Auslastung betrug 53 %, die minimale Auslastung 37 %). Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2016 betrug der Value-at-Risk (VaR) (Konfidenzniveau von 95 % und Haltedauer von einem Tag) der Bank 3,16 Mio. €. Im Berichtsjahr 2016 beträgt die durchschnittliche Auslastung des Risikolimits der OE Financial Markets 29 %, die der Gesamtbankdisposition 43 %.

Der Verlauf des VaR der Gesamtbank (inklusive des Credit-Investment-Portfolios) wird in der nachstehenden Grafik für das Jahr 2016 gezeigt.

Marktpreisrisiken Value-at-Risk-Verläufe



Im Berichtsjahr 2016 ergaben die durchgeführten Stresstests auf Gesamtbankebene ein maximales Risiko von 98 Mio. € sowie einen Durchschnittswert von 78 Mio. € bei einem Minimum von 58 Mio. €. Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2016 betrug der Stresstestwert der Gesamtbank 96 Mio. €.

Im Berichtsjahr 2016 betrug das Zinsänderungsrisiko bezogen auf das haftende Eigenkapital durchschnittlich 6,1% nach 8,5% in 2015. Die Ergebnisse zeigen, dass die Bank weit von einer Klassifizierung als „Institut mit erhöhten Zinsänderungsrisiken“ entfernt ist. Eigenkapitalbestandteile, die dem Institut zeitlich unbegrenzt zur Verfügung stehen, werden nicht in die barwertige Ermittlung der Zinsänderungsrisiken mit einbezogen.

Marktpreisrisiko – Ausblick

Für das Jahr 2017 erwartet die Bank für das Portfolio der BLB weiterhin ein weitestgehend stabiles Marktumfeld. Mit einer deutlichen und nachhaltigen Niveaueverschiebung ist sowohl bei den Credit Spreads als auch bei den Zinsen nicht zu rechnen.

In 2017 wird der Weiterentwicklung der strategischen Zinsbuchsteuerung besondere Aufmerksamkeit gegeben. In 2016 hat die Bank die barwertige strategische Zinsbuchsteuerung um eine ertragsorientierte Sichtweise (periodische Betrachtung) erweitert. In 2017 wird die Bank weiter an der Sicherstellung einer konsistenten und integrierten Betrachtung der beiden Steuerungskreise

(ökonomisch und gleichzeitig periodisch) arbeiten. Daneben werden punktuelle methodische oder prozessuale Weiterentwicklungen im Kontext der Marktpreisrisikosteuerung angestrebt.

5.4.5 Liquiditätsrisiko

Liquiditätsrisiko – Entwicklung im Jahr 2016

Während der ersten fünf Monate 2016 war die Liquiditätsversorgung der Bank jederzeit zufriedenstellend. Der dynamische Liquiditätsstresstest als Steuerungsinstrument des klassischen Liquiditätsrisikos zeigte auch unter verschärften Stressparametern eine ausreichende Liquiditätsausstattung. Mit Ad-hoc-Mitteilung vom 2. Juni 2016 hat die BLB über einen zu erwartenden starken Anstieg des Risikovorsorgebedarfs informiert. Infolgedessen hat eine Ratingagentur, mit der kein Vertragsverhältnis mehr besteht, ausschließlich auf Basis öffentlich verfügbarer Informationen das Kurz- und Langfrist-Rating der BLB herabgestuft. Durch die Herabstufung ist es zu Verunsicherungen bei Investoren und Refinanzierungspartnern hinsichtlich der BLB gekommen, welche Einschränkungen im Kapitalmarktauftritt der Bank zur Folge hatten. Da durch die Ratingaktion zudem Anpassungen im Hinblick auf die Abbildung des Kreditrisikos und der Sichteinlagen im Stresstest vorgenommen werden mussten, kam es trotz einer auskömmlichen Liquiditätssituation im Monat Juni zum Gelb-Status im dynamischen Liquiditätsstresstest. Der Gelb-Status konnte jeweils durch kurzfristige Mittelaufnahmen (Termingelder) bei der NORD/LB innerhalb von höchstens zwei Tagen in den Grün-Status zurückgeführt werden. Im Jahresverlauf wurden diese Termingelder zur weiteren Liquiditätssicherung vorzeitig prolongiert.

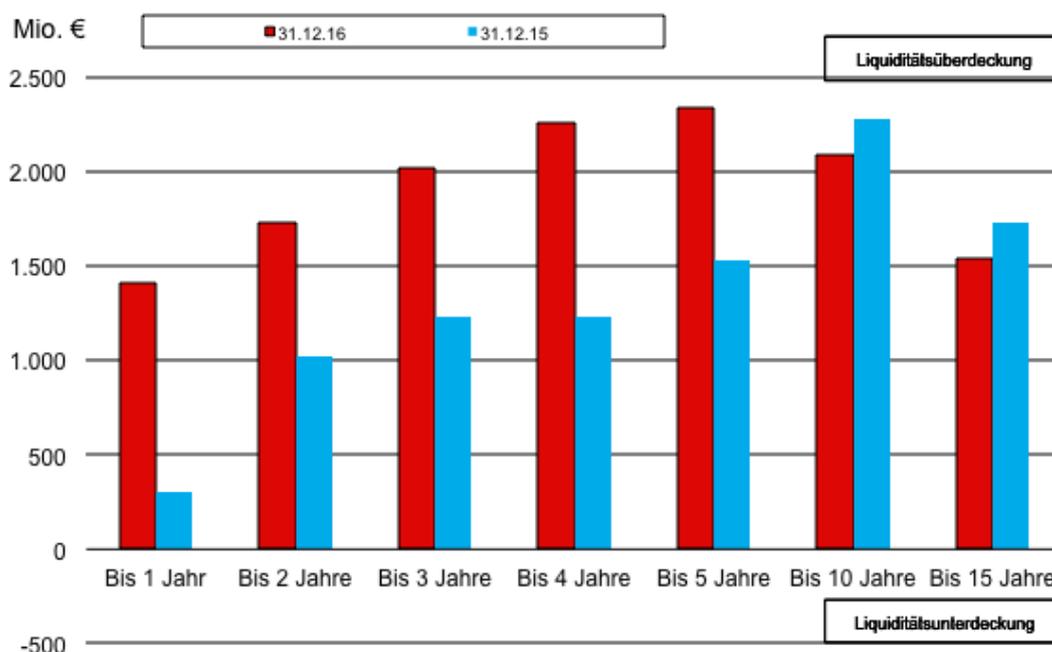
Im Verlauf des zweiten Halbjahrs 2016 konnte die Liquiditätssituation auf zufriedenstellendem Niveau stabilisiert werden, sodass es keine weitere Unterschreitung des Grün-Status mehr gegeben hat. Aufgrund der weiterhin bestehenden unbefriedigenden Ratingsituation und eines teilweise gestörten Geld- und Kapitalmarktzugangs hat die BLB das ganze Jahr über die Liquiditätssituation eng gesteuert und tägliche Sitzungen des Krisenstab-Unterausschusses durchgeführt. Am 23. November 2016 hat die BLB im Rahmen einer zweiten Ad-hoc-Mitteilung über einen abermals angestiegenen Risikovorsorgebedarf und damit einhergehend einen höheren Jahresverlust informiert. Da zu diesem Zeitpunkt schon absehbar war, dass die NORD/LB alle Anteile an der BLB übernimmt, hat dies zu keinen weiteren Reaktionen seitens der Investoren bzw. des Geld- und Kapitalmarkts geführt. Die Übernahme der BLB durch die NORD/LB mit Wirkung zum 1. Januar 2017 wurde am 14. und 15. Dezember 2016 durch die Bremer Bürgerschaft bzw. den Niedersächsischen Landtag bestätigt.

Die Anforderungen an den vorzuhaltenden Liquiditätspuffer nach den MaRisk wurden im Verlaufe des Jahres stets erfüllt; die Auslastung des Liquiditätspuffers für eine Woche betrug aufgrund hoher kurzfristiger Liquiditätsüberschüsse zum Stichtag 0% (Vorjahr: 32%). Die Auslastung des Liquiditätspuffers für einen Monat betrug zum Stichtag 25% (Vorjahr: 38%).

Im Gegensatz zum dynamischen Stressszenario, das stets das als für den Konzern am wahrscheinlichsten eingeschätzte Stressszenario abbildet, zeigt die Liquiditätsablaufbilanz aus erwarteten Zu- und Abflüssen des Bestandsgeschäfts der Bank per 31. Dezember 2016, dass sich die langfristige Liquiditätssituation insgesamt nicht wesentlich verändert hat. Anders als beim dynamischen Stresstest, der Szenarioannahmen für stochastische Cashflows beinhaltet, ist die Liquiditätsablaufbilanz (LAB) eine eher dispositive Sicht auf das Bestandsgeschäft der Bank. Die LAB dient zur Steuerung der langfristigen, strukturellen Liquidität. In der LAB werden daher Cashflows aus zukünftigen bzw. lediglich geplanten Geschäften nicht berücksichtigt.

Kumulierte Liquiditätsabläufe

Die zur internen Steuerung des Refinanzierungsrisikos genutzte Liquiditätsablaufbilanz stellt sich zum Berichtsstichtag wie folgt dar:



Als Ergebnis der Liquiditätssteuerung wurden die kumulierten Liquiditätsüberschüsse im Vergleich zum Vorjahresresultimo im Wesentlichen gehalten.

Die Liquiditätsablaufbilanz der Bank zeigt daher zum 31. Dezember 2016 eine zufriedenstellende Liquiditätssituation. Die zur Steuerung genutzten Liquiditätslimite (Volumenstrukturlimite) wurden im abgelaufenen Geschäftsjahr jederzeit eingehalten.

Das zur Begrenzung des Refinanzierungsrisikos genutzte Barwertlimit wurde im Verlauf des Jahres 2016 zu keinem Zeitpunkt überschritten. Die Liquiditätskennzahl lag im Berichtszeitraum zwischen 2,43 und 3,67 und damit deutlich über der aufsichtsrechtlich geforderten Mindesthöhe von 1,00. Die Liquidity Coverage Ratio (LCR) wird durch das Risikocontrolling seit dem zweiten Halbjahr

2016 täglich überwacht. Die vorgegebene Mindestquote (70 %) wurde dabei stets eingehalten und lag in der täglichen Überwachung zwischen 97 % und 180 %.

| Verbindlichkeiten Mio. € | Volumen | | Anteil | |
|---|---------------|-----|---------------|-----|
| | 31.12.2016 | | 31.12.2015 | |
| Kreditinstitute | 11.084 | 38% | 10.603 | 35% |
| Kunden | 9.738 | 34% | 9.892 | 33% |
| Verbriefte Verbindlichkeiten | 5.251 | 18% | 5.295 | 18% |
| Kapital | 495 | 2% | 1.904 | 6% |
| Rest | 2.363 | 8% | 2.277 | 8% |
| Summe Passiva | 28.931 | | 29.971 | |
| Gedekte Refinanzierung (gesamt) ¹⁾ | 4.029 | | 4.513 | |
| Öffentliche Pfandbriefe | 3.130 | 78% | 3.587 | 79% |
| Hypothekendarlehen | 797 | 20% | 753 | 17% |
| Schiffspfandbriefe | 102 | 2% | 173 | 4% |

¹⁾ Gedekte Refinanzierung: Ausweis erfolgt in Höhe des Nominalbetrages.

Die Refinanzierung der BLB setzt sich im Wesentlichen zusammen aus Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit 38 % (Vorjahr: 35 %), gegenüber Kunden mit 34 % (Vorjahr: 33 %) und verbrieften Verbindlichkeiten mit 18 % (Vorjahr: 18 %). Neben ungedeckten Wertpapieren nutzt die BLB dabei auch gedeckte Wertpapiere, darunter öffentliche Pfandbriefe, Immobilien- und Schiffspfandbriefe. Der Anteil der gedeckten Refinanzierung beläuft sich auf 14 % (Vorjahr: 15 %).

Liquiditätsrisiko – Ausblick

Die Situation der BLB wird in 2017 in erster Linie durch das Voranschreiten der Integration in den NORD/LB-Konzern geprägt sein. Mit Übernahme der BLB durch die NORD/LB wurde am 10. Januar 2017 das nur auf öffentlich verfügbaren Informationen basierende Langfrist-Rating der BLB wieder in den Investment-Grade-Bereich angehoben.

Infolge einer nochmals gestiegenen Risikovorsorge im Schiffskreditportfolio hat die BLB mit Ad-hoc-Mitteilung vom 9. März 2017 über den damit einhergehenden Jahresverlust informiert. Die Mitteilung hat zu keinen weiteren Reaktionen seitens Investoren bzw. des Geld- und Kapitalmarkts geführt. Die Liquiditätssituation ist unverändert zufriedenstellend und wird weiterhin eng gesteuert.

Es ist daher davon auszugehen, dass die BLB Emissionen wieder erfolgreich am Kapitalmarkt platzieren kann.

5.4.6 Operationelles Risiko

Operationelles Risiko – Entwicklung im Jahr 2016

Die eingetretenen Schadenfälle des Jahres 2016 werden insgesamt als unwesentlich aus Gesamtbanksicht eingeschätzt. Der Bruttobetrag aller gemeldeten Schadenfälle (inklusive Fällen, die auch das Kreditrisiko betreffen) betrug in 2016 3,7 Mio. € (Vorjahr: 2,4 Mio. €). Unter Berücksichtigung von Schadensminderungen ergibt sich eine Netto-Schadenfallsumme von 2,6 Mio. €.

Nettoschäden in % der Gesamtschadenssumme (ohne Schäden mit Kreditbezug)

| Schadenfalldatenbank | Anteil 31.12.2016 | Anteil 31.12.2015 ¹⁾ |
|----------------------|----------------------|------------------------------------|
| Externe Einflüsse | 44,3 % | 25,9 % |
| Interne Abläufe | 0,0 % | 39,5 % |
| Mitarbeiter | 55,7 % | 40,8 % |
| Technologie | 0,0 % | -6,2 % |

¹⁾ Negativer Wert resultiert aus nachträglicher Minderung eines Schadenfalls aus 2014.

Rechtsrisiken aufgrund der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes zu unwirksamen Widerrufsbelehrungen in Verbraucherdarlehensverträgen und Darlehensgebühren können nicht ausgeschlossen werden. Ansprüche gegen die Bank wurden nur in überschaubarem Umfang geltend gemacht. Darlehensgebühren für Darlehen an Privatkunden wurden, soweit in unverjährter Zeit geltend gemacht, erstattet. Ob die Rechtsprechung auf Darlehen an gewerbliche Kunden übertragbar ist, ist höchstrichterlich nach wie vor nicht entschieden; bisher wurden nur vereinzelt Rückzahlungsansprüche geltend gemacht, diese Forderungen wurden zurückgewiesen. Die Bildung einer Rückstellung wird bisher nicht für erforderlich gehalten.

Basierend auf den Ergebnissen des Self Assessments, den Risikoindikatoren und den Einträgen in der Schadenfalldatenbank geht die Bank davon aus, dass mit hoher Wahrscheinlichkeit keine existenzgefährdenden Schäden aus operationellen Risiken eintreten werden.

Operationelles Risiko – Ausblick

Auch für das Jahr 2017 geht die Bank davon aus, dass Schadenfälle aus operationellen Risiken wie in den Vorjahren in unwesentlichem Umfang vorliegen werden.

5.5 Sonstige Risiken

Über die bereits dargestellten Kredit-, Beteiligungs-, Markt-, Liquiditäts- und operationellen Risiken hinaus sind die sonstigen Risiken von untergeordneter Bedeutung für die Bank.

5.6 Gesamtaussagen

Gesamtaussage zur Risikolage

Die Situation der BLB ist massiv durch die andauernde Krise an den für die Bank relevanten Schiffahrtsmärkten beeinflusst. Dies äußert sich in einem weit überproportionalen Anstieg der Risikovorsorge für das Geschäftsjahr 2016. Die zur Verfügung stehende Risikodeckungsmasse wurde hierdurch letztlich zum Jahresende 2016 vollständig aufgezehrt. Die Risikotragfähigkeit war daher per 31. Dezember 2016 in der ökonomischen Going-Concern-Betrachtung (Säule II) nicht mehr gegeben.

Die aufsichtsrechtlich vorgegebenen Kapitalanforderungen gemäß CRR wurden unterjährig eingehalten. Die Eigenmittelanforderungen betragen per 31. Dezember 2016 insgesamt rund 0,9 Mrd. €. Dies entspricht risikogewichteten Aktiva in Höhe von rund 11,4 Mrd. €. Die Gesamtkennziffer beläuft sich auf 10,97 %.

Infolge der nochmals deutlich erhöhten Risikovorsorgeaufwendungen haben sich sowohl die harte Kernkapitalquote als auch die Kernkapitalquote auf 5,29 % per 31. Dezember 2016 reduziert. Die harte Kernkapitalquote lag damit über der regulatorisch geforderten Mindestquote. Die gesetzlichen Mindestanforderungen an die Kernkapitalquote von 6,625 % waren gemäß Ad-hoc-Meldung vom 9. März 2017 rückwirkend zum Jahresende letztlich nicht mehr erfüllt.

Mit Blick auf die zusätzlich erforderlich gewordene Risikovorsorge per 31. Dezember 2016 sowie die in 2017 erneute Anhebung der Mindestkapitalanforderungen gemäß Basel III ergab sich die Notwendigkeit einer Barkapitalerhöhung durch die NORD/LB im Umfang von 400 Mio. €, die mit Wirkung vom 21. März 2017 durchgeführt wurde. Dadurch wurde die Kapitalrücklage der Bank gestärkt und die aufsichtsrechtlichen Kapitalquoten wurden wieder entlastet. Eine Erhöhung der im Jahr 2016 originierten synthetischen Verbriefung im Laufe des ersten Halbjahres 2017 soll zudem für eine weitere Entlastung der Risikosituation sorgen.

Zur Möglichkeit der Inanspruchnahme von Erleichterungen bei den Eigenmittelanforderungen hat die BLB am 19. Januar 2017 einen Waiver nach § 2a Abs. 1 und 2 KWG i. V. m. Art. 7 Abs. 1 CRR beantragt. Mit Bewilligung des Antrages entfallen bestimmte Aufsichtsanforderungen an die Eigenmittelausstattung der BLB auf Einzelinstitutsebene. Die Ermittlung und Sicherstellung der Risikotragfähigkeit wird dann auf Ebene einer integrierten Steuerungseinheit ermittelt und sichergestellt.

Die nachhaltige Einhaltung der Kapitalquoten und der Risikotragfähigkeit hängt insbesondere von der Genehmigung eines Waivers zwischen NORD/LB und BLB ab. Für den Fall einer Verzögerung oder Ablehnung des Antrags seitens der Aufsicht sieht der Plan zur Kapitalerhöhung gleichzeitig einen Beschluss für genehmigtes Kapital vor, sodass weitere 200 Mio. € zur Kapitalstärkung der BLB eingesetzt werden könnten.

Aufgrund der Entwicklung in 2016 ist es für die BLB zu Verunsicherungen bei Investoren und Refinanzierungspartnern gekommen. Darüber hinaus musste die BLB in 2016 aufgrund von Nachtragspflichten zum Emissionsprospekt ihre Emissionstätigkeit aussetzen. Ungeachtet dessen war die Liquiditätsausstattung der Bank zu keinem Zeitpunkt gefährdet.

Eine Folge der Ad-hoc-Mitteilung vom 2. Juni 2016 war ein Downgrade durch eine Ratingagentur im Rahmen eines nicht beauftragten Ratings. Nach dem Vollzug der Komplettübernahme der BLB durch die NORD/LB hat die Ratingagentur das Langfrist-Rating der BLB am 10. Januar 2017 wieder angehoben.

Die Bank erwartet, dass auch 2017 von schwierigen Schiffahrtsmärkten geprägt sein wird. Darüber hinaus kann die Unsicherheit der USD-Kursentwicklung aufgrund des hohen Anteils von USD-Finanzierungen in diesem Geschäftsfeld negative Auswirkungen haben.

Der Druck auf die Risikotragfähigkeit und die Kapitalquoten wird aufgrund der vorgenannten Unsicherheiten sowie der perspektivisch steigenden Mindestanforderungen gemäß CRR (Capital Requirements Regulation) weiter bestehen bleiben. Vor diesem Hintergrund wird die Bank die im Rahmen des RWA- und Kapitalmanagements eingeleiteten Maßnahmen weiterhin intensiv fortführen. Der Abbau des Schiffsportfolios wird weiter vorangetrieben.

Durch die vollzogene Übernahme der BLB durch die NORD/LB und die vorgesehenen Maßnahmen sieht sich die BLB für ihren weiteren Weg zukunftsorientiert gerüstet. Gleichwohl sind unvorhersehbare Entwicklungen auf den Schiffahrtsmärkten auch zukünftig nicht auszuschließen. Die Entwicklungen an den Kredit- und Kapitalmärkten werden weiterhin aufmerksam beobachtet und analysiert.

Über die oben genannten Risiken hinaus sieht der BLB-Konzern aktuell keine weiteren Aspekte, denen nicht bereits durch entsprechende Vorsorgemaßnahmen Rechnung getragen wäre.

6. Disclaimer – Vorbehalt bei Zukunftsaussagen

Dieser Bericht enthält zukunftsgerichtete Aussagen zur Geschäfts- und Ertragsentwicklung der Bremer Landesbank, die auf den derzeitigen Plänen, Einschätzungen, Prognosen und Erwartungen beruhen. Die Aussagen beinhalten Risiken und Unsicherheiten. Denn es gibt eine Vielzahl von Faktoren, die auf das Geschäft der Bremer Landesbank einwirken und zu großen Teilen außerhalb ihres Einflussbereiches liegen. Dazu gehören vor allem die weitere Entwicklung der Schiffahrtsmärkte, die konjunkturelle Entwicklung, die Verfassung der Finanzmärkte weltweit und mögliche Kreditausfälle. Die tatsächlichen Ergebnisse und Entwicklungen können also erheblich von den im Bericht getroffenen Annahmen abweichen. Sie haben daher nur zum Zeitpunkt der Veröffentlichung Gültigkeit. Es wird seitens der Bremer Landesbank keine Verpflichtung übernommen, die zukunftsgerichteten Aussagen angesichts neuer Informationen oder unerwarteter Ereignisse zu aktualisieren.

Konzern-Gewinn-und-Verlust-Rechnung

Erfolgsrechnung

| | Notes | 01.01. – 31.12.2016 Mio. € | 01.01. – 31.12.2015 Mio. € | Veränderung % |
|---|-----------|-------------------------------|-------------------------------|------------------|
| Zinserträge | | 1.117 | 1.260 | -11 |
| Zinsaufwendungen | | 752 | 847 | -11 |
| Zinsüberschuss | 19 | 365 | 413 | -12 |
| Risikovorsorge im Kreditgeschäft | 20 | -1.547 | -341 | >100 |
| Zinsergebnis nach Risikovorsorge | | -1.182 | 72 | >-100 |
| Provisionserträge | | 50 | 50 | 0 |
| Provisionsaufwendungen | | 26 | 9 | >100 |
| Provisionsüberschuss | 21 | 24 | 41 | -41 |
| Handelsergebnis | | -1 | 31 | >-100 |
| Ergebnis aus designierten Finanzinstrumenten | | - | - | - |
| Ergebnis aus erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten | 22 | -1 | 31 | >-100 |
| Ergebnis aus Hedge Accounting | 23 | 1 | 26 | -96 |
| Ergebnis aus Finanzanlagen | 24 | 3 | 10 | -70 |
| Ergebnis aus nach der Equity-Methode bilanzierten Finanzanlagen | 25 | 5 | 8 | -38 |
| Verwaltungsaufwand | 26 | 212 | 193 | 10 |
| Sonstiges betriebliches Ergebnis | 27 | 12 | 9 | 33 |
| Restrukturierungsergebnis | 28 | 37 | - | >100 |
| Ergebnis vor Steuern | | -1.387 | 4 | >-100 |
| Ertragsteuern | 29 | -5 | -1 | >100 |
| Konzernergebnis | | -1.382 | 5 | >-100 |
| davon: auf Anteilseigner des Mutterunternehmens entfallend | | -1.382 | 5 | >-100 |
| davon: auf Anteile ohne beherrschenden Einfluss entfallend | | - | - | - |

Gesamtergebnisrechnung

Das Konzerngesamtergebnis der Bremer Landesbank setzt sich aus den im sonstigen Ergebnis und in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung erfassten Erträgen und Aufwendungen zusammen.

| | Notes | 01.01. – 31.12.2016 Mio. € | 01.01.– 31.12.2015 Mio. € | Veränderung % |
|---|-------|-------------------------------|------------------------------|------------------|
| Konzernergebnis | | -1.382 | 5 | >-100 |
| Sonstiges Ergebnis, das in Folgeperioden nicht in die Gewinn-und-Verlust-Rechnung umgegliedert wird | | | | |
| Neubewertung der Nettoschuld aus leistungsorientierten Versorgungsplänen | | -42 | 66 | >-100 |
| Nach der Equity-Methode bilanzierte Finanzanlagen – Anteil am sonstigen Ergebnis | | 5 | 0 | >100 |
| Latente Steuern | 52 | 13 | -21 | >100 |
| Sonstiges Ergebnis, das in Folgeperioden unter bestimmten Bedingungen in die Gewinn-und-Verlust-Rechnung umgegliedert wird | | | | |
| Veränderung aus Available-for-Sale-(AfS-) Finanzinstrumenten | | | | |
| Unrealisierte Gewinne/Verluste | | 6 | 12 | -50 |
| Umbuchungen aufgrund von Gewinn-/Verlustrealisierungen | | 0 | -1 | -100 |
| Latente Steuern | 52 | 0 | 2 | -100 |
| Sonstiges Ergebnis | | -18 | 58 | >-100 |
| Konzerngesamtergebnis | | -1.400 | 63 | >-100 |
| davon: auf Anteilseigner des Mutterunternehmens entfallend | | -1.400 | 63 | >-100 |
| davon: auf Anteile ohne beherrschenden Einfluss entfallend | | - | - | - |

Zur Aufteilung der latenten Steuern auf die einzelnen Komponenten der Gesamtergebnisrechnung wird auf die Erläuterungen zur Gesamtergebnisrechnung in Note (30) verwiesen.

Konzernbilanz

AKTIVA

| | Notes | 31.12.2016 Mio. € | 31.12.2015 Mio. € | Veränderung % |
|---|-------|----------------------|----------------------|------------------|
| Barreserve | 31 | 438 | 73 | >100 |
| Forderungen an Kreditinstitute | 32 | 3.701 | 3.480 | 6 |
| Forderungen an Kunden | 33 | 22.346 | 22.781 | -2 |
| Risikovorsorge | 34 | -2.074 | -1.063 | 95 |
| Ausgleichsposten für im Portfolio Fair Value Hedge abgesicherte Finanzinstrumente | 48 | 62 | 49 | 27 |
| Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte | 35 | 502 | 666 | -25 |
| Positive Fair Values aus Hedge Accounting-Derivaten | 36 | 580 | 541 | 7 |
| Finanzanlagen | 37 | 2.775 | 2.919 | -5 |
| Nach der Equity-Methode bilanzierte Finanzanlagen | 38 | 125 | 118 | 6 |
| Sachanlagen | 39 | 115 | 89 | 29 |
| Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien | 40 | 84 | 76 | 11 |
| Immaterielle Vermögenswerte | 41 | 14 | 14 | 0 |
| Zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte | 42 | 5 | 22 | -77 |
| Laufende Ertragsteueransprüche | 43 | 4 | 0 | >100 |
| Latente Ertragsteuern | 43 | 165 | 149 | 11 |
| Sonstige Aktiva | 44 | 89 | 57 | 56 |
| Summe Aktiva | | 28.931 | 29.971 | -3 |

PASSIVA

| | Notes | 31.12.2016 Mio. € | 31.12.2015 Mio. € | Veränderung % |
|---|-------|----------------------|----------------------|------------------|
| Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten | 45 | 11.084 | 10.603 | 5 |
| Verbindlichkeiten gegenüber Kunden | 46 | 9.738 | 9.892 | -2 |
| Verbriefte Verbindlichkeiten | 47 | 5.251 | 5.295 | -1 |
| Ausgleichsposten für im Portfolio Fair Value Hedge abgesicherte Finanzinstrumente | 48 | 240 | 212 | 13 |
| Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen | 49 | 724 | 870 | -17 |
| Negative Fair Values aus Hedge Accounting-Derivaten | 50 | 266 | 201 | 32 |
| Rückstellungen | 51 | 422 | 333 | 27 |
| Laufende Ertragsteuerverpflichtungen | 52 | 12 | 16 | -25 |
| Latente Ertragsteuern | 52 | 2 | 2 | 0 |
| Sonstige Passiva | 53 | 95 | 41 | >100 |
| Nachrangkapital | 54 | 602 | 602 | 0 |
| Eigenkapital | 56 | 495 | 1.904 | -74 |
| Gezeichnetes Kapital | | 265 | 265 | 0 |
| Kapitalrücklage | | 478 | 478 | 0 |
| Gewinnrücklagen | | -462 | 953 | >-100 |
| Neubewertungsrücklage | | 65 | 59 | 10 |
| Auf die Anteilseigner der BLB entfallendes Eigenkapital | | 346 | 1.755 | -80 |
| Instrumente des zusätzlichen aufsichtsrechtlichen Kernkapitals | | 149 | 149 | 0 |
| Anteile ohne beherrschenden Einfluss | | - | - | - |
| Summe Passiva | | 28.931 | 29.971 | -3 |

Eigenkapitalveränderungsrechnung

Entwicklung des Eigenkapitals

| Mio. € | Notes | Gezeichnetes Kapital | Kapitalrücklage | Gewinnrücklagen | Neubewertungsrücklage | Eigenkapital vor Anteilen Dritter | Instrumente des zusätzl. aufs.-rechtl. Kernkapitals | Konzern-eigenkapital |
|---|-------|----------------------|-----------------|-----------------|-----------------------|-----------------------------------|---|----------------------|
| Eigenkapital 1.1.2015 | | 265 | 478 | 902 | 46 | 1.691 | – | 1.691 |
| Veränderung des Fair Values der AfS-Finanzinstrumente | | – | – | – | 11 | 11 | – | 11 |
| Nach der Equity-Methode bilanzierte Finanzanlagen – Anteil am sonstigen Ergebnis | 25 | – | – | 0 | – | 0 | – | 0 |
| Neubewertung der Nettoschuld aus leistungsorientierten Versorgungsplänen | | – | – | 66 | – | 66 | – | 66 |
| Latente Steuern auf erfolgsneutrale Veränderungen | 29 | – | – | –21 | 2 | –19 | – | –19 |
| Sonstiges Ergebnis | | – | – | 45 | 13 | 58 | – | 58 |
| Konzernergebnis | | – | – | 5 | – | 5 | – | 5 |
| Konzerngesamtergebnis | | – | – | 50 | 13 | 63 | – | 63 |
| Emission von Instrumenten des zusätzlichen aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals | | – | – | 1 | – | 1 | 149 | 150 |
| Ausschüttungen | | – | – | – | – | – | – | – |
| Kapitalerhöhung | | – | – | – | – | – | – | – |
| Eigenkapital 31.12.2015 | | 265 | 478 | 953 | 59 | 1.755 | 149 | 1.904 |
| Eigenkapital 1.1.2016 | | 265 | 478 | 953 | 59 | 1.755 | 149 | 1.904 |
| Veränderung des Fair Values der AfS-Finanzinstrumente | | – | – | – | 6 | 6 | – | 6 |
| Nach der Equity-Methode bilanzierte Finanzanlagen – Anteil am sonstigen Ergebnis | 25 | – | – | 5 | – | 5 | – | 5 |
| Neubewertung der Nettoschuld aus leistungsorientierten Versorgungsplänen | | – | – | –42 | – | –42 | – | –42 |
| Latente Steuern auf erfolgsneutrale Veränderungen | 29 | – | – | 13 | – | 13 | – | 13 |
| Sonstiges Ergebnis | | – | – | –24 | 6 | –18 | – | –18 |
| Konzernergebnis | | – | – | –1.382 | – | –1.382 | – | –1.382 |
| Konzerngesamtergebnis | | – | – | –1.406 | 6 | –1.400 | – | –1.400 |
| Zinszahlungen auf Instrumente des zusätzlichen aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals | | – | – | –9 | – | –9 | – | –9 |
| Ausschüttungen | | – | – | – | – | – | – | – |
| Kapitalerhöhung | | – | – | – | – | – | – | – |
| Eigenkapital 31.12.2016 | | 265 | 478 | –462 | 65 | 346 | 149 | 495 |

Für eine weiterführende Darstellung wird auf die Erläuterungen in Note (56) verwiesen.

Kapitalflussrechnung

| Mio. € | Not es | 01.01.– 31.12.2016 | 01.01.– 31.12.2015 |
|---|-----------|--------------------|--------------------|
| Konzernergebnis | | -1.382 | 5 |
| Korrektur um zahlungsunwirksame Posten | | | |
| Abschreibungen, Wertberichtigungen und Zuschreibungen auf Sachanlagen, immaterielle Vermögenswerte und Finanzanlagen | 26 | 15 | 10 |
| Veränderung der Rückstellungen | | 81 | -249 |
| Gewinne/Verluste aus der Veräußerung von Finanz- und Sachanlagen sowie immaterielle Vermögenswerten | | -22 | -8 |
| Veränderung anderer zahlungsunwirksamer Posten | | 992 | 278 |
| Sonstige Anpassungen (per Saldo) | | -325 | -373 |
| Zwischensumme | | -641 | -337 |
| Veränderungen des Vermögens und der Verbindlichkeiten aus der laufenden Geschäftstätigkeit nach Korrektur um zahlungsunwirksame Bestandteile | | | |
| | 32 + | | |
| Forderungen an Kreditinstitute und Kunden | 33 | 211 | 320 |
| Handelsbestände und Hedge Accounting-Derivate | | 10 | 1 |
| Andere Aktiva aus operativer Geschäftstätigkeit | | -32 | -8 |
| | 45 + | | |
| Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden | 46 | 348 | 328 |
| Verbriefte Verbindlichkeiten | | -27 | -2.024 |
| Andere Passiva aus operativer Geschäftstätigkeit | | 35 | -17 |
| Erhaltene Zinsen | | 960 | 1.144 |
| Erhaltene Dividenden | | 3 | 5 |
| Gezahlte Zinsen | | -626 | -781 |
| Ertragsteuerzahlungen | | -5 | -10 |
| Cashflow der laufenden Geschäftstätigkeit | | 236 | -1.379 |
| Einzahlungen aus der Veräußerung von | | | |
| Finanzanlagen | 24 | 728 | 1.961 |
| | 9 + | | |
| Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten | 12 | 0 | 0 |
| Auszahlungen für den Erwerb von | | | |
| Finanzanlagen | | -534 | -673 |
| Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten | | -46 | -28 |
| Einzahlungen aus dem Verkauf von konsolidierten Unternehmen und sonstigen Geschäftseinheiten | | 0 | 0 |
| Cashflow aus der Investitionstätigkeit | | 148 | 1.260 |
| Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen | | 0 | 0 |
| Einzahlungen aus der Emission von Instrumenten des zusätzlichen aufsichtsrechtlichen Kernkapitals | | 0 | 149 |
| Zinszahlungen für Instrumente des zusätzlichen aufsichtsrechtlichen Kernkapitals | | -9 | 0 |
| Einzahlungen aus Aufnahme von Nachrangkapital | | 0 | 0 |
| Auszahlungen an Unternehmenseigner und Minderheitsgesellschafter (Dividenden) | | 0 | 0 |
| Rückzahlung von Nachrangkapital | | 0 | -150 |
| Zinszahlungen für Nachrangkapital | | -10 | -18 |
| Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit | | -19 | -19 |
| Finanzmittelfonds zum Ende der Vorperiode | | 73 | 211 |
| Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit | | 236 | -1.379 |
| Cashflow aus der Investitionstätigkeit | | 148 | 1.260 |
| Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit | | -19 | -19 |
| Finanzmittelfonds zum Ende der Periode | 31 | 438 | 73 |

Erläuterungen zur Kapitalflussrechnung finden sich unter Note (57).

Konzernanhang (Notes)

Die Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale –, Bremen, Oldenburg (Bremer Landesbank) (Domshof 26, 28195 Bremen) hat ihren Sitz in Bremen (Amtsgericht Bremen; HRA 22159) in der Bundesrepublik Deutschland und unterhält Niederlassungen in Bremen und Oldenburg.

Bis zum 31. Dezember 2016 waren die NORD/LB mit 54,8343%, das Land Bremen mit 41,2% und der Sparkassenverband Niedersachsen mit 3,9657% Träger der BLB. Mit Wirkung zum 1. Januar 2017 sind sämtliche Anteile an der Bremer Landesbank an die NORD/LB übertragen worden. Somit ist die Bremer Landesbank ab diesem Zeitpunkt eine 100-prozentige Tochtergesellschaft der NORD/LB. Die NORD/LB ist unmittelbares und oberstes Mutterunternehmen der Bremer Landesbank.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

(1) Grundlagen zur Aufstellung des Konzernabschlusses

Der Konzernabschluss der Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale –, Bremen, Oldenburg (Bremer Landesbank) zum 31. Dezember 2016 wurde auf Basis der Verordnung (EG) Nr. 1606/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Juli 2002 (IAS-Verordnung) in Übereinstimmung mit den in der EU geltenden International Financial Reporting Standards (IFRS) des International Accounting Standards Board (IASB) aufgestellt. Maßgeblich waren diejenigen Standards, die zum Bilanzstichtag veröffentlicht und von der Europäischen Union übernommen waren. Ferner wurden die nationalen Vorschriften des HGB im Rahmen des § 315a HGB berücksichtigt.

Der Konzernabschluss zum 31. Dezember 2016 umfasst die Konzern-Gewinn-und-Verlust-Rechnung, die Konzern-Gesamtergebnisrechnung, die Konzernbilanz, die Eigenkapitalveränderungsrechnung, die Kapitalflussrechnung sowie den Anhang (Notes). Die Segmentberichterstattung erfolgt innerhalb der Note (18). Die Risikoberichterstattung gemäß IFRS 7 erfolgt im Wesentlichen im Rahmen des separaten Berichts über die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung (Risikobericht) als Bestandteil des Konzernlageberichts.

Die Bewertung von Vermögenswerten erfolgt grundsätzlich zu fortgeführten Anschaffungskosten. Davon ausgenommen sind diejenigen Finanzinstrumente nach IAS 39, welche zum Fair Value bewertet werden. Die Bilanzierung und Bewertung wurde unter der Annahme der Unternehmensfortführung (Going Concern) vorgenommen. Erträge und Aufwendungen werden zeitanteilig abgegrenzt. Sie werden in der Periode erfasst und ausgewiesen, der sie wirtschaftlich zuzurechnen sind. Die wesentlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden werden nachfolgend dargestellt.

Der Aufstellung des Jahresabschlusses lag zudem die Annahme der Unternehmensfortführung zugrunde, da die im Nachtragsbericht aufgeführten Maßnahmen in Bezug auf bestandsgefährdende Tatsachen risikomitigierend wirken.

Unsicherheiten bezüglich der Annahme der Unternehmensfortführung resultieren aus der gemäß Ad-hoc-Mitteilung vom 9. März 2017 veröffentlichten unerwarteten Erhöhung der Wertberichtigungen auf das Schiffsportfolio und des damit einhergehenden Verlusts für das Geschäftsjahr 2016, sodass zum 31. Dezember 2016 die gesetzliche Mindest-Kernkapitalquote nicht erfüllt, die Risikotragfähigkeit nicht gegeben war und die Großkreditgrenzen überschritten wurden.

Mit Wirkung zum 1. Januar 2017 wurde zwischen NORD/LB und BLB ein Beherrschungsvertrag mit Verlustausgleichsvereinbarung vereinbart und eine harte Patronatserklärung durch die NORD/LB gegenüber der Bremer Landesbank abgegeben. Zudem wurde mit Wirkung zum 21. März 2017 eine Kapitalerhöhung in Höhe von 400 Mio. € durch Bareinzahlung vorgenommen. Weitere risikomitigierende Maßnahmen betreffen weiterhin den mit Datum vom 19. Januar 2017 gestellten Antrag auf Nutzung eines Waivers nach § 2a (1) und (2) KWG i. V. m. Artikel 7 (1) CRR sowie die geplante Erhöhung einer im Jahr 2016 originierten synthetischen Verbriefung im Laufe des ersten Halbjahres 2017. Für den Fall einer Verzögerung oder Ablehnung des Antrags seitens der Aufsicht sieht der Plan zur Kapitalerhöhung gleichzeitig einen Beschluss für genehmigtes Kapital vor, sodass weitere 200 Mio. € zur Kapitalstärkung der BLB eingesetzt werden könnten.

Die im Rahmen der Bilanzierung nach IFRS notwendigen Schätzungen und Beurteilungen durch das Management erfolgen im Einklang mit dem jeweiligen Standard, werden fortlaufend neu überprüft und basieren auf Erfahrungen und weiteren Faktoren, einschließlich Erwartungen hinsichtlich zukünftiger Ereignisse, die unter den gegebenen Umständen vernünftig erscheinen. Die Vornahme von Schätzungen und Beurteilungen erfolgt insbesondere hinsichtlich folgender Sachverhalte: Ermittlung der Fair Values von finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen des Level 2 und des Level 3 einschließlich der Einschätzung des Vorliegens eines aktiven bzw. inaktiven Marktes (Notes (7) und (58)), Bewertung von Pensionsrückstellungen hinsichtlich der Ermittlung zugrunde liegender Parameter, Bemessung der Risikovorsorge bezüglich zukünftiger Cashflows, Ermittlung latenter Steueransprüche in Bezug auf die Werthaltigkeit noch nicht genutzter steuerlicher Verluste (Notes (16) und (52)).

Sofern Schätzungen in größerem Umfang erforderlich waren, werden die getroffenen Annahmen dargelegt. Die Schätzungen und Beurteilungen selbst sowie die zugrunde liegenden Beurteilungsfaktoren und Schätzverfahren werden regelmäßig überprüft und mit den tatsächlich eingetretenen Ereignissen abgeglichen. Schätzungsänderungen werden, sofern die Änderung nur eine Periode betrifft, nur in dieser berücksichtigt, und falls die Änderung die aktuelle sowie die folgenden Berichtsperioden betrifft, entsprechend in dieser und den folgenden Perioden beachtet.

Abgesehen von Schätzungen sind in Bezug auf die Bilanzierung und Bewertung im Konzern die folgenden wesentlichen Ermessensentscheidungen des Managements zu nennen: Der Verzicht auf die Kategorisierung von Finanzinstrumenten als Held to Maturity (HtM) (Note (7)), der Verzicht auf die Anwendung der Umklassifizierungsregelungen des IAS 39 (Note (7)), die Abgrenzung von Finance Lease und Operating Lease (Note 10), der Ansatz von Rückstellungen (Notes (14) und (15)), das

Vorliegen von zum Verkauf bestimmten Vermögenswerten (Note (13)) sowie die Einwertung der Beherrschung bei Anteilen an Unternehmen (Note (3)).

Berichtswährung des Konzernabschlusses ist Euro. Alle Beträge sind, sofern nicht besonders darauf hingewiesen wird, in Millionen Euro (Mio. €) kaufmännisch gerundet dargestellt.

Der vorliegende Konzernabschluss wurde am 22. März 2017 vom Vorstand unterzeichnet und zur Weitergabe an den Aufsichtsrat freigegeben.

(2) Angewandte IFRS

Im vorliegenden Konzernabschluss werden alle Standards, Interpretationen und deren jeweilige Änderungen angewendet, sofern sie durch die EU im Rahmen des Endorsement-Prozesses anerkannt wurden und für den Bremer Landesbank-Konzern im Berichtsjahr 2016 einschlägig sind.

In der Berichtsperiode wurden folgende zum 1. Januar 2016 für den Bremer Landesbank-Konzern erstmals anzuwendende Standards und Standardänderungen berücksichtigt:

- **Amendments zu IFRS 11 – Bilanzierung des Erwerbs von Anteilen an einer gemeinschaftlichen Tätigkeit**

Im Rahmen der ab 1. Januar 2016 anzuwendenden Änderungen an IFRS 11 wird erläutert, wie der Erwerb von Anteilen an gemeinschaftlichen Tätigkeiten, die einen Geschäftsbetrieb im Sinne des IFRS 3 darstellen, zu bilanzieren ist. Im Umfang des erworbenen Anteils sind sämtliche in IFRS 3 oder in anderen Standards festgelegten Grundsätze der Bilanzierung von Unternehmenszusammenschlüssen anzuwenden und die entsprechenden Offenlegungsanforderungen zu berücksichtigen.

Für die Änderungen an IFRS 11 liegt im Konzern der Bremer Landesbank derzeit kein Anwendungsfall vor.

- **Amendments zu IAS 1 – Darstellung des Abschlusses**

Mit dem am 18. Dezember 2014 veröffentlichten Änderungsstandard wurden erste Vorschläge im Rahmen der Initiative des IASB zur Verbesserung der Anhangsangaben umgesetzt. Die Änderungen betonen das Konzept der Wesentlichkeit, um die Vermittlung relevanter Informationen in IFRS-Abschlüssen zu fördern. Dies soll durch Verzicht auf die Angabe unwesentlicher Informationen, die Möglichkeit für ergänzende Zwischensummen und eine höhere Flexibilität im Aufbau des Anhangs erreicht werden. Zudem erfolgt eine Klarstellung zur Untergliederung des sonstigen Ergebnisses (OCI) in der Gesamtergebnisrechnung.

Für den Konzernabschluss der Bremer Landesbank ergeben sich aus den Änderungen des IAS 1 keine Effekte.

- **Amendments zu IAS 16 und IAS 38 – Klarstellung akzeptabler Abschreibungsmethoden**

Am 12. Mai 2014 hat das IASB Änderungen an IAS 16 Sachanlagen und IAS 38 Immaterielle Vermögenswerte zu den zulässigen Methoden, die eine sachgerechte Darstellung des Verbrauchs des künftigen wirtschaftlichen Nutzens ermöglichen, veröffentlicht. Es wird klargestellt, dass für Sachanlagen eine Abschreibung auf Basis von Umsatzerlösen der durch sie hergestellten Güter nicht sachgerecht und für immaterielle Vermögenswerte mit begrenzter Nutzungsdauer nur in explizit benannten Ausnahmefällen zulässig ist.

Da die Abschreibungsmethode im Konzern der Bremer Landesbank nicht zur Anwendung kommt, ergeben sich keine Auswirkungen aus den Änderungen an IAS 16 und IAS 38.

- **Amendments zu IAS 19 – Leistungsorientierte Pläne: Arbeitnehmerbeiträge**

Mit der im November 2013 veröffentlichten Anpassung des IAS 19 Leistungen an Arbeitnehmer werden die Vorschriften konkretisiert, die sich mit der Zuordnung von Arbeitnehmerbeiträgen bzw. mit Beiträgen von dritten Parteien zu den Dienstleistungsperioden beschäftigen, wenn die Beiträge mit der Dienstzeit verknüpft sind. Darüber hinaus werden Erleichterungen geschaffen, wenn die Beiträge von der Anzahl der geleisteten Dienstjahre unabhängig sind.

Aus den Änderungen an IAS 19 resultiert für den Konzernabschluss der Bremer Landesbank kein Anpassungsbedarf.

- **Verbesserungen der IFRS-Zyklen 2010 – 2012 und 2012 – 2014 im Rahmen des Annual Improvements Process des IASB**

Im Rahmen des Annual Improvements Process werden Anpassungen von Formulierungen in einzelnen IFRS zur Klarstellung bzw. Verbesserung bestehender Regelungen vorgenommen. Mit dem Zyklus 2010 – 2012 sind Änderungen an den Standards IFRS 2, IFRS 3, IFRS 8 und IFRS 13 sowie IAS 16, IAS 24 und IAS 38 erfolgt, der Zyklus 2012 – 2014 umfasst Anpassungen bei den Standards IFRS 5 und IFRS 7 sowie IAS 19 und IAS 34.

Aus diesen jährlichen Verbesserungen der IFRS ergeben sich keine wesentlichen Einflüsse auf den Konzernabschluss der Bremer Landesbank.

Von der vorzeitigen Anwendung der folgenden, in europäisches Recht übernommenen Standards und Standardänderungen, die erst nach dem 31. Dezember 2016 für den Konzernabschluss der Bremer Landesbank umzusetzen sind, wurde zulässigerweise abgesehen:

- **IFRS 9 Finanzinstrumente**

IFRS 9 Finanzinstrumente ist nach Übernahme in europäisches Recht im November 2016 verpflichtend für Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Januar 2018 beginnen, anzuwenden. Von einer freiwilligen vorzeitigen Anwendung sieht der Bremer Landesbank-Konzern zulässigerweise ab.

In Bezug auf IFRS 9 werden erhebliche Einflüsse auf die Bilanzierung, die Bewertung und den Ausweis in zukünftigen Konzernabschlüssen erwartet. Die Auswirkungen des IFRS 9 werden zurzeit für den Bremer Landesbank-Konzern evaluiert. Hierfür wurde ein Programm aufgesetzt, dessen Projekte sich an den Phasen des IFRS 9 orientieren.

Mit Veröffentlichung der finalen Version von IFRS 9 Finanzinstrumente sind mit Relevanz für den Bremer Landesbank-Konzern folgende Regelungsbereiche anzupassen:

Klassifizierung und Bewertung von finanziellen Vermögenswerten sowie finanziellen Verpflichtungen

Während die Kategorisierung unter IAS 39 vorrangig auf die Art des finanziellen Vermögenswertes abstellt (siehe Note (7) Finanzinstrumente), legt die Klassifizierung unter IFRS 9 den Fokus auf den vom Unternehmen beabsichtigten Geschäftszweck und die Ausgestaltung des Finanzinstrumentes. IFRS 9 sieht drei mögliche Geschäftsmodelle für Finanzinstrumente vor: „Halten“, „Halten und verkaufen“ und „Nicht halten“. Des Weiteren wird die Klassifizierung eines Finanzinstruments durch das sogenannte Zahlungsstromkriterium bestimmt, in dessen Rahmen das Finanzinstrument daraufhin untersucht wird, ob es sich bei den vertraglichen Zahlungsströmen ausschließlich um Tilgungs- und Zinszahlungen handelt oder nicht. Die Klassifizierung und Bewertung finanzieller Vermögenswerte richtet sich dann nach der Kombination von Geschäftsmodell und Charakteristik der Zahlungsströme.

IFRS 9 sieht eine grundsätzliche Bewertung aller finanziellen Vermögenswerte zum Fair Value vor. Eine Folgebilanzierung zu fortgeführten Anschaffungskosten ist nur dann zulässig, wenn das Finanzinstrument einem Portfolio mit dem Geschäftsmodell „Halten“ zugeordnet wurde und Zahlungsströme aufweist, die ausschließlich Zins- und Tilgungszahlungen auf das ausstehende Kapital des Finanzinstruments zu vertraglich festgelegten Zeitpunkten darstellen. Eine Folgebilanzierung mit Erfassung der Fair-Value-Änderungen im sonstigen Ergebnis (OCI) ist nur dann zulässig, wenn das Finanzinstrument einem Portfolio mit dem Geschäftsmodell „Halten und verkaufen“ zugeordnet wurde und Zahlungsströme aufweist, die ausschließlich Zins- und Tilgungszahlungen auf das ausstehende Kapital des Finanzinstruments zu vertraglich festgelegten Zeitpunkten darstellen. Erfüllen die Zahlungsströme diese Anforderung nicht, ist der Vermögenswert erfolgswirksam zum Fair Value zu bewerten. Derivate sind generell erfolgswirksam zum Fair Value zu bewerten. Die Methoden der Bewertung verändern sich mit IFRS 9 nicht.

Finanzielle Vermögenswerte – Darlehen

Im Kreditgeschäft verfolgt die Bremer Landesbank hauptsächlich das Geschäftsmodell „Halten“. Für Syndizierungs- oder Asset-Trading-Portfolios im Kreditbereich wird das Geschäftsmodell „Nicht halten“ angewendet. Diese Portfolios haben derzeit einen geringen Umfang relativ zum Gesamtdarlehensbestand. Über die Anwendung des Geschäftsmodells „Halten und verkaufen“ im Darlehensgeschäft wird im weiteren Projektverlauf noch entschieden.

Im Rahmen einer Analyse prüft der Bremer Landesbank-Konzern das Darlehensbestandsgeschäft und die derzeit verwendeten Vertragsbausteine hinsichtlich solcher Bestandteile oder Nebenabreden, die für die Klassifizierung der Geschäfte als „verpflichtend erfolgswirksam zum Fair Value zu bewerten“ relevant sind. Die derzeit noch andauernde Analyse lässt vorläufig den Schluss zu, dass das neue IFRS-9-Klassifizierungsmodell im Vergleich zur Klassifizierung nach IAS 39 im Bremer Landesbank-Konzern im Kreditbereich zu einer auf bestimmte Segmente begrenzten Ausweitung der Fair-Value-Bewertung führen wird. Bisher unter IAS 39 zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Kredite würden damit unter IFRS 9 in eine Fair-Value-Kategorie einzuordnen sein. Eine Quantifizierung der Erstanwendungseffekte ist im derzeitigen Status nicht vollumfänglich möglich, da die Beurteilung des Zahlungsstromkriteriums noch nicht abgeschlossen ist.

Finanzielle Vermögenswerte – Wertpapiere

Der Bremer Landesbank-Konzern plant nach heutigem Stand für Wertpapiere der Aktivseite grundsätzlich alle drei Geschäftsmodellausprägungen anzuwenden. Nach aktuellem Stand des Projektes sollen die Portfolios mit langfristiger Anlageabsicht dem Geschäftsmodell „Halten“ zugeordnet werden. Für Portfolios, die zur kurz- bzw. mittelfristigen Liquiditätssteuerung dienen, ist geplant, diese aufgrund des aktiven Managements und der nicht generell bestehenden Durchhalteabsicht dem Geschäftsmodell „Halten und verkaufen“ zuzuweisen. Portfolios mit Handelsabsicht werden unverändert dem Handelsbestand im Geschäftsmodell „Nicht halten“ angehören.

Der Bremer Landesbank-Konzern hat sich zudem entschieden, alle Eigenkapitalinstrumente erfolgswirksam zum Fair Value zu bewerten.

Wertpapiere mit Fremdkapitalcharakter können analog zu Darlehen zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden, wenn sie im Geschäftsmodell „Halten“ geführt werden und gleichzeitig das Zahlungsstromkriterium erfüllt ist. Fair-Value-Änderungen aus Wertpapieren mit Fremdkapitalcharakter sind im sonstigen Ergebnis (OCI) zu erfassen, wenn sie im Geschäftsmodell „Halten und verkaufen“ geführt werden und gleichzeitig das Zahlungsstromkriterium erfüllt ist.

Der Bremer Landesbank-Konzern geht derzeit von einer im Wesentlichen unveränderten Nutzung der Option zur freiwilligen Fair-Value-Bewertung aus, soweit dies unter IFRS 9 zulässig ist.

Aufgrund der Klassifizierungs- und Bewertungsvorschriften des IFRS 9 erwartet der Bremer Landesbank-Konzern, dass ein auf ausgewählte Portfolios beschränkter Teil des gemäß IAS 39 erfolgsneutral bewerteten Wertpapierbestandes ab 2018 zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet wird. Eine Quantifizierung der Erstanwendungseffekte ist im derzeitigen Status nicht vollumfänglich möglich, da die Zuordnung der Wertpapiere zu den Geschäftsmodellen noch nicht abgeschlossen ist.

Finanzielle Verpflichtungen

Der wesentlichste Unterschied zur bisherigen Regelung betrifft den Ausweis der Ergebnisse aus Instrumenten in der Fair-Value-Option. Die bonitätsinduzierten Bewertungsänderungen von finanziellen Verpflichtungen sind gemäß IFRS 9 grundsätzlich erfolgsneutral im sonstigen Ergebnis (OCI) auszuweisen, der verbleibende Teil der Wertänderung wird weiterhin in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung erfasst. Der Bremer Landesbank-Konzern erwartet aus dieser neuen Regelung keine Bewertungs- oder Ausweisanomalien, daher werden die auf das eigene Kreditrisiko entfallenden Fair-Value-Änderungen für finanzielle Verbindlichkeiten in der Fair-Value-Option nach aktuellem Stand stets im sonstigen Ergebnis (OCI) ausgewiesen.

Wertminderungen von finanziellen Vermögenswerten

Mit IFRS 9 wird ein neues Impairment-Modell eingeführt, welches eine Bereitstellung entscheidungsnützlicher Informationen adäquater und zeitnäher erfüllen soll. Das Verfahren sieht vor, dass erwartete Kreditverluste nicht erst bei Eintritt eines Kreditereignisses, sondern bereits bei Zugang auf Basis eines Expected-Loss-(EL-)Modells erfasst werden. Nach dem neuen Wertminderungsmodell werden Finanzinstrumente, Kreditzusagen und Finanzgarantien – sofern sie nicht erfolgswirksam zum Fair Value bilanziert sind – in Abhängigkeit von der Veränderung ihrer Kreditqualität im Vergleich zum Zugangszeitpunkt in drei Stufen (Stages) unterteilt. In Stufe 1 werden die erwarteten Kreditausfälle in Höhe des Expected Loss mit einem Betrachtungshorizont von einem Jahr berechnet. In Stufe 2 und 3 erfolgt die Berechnung der erwarteten Kreditausfälle über die Laufzeit des Finanzinstruments (Expected Lifetime Loss). Die Stufe 3 beinhaltet die bereits ausgefallenen Forderungen in Anlehnung an das bestehende IAS-39-Verfahren und regulatorische Erfordernisse.

Bei der Bremer Landesbank erfolgt eine Berechnung der Risikovorsorge auf Ebene des einzelnen Finanzinstruments. Für alle Portfolios in Stufe 1 und 2 sowie für nicht signifikante Geschäfte der Stufe 3 soll eine parameterbasierte Bestimmung der Risikovorsorge erfolgen, während für signifikante Geschäfte in Stufe 3 ein expertenbasierter Ansatz vorgesehen ist.

Für die Abgrenzung der Stufen 1 und 2 werden verschiedene Kriterien herangezogen. Nach aktuellem Stand der Konzeption gibt es zum einen ein quantitatives Kriterium, für das genau definierte Bedingungen kumuliert erfüllt sein müssen. Dieses wird ergänzt durch drei qualitative Kriterien, die bei Erfüllung jeweils einen Stufentransfer in Stufe 2 auslösen können.

Die methodische Konzeption zur Verwendung zukunftsgerichteter Informationen im Rahmen von Szenarien für die Ermittlung der Risikovorsorge ist im Bremer Landesbank-Konzern noch nicht abgeschlossen. Aufgrund der neuen Kategorisierungsvorschriften des IFRS 9 hinsichtlich Geschäftsmodell und Beurteilung des Zahlungsstromkriteriums ändert sich künftig auch die Zusammensetzung des Geschäftes, welches im Kontext Impairment zu betrachten ist. Die Effekte aus Impairment können erst quantifiziert werden, wenn die Klassifizierung der finanziellen Vermögenswerte abgeschlossen ist, was zum aktuellen Zeitpunkt für den Bremer Landesbank-

Konzern nicht gegeben ist. Eine zuverlässige Schätzung diesbezüglich und hinsichtlich der Risikovorsorgeauswirkung insgesamt wird erst mit weiterem Projektfortschritt möglich sein.

Sicherungsbeziehungen

Hinsichtlich des Hedge Accountings hat das IASB eine Aufteilung des Themas in die Teilbereiche General Hedge Accounting und Macro Hedge Accounting beschlossen. Macro Hedge Accounting ist nicht Teil des veröffentlichten IFRS 9 und wird zurzeit als eigenständiges Projekt vom IASB weiterbearbeitet.

Bis zur Veröffentlichung der neuen Regelungen zu Macro Hedge Accounting bleiben die Regelungen des IAS 39 zum Portfolio Fair Value Hedge für Zinsrisiken bestehen. Für den Standard zum General Hedge Accounting besteht das Wahlrecht, diesen ab dem 1. Januar 2018 anzuwenden oder die Regelungen des IAS 39 fortzuführen. Die Bremer Landesbank plant die Fortführung des Hedge Accountings unter den bestehenden IAS-39-Regelungen.

Aufgrund der geänderten Kategorisierungsvorschriften des IFRS 9 ändert sich künftig auch die Zusammensetzung der Grundgeschäfte im Portfolio Fair Value Hedge für Zinsrisiken. Hieraus erwartet der Bremer Landesbank-Konzern nur unwesentliche Erstanwendungseffekte, die erst konkret quantifiziert werden können, wenn die Klassifizierung der finanziellen Vermögenswerte abgeschlossen ist.

Den Klassifizierungs- und Bewertungsvorschriften des IFRS 9 folgend wird der Bremer Landesbank-Konzern die Berichterstattung hinsichtlich der Finanzinstrumente verstärkt an den Bewertungskategorien ausrichten. Von einer retrospektiven Anwendung des IFRS 9 wird für die Berichterstattung zulässigerweise abgesehen, sodass den IFRS-9-Werten im Jahr 2018 Vorjahreswerte gegenübergestellt werden, die nach den Vorschriften des IAS 39 für das Jahr 2017 ermittelt werden.

- **IFRS 15 Umsatzerlöse aus Kundenverträgen**

Die bisher geltenden Standards IAS 18 und IAS 11 zur Ertragsrealisierung (sowie die zugehörigen Interpretationen IFRIC 13, IFRIC 15, IFRS 18 und SIC-31) werden ab 2018 durch den IFRS 15 ersetzt. IFRS 15 sieht ein neues prinzipienbasiertes fünfstufiges Modell für die Bilanzierung und den Ausweis von Erträgen vor. Die Anwendung hat insbesondere Einfluss auf die Höhe und die zeitliche Vereinnahmung sowie Verteilung von Erträgen in der Gesamtergebnisrechnung. Das EU-Endorsement erfolgte im vierten Quartal 2016, d.h., die vollständige bzw. modifizierte retrospektive Anwendung des Standards ist für Berichtsperioden verpflichtend, die am oder nach dem 1. Januar 2018 beginnen. Die Einführung des Standards ist voraussichtlich mit keinen wesentlichen Auswirkungen auf die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns der Bremer Landesbank verbunden. Die Auswirkungen werden derzeit im Rahmen eines Projekts zur Implementierung des IFRS 15 untersucht, das auch die Klarstellungen zu IFRS 15 berücksichtigt, deren Übernahme in europäisches Recht noch aussteht. Eine verlässliche

Quantifizierung der Effekte ist jedoch vor Abschluss dieses Projekts nicht möglich und wird daher nur skizziert:

Der Standard ist grundsätzlich auf alle Verträge mit Kunden des Konzerns der Bremer Landesbank anzuwenden, allerdings in vielen Fällen für den Konzern nicht einschlägig, da große Teile der Erträge in der Gesamtergebnisrechnung den Regelungen anderer Standards unterliegen. Viele Erträge, die durch den Konzern der Bremer Landesbank erfasst werden, fallen z. B. in den Anwendungsbereich des IFRS 9. Anwendbar ist der IFRS 15 vor allem in Bezug auf die Bilanzierung der Provisionserträge, d. h. für das Dienstleistungsgeschäft des Konzerns.

Folgende Themen stehen dabei u. a. im Fokus: Identifizierung nachträglicher Vertragsmodifizierungen, (genauere) Schätzung variabler Vergütungen, regelmäßige Überprüfung des Transaktionspreises und variabler Vergütungen, Identifizierung der Leistungsverpflichtungen pro Vertrag, Einordnung von Leistungsverpflichtungen (Zeitraum- vs. Zeitpunktbezug), Identifizierung der den Verträgen zugehörigen Kosten, die nicht nach IFRS 9 effektivzinskonstant verteilt werden und ggf. als Vermögenswert zu aktivieren sind, Identifizierung von Dienstleistungen mit Rückerstattungsklausel und Bilanzierung einer Rückerstattungsverpflichtung anstatt einer Rückstellung, Identifizierung und Abbildung aktiver und passiver Vertragsposten sowie die Ergänzung der bestehenden Anhangangaben.

Für die folgenden Standards, Standardänderungen und Interpretationen steht die Übernahme in europäisches Recht durch die EU-Kommission zum Tag der Aufstellung des Konzernabschlusses noch aus:

- **IFRS 16 Leasing**

Am 13. Januar 2016 hat das IASB den neuen Standard IFRS 16 zur Bilanzierung von Leasingverhältnissen veröffentlicht, der den bisherigen Standard IAS 17 in Verbindung mit den Interpretationen IFRIC 4, SIC-15 und SIC-27 ablöst. Der Anwendungsbereich umfasst grundsätzlich sämtliche Verträge, bei denen das Recht zur Nutzung eines Vermögenswertes bzw. dessen Beherrschung für eine vereinbarte Zeit gegen Entgelt übertragen wird.

Vorbehaltlich des noch ausstehenden Endorsements durch die EU erfolgt die verpflichtende Erstanwendung von IFRS 16 für Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Januar 2019 beginnen. Eine vorzeitige Anwendung zusammen mit der vollumfänglichen Anwendung des IFRS 15 Umsatzerlöse aus Kundenverträgen ist derzeit nicht geplant.

Die Auswirkungen des neuen Standards betreffen insbesondere die Bilanzierung des Bremer Landesbank-Konzerns als Leasingnehmer aufgrund der Abschaffung der bisherigen Unterscheidung nach Finance- und Operating-Lease-Verhältnissen. Mit IFRS 16 besteht künftig ein einheitliches Bilanzierungsmodell für Leasingnehmer, bei dem – mit gewissen Ausnahmen für kurzfristige Leasingverhältnisse und geringwertige Leasinggegenstände – Nutzungsrechtsvermögenswerte und Leasingverbindlichkeiten für Leasingverträge zu bilanzieren sind. Effekte auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns der Bremer Landesbank

ergeben sich insbesondere durch eine Bilanzverlängerung infolge der Bilanzierungspflicht für Nutzungsrechte und Verbindlichkeiten für Leasingverhältnisse, die derzeit unter IAS 17 als Operating-Lease-Verhältnisse bilanziert sind. Zudem kommt es aufgrund der Aufteilung des Aufwands in eine Abschreibungs- und eine Zinskomponente unter Anwendung der Effektivzinsmethode zu einem degressiven Aufwandsverlauf mit einer Vorverlagerung von Aufwand in die früheren Perioden der Laufzeit eines Leasingverhältnisses.

Eine detaillierte Analyse sowie Quantifizierung der Auswirkungen erfolgt derzeit im Rahmen eines Projekts zur Implementierung des IFRS 16. Potenzial zur Ausübung der gemäß IFRS 16 gewährten Wahlrechte werden vorwiegend für Leasingverhältnisse für Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie kurzfristig angemietete Wohnobjekte gesehen. Zudem wird der Konzern der Bremer Landesbank von den Wahlrechten Gebrauch machen, Leasingvereinbarungen über sonstige immaterielle Vermögenswerte nicht gemäß IFRS 16 zu bilanzieren und modifiziert retrospektiv den kumulativen Effekt im Eigenkapital zu zeigen.

- **Amendments zu IAS 7 Kapitalflussrechnung – Angabeninitiative**

Die Zielsetzung der ab 1. Januar 2017 anzuwendenden Änderung an IAS 7 besteht darin, die Informationen über die Veränderungen der Verschuldung des Unternehmens zu verbessern. Nach den Änderungen hat ein Unternehmen Angaben über die Änderungen solcher Finanzverbindlichkeiten zu machen, deren Einzahlungen und Auszahlungen in der Kapitalflussrechnung im Cashflow aus Finanzierungstätigkeit gezeigt werden.

In Bezug auf IAS 7 ergeben sich für den Konzernabschluss der Bremer Landesbank zusätzliche Ausweisanforderungen.

- **Amendments zu IAS 12 – Ansatz aktiver latenter Steuern auf unrealisierte Verluste**

Die Änderungen an IAS 12 dienen der Klarstellung, wie einige Regelungen beim Ansatz latenter Steueransprüche aus zum Fair Value bewerteten erworbenen Schuldinstrumenten anzuwenden sind. Zudem wird klargestellt, dass im Regelfall für alle abziehbaren temporären Differenzen insgesamt zu beurteilen ist, ob voraussichtlich künftig ein ausreichendes zu versteuerndes Ergebnis zu deren Nutzung zur Verfügung steht.

Für den Konzernabschluss der Bremer Landesbank werden sich keine Auswirkungen aus den ab dem 1. Januar 2017 anzuwendenden Änderungen an IAS 12 ergeben.

- **Amendments zu IAS 40 – Übertragungen von als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien**

Das IASB hat am 8. Dezember 2016 Änderungen an IAS 40 herausgegeben, um die Leitlinien für Übertragungen in den oder aus dem Bestand der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien zu verdeutlichen. Es wurde klargestellt, dass eine solche Übertragung nur bei Nutzungsänderungen erfolgen kann, für die es entsprechende Belege gibt, und dieser Grundsatz auch für in Bau oder Entwicklung befindliche Immobilien gilt. Die Liste von Belegen in IAS 40.57 wurde in eine nicht

abschließende Liste umgewandelt. Die Änderungen an IAS 40 treten für Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2018 beginnen.

Für die Änderungen an IAS 40 liegt im Konzern der Bremer Landesbank derzeit kein Anwendungsfall vor.

- **Verbesserungen der IFRS (Zyklus 2014 – 2016) im Rahmen des Annual Improvements Process des IASB**

Im Rahmen des annual improvement process wurden Änderungen an den drei Standards IFRS 1, IFRS 12 und IAS 28 vorgenommen. Mit der Anpassung in den einzelnen IFRS erfolgt die Streichung kurzfristiger Befreiungen für erstmalige Anwender sowie eine Klarstellung der bestehenden Regelungen bezüglich des Anwendungsbereichs von Angabevorschriften bzw. der Ausübung von Wahlrechten. Die Bremer Landesbank betreffende Änderungen sind im Konzern verpflichtend für Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Januar 2017 bzw. 1. Januar 2018 beginnen.

Aus den Klarstellungen der jährlichen Verbesserungen der IFRS (Zyklus 2014 – 2016) werden keine Einflüsse auf den Konzernabschluss der Bremer Landesbank erwartet.

Des Weiteren wurden nachfolgende Standardänderungen und Interpretationen noch nicht in europäisches Recht übernommen:

- Amendments zu IFRS 10 und IAS 28 – Veräußerung oder Einbringung von Vermögenswerten zwischen einem Investor und einem assoziierten Unternehmen oder Joint Venture
- Klarstellungen zu IFRS 15 – Umsatzerlöse aus Kundenverträgen
- IFRIC-Interpretation 22 – Transaktionen in fremder Währung und im Voraus gezahlte Gegenleistungen

Es werden aus diesen Änderungen derzeit keine bzw. keine wesentlichen Einflüsse auf den Konzernabschluss der Bremer Landesbank erwartet.

Die erstmalige Umsetzung der beschriebenen Standardänderungen ist zum jeweiligen Erstanwendungszeitpunkt vorgesehen.

(3) Konsolidierungsgrundsätze

Der Konzernabschluss des Bremer Landesbank-Konzerns, der nach konzerneinheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden aufgestellt wird, beinhaltet den Abschluss des Mutterunternehmens Bremer Landesbank und der von ihr beherrschten Tochterunternehmen. Beherrschung liegt vor, wenn ein Konzernunternehmen die Entscheidungsmacht über die wesentlichen geschäftlichen Aktivitäten eines anderen Unternehmens besitzt, einen Anspruch oder ein Recht auf variable Rückflüsse hat und mit seiner Entscheidungsmacht die Höhe dieser variablen Rückflüsse beeinflussen kann.

Neben originären Beteiligungen untersucht der Konzern auch seine Kundenbeziehungen auf Beherrschungstatbestände.

Die Beurteilung, ob der Konzern kreditfinanzierte Projektgesellschaften, die sich z. B. aufgrund der anhaltend schwierigen Lage auf den Schifffahrtmärkten in finanziellen Schwierigkeiten befinden, beherrscht und daher als Tochterunternehmen in den Konzernabschluss einzubeziehen hat, stellt eine wesentliche Ermessensentscheidung dar. Der Konzern ist infolge seiner Kreditbeziehung zu den Gesellschaften stets variablen Rückflüssen ausgesetzt. Für die Frage, ob er die jeweilige Gesellschaft beherrscht, ist entscheidend, ob er aufgrund seiner Rechte aus dem Kreditvertrag Bestimmungsmacht über die Gesellschaft hat und ob die Gesellschafter die Stellung als Prinzipal oder als Agent der Bremer Landesbank einnehmen. Letzteres beurteilt die Bank anhand der folgenden drei Faktoren: (1) Art und Umfang der Partizipation der Gesellschafter an den Chancen und Risiken der Gesellschaft, (2) Umfang der Entscheidungsmacht und (3) Kündigungsrechte der Bank. Der Konzern schätzt die Konsolidierungspflicht neu ein, wenn ein Kreditereignis (Event of Default) eingetreten ist oder sich die Struktur der Gesellschaft verändert hat.

Unternehmenszusammenschlüsse werden nach der Erwerbsmethode abgebildet. Dabei werden alle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten der Tochtergesellschaften zum Zeitpunkt der Erlangung des beherrschenden Einflusses mit ihrem Fair Value unter Berücksichtigung latenter Steuern angesetzt. Ein sich im Rahmen der Erstkonsolidierung etwa ergebender Goodwill wird unter den immateriellen Vermögenswerten ausgewiesen. Ein Goodwill wird mindestens jährlich auf seine Werthaltigkeit überprüft und gegebenenfalls außerplanmäßig abgeschrieben. Die nicht dem Mutterunternehmen zustehenden Anteile am Eigenkapital von Tochtergesellschaften werden innerhalb des Konzerneigenkapitals als nicht beherrschende Anteile ausgewiesen.

Konzerninterne Forderungen und Verbindlichkeiten sowie konzerninterne Aufwendungen und Erträge werden im Rahmen der Schulden- bzw. Aufwands- und Ertragskonsolidierung eliminiert. Zwischenergebnisse innerhalb des Konzerns werden im Rahmen der Zwischenergebniseliminierung konsolidiert.

Die Ergebnisse der im Laufe des Jahres hinzugekommenen oder abgegangenen Tochtergesellschaften werden entsprechend ab dem Erwerbszeitpunkt oder bis zum Abgangszeitpunkt in der Gewinn- und Verlust-Rechnung erfasst.

Ein Joint Venture ist eine gemeinschaftliche Vereinbarung, bei der die Parteien, die die gemeinschaftliche Führung der Vereinbarung innehaben, Rechte am Nettovermögen der Vereinbarung besitzen.

Ein assoziiertes Unternehmen ist ein Unternehmen, auf das der Investor maßgeblichen Einfluss hat.

Joint Ventures und assoziierte Unternehmen werden nach der Equity-Methode bewertet und als Anteile an at Equity bewerteten Unternehmen ausgewiesen. Nach der Equity-Methode werden die Anteile des Bremer Landesbank-Konzerns an dem assoziierten Unternehmen oder Joint Venture anfänglich mit den Anschaffungskosten angesetzt. Nachfolgend werden die Anteile um den Anteil des Konzerns an dem anfallenden Gewinn oder Verlust oder an dem sonstigen Ergebnis des assoziierten Unternehmens oder Joint Ventures erhöht oder vermindert. Wenn der Anteil des Bremer Landesbank-Konzerns an den Verlusten eines assoziierten Unternehmens oder Joint Ventures dem Wert der Anteile an diesem Unternehmen entspricht oder diesen übersteigt, werden keine weiteren Verlustbestandteile erfasst, es sei denn, der Konzern ist rechtliche oder faktische Verpflichtungen eingegangen bzw. leistet Zahlungen an Stelle des at Equity bewerteten Unternehmens.

Bei Transaktionen zwischen einem Konzernunternehmen und einem Joint Venture oder assoziierten Unternehmen werden Gewinne und Verluste im Umfang des Konzernanteils an dem entsprechenden Unternehmen eliminiert.

Eine Entkonsolidierung wird zu dem Zeitpunkt vorgenommen, ab dem kein beherrschender oder maßgeblicher Einfluss mehr besteht.

(4) Konsolidierungskreis

In den Konzernabschluss sind neben der Bremer Landesbank als Mutterunternehmen folgende Tochtergesellschaften einbezogen, an denen die Bremer Landesbank direkt oder indirekt mehr als 50% der Stimmrechte hält oder anderweitig einen beherrschenden Einfluss ausüben kann:

- BLB Immobilien GmbH, Bremen
- BLB Leasing GmbH, Oldenburg
- Bremische Grundstücks-GmbH, Bremen
- NORTHWEST VERMÖGEN Bremische Grundstücks-GmbH & Co. KG, Bremen
- NORTHWEST VERMÖGEN Vermietungs-GmbH & Co. KG, Bremen
- BGG Bremen GmbH & Co. KG, Bremen
- BGG Marktcarré GmbH & Co. KG, Bremen
- Nord/LB AM ARB Europe (Spezialfonds)

Im Mai 2016 wurde der Spezialfonds Nord/LB AM ARB Europe mit einem Volumen von 50 Mio. € neu aufgelegt; alleiniger Anteilseigner ist die BLB. Die Objektgesellschaft BGG Marktcarré GmbH & Co. KG wurde im zweiten Halbjahr neu gegründet. Nach Einbringung einer größeren Immobilie wird aus Wesentlichkeitsgründen seit Oktober 2016 die BGG Bremen GmbH & Co. KG in den Konzernabschluss der BLB einbezogen.

Am Ende des Geschäftsjahres werden die folgenden assoziierten Unternehmen gemäß IAS 28 nach der Equity-Methode bilanziert:

- Ammerländer Wohnungsbau-Gesellschaft mbH, Westerstede
- BREBAU GmbH, Bremen
- Bremische Wohnungsbaubeteiligungsgesellschaft mbH, Bremen
- GSG OLDENBURG Bau- und Wohngesellschaft mbH, Oldenburg
- Lazard-Sparkassen Rendite-Plus-Fonds

Das assoziierte Unternehmen Ammerländer Wohnungsbau-Gesellschaft mbH, Westerstede, wurde mit dem abweichenden Abschlussstichtag 31. Dezember 2015 nach der Equity-Methode bewertet, da die Gesellschaft ihren Abschluss erst nach der Abschlusserstellung des Bremer Landesbank-Konzerns erstellt.

Die aus der Veränderung des Konsolidierungskreises resultierenden Effekte haben keinen nennenswerten Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des BLB-Konzerns.

Die Tochtergesellschaften und assoziierten Unternehmen sowie die Beteiligungen können der Anteilsbesitzliste (Note (86)) entnommen werden.

(5) Währungsumrechnung

Auf fremde Währung lautende monetäre Vermögenswerte und Verpflichtungen und nicht monetäre Posten, die zum Fair Value angesetzt sind, werden mit den Referenzkursen der Europäischen Zentralbank (EZB-Referenzkurse) zum Bewertungsstichtag umgerechnet. Nicht monetäre Posten, die zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten angesetzt werden, sind mit historischen Kursen bewertet. Aufwendungen und Erträge in Fremdwährung werden mit marktgerechten Kursen umgerechnet. Währungsdifferenzen monetärer Posten schlagen sich grundsätzlich in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung nieder; bei nicht monetären Posten erfolgt die Vereinnahmung gemäß der Erfassung der Gewinne bzw. Verluste solcher Posten im sonstigen Ergebnis (OCI) oder in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung.

Zu konsolidierende ausländische Tochtergesellschaften, deren funktionale Währung nicht Euro ist, sind nicht vorhanden.

(6) Zinsen und Provisionen

Erträge werden vereinnahmt, wenn der wirtschaftliche Nutzen aus dem Geschäft dem BLB-Konzern mit hinreichender Wahrscheinlichkeit zufließen wird und die Höhe der Erträge und der verbundenen Aufwendungen verlässlich bestimmt werden kann. Sie werden mit dem Fair Value der erhaltenen bzw. zu beanspruchenden Gegenleistung bewertet.

Zinsen aus verzinslichen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten werden unter Berücksichtigung der Effektivzinsmethode auf zeitanteiliger Basis realisiert und in der Position Zinserträge bzw. Zinsaufwendungen ausgewiesen.

Aufwendungen und Erträge aus negativen Zinserträgen und positiven Zinsaufwendungen werden auf Basis des dem jeweiligen Sachverhalt entsprechenden Grundgeschäftes gebucht. Negative Zinsen aus bilanziellen Forderungen werden damit als Abzugsposition innerhalb der Zinserträge und positive Zinsen aus bilanziellen Verbindlichkeiten als Abzugsposition innerhalb der Zinsaufwendungen erfasst.

Bei Wertminderungen von zinstragenden Vermögenswerten wird der Zinsertrag auf Basis des Zinssatzes ermittelt, der zur Bestimmung der Wertminderung genutzt wurde (Unwinding).

Dividendenerträge werden bei Entstehung des Rechtsanspruchs auf die Dividende in der Position Zinserträge erfasst.

Provisionserträge werden im Zeitpunkt der Erbringung der Dienstleistung in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung erfasst. Bei Leistungserbringung über mehrere Perioden werden die Erträge aus Dienstleistungsgeschäften nach Maßgabe des Fertigstellungsgrades des Geschäfts am Bilanzstichtag erfasst.

(7) Finanzinstrumente

Ein Finanzinstrument ist definiert als Vertrag, der bei einem Unternehmen zu einem finanziellen Vermögenswert und bei einem anderen Unternehmen zu einer finanziellen Verpflichtung oder zu einem Eigenkapitalinstrument führt. Die Finanzinstrumente der Bremer Landesbank sind bilanziell entsprechend erfasst. Sie werden gemäß den Vorgaben des IAS 39 den Haltekategorien zugeordnet und in Abhängigkeit der Zuordnung bewertet.

Die Finanzinstrumente beinhalten Finanzgarantien gemäß der Definition des IAS 39.

Die Klassenbildung gemäß IFRS 7.6 orientiert sich an den IAS-39-Haltekategorien, die einzelnen Bilanzposten entsprechen. Zusätzliche Klassen bilden die Barreserve, Hedge Accounting-Derivate, Finanzgarantien und unwiderrufliche Kreditzusagen. Eine Überleitung der Klassen auf die Bilanzposten wird durch die Erläuterung der Zusammensetzung der entsprechenden Posten ermöglicht. Die Risikoklassen nach IFRS 13 basieren primär auf den Bilanzpositionen und werden in Note (58) dargestellt. Vereinzelt werden die Bilanzpositionen nach Produktarten gegliedert und somit die Fair Values entsprechend der Risikoklasse angegeben.

Zugang und Abgang von Finanzinstrumenten

Der Bilanzansatz eines finanziellen Vermögenswertes oder einer finanziellen Verpflichtung erfolgt, wenn der Konzern Vertragspartei zu den vertraglichen Regelungen des Finanzinstruments wird. Bei regulären Kassakäufen oder -verkäufen von finanziellen Vermögenswerten fallen Handels- und Erfüllungstag im Allgemeinen auseinander. Für diese regulären Kassakäufe oder -verkäufe besteht

ein Wahlrecht der Bilanzierung zum Handelstag (Trade Date Accounting) oder zum Erfüllungstag (Settlement Date Accounting). Im Konzern erfolgt für alle finanziellen Vermögenswerte bei Ansatz und Abgang Trade Date Accounting.

Die Abgangsvorschriften des IAS 39 richten sich sowohl nach dem Konzept der Chancen und Risiken als auch nach dem der Verfügungsmacht, wobei bei der Prüfung von Ausbuchungsvorgängen die Bewertung der Chancen und Risiken aus dem Eigentum Vorrang vor der Bewertung der Übertragung der Verfügungsmacht hat.

Bei einer nur teilweisen Übertragung der Chancen und Risiken und der Zurückbehaltung von Verfügungsmacht kommt der Continuing-Involvement-Ansatz zur Anwendung. Der finanzielle Vermögenswert wird dabei unter Berücksichtigung spezieller Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden in dem Umfang erfasst, der seinem fortdauernden Engagement (Continuing Involvement) entspricht. Die Höhe des Continuing Involvement bestimmt sich aus dem Umfang, in dem der Konzern weiterhin das Risiko von Wertänderungen des übertragenen Vermögenswertes trägt.

Eine finanzielle Verpflichtung (oder ein Teil einer finanziellen Verpflichtung) wird ausgebucht, wenn sie erloschen ist, d. h. wenn die im Vertrag genannten Verpflichtungen beglichen, aufgehoben oder ausgelaufen sind. Auch der Rückerwerb eigener Schuldtitel fällt unter die Ausbuchung finanzieller Verpflichtungen. Unterschiedsbeträge beim Rückkauf zwischen dem Buchwert der Verpflichtung (einschließlich Agien und Disagien) und dem Kaufpreis werden erfolgswirksam erfasst; bei Wiederveräußerung zu einem späteren Zeitpunkt entsteht eine neue finanzielle Verpflichtung, deren Anschaffungskosten dem Veräußerungserlös entsprechen. Unterschiedsbeträge zwischen diesen neuen Anschaffungskosten und dem Rückzahlungsbetrag werden nach der Effektivzinsmethode über die Restlaufzeit des Schuldtitels verteilt.

Kategorisierung finanzieller Vermögenswerte und Verbindlichkeiten und ihre Bewertung

Die erstmalige Erfassung von finanziellen Vermögenswerten bzw. finanziellen Verpflichtungen erfolgt zum Fair Value. Für die im Konzernabschluss erfassten Finanzgarantien wird die Nettomethode verwendet. Bei Finanzinstrumenten der Kategorien LaR, Held to Maturity (HtM), AfS und Other Liabilities (OL) werden Transaktionskosten in die Anschaffungskosten einbezogen, soweit sie direkt zurechenbar sind. Sie werden im Rahmen der effektivzinskonstanten Verteilung der Agien und Disagien auf den Nominalwert bzw. Rückzahlungsbetrag berücksichtigt. Bei Finanzinstrumenten der Kategorie aFV werden die Transaktionskosten sofort erfolgswirksam erfasst.

Die Folgebewertung von finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen richtet sich danach, welcher Kategorie nach IAS 39 sie zum Zeitpunkt ihres Erwerbs zugeordnet werden:

Loans and Receivables (LaR – Kredite und Forderungen)

Dieser Kategorie werden nicht derivative finanzielle Vermögenswerte mit festen oder bestimmaren Zahlungen, die nicht in einem aktiven Markt notiert sind, zugeordnet, soweit sie nicht als aFV oder AfS kategorisiert sind. Die Kategorie LaR ist die umfangreichste im Konzern, da hier im Wesentlichen das gesamte klassische Kredit- und Darlehensgeschäft abgebildet wird. Die Folgebewertung erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten (Amortised Cost) unter Anwendung der Effektivzinsmethode. Agien bzw. Disagien werden über die Laufzeit verteilt erfolgswirksam berücksichtigt. Zu jedem Bilanzstichtag sowie bei Hinweisen auf potenzielle Wertminderungen werden LaR auf Werthaltigkeit geprüft und gegebenenfalls wertberichtigt (siehe Note (34)). Bei Vorliegen einer Wertminderung (Impairment) wird diese bei der Fortschreibung der fortgeführten Anschaffungskosten erfolgswirksam berücksichtigt. Wertaufholungen werden erfolgswirksam vorgenommen. Die Obergrenze der Wertaufholung bilden die fortgeführten Anschaffungskosten, die sich zum Bewertungszeitpunkt ohne Wertminderungen ergeben hätten. Zinserträge werden im Zinsüberschuss, Provisionserträge werden im Provisionsüberschuss ausgewiesen.

Held to Maturity (HtM – bis zur Endfälligkeit gehaltene Finanzinstrumente)

Dieser Kategorie können nicht derivative finanzielle Vermögenswerte mit festen oder bestimmaren Zahlungen sowie einer festen Laufzeit zugeordnet werden, für die die Absicht und Fähigkeit besteht, sie bis zur Endfälligkeit zu halten. Die Folgebewertung erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten (Amortised Cost) unter Anwendung der Effektivzinsmethode. Im Konzernabschluss findet die Kategorie Held to Maturity gegenwärtig keine Anwendung.

Financial Assets or Financial Liabilities at Fair Value through Profit or Loss
(aFV – erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte oder Verpflichtungen)

Diese Kategorie umfasst zwei Unterkategorien:

Held for Trading (HfT – zu Handelszwecken gehalten)

Diese Unterkategorie umfasst Finanzinstrumente (Handelsaktiva und Handelspassiva), die mit der Absicht erworben wurden, Gewinne aus kurzfristigen Käufen und Verkäufen zu erzielen, und beinhaltet sämtliche Derivate, soweit sie nicht Sicherungsinstrumente im Rahmen des Hedge Accountings darstellen. Handelsaktiva setzen sich im Wesentlichen aus Anleihen und Schuldverschreibungen sowie Derivaten mit positivem Fair Value zusammen. Handelspassiva umfassen im Wesentlichen Derivate mit negativem Fair Value. Handelsaktiva und Handelspassiva werden im Rahmen der Folgebewertung erfolgswirksam zum Fair Value erfasst. Eine separate effektivzinskonstante Amortisation von Agien und Disagien erfolgt nicht. Zinserträge und -aufwendungen werden im Zinsüberschuss ausgewiesen. Effekte aus Veränderungen des Fair Value sowie das Provisionsergebnis werden im Ergebnis aus erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten ausgewiesen.

Designated at Fair Value through Profit or Loss (dFV – zum Fair Value designierte Finanzinstrumente)

Dieser als Fair-Value-Option bekannten Unterkategorie können, bei Erfüllung bestimmter Voraussetzungen, sämtliche Finanzinstrumente zugeordnet werden. Durch die Ausübung der Fair-Value-Option können die aus den unterschiedlichen Bewertungsmethoden entstehenden Ansatz- und Bewertungsinkongruenzen vermieden bzw. signifikant verringert werden (z.B. durch Abbildung wirtschaftlicher Sicherungsbeziehungen ohne die restriktiven Anforderungen des Hedge Accountings). Des Weiteren ist es durch Zuordnung zu dieser Kategorie möglich, auf eine Separierung strukturierter Produkte zu verzichten. Erläuterungen zu Art und Umfang der Anwendung der Fair-Value-Option im Konzern ist in Note (69) dargestellt. Finanzinstrumente, für die die Fair-Value-Option angewandt wird, werden in der entsprechenden Bilanzposition ausgewiesen und im Rahmen der Folgebewertung erfolgswirksam zum Fair Value bewertet. Eine effektivzinskonstante Amortisation im Zinsergebnis erfolgt nicht. Zinserträge und -aufwendungen werden im Zinsüberschuss ausgewiesen. Ergebnisse aus der Fair-Value-Bewertung sowie das Provisionsergebnis werden im Ergebnis aus erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten ausgewiesen.

Available for Sale (AfS – zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte)

Alle nicht derivativen finanziellen Vermögenswerte, die keiner der vorgenannten Kategorien zugewiesen wurden, sind dieser Kategorie zugeordnet. Dabei handelt es sich insbesondere um Anleihen und Schuldverschreibungen sowie Aktien und Beteiligungen, die nicht gemäß IFRS 10, IFRS 11 oder IAS 28 bewertet werden. Die Folgebewertung wird zum Fair Value vorgenommen; ist der Fair

Value für Finanzinvestitionen in Eigenkapitalinstrumente wie z. B. bestimmte Aktien oder Beteiligungen, für die kein auf einem aktiven Markt notierter Preis vorliegt (sowie Derivate auf solche), nicht verlässlich ermittelbar, erfolgt die Bewertung zu Anschaffungskosten. Das Ergebnis aus der Fair-Value-Bewertung wird im sonstigen Ergebnis in einer gesonderten Eigenkapitalposition (Neubewertungsrücklage) ausgewiesen. Bei Veräußerung des finanziellen Vermögenswertes wird das in der Neubewertungsrücklage bilanzierte kumulierte Bewertungsergebnis aufgelöst und in der Konzern-Gewinn-und-Verlust-Rechnung erfasst.

Unterschiede zwischen Anschaffungskosten und Rückzahlungsbetrag werden bei Fremdkapitaltiteln mittels der Effektivzinsmethode erfolgswirksam amortisiert. Zinserträge werden im Zinsüberschuss, Provisionserträge werden im Provisionsüberschuss ausgewiesen.

Eine Wertberichtigung (Impairment) erfolgt nur bei Vorliegen einer bonitätsinduzierten Wertminderung. Die Überprüfung des Vorliegens einer bonitätsinduzierten Wertminderung wird anhand bestimmter objektiver Faktoren vorgenommen. Objektive Faktoren sind in diesem Zusammenhang die in IAS 39 aufgeführten Trigger Events, wie insbesondere erhebliche finanzielle Schwierigkeiten des Emittenten bzw. des Schuldners oder Vertragsbruch, wie z. B. Ausfall oder Verzug der Zins- oder Tilgungszahlungen. Bei Eigenkapitaltiteln ist neben dem Kriterium der Dauerhaftigkeit ein wesentlicher Rückgang des Fair Value unter die Anschaffungskosten ein objektiver Hinweis auf eine Wertminderung.

Bei bonitätsinduzierten Wertminderungen ist der Unterschiedsbetrag zwischen dem Buchwert und dem aktuellen Fair Value in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung zu berücksichtigen. Wertaufholungen bei Fremdkapitalinstrumenten werden für den Teil der Aufholung, der dem wertberichtigten Betrag entspricht, erfolgswirksam in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung und darüber hinaus im sonstigen Ergebnis (OCI) erfasst. Wertaufholungen bei Eigenkapitalinstrumenten – soweit nicht zu Anschaffungskosten bewertet – werden stets im sonstigen Ergebnis (OCI) erfasst.

Other Liabilities (OL – sonstige finanzielle Verbindlichkeiten)

Zu dieser Kategorie zählen insbesondere Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden, verbrieftete Verbindlichkeiten sowie das Nachrangkapital. Die Folgebewertung erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten (Amortised Cost) unter Anwendung der Effektivzinsmethode. Zinsaufwendungen werden im Zinsüberschuss, Provisionsaufwendungen werden im Provisionsüberschuss ausgewiesen.

Die Buchwerte und Nettoergebnisse pro Bewertungskategorie finden sich in Note (59) und Note (60).

Umwidmung

Gemäß den Vorschriften des IAS 39 sind unter bestimmten Voraussetzungen Umwidmungen von Finanzinstrumenten aus der Kategorie HfT (Handelsaktiva) in die Kategorien LaR, HtM und AfS und aus der Kategorie AfS in die Kategorien LaR und HtM erlaubt. Im Bremer Landesbank-Konzern wurde von diesen Umwidmungswahlrechten kein Gebrauch gemacht.

Ermittlung des Fair Value

Die der Wertermittlung von Finanzinstrumenten zugrunde liegende Einheit (Unit of Account) wird grundsätzlich durch IAS 39 bestimmt. Im Bremer Landesbank-Konzern stellt das einzelne Finanzinstrument die Bewertungseinheit dar, sofern IFRS 13 keine Ausnahme vorsieht.

Der Fair Value von Finanzinstrumenten nach IAS 39 in Verbindung mit IFRS 13 spiegelt den Preis wider, zu dem im Rahmen einer gewöhnlichen Transaktion zwischen Marktteilnehmern am Bewertungsstichtag ein Vermögenswert verkauft oder eine Verbindlichkeit übertragen werden kann, d.h., der Fair Value ist ein marktbezogener und kein unternehmensspezifischer Wert. Nach IFRS 13 ist der Fair Value der Preis, der entweder direkt beobachtbar ist, oder ein durch eine Bewertungsmethode ermittelter Preis, der bei einer gewöhnlichen Transaktion, d.h. einer Veräußerung bzw. einem Transfer, auf dem Hauptmarkt bzw. dem vorteilhaftesten Markt am Bewertungsstichtag zu erzielen wäre. Es handelt sich somit um einen Exit Price, d. h., der Bewertung zum Bewertungsstichtag liegt stets eine fiktive mögliche Markttransaktion zugrunde. Besteht ein Hauptmarkt, stellt der Preis auf diesem Markt den Fair Value dar, unabhängig davon, ob der Preis direkt beobachtbar ist oder auf Basis einer Bewertungsmethode ermittelt wird. Dies gilt auch dann, wenn der Preis in einem anderen Markt potenziell vorteilhafter ist.

a) Finanzinstrumente, die zum Fair Value in der Bilanz ausgewiesen werden

Im Bremer Landesbank-Konzern wird die dreistufige Fair-Value-Hierarchie mit der im IFRS 13 vorgesehenen Terminologie Level 1 (Mark to Market), Level 2 (Mark to Matrix) und Level 3 (Mark to Model) eingesetzt.

Das jeweilige Level bestimmt sich nach den verwendeten Eingangsdaten, die zur Bewertung herangezogen werden, und spiegelt die Marktnähe der in die Ermittlung des Fair Value eingehenden Variablen wider. Werden bei der Fair-Value-Ermittlung Eingangsdaten aus verschiedenen Leveln der Hierarchie verwendet, wird der sich ergebende Fair Value des jeweiligen Finanzinstruments dem niedrigsten Level zugeordnet, dessen Eingangsdaten einen wesentlichen Einfluss auf die Fair-Value-Bewertung haben.

Level 1

Im Rahmen der Fair-Value-Hierarchie wird ein Finanzinstrument in Level 1 eingestuft, soweit dieses auf einem aktiven Markt gehandelt wird und zur Bestimmung des Fair Value öffentlich notierte Börsenkurse oder tatsächlich gehandelte Preise am Over-the-Counter-Markt (OTC-Markt) Anwendung finden. Ein aktiver Markt liegt vor, wenn notierte Preise an einer Börse, von einem Händler, Broker, einer Branchengruppe, einem Pricing Service oder einer Aufsichtsbehörde leicht und regelmäßig erhältlich sind und diese Preise aktuelle und regelmäßig auftretende Markttransaktionen wie unter unabhängigen Dritten darstellen. Sofern keine Börsenkurse und keine tatsächlich gehandelten Preise am OTC-Markt erhältlich sind, werden bei der Bewertung zur Wertermittlung grundsätzlich ausführbare Preisnotierungen von Händlern bzw. Brokern genutzt. Dabei finden beim Rückgriff auf

andere beobachtbare Preisquellen Börsenquotierungen Verwendung, die von anderen Banken oder Market Makern eingestellt werden. Diese Instrumente werden dann Level 1 zugeordnet, wenn für diese Brokerquotierungen ein aktiver Markt vorliegt, d.h., dass nur geringe Geld-Brief-Spannen, mehrere Preislieferanten mit nur geringfügig abweichenden Preisen und regelmäßige Preisfeststellungen existieren. Stellen die Brokerquotierungen (Misch-)Preise dar oder erfolgt die Preisfeststellung auf einem nicht aktiven Markt, werden sie nicht Level 1, sondern Level 2 der Bewertungshierarchie zugeordnet, soweit es sich um bindende Angebote oder beobachtbare Preise bzw. Markttransaktionen handelt.

Die Übernahme der Level-1-Preise erfolgt ohne Anpassung. Zu Level-1-Finanzinstrumenten gehören zum Fair Value bilanzierte Finanzanlagen.

Level 2

Für den Fall, dass nicht auf Preisnotierungen auf aktiven Märkten zurückgegriffen werden kann, wird der Fair Value über anerkannte Bewertungsmethoden bzw. -modelle sowie über externe Pricing Services ermittelt, sofern die Bewertung dort ganz oder in wesentlichen Teilen über beobachtbare Eingangsdaten wie Spread-Kurven erfolgt (Level 2). Im Bereich der Bewertung von Finanzinstrumenten zählen hierzu unter üblichen Marktbedingungen am Markt etablierte Bewertungsmodelle (z. B. Discounted-Cashflow-Methode und White-Modell für Optionen), deren Berechnungen grundsätzlich auf am Markt verfügbaren Eingangsparametern basieren. Es gilt die Maßgabe, dass Einflussgrößen in die Bewertung einbezogen werden, die ein Marktteilnehmer bei der Preisfestsetzung berücksichtigen würde. Die entsprechenden Parameter werden – sofern möglich – dem Markt entnommen, auf dem das Instrument emittiert oder erworben wurde.

Bewertungsmodelle werden vor allem bei OTC-Derivaten und für auf inaktiven Märkten notierte Wertpapiere eingesetzt. In die Modelle fließen verschiedene Parameter ein, wie beispielsweise Marktpreise und andere Marktnotierungen, risikolose Zinskurven, Risikoaufschläge, Wechselkurse und Volatilitäten. Für notwendige Modellparametrisierungen wird stets ein marktüblicher Ansatz gewählt.

Für die Level-2-Bewertungen werden im Allgemeinen diejenigen Marktdaten verwendet, die bereits als Grundlage für das Risikocontrolling Anwendung finden.

Für Wertpapiere der Aktivseite, für die kein aktiver Markt vorliegt und bei denen zur Bewertung nicht mehr auf Marktpreise zurückgegriffen werden kann, ist für Bewertungszwecke eine Fair-Value-Ermittlung auf Basis von diskontierten Cashflows vorzunehmen. Bei der Discounted-Cashflow-Methode werden alle Zahlungen mit der um den Credit Spread adjustierten risikolosen Zinskurve diskontiert. Die Spreads werden auf Grundlage vergleichbarer Finanzinstrumente (beispielsweise unter Berücksichtigung des jeweiligen Marktsegments und der Emittentenbonität) ermittelt.

Die Feststellung, welches Finanzinstrument im Bremer Landesbank-Konzern auf diese Weise zu bewerten ist, erfolgt auf Einzeltitelbasis und einer darauf aufbauenden Trennung in aktive und inaktive

Märkte. Eine veränderte Einschätzung des Marktes wird kontinuierlich bei der Bewertung herangezogen. Die Identifizierung, Analyse und Beurteilung von Finanzinstrumenten auf inaktiven Märkten erfolgt in verschiedenen Bereichen des Konzerns, wodurch eine möglichst objektive Einschätzung der Inaktivität gewährleistet wird. Das Bewertungsmodell für Finanzinstrumente, für die keine quotierten Preise auf aktiven Märkten nutzbar sind, basiert dabei auf laufzeitspezifischen Zinssätzen, der Bonität des jeweiligen Emittenten und gegebenenfalls weiteren Komponenten wie beispielsweise Fremdwährungsaufschlägen.

Zu Level-2-Finanzinstrumenten gehören Handelsaktiva und -passiva, Hedge Accounting-Derivate, sonstige Aktiva sowie zum Fair Value bilanzierte Finanzanlagen.

Für die im Bestand befindlichen CDS, die sämtlich dem alten CDS-Protokoll folgen, lagen zum Abschlussstichtag keine CDS-Spreadquotierungen vor, da CDS-Quotierungen seit Einführung des neuen CDS-Protokolls nur noch für CDS nach dem neuen Protokoll gestellt werden. Die Ermittlung der Fair Values dieser CDS erfolgte daher auf Basis der Spreadquotierungen für vergleichbare CDS nach dem neuen Protokoll. Auf diese Weise bewertete CDS wurden dem Level 2 zugeordnet.

Level 3

Finanzinstrumente, für die kein aktiver Markt existiert und für deren Bewertung in signifikantem Umfang auf unbeobachtbare Marktparameter zurückgegriffen werden muss, sind dem Level 3 zuzuordnen. Im Vergleich und in Abgrenzung zur Level-2-Bewertung werden bei der Level-3-Bewertung grundsätzlich sowohl institutsspezifische Modelle verwendet oder Daten im wesentlichen Umfang einbezogen, welche nicht am Markt beobachtbar sind. Die in diesen Methoden verwendeten Eingangsparameter beinhalten Annahmen über Zahlungsströme, Verlustschätzungen und den Diskontierungszinssatz und werden soweit möglich marktnah erhoben.

Zu Level-3-Finanzinstrumenten gehören zum Fair Value bilanzierte Finanzanlagen.

Fair-Value-Ermittlung

Sämtliche im Konzern eingesetzte Bewertungsmodelle werden periodisch überprüft. Die Fair Values unterliegen internen Kontrollen und Verfahren im Bremer Landesbank-Konzern. Diese Kontrollen und Verfahren werden im Bereich Finanzen bzw. Risikocontrolling durchgeführt bzw. koordiniert. Die Modelle, die einfließenden Daten und die daraus resultierenden Fair Values werden regelmäßig überprüft.

Bei der Wertermittlung werden alle relevanten Faktoren wie Geld-Brief-Spanne, Kontrahentenausfallrisiken oder geschäftstypische Diskontierungsfaktoren in angemessener Weise berücksichtigt. Im Kontext der Geld-Brief-Spanne erfolgt eine Bewertung grundsätzlich zum Mittelkurs bzw. Mittelnotation. Betroffene Finanzinstrumente sind insbesondere Wertpapiere oder Verbindlichkeiten, deren Fair Value auf Preisnotierungen an aktiven Märkten beruhen, sowie Finanzinstrumente wie z. B.

OTC-Derivate, deren Fair Value mittels einer Bewertungsmethode ermittelt wird und für die die Mittelnotation einen beobachtbaren Inputparameter der Bewertungsmethode darstellt.

Zudem wurde das Wahlrecht zur Ermittlung des Kontrahentenausfallrisikos (Credit Value Adjustment (CVA)/Debit Value Adjustment (DVA)) auf Basis der Nettorisikoposition nach IFRS 13.48 in Anspruch genommen. Eine Allokation des CVA/DVA auf Einzelgeschäfte in der Bilanz erfolgt auf Grundlage des sogenannten Relative Credit Adjustment Approach.

Für Derivate von OTC-Märkten liegen im Allgemeinen keine quotierten Preise vor, sodass der Fair Value mit anderen Bewertungsverfahren ermittelt wird. Die Bewertung erfolgt zunächst über Cashflow-Modelle ohne Berücksichtigung des Kreditausfallrisikos. Bei der korrekten Fair-Value-Bewertung müssen sowohl das Kreditausfallrisiko des Kontrahenten (CVA) als auch das eigene Kreditausfallrisiko (DVA) berücksichtigt werden. Die Berücksichtigung erfolgt mittels eines Add-on-Verfahrens.

Für die Bewertung von besicherten OTC-Derivaten hat der Bremer Landesbank-Konzern im Wesentlichen auf den aktuellen Marktstandard Overnight Index Swap Discounting (OIS Discounting) umgestellt. Dies bedeutet, dass besicherte Derivate nicht mehr mit dem tenorspezifischen Zinssatz diskontiert werden, sondern mit der OIS-Zinskurve. Die Diskontierung im Rahmen der Fair-Value-Bewertung von ungesicherten Derivaten erfolgt weiterhin mit einem tenorspezifischen Zinssatz.

Zudem wurde im NORD/LB-Konzern seit dem ersten Quartal 2016 erstmals ein Funding Valuation Adjustment (FVA) berücksichtigt, welches die marktimplizierten Refinanzierungskosten für nicht besicherte derivative Positionen darstellt. Hieraus resultiert für den Berichtszeitraum ein Effekt in Höhe von 1,3 Mio. € auf das Handelsergebnis.

b) Finanzinstrumente, die für Offenlegungszwecke mit dem Fair Value ausgewiesen werden

Grundsätzlich gelten für Finanzinstrumente, für die ein Fair Value allein für Offenlegungszwecke ermittelt wird, dieselben Vorschriften zur Ermittlung des Fair Value wie für Finanzinstrumente, deren Fair Value in der Bilanz ausgewiesen wird. Zu diesen Finanzinstrumenten zählen beispielsweise die Barreserve, Forderungen an und Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden, gewisse Schuldverschreibungen und Unternehmensanteile sowie verbrieftete Verbindlichkeiten und das Nachrangkapital.

Für die Barreserve sowie kurzfristige Forderungen an und Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden (Sichteinlagen) wird aufgrund der Kurzfristigkeit der Nominalwert als Fair Value angesehen.

Für Wertpapiere und Verbindlichkeiten kommen in der Praxis analog den in der Bilanz zum Fair Value angesetzten Finanzinstrumenten verschiedene Bewertungsformen (z. B. Markt- oder Vergleichspreise oder Bewertungsmodelle), i. d. R. aber ein Bewertungsverfahren (Discounted-Cashflow-Modell), zum Einsatz. Zur Wertermittlung in diesem Bewertungsmodell wird häufig eine risikolose Zinsstrukturkurve

herangezogen und um Risikoaufschläge sowie gegebenenfalls weitere Komponenten adjustiert. Für Verbindlichkeiten wird dabei das eigene Kreditausfallrisiko der Bremer Landesbank als Risikoaufschlag herangezogen. Eine entsprechende Levelzuordnung in die bestehende Fair-Value-Hierarchie wird je nach Signifikanz der Eingangsdaten vorgenommen.

Für langfristige Forderungen an und Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden sowie für Einlagen stehen keine beobachtbaren Marktpreise zur Verfügung, da weder beobachtbare Primär- noch Sekundärmärkte existieren. Die Ermittlung des Fair Value für diese Finanzinstrumente erfolgt mithilfe anerkannter Bewertungsverfahren (Discounted-Cashflow-Modell). Eingangsdaten dieses Modells sind der risikolose Zinssatz, ein Risikoaufschlag sowie gegebenenfalls weitere Aufschläge zur Abdeckung von Verwaltungs- und Eigenkapitalkosten.

Entsprechend sind Finanzinstrumente dem Level 3 zuzuordnen, sofern im Verfahren die von der Bremer Landesbank verwandten internen Ratings des Internal Ratings-based Approach (gemäß Basel II) genutzt werden. Dies gilt unabhängig davon, dass die internen Daten für die aufsichtsrechtliche Zulassungsprüfung mit Daten aus öffentlich verfügbaren Ratings kalibriert wurden, welche Grundlage von Preisentscheidungen von Marktteilnehmern sind.

Weitere Angaben zur Fair-Value-Hierarchie und den Fair Values von Finanzinstrumenten finden sich in Note (58).

Bewertung von Beteiligungen, die nicht unter IFRS 10, IFRS 11 oder IAS 28 fallen

Beteiligungen, die nicht unter IFRS 10, IFRS 11 oder IAS 28 fallen, werden zum Fair Value bewertet. Sofern der Fair Value bei Finanzinvestitionen in Eigenkapitalinstrumente, für die kein auf einem aktiven Markt notierter Preis vorliegt, nicht verlässlich ermittelbar ist, erfolgt die Bewertung zu Anschaffungskosten.

Soweit Beteiligungen auf einem aktiven Markt gehandelt werden, findet zur Bestimmung des Fair Value der Markt-/Börsenpreis Verwendung. Für den Fall, dass nicht auf Preisnotierungen auf aktiven Märkten zurückgegriffen werden kann, wird der Fair Value über anerkannte Bewertungsverfahren ermittelt. Dazu gehört das im Konzern grundsätzlich angewandte Ertragswertverfahren. Sofern verlässlich ermittelbar, wird dieses Verfahren in der Fair-Value-Hierarchie nach IFRS 13 dem Level 3 zugeordnet (vgl. Note (58)).

Der Fair Value wird beim Ertragswertverfahren aus dem Barwert der mit dem Eigentum an dem Unternehmen verbundenen zukünftigen Nettozuflüsse an die Unternehmenseigner (Zukunftserfolgswert) ermittelt.

Die zur Ermittlung des Ertragswerts abzusendenden Nettoeinnahmen der Unternehmenseigner ergeben sich vorrangig aus den Ausschüttungen der vom Unternehmen erwirtschafteten finanziellen Überschüsse. Ausgangspunkt der Ermittlung des beizulegenden Wertes der Beteiligung ist folglich eine Prognose über die Ergebnisentwicklung des Jahres 2016 sowie eine Detailplanung für das Jahr

2017 und gegebenenfalls Mittelfristplanung über die folgenden bis zu vier Jahre (Planungsphase I). Für die Folgejahre, die über den Planungshorizont hinausgehen, wird i. d. R. eine ewige Lebensdauer der Unternehmung unterstellt. Dazu wird eine sogenannte ewige Rente ermittelt (Planungsphase II). Zukunftserfolge werden unter Berücksichtigung der erwarteten Ausschüttungen auf den Bilanzstichtag abgezinst.

Der verwendete Diskontierungszinssatz repräsentiert die Rendite aus einer zur Investition in das Beteiligungsunternehmen adäquaten Alternativanlage hinsichtlich Fristigkeit sowie Risiko und wird auf Basis eines Kapitalmarktmodells abgeleitet. Der Diskontierungszinssatz setzt sich aus den Komponenten risikofreier Zinssatz sowie Risikozuschlag aufgrund des Risikos künftiger finanzieller Überschüsse zusammen. Der Risikozuschlag stellt dabei das Produkt aus einer durchschnittlichen Marktrisikoprämie und dem Betafaktor dar, der die unternehmensspezifische Risikostruktur des jeweils zu bewertenden Unternehmens zum Ausdruck bringt. Als relatives Maß beschreibt der Betafaktor, in welchem Ausmaß die Rendite des betreffenden Wertpapiers an dem Beteiligungsunternehmen in Relation zu der Rendite des Marktportfolios steht.

Zur Bewertung von Beteiligungen an nicht börsennotierten Unternehmen werden Vergleichsgruppen vergleichbarer börsengehandelter Titel gebildet und für jeden Einzelwert das Beta in Relation zum jeweiligen landesweiten Index berechnet. In Summe fließt der auf diese Weise ermittelte Betafaktor der Vergleichsgruppe als wesentlich wertbestimmender Multiplikator in die Berechnung des Kapitalisierungszinses ein.

Das Raw Beta stellt dabei das historische Beta eines Unternehmens dar, wie es sich aus einer linearen Regression der Aktienrendite gegen die Rendite des Marktportfolios ergibt. Alternativ zur Verwendung des Raw Beta repräsentiert das Adjusted Beta eine Schätzung der künftigen Betaentwicklung. Im Rahmen einer einheitlichen Vorgehensweise im Bremer Landesbank-Konzern wird der Adjusted Betafaktor genutzt, um die Volatilität der Beteiligungsbewertung im Zeitablauf zu glätten.

Strukturierte Produkte

Strukturierte Produkte setzen sich aus zwei Bestandteilen – einem oder mehreren eingebetteten derivativen Finanzinstrumenten (Embedded Derivatives, z.B. Swaps, Futures, Caps) und einem Basisvertrag (Host Contract, z.B. Finanzinstrumente) – zusammen. Beide Bestandteile sind Gegenstand nur eines Vertrages über das strukturierte Produkt, d.h., diese Produkte bilden eine rechtliche Einheit und können aufgrund der Vertragseinheit nicht getrennt voneinander gehandelt werden.

Nach IAS 39 ist ein eingebettetes Derivat vom Basisvertrag zu trennen und als eigenständiges Derivat zu bilanzieren, sofern folgende Kriterien kumulativ erfüllt sind:

- Die wirtschaftlichen Merkmale und Risiken des eingebetteten Derivats sind nicht eng mit den wirtschaftlichen Merkmalen und Risiken des Basisvertrages verbunden.

- Ein eigenständiges Derivat mit den gleichen Bedingungen wie das eingebettete derivative Finanzinstrument würde die Definition eines derivativen Finanzinstruments erfüllen.
- Das strukturierte Produkt wird nicht erfolgswirksam zum Fair Value angesetzt (Kategorie aFV).

Im Konzern werden trennungspflichtige Finanzinstrumente – sofern nicht der Kategorie aFV zugeordnet – getrennt bewertet und ausgewiesen. Die Bilanzierung und Bewertung des Basisvertrags folgt den Vorschriften der zugewiesenen Kategorie des Finanzinstruments, die des eingebetteten Derivats erfolgt als Teil der Handelsaktiva bzw. Handelspassiva erfolgswirksam zum Fair Value.

Hedge Accounting (Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen)

Unter Hedge Accounting wird die buchhalterische und bilanzielle Abbildung von Sicherungsbeziehungen verstanden. In diesem Rahmen werden Hedge-Beziehungen zwischen Grund- und Sicherungsgeschäften gebildet. Ziel ist es, Schwankungen des Jahresergebnisses und des Eigenkapitals zu vermeiden, die aus der unterschiedlichen Bewertung der Grund- und Sicherungsgeschäfte resultieren.

Es werden drei Grundformen von Hedges unterschieden, die eine unterschiedliche Behandlung beim Hedge Accounting erfordern. Beim Fair Value Hedge Accounting werden (Teile von) Vermögenswerte(n) bzw. Verbindlichkeiten sowie feste Verpflichtungen gegen Wertänderungen des Fair Values abgesichert. Einem solchen Marktwertisiko unterliegen insbesondere die Emissions- und Kreditgeschäfte des Konzerns und die zinstragenden Wertpapiere. Es werden sowohl Einzelgeschäfte als auch Portfolios mittels Fair Value Hedges abgesichert. Derzeit erfolgt ausschließlich eine Absicherung des Fair Values gegen das Zinsrisiko. Zur Absicherung dieses Risikos werden Zinsswaps verwendet.

Die beiden anderen Grundformen Cashflow Hedge Accounting und Absicherung einer Nettoinvestition in einem ausländischen Geschäftsbetrieb werden im Konzern gegenwärtig nicht angewendet.

Sicherungsbeziehungen dürfen lediglich nach den Regeln des Hedge Accountings bilanziert werden, wenn die restriktiven Voraussetzungen des IAS 39 erfüllt wurden. Die Anforderungen des Hedge Accountings, insbesondere der Nachweis der Hedge-Effektivität, müssen zu allen Bilanzstichtagen und für alle Sicherungsbeziehungen erfüllt sein. Für die prospektive Durchführung von Effektivitätstests werden im Konzern die Marktdatenshift-Methode und die Regressionsmethode eingesetzt. Für retrospektive Effektivitätstests kommt die modifizierte Dollar-Offset-Methode zum Einsatz, die das bei geringen Wertänderungen von Grund- und Sicherungsgeschäft auftretende Problem der kleinen Zahl durch eine zusätzliche Toleranzgrenze berücksichtigt. Veränderungen des CVA/DVA werden bei den Sicherungsgeschäften im Hedge Accounting berücksichtigt.

Im Portfolio Fair Value Hedge wird im Hinblick auf den retrospektiven Effektivitätstest für die Abgänge aus dem abgesicherten Portfolio von Grundgeschäften die Bottom-Layer-Methode verwendet.

Gemäß den Regelungen des Fair Value Hedge Accounting werden die zur Absicherung eingesetzten derivativen Finanzinstrumente zum Fair Value als positive bzw. negative Fair Values aus Hedge Accounting-Derivaten bilanziert (Note (36) bzw. Note (50)). Die Bewertungsänderungen werden erfolgswirksam erfasst (Note (23)). Für den gesicherten Vermögenswert bzw. die gesicherte Verpflichtung sind die aus dem gesicherten Risiko resultierenden Fair-Value-Änderungen ebenfalls erfolgswirksam in der Position Ergebnis aus Hedge Accounting zu vereinnahmen.

Bei Anwendung des Hedge Accountings für Finanzinstrumente der Kategorie AfS ist der Teil der Wertänderung, der auf abgesicherte Risiken entfällt, erfolgswirksam im Ergebnis aus Hedge Accounting erfasst, während der nicht auf das abgesicherte Risiko zurückzuführende Teil in der Neubewertungsrücklage gebucht wird.

Im Rahmen des Mikro Hedge Accounting werden die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten Finanzinstrumente um die Veränderung des Fair Value, die auf das abgesicherte Risiko zurückzuführen ist, im Bilanzansatz sowohl auf der Aktiv- als auch auf der Passivseite korrigiert (Hedge Adjustment).

Bei der Absicherung von Zinsrisiken werden die Fair-Value-Änderungen der aktivischen und passivischen Grundgeschäfte, bezogen auf das abgesicherte Risiko im Ausgleichsposten für im Portfolio Fair Value Hedge abgesicherte Finanzinstrumente, jeweils auf der Aktivseite oder der Passivseite der Bilanz ausgewiesen. Grundgeschäfte von AfS-Beständen auf der Aktivseite werden weiterhin zum Full Fair Value unter den Finanzanlagen ausgewiesen. Es befinden sich derzeit Aktiv- sowie Passivbestände im Portfolio Fair Value Hedge.

Eine Hedge-Beziehung endet, wenn das Grund- oder Sicherungsgeschäft ausläuft, veräußert oder ausgeübt wird bzw. die Anforderungen an das Hedge Accounting nicht mehr erfüllt sind; zu den Grundgeschäften in effektiven Sicherungsbeziehungen siehe Note (67).

Wertpapierpensionsgeschäfte und Wertpapierleihe

Im Fall echter Wertpapierpensionsgeschäfte (Repo-Geschäfte) führt eine Übertragung des in Pension gegebenen Wertpapiers zu keiner Ausbuchung, da das übertragende Unternehmen im Wesentlichen alle mit dem Eigentum an dem Pensionsgegenstand verbundenen Chancen und Risiken zurückbehält. Der übertragene Vermögenswert ist somit weiterhin beim Pensionsgeber zu erfassen und gemäß der jeweiligen Kategorie zu bewerten. Die erhaltene Zahlung ist als finanzielle Verpflichtung zu passivieren (je nach Kontrahent unter den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten oder gegenüber Kunden). Vereinbarte Zinszahlungen werden laufzeitgerecht als Zinsaufwendungen erfasst.

Reverse-Repo-Geschäfte werden entsprechend als Forderungen an Kreditinstitute oder Kunden bilanziert und der Kategorie LaR zugeordnet. Die dem Geldgeschäft zugrunde liegenden, in Pension genommenen Wertpapiere werden nicht in der Bilanz ausgewiesen. Aus diesem Geschäftsvorgang entstehende Zinsen werden laufzeitgerecht als Zinserträge erfasst.

Die Grundsätze zur Bilanzierung von echten Pensionsgeschäften gelten analog für die Wertpapierleihe. Die verliehenen Wertpapiere werden als Wertpapierbestand ausgewiesen und gemäß IAS 39 bewertet, während entlehene Wertpapiere nicht bilanziert werden.

Bezüglich Umfang und Volumen von Wertpapierpensionsgeschäften verweisen wir auf Note (71).

Finanzgarantien

Für die im BLB-Konzern erfassten Finanzgarantien wird die Nettomethode verwendet. Dabei erfolgt der Erstanatz zum Fair Value, der aufgrund der sich in der Regel ausgleichenden barwertigen Ansprüche und Verpflichtungen null beträgt. In der Folge wird der Fair Value nicht fortgeschrieben. Eingehende Prämienzahlungen werden in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung erfasst. Bei drohender Inanspruchnahme werden Rückstellungen im Einklang mit IAS 37 gebildet.

Verbriefungen

Verschiedene finanzielle Vermögenswerte aus dem Kreditgeschäft werden verbrieft. Dabei können sowohl der Weg der synthetischen Verbriefung durch den Einsatz von Kreditderivaten als auch die Möglichkeit des echten Forderungsverkaufs an Zweckgesellschaften (Special Purpose Entities [SPE]) genutzt werden, die ihrerseits Wertpapiere an Anleger ausgeben (True-Sale-Verbriefungen). Die Zins- und Tilgungszahlungen aus den Wertpapieren sind direkt an die Performance der zugrunde liegenden Forderung geknüpft, nicht an die des Emittenten.

Die bilanzielle Behandlung derartiger Transaktionen ist abhängig von der Art und Weise der Verbriefung. Bei synthetischen Verbriefungen verbleiben die Vermögenswerte in der Bilanz und werden gemeinsam mit den abgeschlossenen Kreditderivaten nach den Vorschriften des IAS 39 bilanziert. Bei True-Sale-Verbriefungen werden die Vermögenswerte ausgebucht, wenn die Chancen und Risiken aus diesen Vermögenswerten (nahezu) vollständig auf die SPE übergegangen sind. Sind nicht (nahezu) alle Chancen und Risiken aus den Vermögenswerten übertragen worden, verbleiben die Vermögenswerte in dem Umfang in der Bilanz des BLB-Konzerns, in dem der Konzern weiterhin an den Chancen und Risiken partizipiert (Continuing Involvement). Bei Verbriefungstransaktionen des BLB-Konzerns werden im Regelfall (nahezu) alle Chancen und Risiken auf die SPE bzw. den Erwerber übertragen. Im Fall einer Konsolidierung der SPE verbleiben die Vermögenswerte in der Konzernbilanz.

(8) Risikovorsorge

Den Risiken aus dem bilanziellen Kreditgeschäft wird durch Bildung von Einzelwertberichtigungen und Portfoliowertberichtigungen Rechnung getragen. Diesbezüglich gelten folgende Grundsätze:

Sämtliche Kreditengagements werden laufend überwacht. Die Überprüfung der Werthaltigkeit erfolgt für alle signifikanten Forderungen auf Einzelgeschäftsebene. Die Risikovorsorge deckt dabei alle erkennbaren Bonitätsrisiken durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen ab. Die Bildung einer Einzelwertberichtigung ist erforderlich, wenn aufgrund beobachtbarer Kriterien erkennbar ist, dass nicht alle vertraglich vereinbarten Zins- und Tilgungsleistungen bzw. sonstige Verpflichtungen termingerecht erfüllt werden. Wesentliche Kriterien für das Vorliegen einer Wertminderung sind beispielsweise der Ausfall oder Verzug bei Zins- und Tilgungsleistungen von mehr als 90 Tagen oder erhebliche finanzielle Schwierigkeiten des Schuldners wie rechnerische und tatsächliche Zahlungsunfähigkeit oder die nachhaltig negative Entwicklung einer Sanierung. Auch Zugeständnisse des Kreditgebers wie Zinsfreistellung, Forderungsverzicht oder Tilgungsstundung sowie drohende Insolvenz oder drohende sonstige Sanierungsverfahren zählen zu diesen Kriterien.

Bei Schiffsfinauzierungen sind wesentliche Hinweise für das Vorliegen einer Wertminderung Stundungen von Zins- und/oder Tilgungsleistungen, Zugeständnisse, wie insbesondere die Gewährung von Sanierungskrediten zur Stützung der Liquidität des Kreditnehmers bzw. einzelner Schiffe, sowie Insolvenzgefahr.

Die Höhe der Einzelwertberichtigung bemisst sich aus der Differenz zwischen dem Buchwert und dem erzielbaren Betrag als Barwert aller zukünftigen Cashflows. Die erwarteten Zahlungseingänge umfassen insbesondere alle erwarteten Zins- und Tilgungszahlungen sowie Eingänge aus der Verwertung von Sicherheiten; dabei werden entstehende Verwertungskosten berücksichtigt.

Die Einschätzung, in welcher Höhe Risikovorsorge zu bilden ist, wird häufig auf Basis von Informationen getroffen, die zum Teil vorläufig sind (z.B. geplante Restrukturierung der Kreditnehmer) oder Schwankungen unterliegen (z.B. Sicherheitenwerte von Schiffen und Immobilien). Hierdurch besteht eine erhöhte Schätzunsicherheit in Bezug auf wesentliche Parameter der Risikovorsorge. Die größte Unsicherheit besteht in der Einschätzung der erwarteten Cashflows, die von dem gesamtwirtschaftlichen Umfeld, der konjunkturellen Entwicklung, dem Kreditnehmer und der Branche abhängig sind. Die getroffenen Annahmen werden einer regelmäßigen Überprüfung unterzogen und – sofern notwendig – an geänderte Verhältnisse angepasst.

Zur Abdeckung eingetretener, aber noch nicht identifizierter Wertminderungen wird eine Portfoliowertberichtigung gebildet. Die Berechnung erfolgt auf Basis historischer Ausfallwahrscheinlichkeiten und Verlustquoten; zusätzlich wird der portfoliospezifische Loss-Identification-Period-Faktor (LIP-Faktor) berücksichtigt.

Die bei der Ermittlung der Portfoliowertberichtigung verwendeten Parameter sind aus der ökonomischen Steuerung abgeleitet.

Der Gesamtbetrag der Risikovorsorge für die bilanziellen Forderungen wird als separater Posten auf der Aktivseite der Bilanz ausgewiesen.

Der Risikovorsorge für das außerbilanzielle Geschäft (Avale, Indossamentsverbindlichkeiten, Kreditzusagen) wird durch Bildung einer Rückstellung für Risiken aus dem Kreditgeschäft Rechnung getragen. Die Einschätzung der Risiken aus der Inanspruchnahme aus Eventualverbindlichkeiten erfolgt im Rahmen der Einzelfallbetrachtung analog der Bildung von Einzelwertberichtigungen.

Die Berücksichtigung von Länderrisiken erfolgt unter Prüfung der Einhaltung der Länderlimite (Ratingverfahren für Länder- und Transferrisiken). Eine Einzelwertberichtigung wird fallbezogen ermittelt. Die Vorsorgen für Länderrisiken wurden nach unveränderten Grundsätzen ermittelt.

Uneinbringliche Forderungen, für die keine Einzelwertberichtigungen bestehen, werden direkt abgeschrieben. Zahlungseingänge für abgeschriebene Forderungen werden erfolgswirksam erfasst.

(9) Sachanlagen

Sachanlagen werden im Zugangszeitpunkt mit ihren Anschaffungs- oder Herstellungskosten angesetzt. Nachträgliche Anschaffungs- oder Herstellungskosten werden aktiviert, soweit sie zu einer wesentlichen Verbesserung des Vermögenswerts führen und damit den zukünftigen wirtschaftlichen Nutzen des Vermögenswerts erhöhen. Abnutzbares Sachanlagevermögen wird im Rahmen der Folgebewertung abzüglich planmäßiger, linearer Abschreibungen entsprechend der wirtschaftlichen Nutzungsdauer bilanziert. Wertminderungen werden in der Höhe vorgenommen, in der der Buchwert den höheren Wert aus Fair Value abzüglich Veräußerungskosten und Nutzungswert des Vermögenswerts übersteigt. Bei Wegfall der Gründe für die Wertminderung werden Zuschreibungen (Wertaufholung) bis maximal zur Höhe der fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten vorgenommen. Die planmäßigen Abschreibungen werden im Verwaltungsaufwand und die Wertminderungen sowie -aufholungen im sonstigen betrieblichen Ergebnis erfasst.

Sachanlagen werden über die folgenden Zeiträume abgeschrieben:

| | Nutzungsdauer in Jahren |
|------------------------------------|-------------------------|
| Grundstücke und Gebäude | 25 bis 50 |
| Betriebs- und Geschäftsausstattung | 3 bis 15 |

Zuschüsse der öffentlichen Hand werden sofort von den Anschaffungs- oder Herstellungskosten des zugehörigen Vermögenswertes abgesetzt. Im Berichtsjahr wurden von der öffentlichen Hand keine Zuschüsse gewährt.

(10) Leasinggeschäfte

Nach IAS 17 sind Leasingverträge zu Beginn des Leasingverhältnisses in Finance Lease und Operating Lease zu klassifizieren. Erfolgt eine Übertragung wesentlicher, mit dem Eigentum verbundener Risiken und Chancen auf den Leasingnehmer, ist das Leasingverhältnis als Finance Lease einzustufen; die Bilanzierung des Leasingobjektes erfolgt beim Leasingnehmer. Erfolgt keine Übertragung wesentlicher, mit dem Eigentum verbundener Chancen und Risiken auf den Leasingnehmer, ist das Leasingverhältnis als Operating Lease zu klassifizieren; die Bilanzierung des Leasingobjektes erfolgt beim Leasinggeber.

Finance Lease

Der Bremer Landesbank-Konzern als Leasinggeber bilanziert zu Beginn der Laufzeit des Leasingvertrags eine Forderung in Höhe der Zahlungsverpflichtungen des Leasingnehmers aus dem Leasingverhältnis. Die Forderung wird zum Nettoinvestitionswert erfasst (Differenz aus Bruttoinvestition in das Leasingverhältnis und dem noch nicht realisierten Finanzertrag) und unter Forderungen an Kreditinstitute bzw. Kunden ausgewiesen. Eventuelle Nebenkosten werden über die Vertragslaufzeit verteilt.

Die Leasingraten im Rahmen des Finance Lease werden in einen Tilgungs- und Zinsanteil aufgespalten. Der Tilgungsanteil wird erfolgsneutral von den Forderungen (Leasinggeber) bzw.

Verpflichtungen (Leasingnehmer) abgesetzt. Der Zinsanteil wird im Ergebnis als Zinsertrag (Leasinggeber) bzw. Zinsaufwand (Leasingnehmer) vereinnahmt/gebucht.

Verträge des Bremer Landesbank-Konzerns als Finance-Leasinggeber haben eine geringe Bedeutung. Verträge des Bremer Landesbank-Konzerns als Finance-Leasingnehmer bestehen nicht.

Operating Lease

Beim Operating Lease erfasst der Konzern Bremer Landesbank die geleisteten Leasingraten zu vertraglich festgelegten Stichtagen als Aufwand unter den anderen Verwaltungsaufwendungen. Die anfänglichen direkten Kosten (wie z. B. Gutachterkosten) werden sofort erfolgswirksam erfasst.

Verträge der Bremer Landesbank als Operating-Leasingnehmer haben eine sehr geringe Bedeutung. Verträge des Bremer Landesbank-Konzerns als Operating-Leasinggeber bestehen nicht.

(11) Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien

Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien (Investment Properties) sind Grundstücke und Gebäude/-teile, die zur Erzielung von Mieteinnahmen und/oder zum Zweck der Wertsteigerung gehalten werden. Für Immobilien mit einer wesentlichen Fremdnutzung von mehr als 20 % der Grundmietfläche wird untersucht, ob der fremdgenutzte Teil separiert werden kann. Ist dies nicht der Fall, erfolgt die Bilanzierung der gesamten Immobilie unter den Sachanlagen.

Gemäß dem Anschaffungskostenmodell werden als Finanzinvestition gehaltene Immobilien im Zugangszeitpunkt zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet; Transaktionskosten werden in die erstmalige Bewertung einbezogen. Nachträgliche Anschaffungs- oder Herstellungskosten werden aktiviert, soweit sie zu einer wesentlichen Verbesserung des Vermögenswertes führen und damit den zukünftigen wirtschaftlichen Nutzen des Vermögenswertes erhöhen.

Zuschüsse der öffentlichen Hand werden direkt von den Anschaffungs- oder Herstellungskosten des zugehörigen Vermögenswertes abgesetzt. Im Berichtsjahr wurden von der öffentlichen Hand keine Zuschüsse gewährt.

Im Rahmen der Folgebewertung von Investment Properties werden planmäßige, lineare Abschreibungen berücksichtigt. Wertminderungen werden in der Höhe vorgenommen, in der der Buchwert den höheren Wert aus Fair Value abzüglich Veräußerungskosten und Nutzungswert des Vermögenswertes übersteigt. Entfallen die Gründe für die vorgenommene Wertminderung, erfolgt eine Zuschreibung maximal bis zu den fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten. Die planmäßigen Abschreibungen werden im Verwaltungsaufwand und die Wertminderungen sowie Aufholungen im sonstigen betrieblichen Ergebnis erfasst.

Die als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien werden über die folgenden Zeiträume abgeschrieben:

| | Nutzungsdauer in Jahren |
|--|-------------------------|
| Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien | 25 bis 50 |

Zur Bestimmung des Fair Values der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien wird das Ertragswertverfahren verwendet. Bei der Berechnung des Ertragswertes werden die Erträge berücksichtigt, die bei ordnungsgemäßer Bewirtschaftung und normaler Geschäftsentwicklung durch jeden sachkundigen Betreiber der Immobilie zu erzielen sind. Für die Wertermittlung werden normale, nicht beeinträchtigende Bodenverhältnisse vorausgesetzt. Die Funktionstüchtigkeit der haustechnischen und sonstigen Anlagen wird unterstellt. Es wird ferner unterstellt, dass die formelle und materielle Legalität hinsichtlich Bestand und Nutzung des gesamten Anwesens gegeben ist. Bei der Bewertung wird davon ausgegangen, dass keine sonstigen wertbeeinflussenden Gegebenheiten vorhanden sind. Des Weiteren wird die Bestimmung des Fair Values teilweise durch Marktdaten unterlegt. Die Bewertung erfolgt durch einen bankinternen Gutachter.

(12) Immaterielle Vermögenswerte

Als immaterielle Vermögenswerte werden sowohl erworbene Software als auch selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte bilanziert. Immaterielle Vermögenswerte, welche durch den Konzern erworben wurden, werden zu Anschaffungskosten bilanziert. Selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte werden zu Herstellungskosten aktiviert, wenn der Zufluss eines wirtschaftlichen Nutzens wahrscheinlich ist und die Aufwendungen verlässlich ermittelt werden können. Sind die Aktivierungskriterien nicht erfüllt, werden die Kosten sofort erfolgswirksam erfasst. Die aktivierten Kosten für selbst erstellte Software umfassen Aufwendungen für interne und externe Leistungen, die in der Entwicklungsphase angefallen und direkt zurechenbar sind (insbesondere für Customizing sowie Testaktivitäten).

Nachträgliche Anschaffungs- oder Herstellungskosten werden aktiviert, soweit sie zu einer wesentlichen Verbesserung des Vermögenswerts führen und damit den zukünftigen wirtschaftlichen Nutzen des Vermögenswerts erhöhen.

Für immaterielle Vermögenswerte mit begrenzter Nutzungsdauer werden planmäßige, lineare Abschreibungen entsprechend der wirtschaftlichen Nutzungsdauer berücksichtigt. Wertminderungen werden bei immateriellen Vermögenswerten mit begrenzter Nutzungsdauer in der Höhe vorgenommen, in der der Buchwert den höheren Wert aus Fair Value abzüglich Veräußerungskosten und Nutzungswert des Vermögenswerts übersteigt. Wertaufholungen werden bei Wegfall der Gründe für die Wertminderungen vorgenommen, jedoch nicht über die Grenze der fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten hinaus. Die planmäßigen Abschreibungen werden im Verwaltungsaufwand und die Wertminderungen sowie -aufholungen im sonstigen betrieblichen Ergebnis erfasst.

Immaterielle Vermögenswerte mit zeitlich begrenzter Nutzungsdauer werden im Verwaltungsaufwand linear über die folgenden Zeiträume abgeschrieben:

| | Nutzungsdauer in Jahren |
|----------|-------------------------|
| Software | 3 bis 5 |

Immaterielle Vermögenswerte mit zeitlich unbestimmter Nutzungsdauer werden mindestens einmal jährlich im vierten Quartal auf ihre Werthaltigkeit getestet. Die Überprüfung der Werthaltigkeit eines Goodwill wird auf Basis von Cash Generating Units (CGU) vorgenommen.

Immaterielle Vermögenswerte mit zeitlich unbestimmter Nutzungsdauer liegen nicht vor.

(13) Zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte

Langfristige Vermögenswerte oder Veräußerungsgruppen, deren Buchwerte überwiegend durch den Verkauf und nicht durch den betrieblichen Gebrauch realisiert werden, sind in separaten Bilanzposten ausgewiesen, wenn sie im gegenwärtigen Zustand sofort veräußerbar sind und eine Veräußerung höchstwahrscheinlich ist. Eine Veräußerung ist dann höchstwahrscheinlich, wenn die zuständige Managementebene einen Plan für den Verkauf beschlossen hat und mit der Suche nach einem Käufer und der Durchführung des Plans aktiv begonnen wurde. Des Weiteren müssen die langfristigen Vermögenswerte oder Veräußerungsgruppen tatsächlich zum Erwerb für einen Preis angeboten werden, der in einem angemessenen Verhältnis zum gegenwärtigen Fair Value steht. Außerdem muss die Veräußerung erwartungsgemäß innerhalb eines Jahres ab dem Zeitpunkt der Einstufung für eine Erfassung als abgeschlossener Verkauf in Betracht kommen und die zur Umsetzung des Plans erforderlichen Maßnahmen müssen den Schluss zulassen, dass wesentliche Änderungen am Plan oder eine Aufhebung des Plans unwahrscheinlich erscheinen.

Die Bewertung der entsprechenden Vermögenswerte erfolgt zum Fair Value abzüglich Veräußerungskosten, sofern dieser niedriger als der Buchwert ist. Die zur Veräußerung bestimmten langfristigen Vermögenswerte werden ab dem Zeitpunkt der Umklassifizierung nicht mehr planmäßig abgeschrieben. Wertminderungsaufwendungen aus langfristigen Vermögenswerten und Veräußerungsgruppen werden jedoch berücksichtigt.

Die zum Verkauf bestimmten Vermögenswerte umfassen auch aufgegebene Geschäftsbereiche. Ein aufgegebener Geschäftsbereich ist ein zur Veräußerung gehaltener Unternehmensbestandteil, der einen gesonderten wesentlichen Geschäftszweig oder geografischen Geschäftsbereich darstellt, Teil eines Plans zur Veräußerung eines solchen ist oder ein Tochterunternehmen darstellt, das ausschließlich zur Weiterveräußerung erworben wurde.

Ganze Geschäftsbereiche wurden weder im Jahr 2016 noch im Jahr 2015 aufgegeben.

(14) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Die unmittelbaren und mittelbaren Pensionsverpflichtungen aus leistungsorientierten Plänen werden gemäß IAS 19 Leistungen an Arbeitnehmer zum Bilanzstichtag von unabhängigen Versicherungsmathematikern nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren (Projected Unit Credit Method [PUC]) ermittelt. Planvermögen, das angelegt ist, um leistungsorientierte Pensionszusagen und ähnliche Versorgungsleistungen zu decken, wird mit dem Fair Value bewertet und mit den entsprechenden Verpflichtungen verrechnet.

Abweichungen zwischen den getroffenen Annahmen und den tatsächlich eingetretenen Entwicklungen sowie Änderungen der Annahmen für die Bewertung leistungsorientierter Pensionspläne und ähnlicher Verpflichtungen führen zu versicherungsmathematischen Gewinnen und Verlusten, die im Jahr ihres Entstehens erfolgsneutral im sonstigen Ergebnis (OCI) erfasst werden.

Der Saldo aus leistungsorientierten Pensionszusagen und ähnlichen Versorgungsleistungen sowie Planvermögen (Nettopensionsverpflichtung) wird mit dem der Bewertung der Bruttopen-sionsverpflichtung zugrunde liegenden Diskontierungszinssatz verzinst. Die daraus resultierenden Nettozinsaufwendungen werden in der Konzern-Gewinn-und-Verlust-Rechnung unter den Zinsaufwendungen erfasst. Die übrigen Aufwendungen infolge der Gewährung von Pensionszusagen und ähnlichen Versorgungsleistungen, die sich im Wesentlichen aus erdienten Ansprüchen des Geschäftsjahres ergeben, sind in der Konzern-Gewinn-und-Verlust-Rechnung unter dem Verwaltungsaufwand berücksichtigt.

Für die Ermittlung der Barwerte der leistungsorientierten Pensionsverpflichtungen werden zusätzlich zu den biometrischen Annahmen der nach dem Mercer Yield Curve Approach (MYC) ermittelte Rechnungszinsfuß (Discount Rate) für hochwertige Industrieanleihen sowie künftig zu erwartende Gehalts- und Rentensteigerungsraten berücksichtigt. Für die Abbildung der Sterblichkeit und Invalidität wurden die Richttafeln 2005 G von Klaus Heubeck verwendet. Gewinne oder Verluste aus der Kürzung oder Abgeltung eines leistungsorientierten Plans werden zum Zeitpunkt der Kürzung oder Abgeltung erfolgswirksam erfasst.

Folgende versicherungsmathematische Annahmen liegen der Ermittlung der leistungsorientierten Verpflichtung zugrunde:

| | 31.12.2016 | 31.12.2015 |
|--|----------------------|----------------------|
| Rechnungszins | 1,95% | 2,65% |
| Gehaltsdynamik | 2,00% | 2,00% |
| Rentendynamik | | |
| Vorstand/Vertragsangestellte | 2,50% | 2,50% |
| Gesamtversorgungen | 3,50% | 3,50% |
| Additive Versorgungsleistungen | 2,00% | 2,00% |
| Garantie Plus (neue Versorgungsordnung) | 1,00% | 1,00% |
| Kostensteigerungsrate für medizinische Beihilfe | 3,50% | 3,50% |
| Sterblichkeit, Invalidität etc. | RT Heubeck 2005 G | RT Heubeck 2005 G |

Beschreibung der Pensionspläne

Die betriebliche Altersversorgung des Bremer Landesbank-Konzerns basiert auf dem System der leistungsorientierten Zusagen.

Die Mitarbeiter erwerben Anwartschaften auf Versorgungsansprüche, bei denen die Versorgungsleistung festgelegt ist und von Faktoren wie erwarteten Lohn- und Gehaltssteigerungen, Betriebszugehörigkeit sowie einem prognostizierten Rententrend abhängt (Defined-Benefit-Plan).

Es bestehen leistungsorientierte Versorgungsansprüche aus unmittelbaren Zusagen sowie aus mittelbaren Zusagen. Die Leistungen aus unmittelbaren Versorgungsansprüchen werden direkt von der Bremer Landesbank erbracht, während die Leistungen aus mittelbaren Versorgungsansprüchen durch die rechtlich selbstständige Unterstützungseinrichtung der Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg GmbH, Bremen (Unterstützungseinrichtung) erbracht werden. Die Leitungsorgane der Unterstützungseinrichtung setzen sich aus Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern des Bremer Landesbank-Konzerns zusammen. Die Unterstützungseinrichtung ist pauschaldotiert (in Bezug auf bestehende Ruhegehaltsempfänger) bzw. partiell rückgedeckt (in Bezug auf Versorgungsanwärter) und wird zur Erbringung ihrer Altersversorgungsleistungen von der Bremer Landesbank innerhalb des rechtlichen Rahmens mit liquiden Mitteln ausgestattet. Die Bremer Landesbank haftet zudem als Trägerunternehmen der Pensionsverpflichtungen subsidiär für die Erfüllung der Leistungen der Unterstützungseinrichtung.

Im Vorjahr wurde für einen wesentlichen Teil der bestehenden Altersversorgungsverpflichtungen eine Änderung des Durchführungsweges durch Einbindung der bestehenden Unterstützungseinrichtung beschlossen. Den Deckungskapitalien der Unterstützungseinrichtung wurde in diesem Zusammenhang ein Betrag in Höhe von insgesamt 148 Mio. € zugeführt.

Zur Erfüllung der Anwartschaften aus den leistungsorientierten Plänen wurde bereits im Jahr 2005 ein Teil der Deckungsmittel an die Unterstützungseinrichtung übertragen. Der beizulegende Zeitwert des Planvermögens wird bei der Bildung der Pensionsrückstellungen abgezogen.

Bei der Bremer Landesbank existieren unterschiedliche Versorgungsordnungen, wobei die Zusagen auf kollektivrechtlichen Dienstvereinbarungen oder auf individuellen vertraglichen Zusagen beruhen. Sämtliche Versorgungszusagen sehen eine Alters-, Invaliditäts-, Witwen-/Witwer- und Waisenversorgung vor. Bei den sogenannten Gesamtversorgungen werden die Leistungen aus der gesetzlichen Rentenversicherung und aus einer Zusatzversicherung angerechnet. Mit Ausnahme der neuen betrieblichen Altersversorgung Garantie Plus (siehe unten) handelt es sich um endgehaltsabhängige Versorgungsordnungen.

Für Mitarbeiter, mit denen die Bremer Landesbank nach dem 31. Dezember 2008 ein Arbeitsverhältnis begründet hat, ist eine Neuausrichtung der betrieblichen Altersversorgung erfolgt.

Den Versorgungsberechtigten werden jährlich festgelegte Versorgungsbeiträge auf individuellen Versorgungskonten gutgeschrieben, die bis zum Eintritt des Versorgungsfalls mit einem garantierten Zinssatz in Höhe von 3,25 % p.a. verzinst werden. Zur Rückdeckung der zugesagten Versorgungsleistungen erwirbt die Bremer Landesbank in Höhe des jeweils gutgeschriebenen Versorgungsbeitrags Wertpapiere. Die Bemessungsgrundlage für die späteren Versorgungsleistungen richtet sich nach dem höheren Wert aus Versorgungskonto (inkl. Garantieverzinsung) und dem Wert des Wertpapiervermögens bei Eintritt des Versorgungsfalls.

Darüber hinaus besteht für die Versorgungsberechtigten die Möglichkeit, der betrieblichen Altersversorgung durch Entgeltumwandlungen eigene Beiträge zuzuführen.

Daneben werden unter den Pensionsrückstellungen auch Rückstellungen für künftige Beihilfeleistungen in Höhe von 9 Mio. € (Vorjahr: 8 Mio. €) ausgewiesen. Diese Rückstellung wird unter Berücksichtigung des durchschnittlichen Beihilfeaufwands der letzten Jahre und unter der Annahme eines dynamischen Kostenentwicklungstrends ermittelt.

Einem Teil der leitenden Angestellten wurde von der Bremer Landesbank eine Direktzusage auf eine betriebliche Altersversorgung in Form einer endgehaltbezogenen Gesamtversorgung in Anlehnung an die für die Beamten des Bundes jeweils geltenden Regelungen über Ruhegehalt, Hinterbliebenenversorgung und Unfallfürsorge erteilt.

Die Mitglieder des Vorstandes erhalten von der Bremer Landesbank eine Direktzusage auf eine betriebliche Altersversorgung in Form unterschiedlicher endgehaltbezogener Gesamtversicherungen.

Risiken aus leistungsorientierten Plänen

Im Zusammenhang mit den leistungsorientierten Pensionsplänen ist der Bremer Landesbank-Konzern verschiedenen Risiken ausgesetzt.

Als Anstalt öffentlichen Rechts unterlag die Bremer Landesbank bis einschließlich 17. Juli 2001 der Gewährträgerhaftung. Diese bewirkte, dass Gläubiger und somit auch die Beschäftigten hinsichtlich ihrer Versorgungsansprüche einen Anspruch auf Erfüllung ihrer Forderungen gegen die jeweiligen Anstaltsträger der öffentlich-rechtlichen Anstalt hatten.

Per 17. Juli 2001 wurde die Gewährträgerhaftung für Sparkassen und Landesbanken durch die Europäische Kommission abgeschafft. Damit fallen alle bis zu diesem Zeitpunkt vereinbarten Versorgungszusagen unbegrenzt unter die Gewährträgerhaftung. Ebenfalls von der Gewährträgerhaftung erfasst sind alle bis zum 18. Juli 2005 erteilten Versorgungszusagen, sofern die Versorgungsleistung vor dem 31. Dezember 2015 in Anspruch genommen werden konnte. Alle seit dem 18. Juli 2001 vereinbarten Versorgungszusagen sowie alle nicht unter die Übergangsregelung fallenden Zusagen werden von der Bremer Landesbank gegen eine Beitragsleistung beim Pensionssicherungsverein gegen Insolvenz abgesichert.

Sowohl die Verpflichtungen aus leistungsorientierten Pensionszusagen als auch das Planvermögen können im Zeitablauf Schwankungen unterliegen. Dadurch kann der Finanzierungsstatus negativ oder positiv beeinflusst werden. Die Schwankungen bei den leistungsorientierten Pensionsverpflichtungen resultieren insbesondere aus der Änderung von finanziellen Annahmen wie den Rechnungszinssätzen, aber auch aus der Änderung demografischer Annahmen wie einer veränderten Lebenserwartung. Bedingt durch die Ausgestaltung der vorhandenen Versorgungszusagen ist die Höhe der zugesagten Leistungen u. a. von der Entwicklung des pensionsfähigen Einkommens, der im Rahmen der Gesamtversorgung anrechenbaren Zusatzversicherung und der Sozialversicherungsrente abhängig. Soweit diese Bemessungsgrößen sich anders entwickeln als bei den Rückstellungsberechnungen vorausgesetzt, könnte gegebenenfalls ein Nachfinanzierungsbedarf entstehen.

Der Bremer Landesbank-Konzern überprüft regelmäßig die Disposition der Pensionsauszahlungen (Liquiditätssteuerung), Anlagestrategie und -höhe. Die Grundlage zur Ermittlung der Höhe der Anlage und Pensionsauszahlungen zu jedem Stichtag bezieht sich auf die versicherungsmathematischen Gutachten.

Die Steuerung des Zinsänderungsrisikos erfolgt anhand des Bewertungszinskonzeptes. Für die Bewertung und Disposition der Pensionsrückstellungen werden im Rahmen des Bewertungszinskonzeptes Ablauffiktionen definiert. Anhand dieser Ablauffiktionen erfolgt eine Unterteilung des Bestandes in einen Bodensatz und einen Schwankungsbestand. Die Anlage des Bodensatzes erfolgt langfristig in der Laufzeit rollierend über zehn Jahre zu Marktkonditionen. Das Zinsänderungsrisiko wird im Rahmen der Steuerung des Zinsbuches durch Treasury gesteuert.

Der Schwankungsbestand wird im Rahmen der unterjährigen Liquiditätssteuerung eingesetzt. Die Steuerung des Liquiditätsrisikos, u. a. bedingt durch die Pensionsauszahlungen, wird im Risikobericht beschrieben.

Auf Ebene der Unterstützungseinrichtung haben die jeweiligen Leitungsorgane die Rahmenbedingungen der Mittelanlage in jeweiligen Kapitalanlagerichtlinien festgelegt. Bei der Unterstützungseinrichtung erfolgt die Anlage der Mittel zur Finanzierung der Versorgungsleistungen ganz überwiegend in wenig risikobehafteten Anlageformen (Schuldinstrumente sowie liquide Mittel und Ansprüche aus Rückdeckungsversicherung). Die Leitungsorgane können Dritte mit der Verwaltung des Kassenvermögens beauftragen.

(15) Andere Rückstellungen

Andere Rückstellungen gemäß IAS 19 werden für langfristig fällige Leistungen an Arbeitnehmer sowie für Leistungen aus Anlass der Beendigung des Arbeitsverhältnisses gebildet. Die Höhe der entsprechenden Rückstellungen ergibt sich aus versicherungsmathematischen Gutachten, die sich an der Betriebszugehörigkeit bzw. an den von der Bank erstellten Versorgungsplänen orientieren.

Andere Rückstellungen gemäß IAS 37 werden für ungewisse Verbindlichkeiten gegenüber Dritten und drohende Verluste aus schwebenden Geschäften gebildet, wenn sich eine gegenwärtige rechtliche oder faktische Verpflichtung aus einem Ereignis der Vergangenheit ergibt, eine Inanspruchnahme wahrscheinlich und deren Höhe zuverlässig ermittelbar ist. Die Bewertung von Rückstellungen bemisst sich nach der bestmöglichen Schätzung des bei vernünftiger Betrachtung zur Erfüllung der gegenwärtigen Verpflichtung (respektive Übertragung der Verpflichtung auf einen unabhängigen Dritten) am Bilanzstichtag erforderlichen Betrags. Diese Schätzung obliegt dem Management. Dabei werden Erfahrungswerte aus ähnlichen Transaktionen und ggf. Gutachten oder Stellungnahmen von Sachverständigen einbezogen. Risiken und Unsicherheiten wird durch die Bewertung der Verpflichtung mit dem wahrscheinlichsten Ereignis aus einer Bandbreite möglicher Ereignisse Rechnung getragen. Künftige Ereignisse, die den zur Erfüllung einer Verpflichtung erforderlichen Betrag beeinflussen können, werden berücksichtigt, wenn objektive Hinweise für deren Eintritt bestehen. Rückstellungen werden abgezinst, sofern der Effekt wesentlich ist.

Ist eine Inanspruchnahme nicht wahrscheinlich oder kann die Höhe der Verpflichtung nicht zuverlässig geschätzt werden, wird eine Eventualverbindlichkeit ausgewiesen.

(16) Ertragsteuern

Die laufenden Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen werden mit den gültigen Steuersätzen berechnet, in deren Höhe die geleistete Zahlung an bzw. die Erstattung von der jeweiligen Steuerbehörde erwartet wird.

Latente Steueransprüche und -verpflichtungen berechnen sich aus dem Unterschiedsbetrag zwischen dem Buchwert eines Vermögenswerts oder einer Verpflichtung in der Bilanz und dem korrespondierenden Steuerwert. Dabei führen die latenten Steueransprüche und -verpflichtungen aufgrund der temporären Differenzen voraussichtlich in zukünftigen Perioden zu Ertragsteuerentlastungen oder -belastungseffekten. Sie wurden anhand der Steuersätze bewertet, deren Gültigkeit für die Periode, in der ein Vermögenswert realisiert oder eine Verpflichtung erfüllt wird, zu erwarten ist. Dabei werden unternehmensindividuelle Steuersätze (und Steuervorschriften) verwendet, die zum Bilanzstichtag gültig oder beschlossen sind.

Ein latenter Steueranspruch für den Vortrag noch nicht genutzter steuerlicher Verluste und noch nicht genutzter Steuergutschriften wird nur in dem Umfang bilanziert, in dem es wahrscheinlich ist, dass in der Zukunft zu versteuernde Gewinne zur Verfügung stehen werden, gegen die noch nicht genutzte steuerliche Verluste und noch nicht genutzte Steuergutschriften verwendet werden können.

Die laufenden Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen sowie die latenten Steueransprüche und -verpflichtungen werden saldiert, wenn die Voraussetzungen für eine Saldierung gegeben sind. Abzinsungen erfolgen nicht. In Abhängigkeit von der Behandlung des zugrunde liegenden Sachverhalts werden die latenten Steueransprüche bzw. -verpflichtungen entweder in der Gewinn- und-Verlust-Rechnung oder im sonstigen Ergebnis (OCI) erfasst.

In der Bilanz sind die Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen gesondert ausgewiesen und in tatsächliche und latente Ansprüche und Verpflichtungen des Berichtsjahres aufgeteilt. Der Buchwert eines latenten Steueranspruchs wird zu jedem Bilanzstichtag auf seine Werthaltigkeit überprüft.

In der Gewinn-und-Verlust-Rechnung des Konzerns ist der Ertragsteueraufwand bzw. -ertrag in der Position Ertragsteuern ausgewiesen.

(17) Nachrangkapital

Der Posten Nachrangkapital setzt sich aus verbrieften nachrangigen Verbindlichkeiten zusammen. Aufsichtsrechtlich i. S. d. CRR sind diese überwiegend als haftendes Eigenkapital anerkannt.

Die Bilanzierung des Nachrangkapitals erfolgt grundsätzlich zu fortgeführten Anschaffungskosten. Agien und Disagien werden nach der Effektivzinsmethode über die Laufzeit verteilt und in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung unter dem Zinsüberschuss vereinnahmt. Abgegrenzte, noch nicht fällige Zinsen werden dem entsprechenden Posten innerhalb des Nachrangkapitals direkt zugeordnet.

Segmentberichterstattung

(18) Segmentierung nach Geschäftsfeldern (primäres Berichtsformat)

| Mio. € | Firmen- kunden | Spezial- finan- zierungen | Schiffs- finan- zierungen | Privat- kunden | Financial Markets | Konzern- steuerung/ Sonstiges | Über- leitung | Konzern insgesamt |
|--|-------------------|---------------------------------|---------------------------------|-------------------|----------------------|-------------------------------------|------------------|----------------------|
| 31.12.2016 | | | | | | | | |
| Zinsüberschuss | 74 | 80 | 111 | 22 | 66 | 14 | -2 | 365 |
| Risikovorsorge im Kreditgeschäft | 10 | 17 | 1.454 | 0 | -1 | 53 | 14 | 1.547 |
| Zinsergebnis nach Risikovorsorge | 64 | 63 | -1.343 | 22 | 67 | -39 | -16 | -1.182 |
| Provisionsüberschuss | 15 | 14 | 5 | 9 | 2 | -19 | -2 | 24 |
| Ergebnis aus erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten | 2 | 1 | 1 | 0 | 5 | -11 | 1 | -1 |
| Ergebnis aus Hedge Accounting | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 1 | 1 |
| Ergebnis aus Finanzanlagen | 0 | 0 | 0 | 0 | 3 | 0 | 0 | 3 |
| Ergebnis aus nach der Equity-Methode bilanzierten Finanzanlagen | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 5 | 5 |
| Summe Erträge | 81 | 78 | -1.337 | 31 | 77 | -69 | -11 | -1.150 |
| Verwaltungsaufwand | 30 | 12 | 17 | 24 | 13 | 115 | 1 | 212 |
| Sonstiges betriebliches Ergebnis | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 2 | 10 | 12 |
| Umstrukturierungsergebnis | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 37 | 37 |
| Ergebnis vor Steuern | 51 | 66 | -1.354 | 7 | 64 | -182 | -39 | -1.387 |
| Segmentvermögen | 5.475 | 6.554 | 6.961 | 1.150 | 7.586 | 2.503 | -1.298 | 28.931 |
| Segmentverbindlichkeiten | 2.511 | 4.739 | 1.894 | 1.429 | 11.433 | 5.883 | 547 | 28.436 |
| Gebundenes Kapital/ nachhaltiges Kapital | 241 | 193 | 1.310 | 65 | 56 | 67 | -1.437 | 495 |
| CIR ¹⁾ | 32,8% | 12,7% | 14,2% | 76,6% | 16,6% | - | - | 53,4% |
| RoRaC ²⁾ | 14,4% | 21,2% | -103,4% | 7,6% | 61,0% | - | - | - |
| ROE ³⁾ | - | - | - | - | - | - | - | n. a. |

¹⁾ Verwaltungsaufwand/Summe Erträge vor Risikovorsorge + sonstiges Ergebnis.

²⁾ Return on Risk-adjusted Capital.

³⁾ Ergebnis vor Steuern/nachhaltiges Kapital.

| Mio. € | Firmen- kunden | Spezial- finan- zierungen | Schiffs- finan- zierungen | Privat- kunden | Financial Markets | Konzern- steuerung/ Sonstiges | Über- leitung | Konzern insgesamt |
|--|-------------------|---------------------------------|---------------------------------|-------------------|----------------------|-------------------------------------|------------------|----------------------|
| 31.12.2015 | | | | | | | | |
| Zinsüberschuss | 78 | 82 | 153 | 27 | 78 | 7 | -12 | 413 |
| Risikovorsorge im Kreditgeschäft | -4 | 6 | 388 | -2 | 0 | -47 | 0 | 341 |
| Zinsergebnis nach Risikovorsorge | 82 | 76 | -235 | 29 | 78 | 54 | -12 | 72 |
| Provisionsüberschuss | 14 | 10 | 8 | 8 | 3 | -1 | -1 | 41 |
| Ergebnis aus erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten | 2 | 1 | 2 | 0 | 11 | 14 | 1 | 31 |
| Ergebnis aus Hedge Accounting | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 26 | 26 |
| Ergebnis aus Finanzanlagen | 0 | 0 | 0 | 0 | 4 | 6 | 0 | 10 |
| Ergebnis aus nach der Equity-Methode bilanzierten Finanzanlagen | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 8 | 8 |
| Summe Erträge | 98 | 87 | -225 | 37 | 96 | 73 | 22 | 188 |
| Verwaltungsaufwand | 32 | 12 | 17 | 24 | 14 | 93 | 1 | 193 |
| Sonstiges betriebliches Ergebnis | 0 | -1 | 0 | 0 | 0 | 8 | 2 | 9 |
| Ergebnis vor Steuern | 66 | 74 | -242 | 13 | 82 | -12 | 23 | 4 |
| Segmentvermögen | 4.999 | 5.833 | 7.982 | 1.181 | 8.942 | 2.194 | -1.160 | 29.971 |
| Segmentverbindlichkeiten | 2.564 | 4.231 | 2.449 | 1.385 | 12.304 | 7.028 | -1.894 | 28.067 |
| Gebundenes Kapital/ nachhaltiges Kapital | 295 | 266 | 1.832 | 75 | 80 | 70 | -714 | 1.904 |
| CIR ¹⁾ | 34,4% | 13,3% | 10,1% | 67,1% | 14,3% | - | - | 36,5% |
| RoRaC ²⁾ | 19,3% | 25,8% | -13,2% | 15,4% | 68,9% | - | - | - |
| ROE ³⁾ | - | - | - | - | - | - | - | 0,2% |

¹⁾ Verwaltungsaufwand/Summe Erträge vor Risikovorsorge + sonstiges Ergebnis.

²⁾ Return on Risk-adjusted Capital.

³⁾ Ergebnis vor Steuern/nachhaltiges Kapital.

Überleitung der Segmentergebnisse auf den Konzernabschluss

Segmentierung nach Geschäftsfeldern

Der Konzern verfügt wie nachstehend beschrieben über sechs berichtspflichtige Segmente, welche die strategischen Strukturen des Konzerns darstellen. Die Segmente stellen Kunden- oder Produktgruppen dar, welche die Organisationsstrukturen und damit die interne Steuerung des Konzerns widerspiegeln. Maßgebliches Kriterium der Segmentierung ist der jeweilige geschäfts- und ertragsspezifische Schwerpunkt, eine weitgehend einheitliche Struktur der dort aggregierten Kunden bezüglich Finanzierungs- und Anlagebedürfnissen, Produktnutzungen und Kundenbetreuung. Aufgrund der ausschließlich in der Bundesrepublik Deutschland stattfindenden Geschäftstätigkeit und der Reduzierung der Vertriebswege auf die Niederlassungen in Bremen und Oldenburg wurde auf eine Segmentierung nach Regionen oder Vertriebswegen verzichtet.

Die Bündelung von Kompetenzfeldern soll unser Spezial-Know-how stärken und die Ausrichtung an Kundenbedürfnissen verbessern.

Firmenkunden

Das Segment Firmenkunden betreut die einheitliche Kundengruppe der Firmen in der Geschäftsregion Nordwest, die mit kundenspezifischen Produktangeboten von der individuellen Unternehmensfinanzie-

rung über Transaktionsmanagement und Risikoabsicherung bis hin zur betrieblichen Altersvorsorge betreut werden.

Spezialfinanzierungen

Segmentierungskriterium für Spezialfinanzierung ist die Branche der Kunden und damit speziell der Gegenstand der Finanzierung als Kerngeschäft der Kundenbeziehung. Die Produkte orientieren sich branchenspezifisch an den im Fokus des Kunden stehenden Projekten und deren Finanzierungen.

Schiffsfinanzierungen

Die Schiffsfinanzierungen mit ihrem bedeutenden Portfolio bilden ein eigenständiges Geschäftsfeld. Segmentierungskriterium für Schiffsfinanzierung ist die Branche der Kunden und damit speziell der Gegenstand der Finanzierung als Kerngeschäft der Kundenbeziehung. Die Produkte orientieren sich branchenspezifisch an den im Fokus des Kunden stehenden Projekten und deren Finanzierungen.

Privatkunden

Das Segment Privatkunden umfasst die einheitliche Kundengruppe Privatkunden inkl. Freiberufler. Die Produktpalette orientiert sich am Finanzkonzept der umfassenden Beratung und beinhaltet alle üblichen Bankdienstleistungen und -produkte für das Konto-, Kredit-, Anlagen- und Transaktionsgeschäft.

Financial Markets

Das Segment Financial Markets resultiert aus seiner primären Funktion als Zugang zu den nationalen und internationalen Finanzmärkten für die privaten und institutionellen Kundengruppen sowie für das Eigengeschäft der Bremer Landesbank. Neben Standardprodukten werden auch alternative und vom standardisierten Finanzmarktgeschäft losgelöste Individualprodukte angeboten.

Konzernsteuerung/Sonstiges

Konzernsteuerung/Sonstiges beinhaltet alle sonstigen Erfolgsgrößen mit direktem Bezug zur Geschäftstätigkeit. Dazu gehören die Ergebnisse sämtlicher Stabsbereiche (inklusive des Zinsüberschusses aus Beteiligungsverkäufen sowie des Verwaltungsaufwands der nicht direkt dem Vertrieb zuzuordnenden Bereiche), der strategischen Maßnahmen (im Wesentlichen Zinsüberschuss als Saldo aus Anlage und Kosten der Liquiditätsbevorratung), des Anlage- und Finanzierungserfolges – der nicht direkt den Bereichen zuzuordnen ist – sowie der konsolidierten Töchter im Teilkonzern und der Risikovorsorge außerhalb der EWB. Informationen der Zugänge zu den langfristigen Vermögenswerten, bei denen es sich nicht um Finanzinstrumente handelt, sind z. B.: der Zugang der Betriebs- und Geschäftsausstattung (Sachanlagen), die im Wesentlichen auf das aus aufsichtsrechtlichen Gründen erworbene IT-Equipment zurückzuführen ist. Die immateriellen Anlagewerte betreffen System- und Anwendungssoftware. Der Ausweis erfolgt in Konzernsteuerung/Sonstiges.

Überleitung

In der Überleitung werden die Überleitungspositionen von der internen Berichterstattung zu den Konzerngesamtzahlen der GuV inkl. der Konsolidierungseffekte der Tochtergesellschaften gezeigt.

Zinsüberschuss

Der Zinsüberschuss der einzelnen Segmente wird nach der Marktzinsmethode ermittelt. Einbezogen sind u. a. die Zinserfolge aus dem Aktiv- und Passivgeschäft sowie der Anlage- und Finanzierungserfolg. Die Zinserträge und -aufwendungen werden saldiert als Zinsüberschuss ausgewiesen. Die Zusammenfassung erfolgt, weil die meisten Umsatzerlöse des Segments aufgrund von Zinsen erwirtschaftet werden. Die Segmentsteuerung orientiert sich in erster Linie am Zinsüberschuss, um die Ertragskraft zu beurteilen und Entscheidungen über die Allokation von Ressourcen zu treffen. Den Geschäftsfeldern wird der direkt zurechenbare Anlage- und Finanzierungserfolg zugeordnet. Der Ausweis weiterer Elemente des Anlage- und Finanzierungserfolgs erfolgt unter Konzernsteuerung/Sonstiges statt Überleitung. Der Zinsüberschuss des Konzerns errechnet sich aus den tatsächlichen Zinserträgen abzüglich Zinsaufwendungen.

Risikovorsorge im Kreditgeschäft

In dieser Position werden den Geschäftsfeldern die EWB zugeordnet; der Ausweis weiterer Größen der Risikovorsorge erfolgt analog dem internen Berichtswesen unter Konzernsteuerung/Sonstiges.

Provisionsüberschuss

Kreditprovisionen werden in den Segmenten im Zinsüberschuss ausgewiesen.

Ergebnis aus erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten

Das Überleitungsergebnis dieser Position resultiert aus verschiedenen Effekten, die nicht den Bereichen zugeordnet werden, insbesondere Zahlungen und das Bewertungsergebnis aus Derivaten.

Ergebnis aus Hedge Accounting

Das Ergebnis aus Hedge Accounting wird keinem Geschäftsfeld zugerechnet und in der Überleitung gezeigt.

Ergebnis aus Finanzanlagen

Das Ergebnis aus Finanzanlagen wird verursachungsgerecht den Geschäftsfeldern zugeordnet.

Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen

Diese Position wird nicht den vier direkt vertriebsorientierten Segmenten, sondern dem Segment Konzernsteuerung/Sonstiges zugeordnet.

Verwaltungsaufwand

Den Geschäftsfeldern werden der direkt zurechenbare Verwaltungsaufwand sowie die Ergebnisse der innerbetrieblichen Leistungsverrechnung zugeordnet. Im internen Berichtswesen werden die internen Kostenarten mit der Konzern-GuV detailliert abgeglichen. Überleitungen sind minimiert.

Sonstiges betriebliches Ergebnis

Diese Position wird nicht den Geschäftsfeldern zugeordnet.

Segmentvermögen/Segmentverbindlichkeiten

Der Unterschied zwischen den addierten Segmentvermögen/Segmentverbindlichkeiten und dem Konzernvermögen/den Konzernverbindlichkeiten resultiert zum überwiegenden Teil aus der Durchschnittsbetrachtung bei den Geschäftsfeldern und der Stichtagsbetrachtung beim Konzern. Refinanzierungsmittel werden nicht bei den Geschäftsfeldern abgebildet und fließen bei den Segmentverbindlichkeiten in der Überleitung ein.

Nachhaltiges Kapital

Das nachhaltige Kapital setzt sich zusammen aus Stammkapital, Kapitalrücklage, Gewinnrücklage und dem Ausgleichsposten für Anteile anderer Gesellschafter.

Rentabilitätskennzahlen der Bereiche

Konsistent mit dem internen Berichtswesen und dem Konzernberichtswesen wird der RoRaC auch in der externen Berichterstattung ausgewiesen.

RoE der Bank

Die Berechnung dieser Kennzahl wird zur besseren Vergleichbarkeit konzerneinheitlich vorgenommen.

Erläuterungen zur Konzern-Gewinn-und-Verlust-Rechnung

(19) Zinsüberschuss

Die Positionen Zinserträge und -aufwendungen enthalten neben den erhaltenen Zinserträgen und -aufwendungen zeitanteilige Auflösungen von Agien und Disagien aus Finanzinstrumenten.

| | 1.1.- 31.12.2016 Mio. € | 1.1.- 31.12.2015 Mio. € | Veränderung % |
|---|-------------------------------|-------------------------------|------------------|
| Zinserträge | | | |
| Zinserträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften | 710 | 788 | -10 |
| Zinserträge aus festverzinslichen Wertpapieren und Schulbuchforderungen | 22 | 35 | -37 |
| Zinserträge aus erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten | | | |
| Handelsbestand und Hedge Accounting-Derivate | 274 | 351 | -22 |
| Zinserträge aus der Fair-Value-Option | - | - | - |
| Laufende Erträge | | | |
| aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren | 0 | 0 | 0 |
| aus Beteiligungen | 1 | 4 | -75 |
| Zinserträge aus sonstiger Amortisierung | | | |
| aus Ausgleichsposten Portfolio Fair Value Hedge | 53 | 46 | 15 |
| aus Hedge Accounting-Derivaten | 57 | 36 | 58 |
| Summe Zinserträge | 1.117 | 1.260 | -11 |
| Zinsaufwendungen | | | |
| Zinsaufwendungen aus Kredit- und Geldmarktgeschäften | 305 | 362 | -16 |
| Zinsaufwendungen aus verbrieften Verbindlichkeiten | 77 | 87 | -11 |
| Zinsaufwendungen aus erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten | | | |
| Zinsaufwendungen aus Handelsbestand und Hedge Accounting-Derivaten | 238 | 280 | -15 |
| Zinsaufwendungen aus Nachrangkapital | 9 | 18 | -50 |
| Zinsaufwendungen aus sonstiger Amortisierung | | | |
| Zinsaufwendungen aus Ausgleichsposten Portfolio Fair Value Hedge | 16 | 11 | 45 |
| Zinsaufwendungen aus Hedge Accounting-Derivaten | 99 | 78 | 27 |
| Zinsaufwendungen für Rückstellungen und Verbindlichkeiten | 8 | 11 | -27 |
| Sonstige Zinsaufwendungen und zinsähnliche Aufwendungen | 0 | 0 | 0 |
| Summe Zinsaufwendungen | 752 | 847 | -11 |
| Gesamt | 365 | 413 | -12 |

In den Zinserträgen aus Kredit- und Geldmarktgeschäften sind Zinserträge aus dem Barwerteffekt der wertgeminderten Vermögenswerte (sogenanntes Unwinding) in Höhe von 39 Mio. € (Vorjahr: 36 Mio. €) enthalten.

Der gesamte Zinsertrag für Finanzinstrumente, die nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, betrug 786 Mio. € (Vorjahr: 873 Mio. €). Der gesamte Zinsaufwand für Finanzinstrumente, die nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, betrug 415 Mio. € (Vorjahr: 489 Mio. €).

Die sonstigen Zinserträge und zinsähnlichen Erträge enthalten im Wesentlichen Beteiligungserträge und Amortisationsposten aus dem Hedge Accounting.

Sonstige Zinsaufwendungen und zinsähnliche Aufwendungen fielen nicht in relevanter Höhe an.

Die Aufwendungen aus negativen Zinsen und Erträge aus positiven Zinsen von jeweils 2 Mio.€ glichen sich per saldo aus und resultieren aus Tages- und Termingeldern im Interbankengeschäft und im Geschäft mit Nichtbanken sowie aus Wertpapierleihgeschäften. In sämtlichen Fällen ist dies auf einen negativen Referenzzinssatz (i. d. R. der EURIBOR-Satz für verschiedene Laufzeitbänder) zurückzuführen.

(20) Risikovorsorge im Kreditgeschäft

| | 1.1.-31.12.2016 Mio. € | 1.1.-31.12.2015 Mio. € | Veränderung % |
|---|---------------------------|---------------------------|------------------|
| Erträge aus der Risikovorsorge im Kreditgeschäft | | | |
| Auflösung von Einzelwertberichtigungen auf Forderungen | 106 | 188 | -44 |
| Auflösung von portfoliobasierten Wertberichtigungen auf Forderungen | 50 | 12 | >100 |
| Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft | 2 | 2 | 0 |
| Eingänge auf abgeschriebene Forderungen | 3 | 10 | -70 |
| Erträge aus der Risikovorsorge im Kreditgeschäft | 161 | 212 | -24 |
| Aufwendungen aus der Risikovorsorge im Kreditgeschäft | | | |
| Zuführung zu Einzelwertberichtigungen auf Forderungen | 1.510 | 507 | >100 |
| Zuführung zu portfoliobasierten Wertberichtigungen | 0 | - | - |
| Zuführung zu Rückstellungen im Kreditgeschäft | 2 | 3 | -33 |
| Direkte Forderungsabschreibungen | 196 | 43 | >100 |
| Prämienzahlungen für Kreditversicherungen | 0 | 0 | 0 |
| Aufwendungen aus der Risikovorsorge im Kreditgeschäft | 1.708 | 553 | >100 |
| Gesamt | -1.547 | -341 | >100 |

(21) Provisionsüberschuss

| | 1.1.-31.12.2016 Mio. € | 1.1.-31.12.2015 Mio. € | Veränderung % |
|--|---------------------------|---------------------------|------------------|
| Provisionserträge | | | |
| Provisionserträge aus dem Bankgeschäft | | | |
| Kredit- und Avalgeschäft | 15 | 11 | 36 |
| Wertpapier- und Depotgeschäft | 12 | 11 | 9 |
| Kontoführung und Zahlungsverkehr | 9 | 10 | -10 |
| Treuhandgeschäft | 0 | 0 | 0 |
| Vermittlungsgeschäft | 1 | 1 | 0 |
| Sonstige bankübliche Provisionserträge | 12 | 15 | -20 |
| Provisionserträge aus dem Nichtbankgeschäft | | | |
| Immobilien-geschäft | 1 | 2 | -50 |
| Summe Provisionserträge | 50 | 50 | 0 |
| Provisionsaufwendungen | | | |
| Provisionsaufwendungen aus dem Bankgeschäft | | | |
| Wertpapier- und Depotgeschäft | 2 | 3 | -33 |
| Treuhandgeschäft | 0 | 0 | -100 |
| Vermittlungsgeschäft | 1 | 1 | 0 |
| Kredit- und Avalgeschäft | 22 | 4 | >100 |
| Sonstige bankübliche Provisionsaufwendungen | 1 | 1 | 0 |
| Summe Provisionsaufwendungen | 26 | 9 | >100 |
| Gesamt | 24 | 41 | -41 |

In den sonstigen Provisionserträgen sind insgesamt 11 Mio. € Erträge (Vorjahr: 14 Mio. €) aus vereinnahmten Kreditprovisionen enthalten.

Sämtliche Provisionserträge/-aufwendungen stellen Erträge/Aufwendungen aus nicht zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten dar.

Durch das sich gut entwickelnde operative Geschäft konnten die Erträge aus Avalprovisionen gesteigert werden. Hiergegen stehen aufwandsseitig erstmals in nennenswerter Höhe wirksam gewordene laufende Avalaufwendungen aus Maßnahmen zur Stärkung der Kernkapitalquote der Bank.

Die Verbesserung der Provisionserträge aus dem Bereich Wertpapier- und Depotgeschäft ist u. a. auf höhere Kommissions- und Vertriebsprovisionen zurückzuführen; der Rückgang aus dem Bereich Kontoführung und Zahlungsverkehr begründet sich durch leicht rückläufige Erträge aus dem Auslandszahlungsverkehr.

(22) Ergebnis aus erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten

| | 1.1. – 31.12.2016 Mio. € | 1.1. – 31.12.2015 Mio. € | Veränderung % |
|---|-----------------------------|-----------------------------|------------------|
| Handelsergebnis | | | |
| Realisiertes Ergebnis | | | |
| Ergebnis aus Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren | 3 | 0 | >100 |
| Ergebnis aus Derivaten | 8 | 0 | >100 |
| Summe realisiertes Ergebnis | 11 | 0 | >100 |
| Bewertungsergebnis | | | |
| Ergebnis aus Derivaten | -6 | 31 | >-100 |
| Summe Bewertungsergebnis | -6 | 31 | >-100 |
| Devisenergebnis | -6 | 0 | >-100 |
| Sonstiges Ergebnis | 0 | 0 | 0 |
| Summe Handelsergebnis | -1 | 31 | >-100 |
| Ergebnis aus der Fair-Value-Option | | | |
| Realisiertes Ergebnis | | | |
| Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere | - | - | - |
| Bewertungsergebnis | | | |
| Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere | - | - | - |
| Summe Ergebnis aus designierten Finanzinstrumenten (Fair-Value-Option) | - | - | - |
| Gesamt | -1 | 31 | >-100 |

Das realisierte Ergebnis stellt das Ergebnis der im Berichtsjahr ausgelaufenen bzw. vorzeitig beendeten Finanzinstrumente dar, während sich das Bewertungsergebnis auf die zum Stichtag bestehenden Finanzinstrumente bezieht.

Das Devisenergebnis beinhaltet alle Devisenerfolge, die sich aus der Realisation durch Abgänge und der Bewertung aller bestehenden Fremdwährungspositionen der Bank im aktuellen Berichtsjahr ergeben haben.

(23) Ergebnis aus Hedge Accounting

Das Ergebnis aus Hedge Accounting enthält die zinsinduzierten Wertänderungen von Grund- und Sicherungsgeschäften in effektiven Fair Value Hedge-Beziehungen.

| | 1.1. – 31.12.2016 Mio. € | 1.1. – 31.12.2015 Mio. € | Veränderung % |
|---|-----------------------------|-----------------------------|------------------|
| Hedge-Ergebnis im Rahmen von Micro Fair Value Hedges | | | |
| aus gesicherten Grundgeschäften | | | |
| der Halte­kategorie Available for Sale (AfS) | -6 | -9 | -33 |
| der Halte­kategorie Other Liabilities (OL) | 24 | 33 | -27 |
| aus derivativen Sicherungsinstrumenten | -19 | -26 | -27 |
| Summe Micro Fair Value Hedges | -1 | -2 | -50 |
| Hedge-Ergebnis im Rahmen von Portfolio Fair Value Hedges | | | |
| aus gesicherten Grundgeschäften | | | |
| der Halte­kategorie Loans and Receivables (LaR) | 20 | -8 | >100 |
| der Halte­kategorie Available for Sale (AfS) | 30 | -8 | >100 |
| der Halte­kategorie Other Liabilities (OL) | -81 | 48 | >-100 |
| aus derivativen Sicherungsinstrumenten | 33 | -4 | >100 |
| Summe Portfolio Fair Value Hedge | 2 | 28 | -93 |
| Gesamt | 1 | 26 | -96 |

(24) Ergebnis aus Finanzanlagen

Im Finanzanlageergebnis werden Veräußerungsergebnisse und erfolgswirksame Bewertungsergebnisse aus Wertpapieren und Unternehmensanteilen des Finanzanlagenbestandes gezeigt.

Das Ergebnis aus Finanzanlagen der Kategorie AfS setzt sich wie folgt zusammen:

| | 1.1. – 31.12.2016 Mio. € | 1.1. – 31.12.2015 Mio. € | Veränderung % |
|--|-----------------------------|-----------------------------|------------------|
| Ergebnis aus dem Abgang von | | | |
| Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren | - | - | - |
| Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren | 2 | 4 | -50 |
| Anteilen an Unternehmen | 1 | 6 | -83 |
| Summe aus Abgängen | 3 | 10 | -70 |
| Ergebnis aus Wertberichtigungen von | | | |
| Anteilen an Unternehmen | - | - | - |
| sonstigen Finanzanlagen der Kategorie AfS | - | - | - |
| Summe Ergebnis aus Wertberichtigungen | - | - | - |
| Gesamt | 3 | 10 | -70 |

Die Umgliederung von zuvor im sonstigen Ergebnis erfassten Bewertungsgewinnen aus der Neubewertungsrücklage in die Konzern-Gewinn-und-Verlust-Rechnung war wie im Vorjahr im Berichtsjahr nicht erforderlich.

Im Ergebnis aus Anteilen an Unternehmen sind Erträge in Höhe von 911 T€ aus der Veräußerung von Anteilen an vier Beteiligungen enthalten. Abschreibungen sind im Berichtsjahr nicht angefallen (Vorjahr: 6.418 T€).

(25) Ergebnis aus nach der Equity-Methode bilanzierten Finanzanlagen

| | 1.1. – 31.12.2016 Mio. € | 1.1. – 31.12.2015 Mio. € | Veränderung % |
|--|-----------------------------|-----------------------------|------------------|
| Anteile an assoziierten Unternehmen | | | |
| Erträge | 6 | 8 | -23 |
| Aufwendungen | 1 | 0 | >100 |
| Gesamt | 5 | 8 | -40 |

(26) Verwaltungsaufwand

Die Verwaltungsaufwendungen im Konzern setzen sich zusammen aus Personalaufwand, Sachaufwand (andere Verwaltungsaufwendungen) und planmäßigen Abschreibungen auf Sachanlagen, als Finanzinvestition gehaltene Immobilien (Investment Properties) und immaterielle Vermögenswerte.

Im Einzelnen gliedern sich die Aufwendungen wie folgt:

| | 1.1. – 31.12.2016 Mio. € | 1.1. – 31.12.2015 Mio. € | Veränderung % |
|---|-----------------------------|-----------------------------|------------------|
| Personalaufwand | | | |
| Löhne und Gehälter | 76 | 78 | -3 |
| Soziale Abgaben | 12 | 12 | - |
| Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung | 10 | 13 | -23 |
| davon Dienstzeitaufwand | 9 | 12 | -25 |
| Summe Personalaufwand | 98 | 103 | -5 |
| Andere Verwaltungsaufwendungen | | | |
| EDV- und Kommunikationskosten | 47 | 38 | 24 |
| Raum- und Gebäudekosten | 5 | 6 | -17 |
| Aufwand für Marketing, Kommunikation und Repräsentation | 6 | 5 | 20 |
| Personenbezogener Sachaufwand | 5 | 3 | 67 |
| Rechts-, Prüfungs-, Gutachter- und Beratungskosten | 18 | 9 | 100 |
| Umlagen und Beiträge | 20 | 17 | 18 |
| Aufwand für Betriebs- und Geschäftsausstattung | 1 | 1 | 0 |
| Sonstige Verwaltungsaufwendungen | 2 | 1 | 100 |
| Summe andere Verwaltungsaufwendungen | 104 | 80 | 30 |
| Abschreibungen | | | |
| Sachanlagen | 5 | 4 | 25 |
| Immaterielle Vermögenswerte | 3 | 4 | -25 |
| Investment Properties | 2 | 2 | 0 |
| Summe Abschreibungen | 10 | 10 | 0 |
| Gesamt | 212 | 193 | 10 |

Im Personalaufwand sind Aufwendungen für beitragsorientierte Pläne in Höhe von 9 Mio. € (Vorjahr: 12 Mio. €) erfasst.

(27) Sonstiges betriebliches Ergebnis

| | 1.1. – 31.12.2016 Mio. € | 1.1. – 31.12.2015 Mio. € | Veränderung % |
|--|-----------------------------|-----------------------------|------------------|
| Sonstige betriebliche Erträge | | | |
| aus Miet- und Pachteinnahmen | 9 | 8 | 13 |
| aus Kostenerstattungen | 2 | 2 | 0 |
| aus Abgängen von Vermögensgegenständen | 0 | 0 | 0 |
| der Auflösungen von sonstigen Rückstellungen | 4 | 2 | 100 |
| Sonstige Erträge | 23 | 7 | >100 |
| Summe sonstige betriebliche Erträge | 38 | 19 | 100 |
| Sonstige betriebliche Aufwendungen | | | |
| aus Miet- und Pacht aufwendungen | 3 | 2 | 50 |
| aus dem Rückkauf begebener Schuldverschreibungen | 2 | 0 | >100 |
| aus dem Rückkauf von Namenspapieren | 15 | 5 | >100 |
| Sonstige Aufwendungen | 6 | 3 | 100 |
| Summe sonstige betriebliche Aufwendungen | 26 | 10 | >100 |
| Gesamt | 12 | 9 | 33 |

Die sonstigen Erträge beinhalten im Wesentlichen den Veräußerungsgewinn aus dem Verkauf einer Beteiligung in Höhe von 21 Mio. € (Vorjahr: 0 Mio. €).

Die sonstigen Aufwendungen entfallen im Wesentlichen auf Abschreibungen auf und Gewerbesteuererstattungen an eine veräußerte Beteiligung in Höhe von insgesamt 4 Mio. € (Vorjahr: 0 Mio. €) sowie Aufwendungen für Schadenfälle aus operationellen Risiken in Höhe von 1 Mio. € (Vorjahr: 1 Mio. €).

(28) Restrukturierungsergebnis

Das Restrukturierungsergebnis in Höhe von 37 Mio. € (Vorjahr: 0 Mio. €) betrifft Maßnahmen mit dem Ziel der dauerhaften Zukunftssicherung und Wahrung der Wettbewerbsfähigkeit des NORD/LB-Konzerns. Es handelt sich um Personalabbaumaßnahmen, welche sozialverträglich u. a. über Vorruhestandsmaßnahmen vorgenommen werden.

(29) Ertragsteuern

Die Ertragsteuern des Konzerns gliedern sich wie folgt:

| | 1.1. – 31.12.2016 Mio. € | 1.1. – 31.12.2015 Mio. € | Veränderung % |
|--|-----------------------------|-----------------------------|------------------|
| Laufende Steuern vom Einkommen und Ertrag | | | |
| Laufendes Jahr | 0 | 15 | -100 |
| aus Vorjahren | -3 | -1 | >100 |
| Summe | -3 | 14 | >-100 |
| Latente Steuern | | | |
| aus Entstehung/Auflösung temporärer Differenzen | -5 | -15 | -67 |
| aus der Änderung von Steuersätzen | 0 | 0 | - |
| aus temporären Differenzen aus Vorjahren | 3 | 0 | >100 |
| Summe | -2 | -15 | -87 |
| Gesamter Ertragsteueraufwand | -5 | -1 | >100 |

Die nachfolgende steuerliche Überleitungsrechnung zeigt eine Analyse des Unterschiedsbetrags zwischen dem erwarteten Ertragsteueraufwand, der sich bei Anwendung des deutschen

Ertragsteuersatzes auf das IFRS-Ergebnis vor Steuern ergeben würde, und dem tatsächlich ausgewiesenen Ertragsteueraufwand:

| | 1.1. – 31.12.2016 Mio. € | 1.1. – 31.12.2015 Mio. € | Veränderung % |
|---|-----------------------------|-----------------------------|------------------|
| IFRS-Ergebnis vor Steuern | -1.387 | 4 | >-100 |
| Erwarteter Ertragsteueraufwand | -444 | 1 | >-100 |
| Überleitungseffekte | | | |
| Auswirkungen wegen abweichender Steuersätze | 4 | -1 | >100 |
| Im Geschäftsjahr erfasste Steuern aus Vorjahren | 0 | -1 | -100 |
| Wertberichtigungen und Verlustvorträge | 443 | - | >100 |
| Auswirkungen aus Steuersatzänderungen | 0 | 0 | - |
| Nicht abziehbare Betriebsausgaben | 12 | 9 | 33 |
| Auswirkungen steuerfreier Erträge | -2 | -13 | -85 |
| Auswirkungen permanenter Effekte bilanzieller Natur | 0 | 0 | - |
| Auswirkungen von Bemessungsgrundlagentransfers | -8 | 9 | >-100 |
| Sonstige Auswirkungen | -10 | -5 | 100 |
| Ausgewiesener Ertragsteueraufwand | -5 | -1 | >100 |

Der erwartete Ertragsteueraufwand in der steuerlichen Überleitungsrechnung errechnet sich aus dem in Deutschland im Jahr 2016 geltenden Körperschaftsteuersatz von 15 % zzgl. Solidaritätszuschlag von 5,5 % und dem durchschnittlichen Gewerbesteuersatz von ca. 15,6 %. Daraus ergibt sich ein inländischer Ertragsteuersatz von 31,5 % (Vorjahr: 31,5 %). Die Bewertung der latenten Steuern erfolgt mit dem zum Bilanzstichtag geltenden bzw. zukünftig geltenden Steuersatz von 31,5 % (31,5 %).

(30) Erläuterungen zur Gesamtergebnisrechnung

Auf die einzelnen Komponenten des sonstigen Ergebnisses (OCI) der Gesamtergebnisrechnung entfallen die Ertragsteuereffekte wie folgt:

| Mio. € | 01.01. – 31.12.2016 | | | 01.01. – 31.12.2015 | | |
|--|---------------------|---------------------|---------------------|---------------------|---------------------|---------------------|
| | Betrag vor Steuern | Ertragsteuer-effekt | Betrag nach Steuern | Betrag vor Steuern | Ertragsteuer-effekt | Betrag nach Steuern |
| Veränderung aus Available-for-Sale-(AfS-)Finanzinstrumenten | 6 | 0 | 6 | 11 | 2 | 13 |
| Nach der Equity-Methode bilanzierte Finanzanlagen – Anteil am sonstigen Ergebnis | 5 | - | 5 | 0 | 0 | 0 |
| Neubewertung der Nettoschuld aus leistungsorientierten Versorgungsplänen | -42 | 13 | -29 | 66 | -21 | 45 |
| Sonstiges Ergebnis | -31 | 13 | -18 | 77 | -19 | 58 |

Erläuterungen zur Konzernbilanz

(31) Barreserve

| | 1.1. – 31.12.2016 Mio. € | 1.1. – 31.12.2015 Mio. € | Veränderung % |
|---------------------------------|-----------------------------|-----------------------------|------------------|
| Kassenbestand | 7 | 4 | 75 |
| Guthaben bei Zentralnotenbanken | 431 | 69 | >100 |
| Gesamt | 438 | 73 | >100 |

Die Guthaben bei Zentralnotenbanken entfallen wie im Vorjahr vollständig auf Guthaben bei der Deutschen Bundesbank. Das Mindestreserve-Soll wurde im Berichtsjahr stets eingehalten und beträgt am Jahresende 57 Mio. € (Vorjahr: 57 Mio. €).

(32) Forderungen an Kreditinstitute

| | 31.12.2016 Mio. € | 31.12.2015 Mio. € | Veränderung % |
|--|----------------------|----------------------|------------------|
| Forderungen aus Geldmarktgeschäften | | | |
| Inländische Kreditinstitute | 228 | 142 | 61 |
| Ausländische Kreditinstitute | 0 | 0 | – |
| Summe Forderungen aus Geldmarktgeschäften | 228 | 142 | 61 |
| Andere Forderungen | | | |
| Inländische Kreditinstitute | | | |
| Täglich fällig | 257 | 22 | >100 |
| Befristet | 3.111 | 3.207 | -3 |
| Ausländische Kreditinstitute | | | |
| Täglich fällig | 105 | 37 | >100 |
| Befristet | 0 | 72 | -100 |
| Summe andere Forderungen | 3.473 | 3.338 | 4 |
| Gesamt | 3.701 | 3.480 | 6 |

Von den Forderungen an inländische Kreditinstitute entfallen 2.768 Mio. € (Vorjahr: 2.715 Mio. €) auf Forderungen an Verbundsparkassen. Vom Gesamtbestand entfallen 2.882 Mio. € (Vorjahr: 2.816 Mio. €) auf Forderungen, die erst nach Ablauf von mehr als zwölf Monaten realisiert oder erfüllt werden.

(33) Forderungen an Kunden

| | 31.12.2016 Mio. € | 31.12.2015 Mio. € | Veränderung % |
|--|----------------------|----------------------|------------------|
| Forderungen aus Geldmarktgeschäften | | | |
| Inländische Kunden | 262 | 312 | -16 |
| Ausländische Kunden | 23 | 17 | 35 |
| Summe Forderungen aus Geldmarktgeschäften | 285 | 329 | -13 |
| Andere Forderungen | | | |
| Inländische Kunden | | | |
| Täglich fällig | 1.155 | 1.331 | -13 |
| Befristet | 17.885 | 18.183 | -2 |
| Ausländische Kunden | | | |
| Täglich fällig | 436 | 290 | 50 |
| Befristet | 2.585 | 2.648 | -2 |
| Summe andere Forderungen | 22.061 | 22.452 | -2 |
| Gesamt | 22.346 | 22.781 | -2 |

Vom Gesamtbestand entfallen 16.726 Mio. € (Vorjahr: 17.316 Mio. €) auf Forderungen, die erst nach Ablauf von mehr als zwölf Monaten realisiert oder erfüllt werden. In den Forderungen an Kunden sind Forderungen aus Finance-Lease-Geschäften in Höhe von 22 Mio. € (Vorjahr: 24 Mio. €) enthalten. Der Bruttoinvestitionswert der Leasinggeschäfte beträgt 23 Mio. € (Vorjahr: 26 Mio. €). Weitere Informationen zu Leasinggeschäften sind in Note (76) dargestellt.

(34) Risikovorsorge

| | 31.12.2016 Mio. € | 31.12.2015 Mio. € | Veränderung % |
|--|----------------------|----------------------|------------------|
| Risikovorsorge auf Forderungen an Kreditinstitute | | | |
| Inländische Kreditinstitute | - | - | - |
| Portfoliobasierte Wertberichtigungen auf Forderungen | | | |
| Summe Risikovorsorge auf Forderungen an Kreditinstitute | - | - | - |
| Risikovorsorge auf Forderungen an Kunden | | | |
| Inländische Kunden | 1.979 | 917 | >100 |
| Ausländische Kunden | 0 | 0 | - |
| Portfoliobasierte Wertberichtigungen auf Forderungen | 95 | 146 | -35 |
| Summe Risikovorsorge auf Forderungen an Kunden | 2.074 | 1.063 | 95 |
| Gesamt | 2.074 | 1.063 | 95 |

Die auf die Forderungen an Kreditinstitute und Forderungen an Kunden entfallende Risikovorsorge und die Rückstellungen im Kreditgeschäft haben sich wie folgt entwickelt:

| Mio. € | Einzelwert- berichtigungen | | Portfoliowert- berichtigungen (on balance) | | Summe | | Rückstellungen im Kredit- geschäft ¹⁾ | |
|--|-------------------------------|------------|--|------------|--------------|--------------|--|-----------|
| | 2016 | 2015 | 2016 | 2015 | 2016 | 2015 | 2016 | 2015 |
| Forderungen an Kreditinstitute 1.1. | - | - | - | - | - | - | - | - |
| Erfolgswirksame Veränderungen | | | | | | | | |
| Zuführungen | - | - | - | - | - | - | - | - |
| Auflösungen | - | - | - | - | - | - | - | - |
| Unwinding | - | - | - | - | - | - | - | - |
| Erfolgsneutrale Veränderungen | | | | | | | | |
| Inanspruchnahmen | - | - | - | - | - | - | - | - |
| Umbuchungen | - | - | - | - | - | - | - | - |
| 31.12. | - | - | - | - | - | - | - | - |
| Forderungen an Kunden 1.1. | 917 | 656 | 146 | 201 | 1.063 | 857 | 12 | 11 |
| Erfolgswirksame Veränderungen | | | | | | | | |
| Zuführungen | 1.510 | 507 | - | - | 1.510 | 507 | 2 | 3 |
| Auflösungen | -106 | -188 | -50 | -12 | -156 | -200 | -2 | -2 |
| Unwinding | -39 | -36 | - | - | -39 | -36 | - | - |
| Erfolgsneutrale Veränderungen | | | | | | | | |
| Inanspruchnahmen | -336 | -82 | -1 | - | -337 | -82 | - | - |
| FX-Effekte | 34 | 17 | - | - | 34 | 17 | - | - |
| Umbuchungen | -1 | 43 | - | -43 | -1 | 0 | - | - |
| 31.12. | 1.979 | 917 | 95 | 146 | 2.074 | 1.063 | 12 | 12 |
| Gesamt | 1.979 | 917 | 95 | 146 | 2.074 | 1.063 | 12 | 12 |

¹⁾ Inklusive PoWB off balance.

Der Gesamtbetrag der Kredite, auf die keine Zinszahlungen eingehen, belief sich zum Abschlussstichtag auf 179 Mio. € (Vorjahr: 183 Mio. €). Für Kredite mit einem Gesamtvolumen von 3.503 Mio. € (Vorjahr: 2.700 Mio. €) wurden EWB gebildet.

Die auf diese Kredite entfallenden ausstehenden Zinsforderungen beliefen sich zum 31. Dezember 2016 auf 1 Mio. € (Vorjahr: 1 Mio. €). Im Berichtsjahr erfolgten direkte Forderungsabschreibungen in Höhe von 195 Mio. € (Vorjahr: 43 Mio. €). Die Eingänge auf abgeschriebene Forderungen betragen 3 Mio. € (Vorjahr: 9 Mio. €).

Das maximale Ausfallrisiko der finanziellen Vermögenswerte nach IFRS 7.36 (a) entspricht dem Buchwert der Instrumente.

Die Qualität der Kredite und Forderungen sowie der zur Veräußerung verfügbaren Finanzanlagen hat sich wie folgt entwickelt:

| Ratinggruppe Mio. € | Sehr gut bis gut | | Gut/zufriedenstellend | | Noch gut/befriedigend | | Erhöhtes Risiko | | Hohes Risiko | | Sehr hohes Risiko | | Ohne Zuordnung | |
|--|------------------|---------------|-----------------------|--------------|-----------------------|--------------|-----------------|------------|--------------|--------------|-------------------|--------------|----------------|--------------|
| | 2016 | 2015 | 2016 | 2015 | 2016 | 2015 | 2016 | 2015 | 2016 | 2015 | 2016 | 2015 | 2016 | 2015 |
| Kredite und Forderungen (LaR) | | | | | | | | | | | | | | |
| Forderungen an Kreditinstitute | 3.701 | 3.480 | – | – | – | – | – | – | – | – | – | – | – | – |
| Forderungen an Kunden | 12.150 | 12.071 | 2.257 | 2.234 | 1.357 | 1.741 | 470 | 767 | 486 | 1.005 | 1.885 | 1.627 | 3.741 | 3.336 |
| Zur Veräußerung verfügbar (AfS) | | | | | | | | | | | | | | |
| Finanzanlagen | 2.775 | 2.904 | – | – | – | – | – | 15 | – | – | – | – | – | – |
| Summe | 18.626 | 18.455 | 2.257 | 2.234 | 1.357 | 1.741 | 470 | 782 | 486 | 1.005 | 1.885 | 1.627 | 3.741 | 3.336 |

Die überfälligen Kredite und Forderungen haben sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

| Ratinggruppe Mio. € | überfällig, aber nicht wertgemindert | | | | | | | | | |
|--|--------------------------------------|---------------|----------------------|------------|----------------|-----------|-----------------|------------|----------------------|------------|
| | Weder überfällig noch wertgemindert | | Kleiner als 3 Monate | | 3 bis 6 Monate | | 6 bis 12 Monate | | Größer als 12 Monate | |
| | 2016 | 2015 | 2016 | 2015 | 2016 | 2015 | 2016 | 2015 | 2016 | 2015 |
| Kredite und Forderungen (LaR) | | | | | | | | | | |
| Forderungen an Kreditinstitute | 3.701 | 3.480 | – | – | – | – | – | – | – | – |
| Forderungen an Kunden | 18.043 | 18.819 | 571 | 891 | 59 | 39 | 107 | 129 | 63 | 203 |
| Zur Veräußerung verfügbar (AfS) | | | | | | | | | | |
| Finanzanlagen | 2.775 | 2.919 | – | – | – | – | – | – | – | – |
| Summe | 24.519 | 25.218 | 571 | 891 | 59 | 39 | 107 | 129 | 63 | 203 |

Die wertberichtigten Kredite und Forderungen haben sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

| Mio. € | Buchwerte | | Wertberichtigungen | |
|--|--------------|--------------|--------------------|------------|
| | 2016 | 2015 | 2016 | 2015 |
| Kredite und Forderungen (LaR) | | | | |
| Forderungen an Kreditinstitute | – | – | – | – |
| Forderungen an Kunden | 3.503 | 2.700 | 1.973 | 917 |
| Zur Veräußerung verfügbar (AfS) | | | | |
| Finanzanlagen | – | – | – | – |
| Summe | 3.503 | 2.700 | 1.973 | 917 |

(35) Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte

In dieser Position sind die Handelsaktiva (Held for Trading – HfT) sowie die zum Fair Value designierten Finanzinstrumente enthalten. Die Handelsaktivitäten des Konzerns umfassen den Handel mit Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren, Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren, Namenspapieren sowie derivativen Finanzinstrumenten, die nicht im Rahmen des Hedge Accountings eingesetzt werden.

Börsenfähige bzw. börsennotierte erfolgswirksam zum Fair Value bewertete Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sowie Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere liegen im Berichtsjahr keine vor (Vorjahr: 52 Mio. €).

| | 31.12.2016 Mio. € | 31.12.2015 Mio. € | Veränderung % |
|--|----------------------|----------------------|------------------|
| Handelsaktiva | | | |
| Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere | | | |
| Anleihen und Schuldverschreibungen | | | |
| von öffentlichen Emittenten | 0 | 10 | -100 |
| von anderen Emittenten | 0 | 42 | -100 |
| Summe Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere | - | 52 | -100 |
| Positive Fair Values aus Derivaten im Zusammenhang mit: | | | |
| Zinsrisiken | 488 | 593 | -18 |
| Währungsrisiken | 14 | 20 | -30 |
| Kreditderivaten | 0 | 1 | -100 |
| Summe positive Fair Values aus Derivaten | 502 | 614 | -18 |
| Summe Handelsaktiva | 502 | 666 | -25 |
| Zur Fair-Value-Bewertung designierte finanzielle Vermögenswerte | | | |
| Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere | - | - | - |
| Summe zur Fair-Value-Bewertung designierte finanzielle Vermögenswerte | - | - | - |
| Gesamt | 502 | 666 | -25 |

Vom Gesamtbestand entfallen 428 Mio. € (Vorjahr: 575 Mio. €) auf finanzielle Vermögenswerte, die erst nach Ablauf von mehr als zwölf Monaten realisiert oder erfüllt werden.

Die Ermittlung der kreditrisikoinduzierten Fair-Value-Änderung erfolgt auf Basis der Veränderung der Credit Spreads der Emittenten der Schuldverschreibungen.

(36) Positive Fair Values aus Hedge Accounting-Derivaten

Diese Position umfasst positive Fair Values von Sicherungsinstrumenten in effektiven Fair Value Hedge-Beziehungen.

| | 31.12.2016 Mio. € | 31.12.2015 Mio. € | Veränderung % |
|--|----------------------|----------------------|------------------|
| Derivate im Rahmen von Micro Fair Value Hedges | 99 | 131 | -24 |
| Derivate im Rahmen von Portfolio Fair Value Hedges | 481 | 410 | 17 |
| Gesamt | 580 | 541 | 7 |

Vom Gesamtbestand entfallen 503 Mio. € (Vorjahr: 480 Mio. €) auf Sicherungsinstrumente, die nach Ablauf von mehr als zwölf Monaten realisiert oder erfüllt werden. Als Sicherungsinstrumente werden Zinsswaps eingesetzt.

(37) Finanzanlagen

Der Bilanzposten Finanzanlagen umfasst alle als Available for Sale (AfS) kategorisierten Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere, Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapiere sowie Anteile an Unternehmen, die nicht gemäß IFRS 10, IFRS 11 oder IAS 28 bewertet werden.

Beteiligungen am Eigenkapital anderer Unternehmen sowie stille Beteiligungen und Genussrechte mit Verlustbeteiligung sind der Kategorie AfS zugeordnet.

| | 31.12.2016 Mio. € | 31.12.2015 Mio. € | Veränderung % |
|--|----------------------|----------------------|------------------|
| Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte (AfS) | | | |
| Schuldverschreibungen und andere festverzinsl. Wertpapiere | | | |
| von öffentlichen Emittenten | 2.094 | 2.496 | 16 |
| von anderen Emittenten | 627 | 380 | 65 |
| Summe Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere | 2.721 | 2.876 | -5 |
| Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere | 17 | 3 | >100 |
| Anteile an nicht konsolidierten Unternehmen | 23 | 24 | -4 |
| Sonstige Finanzanlagen der Kategorie AfS | 14 | 16 | -13 |
| Gesamt | 2.775 | 2.919 | -5 |

Vom Gesamtbestand entfallen 2.412 Mio. € (Vorjahr: 2.189 Mio. €) auf zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte AfS, die erst nach Ablauf von mehr als zwölf Monaten realisiert oder erfüllt werden.

In der nachstehenden Tabelle sind Finanzinformationen von assoziierten Unternehmen, die nicht nach der Equity-Methode bilanziert werden, zusammengefasst.

| Mio. € | Finanz- unternehmen | Versicherungs- unternehmen | Sonstige Unternehmen |
|---|------------------------|-------------------------------|-------------------------|
| Werte aus dem letzten festgestellten Jahresabschluss | | | |
| Vermögen | 15 | 37 | 91 |
| Verbindlichkeiten | 0 | 31 | 58 |
| Umsatzerlöse | 0 | 11 | 26 |
| Ergebnis | 2 | 1 | 2 |

(38) Nach der Equity-Methode bilanzierte Finanzanlagen

In diesem Posten werden Anteile an assoziierten Unternehmen i. S. d. IAS 28 ausgewiesen, die nach der Equity-Methode bewertet werden. Die nach der Equity-Methode bewerteten Anteile setzen sich wie folgt zusammen:

| | 31.12.2016 Mio. € | 31.12.2015 Mio. € | Veränderung % |
|--------------------------------|----------------------|----------------------|------------------|
| Assoziierte Unternehmen | | | |
| Kreditinstitute | 0 | – | – |
| Andere Unternehmen | 125 | 118 | 6 |
| Gesamt | 125 | 118 | 6 |

Die Buchwerte der assoziierten Unternehmen haben sich wie folgt entwickelt:

| Mio. € | Assoziierte Unternehmen |
|-------------------|----------------------------|
| 1.1.2015 | 93 |
| Zugänge | 41 |
| Umgliederungen | –21 |
| Abschreibungen | 0 |
| Zuschreibungen | 5 |
| 31.12.2015 | 118 |
| 1.1.2016 | 118 |
| Abschreibungen | 0 |
| Zuschreibungen | 7 |
| 31.12.2016 | 125 |

Die Anteile an at Equity bewerteten Unternehmen haben eine Laufzeit von mehr als zwölf Monaten.

(39) Sachanlagen

| | 31.12.2016 Mio. € | 31.12.2015 Mio. € | Veränderung % |
|------------------------------------|----------------------|----------------------|------------------|
| Grundstücke und Gebäude | 98 | 43 | >100 |
| Betriebs- und Geschäftsausstattung | 16 | 5 | >100 |
| Sonstige Sachanlagen | 1 | 41 | -98 |
| Gesamt | 115 | 89 | 29 |

Im Berichtsjahr 2016 betragen die Vorleistungen 0,5 Mio. € (Vorjahr: 40 Mio. €) nach Abschluss des im Jahr 2013 begonnenen Neubaus der Niederlassung Bremen. Durch hausintern erstellte Marktwertgutachten wurden für Grundstücke und Gebäude stille Reserven in Höhe von 7 Mio. € (Vorjahr: 8 Mio. €) ermittelt. Die historischen Anschaffungskosten für Sachanlagen, die zum Stichtag zwar voll abgeschrieben waren, aber weiterhin genutzt werden, betragen 9 Mio. € (Vorjahr: 7 Mio. €).

(40) Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien

| | 31.12.2016 Mio. € | 31.12.2015 Mio. € | Veränderung % |
|------------------|----------------------|----------------------|------------------|
| Anlageimmobilien | 84 | 76 | 11 |
| Gesamt | 84 | 76 | 11 |

Der beizulegende Zeitwert (Fair Value) der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien beträgt 133 Mio. € (Vorjahr: 144 Mio. €). Aus der Vermietung dieser Objekte wurden im Berichtsjahr 9 Mio. € (Vorjahr: 8 Mio. €) erzielt. Die direkten betrieblichen Aufwendungen (einschließlich Reparaturen und Instandhaltung) ohne Abschreibungen betragen 3 Mio. € (Vorjahr: 3 Mio. €). Für das nächste Geschäftsjahr bestehen keine vertraglichen Verpflichtungen zum Kauf von als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien.

Die Entwicklung der Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten sowie die kumulierten Abschreibungen für Sachanlagen und als Finanzinvestition gehaltene Immobilien stellen sich wie folgt dar:

| Mio. € | Bankbetrieblich genutzt | | | Summe | Nicht bankbetrieblich genutzt Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien |
|--|-------------------------|------------------------------------|---------------------------------------|------------|---|
| | Grundstücke und Gebäude | Betriebs- und Geschäftsausstattung | Geleistete Anzahlungen/Anlagen im Bau | | |
| Historische Anschaffungs- und Herstellungskosten 1.1.2015 | 88 | 21 | 23 | 132 | 91 |
| Zugänge | – | 1 | 17 | 18 | 1 |
| Abgänge | – | –2 | – | –2 | – |
| Summe 31.12.2015 | 88 | 20 | 40 | 148 | 92 |
| Kumulierte Abschreibungen 1.1.2015 | –43 | –14 | – | –57 | –15 |
| Planmäßige Abschreibungen | –2 | –2 | – | –4 | –1 |
| Außerplanmäßige Abschreibungen | – | – | – | – | – |
| Abgänge | – | 2 | – | 2 | – |
| Summe 31.12.2015 | –45 | –14 | – | –59 | –16 |
| Endbestand 31.12.2015 | 43 | 6 | 40 | 89 | 76 |
| Historische Anschaffungs- und Herstellungskosten 1.1.2016 | 88 | 20 | 40 | 148 | 92 |
| Zugänge | 55 | 14 | 30 | 99 | 17 |
| Abgänge | –2 | –2 | –69 | –73 | –2 |
| Summe 31.12.2016 | 141 | 32 | 1 | 174 | 107 |
| Kumulierte Abschreibungen 1.1.2016 | –45 | –14 | – | –59 | –16 |
| Planmäßige Abschreibungen | –2 | –3 | – | –5 | –7 |
| Außerplanmäßige Abschreibungen | – | – | – | – | – |
| Abgänge | 4 | 1 | – | 5 | – |
| Summe 31.12.2016 | –43 | –16 | – | –59 | –23 |
| Endbestand 31.12.2016 | 98 | 16 | 1 | 115 | 84 |

(41) Immaterielle Vermögenswerte

Die wesentlichen immateriellen Vermögenswerte des Bremer Landesbank-Konzerns sind nachfolgend aufgeführt:

| | Buchwert Mio. € | | Verbleibender Abschreibungs- zeitraum (in Jahren) | |
|---|--------------------|------------|--|------------|
| | 31.12.2016 | 31.12.2015 | 31.12.2016 | 31.12.2015 |
| Selbst erstellte Software | | | | |
| Architektur der FI- Migrationsschnittstellen | 3 | 3 | 2 | 2 |
| SPOT | 1 | 1 | 3 | 3 |
| Entgeltlich erworbene Software | | | | |
| Sonstige | 4 | 3 | 0 bis 5 | 0 bis 5 |
| Anzahlungen OptiMA (SAP BA 8.0) | 6 | 7 | - | - |
| Gesamt | 14 | 14 | | |

Die immateriellen Anlagewerte betreffen System- und Anwendungssoftware. Es handelt sich ausschließlich sowohl um entgeltlich erworbene Software als auch um selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte. Im Jahr 2016 wurden im Wesentlichen Entwicklungskosten in Höhe von 0 Mio. € (Vorjahr: 1 Mio. €) für die Umsetzung der Integrations-Architektur (SPOT) als selbst erstellter immaterieller Vermögenswert aktiviert. Nicht aktivierungsfähige Forschungsaufwendungen fielen nicht an. Außerdem wurden Anzahlungen in Höhe von 6 Mio. € für die Einführung des SAP Bankanalyser 8.0 geleistet. Die Restnutzungsdauer der immateriellen Anlagewerte liegt zwischen 1 und 59 Monaten. Die historischen Anschaffungskosten für immaterielle Vermögenswerte, die zum Stichtag zwar voll abgeschrieben waren, aber weiterhin genutzt werden, betragen 10 Mio. € (Vorjahr: 10 Mio. €).

Die Entwicklung der immateriellen Vermögenswerte stellt sich wie folgt dar:

| Mio. € | Entgeltlich erworben | Selbst erstellt | Anzahlungen | Summe |
|--|----------------------|-----------------|-------------|-------|
| Historische Anschaffungs- und Herstellungskosten 1.1.2015 | 15 | 13 | 1 | 29 |
| Zugänge | 2 | – | 6 | 8 |
| Abgänge | –1 | – | – | –1 |
| Summe 31.12.2015 | 16 | 13 | 7 | 36 |
| Kumulierte Abschreibungen 1.1.2015 | –12 | –7 | – | –19 |
| Planmäßige AfA | –2 | –2 | – | –4 |
| Abgänge | 1 | – | – | 1 |
| Summe 31.12.2015 | –13 | –9 | – | –22 |
| Endbestand 31.12.2015 | 3 | 4 | 7 | 14 |
| Historische Anschaffungs- und Herstellungskosten 1.1.2016 | 16 | 13 | 7 | 36 |
| Zugänge | 3 | 0 | 1 | 4 |
| Abgänge | –1 | – | – | –1 |
| Summe 31.12.2016 | 18 | 13 | 8 | 39 |
| Kumulierte Abschreibungen 1.1.2016 | –13 | –9 | – | –22 |
| Planmäßige AfA | –2 | –2 | – | –4 |
| Abgänge | 1 | – | – | 1 |
| Summe 31.12.2016 | –14 | –11 | – | –25 |
| Endbestand 31.12.2016 | 4 | 2 | 8 | 14 |

(42) Zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte

Die nach IFRS 5 zum Verkauf bestimmten Vermögenswerte mit einem Buchwert in Höhe von insgesamt 5 Mio. € (Vorjahr: 21 Mio. €) enthalten zum 31. Dezember 2016 Finanzanlagen in Höhe von 5 Mio. € (Vorjahr: 21 Mio. €). Bei den zum Verkauf bestimmten Finanzanlagen handelt es sich um Anteile an zwei assoziierten Unternehmen, die im vierten Quartal 2016 erstmals als zur Veräußerung gehalten eingestuft wurden. Eine Veräußerung der im Konzern gehaltenen Anteile ist für das erste Halbjahr 2017 geplant. Der Buchwert ist weiterhin dem Segment Überleitung zugeordnet.

(43) Laufende Ertragsteueransprüche sowie latente Ertragsteuern

| | 31.12.2016 Mio. € | 31.12.2015 Mio. € | Veränderung % |
|--------------------------------|----------------------|----------------------|------------------|
| Laufende Ertragsteueransprüche | 4 | 0 | >100 |
| Aktive latente Steuern | 165 | 149 | 11 |
| Gesamt | 169 | 149 | 13 |

Aktive latente Steuern bilden die potenziellen Ertragsteuerentlastungen aus temporären Unterschieden zwischen den Werten der Vermögenswerte und Schulden in der IFRS-Konzernbilanz und den Steuerwerten nach den steuerlichen Vorschriften der Konzernunternehmen ab. Zum 31. Dezember 2016 wurden 29 Mio. € (Vorjahr: 16 Mio. €) aktive latente Steuern direkt mit dem Eigenkapital verrechnet.

Latente Ertragsteueransprüche wurden im Zusammenhang mit folgenden Bilanzposten gebildet:

| | 31.12.2016 Mio. € | 31.12.2015 Mio. € | Veränderung % |
|---|----------------------|----------------------|------------------|
| Forderungen an Kreditinstitute | 1 | 6 | -83 |
| Risikovorsorge | 30 | 33 | -9 |
| Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte | 411 | 385 | 7 |
| Finanzanlagen | 1 | 1 | 0 |
| Sachanlagen | 25 | 27 | -7 |
| Immaterielle Vermögenswerte | 2 | 2 | 0 |
| Sonstige Aktiva | 17 | 16 | 6 |
| Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten | 1 | 4 | -75 |
| Verbindlichkeiten gegenüber Kunden | 31 | 34 | -9 |
| Verbriefte Verbindlichkeiten | 9 | 15 | -40 |
| Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen | 5 | 4 | 25 |
| Negative Fair Values aus Hedge-Derivaten | 161 | 131 | 23 |
| Rückstellungen | 114 | 95 | 20 |
| Summe | 808 | 753 | 7 |
| Saldierung | 643 | 604 | 6 |
| Gesamt | 165 | 149 | 11 |

Neben den latenten Steuern, die in der Konzern-Gewinn-und-Verlust-Rechnung erfasst werden, sind in den latenten Steueransprüchen aus Rückstellungen 29 Mio. € (Vorjahr: 16 Mio. €) enthalten, die über das sonstige Ergebnis (OCI) gebildet werden.

Für Verlustvorträge per 31. Dezember 2016 aus Körperschaftsteuer in Höhe von 431 Mio. € (0 Mio. €) und aus Gewerbesteuer in Höhe von 448 Mio. € (0 Mio. €) wurden aufgrund eines zeitlich beschränkten Planungshorizontes und der dadurch bedingten nicht ausreichenden Wahrscheinlichkeit der Nutzung keine latenten Steueransprüche gebildet. Von den zum 31. Dezember 2016 bestehenden steuerlichen Verlustvorträgen sind in den Folgejahren nur noch Verlustvorträge von 236 Mio. € (Körperschaftsteuer) und 245 Mio. € (Gewerbesteuer) zeitlich unbegrenzt nutzbar.

Daneben wurden für unbegrenzt vortragsfähige temporäre Differenzen in Höhe von 955 Mio. € (0 Mio. €) keine latenten Steuern angesetzt.

(44) Sonstige Aktiva

| | 31.12.2016 Mio. € | 31.12.2015 Mio. € | Veränderung % |
|---|----------------------|----------------------|------------------|
| Forderungen auf Zwischenkonten | 41 | 19 | >100 |
| Initial-Marginzahlungen | 26 | 16 | 63 |
| Forderungen gegenüber nicht konsolidierten Töchtern | 13 | 15 | -13 |
| Leasingverträge in Vorbereitung (Anzahlungen) | 4 | 2 | 100 |
| Forderungen gegenüber isländischen Banken | – | – | – |
| Steuererstattungsansprüche aus sonstigen Steuern | 1 | 0 | >100 |
| Sonstige Vermögenswerte | 4 | 5 | -20 |
| Gesamt | 89 | 57 | 56 |

Bei den Forderungen auf Zwischenkonten handelt es sich mehrheitlich um Forderungen im Zusammenhang mit dem Kreditgeschäft und Transaktionen auf Zahlungsverkehrskonten.

Alle Beträge der Position sonstige Aktiva sind innerhalb der nächsten zwölf Monate fällig.

(45) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

| | 31.12.2016 Mio. € | 31.12.2015 Mio. € | Veränderung % |
|--|----------------------|----------------------|------------------|
| Einlagen von anderen Banken | | | |
| Inländische Kreditinstitute | 489 | 456 | 7 |
| Ausländische Kreditinstitute | 50 | – | >100 |
| Summe Einlagen von anderen Banken | 539 | 456 | 18 |
| Verbindlichkeiten aus Geldmarktgeschäften | | | |
| Inländische Kreditinstitute | 1.234 | 1.171 | 5 |
| Ausländische Kreditinstitute | 14 | 28 | –50 |
| Summe Verbindlichkeiten aus Geldmarktgeschäften | 1.248 | 1.199 | 4 |
| Andere Verbindlichkeiten | | | |
| Inländische Kreditinstitute | | | |
| Täglich fällig | 76 | 573 | –87 |
| Befristet | 8.969 | 8.073 | 11 |
| Ausländische Kreditinstitute | | | |
| Täglich fällig | 4 | 2 | 100 |
| Befristet | 248 | 300 | –17 |
| Summe andere Verbindlichkeiten | 9.297 | 8.948 | 4 |
| Gesamt | 11.084 | 10.603 | 5 |

Vom Gesamtbestand entfallen 8.151 Mio. € (Vorjahr: 7.347 Mio. €) auf Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, die voraussichtlich nach Ablauf von mehr als zwölf Monaten realisiert oder erfüllt werden.

Von den Verbindlichkeiten gegenüber inländischen Kreditinstituten entfallen 536 Mio. € (Vorjahr: 706 Mio. €) auf Verbindlichkeiten gegenüber Verbundsparkassen.

(46) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

| | 31.12.2016 Mio. € | 31.12.2015 Mio. € | Veränderung % |
|--|----------------------|----------------------|------------------|
| Spareinlagen | | | |
| Mit vereinbarter Kündigungsfrist von 3 Monaten | | | |
| Inländische Kunden | 184 | 194 | -5 |
| Ausländische Kunden | 7 | 8 | -13 |
| Mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten | | | |
| Inländische Kunden | 4 | 4 | 0 |
| Ausländische Kunden | 1 | 1 | 0 |
| Summe Spareinlagen | 196 | 207 | -5 |
| Verbindlichkeiten aus Geldmarktgeschäften | | | |
| Inländische Kunden | 1.401 | 1.629 | -14 |
| Ausländische Kunden | 24 | 66 | -64 |
| Summe Verbindlichkeiten aus Geldmarktgeschäften | 1.425 | 1.695 | -16 |
| Andere Verbindlichkeiten | | | |
| Inländische Kunden | | | |
| Täglich fällig | 2.797 | 3.306 | -15 |
| Befristet | 4.952 | 4.427 | 12 |
| Ausländische Kunden | | | |
| Täglich fällig | 132 | 151 | -13 |
| Befristet | 236 | 106 | >100 |
| Summe andere Verbindlichkeiten | 8.117 | 7.990 | 2 |
| Gesamt | 9.738 | 9.892 | -2 |

(47) Verbriefte Verbindlichkeiten

| | 31.12.2016 Mio. € | 31.12.2015 Mio. € | Veränderung % |
|---|----------------------|----------------------|------------------|
| Begebene Schuldverschreibungen | | | |
| Pfandbriefe | 461 | 472 | -2 |
| Kommunalschuldverschreibungen | 1.237 | 1.454 | -15 |
| Sonstige Schuldverschreibungen | 3.503 | 3.369 | 4 |
| Summe begebene Schuldverschreibungen | 5.201 | 5.295 | -2 |
| Geldmarktpapiere | | | |
| Commercial Papers | 50 | - | >100 |
| Sonstige Geldmarktpapiere | - | - | - |
| Summe Geldmarktpapiere | 50 | - | >100 |
| Gesamt | 5.251 | 5.295 | -1 |

Vom Gesamtbestand entfallen 4.240 Mio. € (Vorjahr: 4.545 Mio. €) auf verbrieftete Verbindlichkeiten, die voraussichtlich nach Ablauf von mehr als zwölf Monaten realisiert oder erfüllt werden.

Gemäß IAS 39 werden die im Konzern gehaltenen eigenen Schuldverschreibungen in Höhe von nominal 187 Mio. € (Vorjahr: 33 Mio. €) von den ausgegebenen Schuldverschreibungen direkt abgesetzt.

Von den am Bilanzstichtag bestehenden verbrieften Verbindlichkeiten werden keine Inhaberschuldverschreibungen in Namensschuldverschreibungen umgewandelt.

Die folgende Aufstellung enthält die wesentlichen im Berichtsjahr 2016 begebenen Schuldverschreibungen ab einem Emissionsvolumen von 10 Mio. €.

| Wertpapierkurzbezeichnung | Nominal | Währung | Fälligkeit | Zinssatz % |
|---------------------------|----------------|---------|-------------------|------------|
| BREM.LB.KR.A.OLD.PF.44VAR | 100.000.000,00 | EUR | 27. Mai 2019 | 0,0000 |
| BREM.LB.KR.A.OLD.PF.47 | 85.000.000,00 | EUR | 8. September 2021 | 0,0100 |
| BREM.LB.KR.A.OLD.OPF 130 | 25.000.000,00 | EUR | 25. Mai 2021 | 0,3110 |
| BREM.LB.KR.A.OLD.IS.271 | 250.000.000,00 | EUR | 20. Januar 2021 | 1,0000 |
| BREM.LB.KR.A.OLD.IS.274 | 300.000.000,00 | EUR | 3. März 2020 | 0,7500 |
| BREM.LB.KR.A.OLD.IS.276 | 10.000.000,00 | EUR | 25. Mai 2020 | 0,4900 |
| BREM.LB.KR.A.OLD.IS.278 | 20.995.000,00 | EUR | 23. Juli 2026 | 1,4000 |
| BREMER LDSBK TR.1133 | 50.000.000,00 | EUR | 17. Januar 2017 | 0,0000 |

(48) Ausgleichsposten für im Portfolio Fair Value Hedge abgesicherte Finanzinstrumente

Diese Position umfasst die zinsinduzierten Wertänderungen von im Portfolio Fair Value Hedge designierten Verbindlichkeiten der Haltekategorien Other Liabilities (OL) und Loans and Receivables (LaR).

| | 31.12.2016 Mio. € | 31.12.2015 Mio. € | Veränderung % |
|---|----------------------|----------------------|------------------|
| Aktivposten | | | |
| Ausgleichsposten für im Portfolio Fair Value Hedge abgesicherte Finanzinstrumente (LaR) | 62 | 49 | 27 |
| Passivposten | | | |
| Ausgleichsposten für im Portfolio Fair Value Hedge abgesicherte Finanzinstrumente (OL) | 240 | 212 | 13 |

(49) Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen

In dieser Position sind die Handelspassiva (Held for Trading – HfT) dargestellt. Erfolgswirksam zum Fair Value designierte Verbindlichkeiten (Designated at Fair Value through Profit or Loss) waren wie im Vorjahr nicht im Bestand.

Die Handelspassiva umfassen negative beizulegende Zeitwerte aus derivativen Finanzinstrumenten, welche nicht im Rahmen von Hedge Accounting eingesetzt werden.

| | 31.12.2016 Mio. € | 31.12.2015 Mio. € | Veränderung % |
|--|----------------------|----------------------|------------------|
| Handelspassiva | | | |
| Negative Fair Values aus Derivaten im Zusammenhang mit: | | | |
| Zinsrisiken | 495 | 584 | -15 |
| Währungsrisiken | 228 | 284 | -20 |
| Kreditderivaten | 1 | 2 | -50 |
| Summe Handelspassiva | 724 | 870 | -17 |
| Gesamt | 724 | 870 | -17 |

Vom Gesamtbestand entfallen 573 Mio. € (Vorjahr: 714 Mio. €) auf zum beizulegenden Zeitwert bewertete Finanzinstrumente, die nach Ablauf von mehr als zwölf Monaten realisiert oder erfüllt werden.

(50) Negative Fair Values aus Hedge Accounting-Derivaten

Die Position umfasst die negativen Fair Values von Sicherungsinstrumenten in effektiven Fair Value Hedge-Beziehungen.

| | 31.12.2016 Mio. € | 31.12.2015 Mio. € | Veränderung % |
|--|----------------------|----------------------|------------------|
| Derivate im Rahmen von Micro Fair Value Hedges | 16 | 22 | -27 |
| Derivate im Rahmen von Portfolio Fair Value Hedges | 250 | 179 | 40 |
| Gesamt | 266 | 201 | 32 |

Vom Gesamtbestand entfallen 234 Mio. € (Vorjahr: 181 Mio. €) auf Sicherungsinstrumente, die nach Ablauf von mehr als zwölf Monaten realisiert oder erfüllt werden.

Als Sicherungsinstrumente werden Zinsswaps eingesetzt.

(51) Rückstellungen

| | 31.12.2016 Mio. € | 31.12.2015 Mio. € | Veränderung % |
|---|----------------------|----------------------|------------------|
| Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen | 364 | 307 | 19 |
| Andere Rückstellungen | | | |
| Rückstellungen im Kreditgeschäft | 12 | 12 | 0 |
| Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten | 46 | 14 | >100 |
| Gesamt | 422 | 333 | 27 |

Bei den anderen Rückstellungen handelt es sich um Beträge, die für ungewisse Verbindlichkeiten gebildet wurden. Man unterscheidet bei den anderen Rückstellungen zwischen den Rückstellungen für das Kreditgeschäft und den sonstigen Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten.

Von den Rückstellungen im Kreditgeschäft entfallen 3 Mio. € (Vorjahr: 4 Mio. €) auf gebildete PoWB. Bei der Rückstellung für das Kreditgeschäft wird der Zeitpunkt der Erfüllung aktuell nach einer Haltedauer von unter einem Jahr erwartet. Unsicherheiten bei der Ermittlung des Betrages und des Zeitpunkts liegen bei der Rückstellung für das Kreditgeschäft in der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung für die einzelnen Kreditnehmergruppen. Rückerstattungen werden nicht erwartet.

Die Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten umfassen größtenteils Rückstellungen, die im Zusammenhang mit Personalverpflichtungen stehen sowie eine Rückstellung für Zinsverpflichtungen aus Steuernachzahlungen.

Besonders erwähnenswert ist bei den Rückstellungen für Personalverpflichtungen die Rückstellung für Restrukturierungsmaßnahmen.

Bei der Rückstellung für Restrukturierungsmaßnahmen handelt es sich um Personalabbaumaßnahmen, welche sozialverträglich u. a. über Vorruhestandsmaßnahmen vorgenommen werden.

Der erwartete Zeitpunkt der Erfüllung hängt bei den Personalverpflichtungen vom Eintritt des Ereignisses für den Mitarbeiter ab. Unsicherheiten hinsichtlich Betrag und Zeitpunkt hängen von der Betriebszugehörigkeit des Mitarbeiters sowie von externen und internen Verpflichtungen (Tarifverträge, bankspezifische Vereinbarungen) ab. Rückerstattungen werden nicht erwartet.

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen setzen sich wie folgt zusammen:

| | 31.12.2016 Mio. € | 31.12.2015 Mio. € | Veränderung % |
|---|----------------------|----------------------|------------------|
| Barwert der leistungsorientierten Verpflichtung | 522 | 478 | 9 |
| abzüglich Zeitwert des Planvermögens | -158 | -171 | -8 |
| Unterdeckung (Nettoverbindlichkeit) | 364 | 307 | 19 |

Die Nettoverbindlichkeit der leistungsorientierten Verpflichtung lässt sich vom Anfangs- bis zum Endbestand der Periode unter Berücksichtigung der Auswirkungen der aufgeführten Posten überleiten:

| Mio. € | Barwert der Verpflichtung | | Zeitwert des Planvermögens | | Unterdeckung/ Nettoverbindlichkeit | | Veränderung % |
|---|---------------------------|------------|----------------------------|------------|------------------------------------|------------|------------------|
| | 2016 | 2015 | 2016 | 2015 | 2016 | 2015 | |
| Anfangsbestand 1.1. | 478 | 537 | 172 | 30 | 307 | 507 | -39 |
| Laufender Dienstzeitaufwand | 9 | 11 | - | - | 9 | 11 | -18 |
| Zinsaufwand/Zinsertrag (-) | 12 | 12 | 4 | 0 | 12 | 12 | 0 |
| Nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand | 0 | 1 | - | - | -4 | 1 | <-100 |
| Veränderungen aus Konsolidierung | - | - | - | - | - | - | - |
| Effekte aus Abfindungen/Übertragungen (Abgeltungen) | - | - | - | - | - | - | - |
| Veränderungen aus Währungs-umrechnungen | - | - | - | - | - | - | - |
| Gezahlte Versorgungsleistungen | -16 | -16 | -16 | -16 | - | - | - |
| Beiträge Arbeitgeber | - | - | 1 | 158 | -1 | -158 | -99 |
| Zwischensumme | 483 | 545 | 161 | 172 | 323 | 373 | -13 |
| Neubewertungen | | | | | | | |
| Erfahrungsbedingte Anpassungen | -20 | -6 | - | - | -20 | -6 | >100 |
| Gewinne/Verluste aus der Änderung demografischer Annahmen | - | - | - | - | - | - | - |
| Gewinne/Verluste aus der Änderung finanzieller Annahmen | 59 | -61 | - | - | 59 | -61 | >100 |
| Ertrag aus dem Planvermögen (ohne Zinserträge) | - | - | -3 | -1 | 2 | 1 | 100 |
| Endbestand 31.12. | 522 | 478 | 158 | 171 | 364 | 307 | 19 |

Der Barwert der Verpflichtung ist mit 513 Mio. € (Vorjahr: 470 Mio. €) teilweise kapitalgedeckt und mit 9 Mio. € (Vorjahr: 8 Mio. €) nicht kapitalgedeckt (unfunded).

Der Zeitwert des Planvermögens setzt sich wie folgt zusammen:

| | | 31.12.2016 Mio. € | 31.12.2015 Mio. € | Veränderung % |
|--|---------------------|----------------------|----------------------|------------------|
| Zahlungsmittel/ Zahlungsmitteläquivalente | Aktiver Markt | 92 | 134 | -31 |
| | Nicht aktiver Markt | - | - | - |
| Eigenkapitalinstrumente | Aktiver Markt | 4 | 0 | >100 |
| | Nicht aktiver Markt | - | - | - |
| Fremdkapitalinstrumente | Aktiver Markt | 29 | 19 | 53 |
| | Nicht aktiver Markt | - | - | - |
| Sonstige Vermögenswerte | Aktiver Markt | 33 | 18 | 83 |
| | Nicht aktiver Markt | - | - | - |
| Gesamt | | 158 | 171 | -8 |

Als Planvermögen werden die Deckungsmittel der Unterstützungseinrichtung der Bremer Landesbank ausgewiesen. Die nicht für die laufenden Pensionszahlungen benötigten Mittel sind im Rahmen eines Vermögensverwaltungsvertrags in Renten- und Aktientitel sowie sonstige Vermögenswerte investiert. Die sonstigen Vermögenswerte beinhalten 13 Mio. € Zertifikate (Vorjahr: 5 Mio. €) und Forderungen aus einer Rückdeckungsversicherung in Höhe von 20 Mio. € (Vorjahr: 13 Mio. €).

Der Bestand des Planvermögens ist zum Fair Value bewertet.

Im beizulegenden Zeitwert des Planvermögens sind in der Kategorie Fremdkapitalinstrumente eigene Finanzinstrumente der Bremer Landesbank in Höhe von 1 Mio. € enthalten (Vorjahr: 1 Mio. €). Eigene Eigenkapitalinstrumente, Immobilien in Eigennutzung sowie andere selbstgenutzte Vermögenswerte sind nicht im Zeitwert des Planvermögens enthalten.

Die folgende Übersicht zeigt die Fälligkeiten der erwarteten undiskontierten leistungsorientierten Verpflichtungen:

| Mio. € | Pensionsauszahlungen | |
|-------------------------|----------------------|------------|
| | 31.12.2016 | 31.12.2015 |
| Weniger als 1 Jahr | 17 | 17 |
| Zwischen 1 und 2 Jahren | 17 | 17 |
| Zwischen 2 und 3 Jahren | 18 | 18 |
| Zwischen 3 und 4 Jahren | 18 | 19 |
| Zwischen 4 und 5 Jahren | 19 | 19 |
| Gesamt | 89 | 90 |

Die Duration der leistungsorientierten Pensionsverpflichtung beträgt 17 Jahre (Vorjahr: 18 Jahre) und wird jedes Jahr vom versicherungsmathematischen Gutachter überprüft.

Die Beitragszahlungen für leistungsorientierte Pläne einschließlich der Zinsaufwendungen für die leistungsorientierten Verpflichtungen werden in der nächsten Berichtsperiode voraussichtlich 18 Mio. € betragen. Die für das Jahr 2017 erwartete Zuführung zur Unterstützungseinrichtung beträgt 0 Mio. €.

Aufgrund der versicherungsmathematischen Annahmen unterliegt die leistungsorientierte Verpflichtung Veränderungen. Die folgende Sensitivitätsanalyse gibt die Auswirkungen der aufgeführten Änderungen der jeweiligen Annahme auf die Höhe der leistungsorientierten Verpflichtung unter den Prämissen an, dass keine Korrelationen vorliegen und die jeweils anderen Annahmen unverändert bleiben.

| Mio. € | Anstieg | | Rückgang | |
|--|------------|------------|------------|------------|
| | 31.12.2016 | 31.12.2015 | 31.12.2016 | 31.12.2015 |
| Rechnungszins | 50 | 43 | 43 | 37 |
| Gehaltsdynamik | 4 | 5 | 5 | 5 |
| Rentendynamik | 16 | 15 | 15 | 14 |
| Kostensteigerung für medizinische Beihilfe | 2 | 2 | 2 | 1 |
| Sterblichkeit | 27 | 23 | 26 | 23 |

Für den Rechnungszins wurde eine Sensitivität von $\pm 0,5\%$, für Gehalts- und Rententrend jeweils $\pm 0,25\%$ und für Beihilfen $\pm 1\%$ unterstellt. Für die Ermittlung des Effektes auf den Verpflichtungsumfang, der sich ergibt, wenn sich die Lebenserwartung verändert, wurde angenommen, dass die Lebenserwartung eines 65-jährigen Rentners um ein Jahr ansteigt bzw. absinkt.

Die Arbeitgeberanteile für die gesetzliche Rentenversicherung bzw. Versorgungswerke betragen im Berichtsjahr insgesamt 6 Mio. € (Vorjahr: 7 Mio. €).

Andere Rückstellungen

Die anderen Rückstellungen haben sich wie folgt entwickelt:

| Mio. € | Rückstellungen für Risiken aus dem Kreditgeschäft | Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten | | Summe |
|--------------------------------|---|--|---|-------|
| | | Rückstellungen für Verpflichtungen aus dem Personalbereich | Sonstige Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten | |
| Anfangsbestand 1.1.2015 | 11 | 17 | 1 | 29 |
| Inanspruchnahme | 0 | -4 | 0 | -4 |
| Auflösungen | -2 | -1 | 0 | -3 |
| Zuführungen | 3 | 1 | 0 | 4 |
| Umbuchungen | 0 | - | - | 0 |
| Endbestand 31.12.2015 | 12 | 13 | 1 | 26 |
| Anfangsbestand 1.1.2016 | 12 | 13 | 1 | 26 |
| Inanspruchnahme | 0 | -3 | 0 | -3 |
| Auflösungen | -2 | -4 | 0 | -6 |
| Zuführungen | 2 | 38 | 0 | 40 |
| Umbuchungen | 0 | - | 1 | 1 |
| Endbestand 31.12.2016 | 12 | 44 | 2 | 58 |

Die anderen Rückstellungen untergliedern sich in Rückstellungen für das Kreditgeschäft, Rückstellungen für Verpflichtungen aus dem Personalbereich und sonstige Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten. Wesentliche Rückstellungen für drohende Verluste liegen nicht vor.

Bei den Rückstellungen für Risiken aus dem Kreditgeschäft handelt es sich um Rückstellungen, die für ungewisse Verbindlichkeiten aus möglichen Rechtsansprüchen von Kreditnehmern gegenüber der Bank resultieren könnten. Der Zeitpunkt der Erfüllung wird nach einer durchschnittlichen Haltedauer von unter einem Jahr erwartet. Unsicherheiten hinsichtlich des Betrages und des Zeitpunkts liegen in der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung für die einzelnen Kreditnehmergruppen. Rückerstattungen werden nicht erwartet.

Da die Haltedauer der verbleibenden Rückstellungen im Kreditgeschäft unter einem Jahr liegt, wurde in diesem Jahr auf eine Abzinsung der sonstigen Rückstellungen im Kreditgeschäft verzichtet.

Bei den Verpflichtungen aus dem Personalbereich handelt es sich im Allgemeinen um Vorruhestands- und Jubiläumsrückstellungen. Dieses Jahr wurde von der BLB jedoch zusätzlich eine Rückstellung für Restrukturierungsmaßnahmen gebildet.

Der erwartete Zeitpunkt der Erfüllung hängt bei den Personalverpflichtungen vom Eintritt des Ereignisses für den Mitarbeiter ab. Unsicherheiten hinsichtlich Betrag und Zeitpunkt hängen von der Betriebszugehörigkeit des Mitarbeiters sowie von externen und internen Verpflichtungen (Tarifverträge, bankspezifische Vereinbarungen) ab. Rückerstattungen werden nicht erwartet.

Die Rückstellungen für den Personalbereich beinhalten Restrukturierungsmaßnahmen in Höhe von 37 Mio. €, Vorruhestandsrückstellungen in Höhe von 5 Mio. € (Vorjahr: 11 Mio. €) und Jubiläumsrückstellungen in Höhe von 2 Mio. € (Vorjahr: 2 Mio. €).

Bei den sonstigen Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten handelt es sich um Rückstellungen für Zinsverpflichtungen aus Steuernachzahlungen, für Gewerbe- und Umsatzsteuer, für Prozesskosten und für Prämienzahlungen aus Prämienparverträgen. Der erwartete Zeitpunkt der Erfüllung hängt bei den Zinsverpflichtungen vom Erlass von Zinsbescheiden durch das Wohnsitzfinanzamt, bei den sonstigen Steuern vom Erlass von geänderten Steuerbescheiden, bei den Prozesskosten von der Verfahrensdauer, deren Länge mit zwei Jahren erwartet wird, sowie beim Prämien sparen von der vertraglichen Gestaltung der Prämienparverträge ab. Unsicherheiten hinsichtlich Betrag und Zeitpunkt ergeben sich bei den Zinsverpflichtungen aus Steuernachzahlungen sowie bei der Gewerbe- und Umsatzsteuer aus dem Stand der Betriebssteuerprüfung am Bilanzstichtag, bei den Prozesskosten aus der voraussichtlichen Dauer des Rechtsstreites sowie beim Prämien sparen aus der Durchhalteabsicht des Vertragsinhabers. Rückerstattungen werden in allen Fällen nicht erwartet.

Bei allen Rückstellungen ist erst mit einer Inanspruchnahme nach mehr als zwölf Monaten zu rechnen.

(52) Laufende Ertragsteuerverpflichtungen sowie latente Ertragsteuern

Die Ertragsteuerverpflichtungen gliedern sich wie folgt:

| | 31.12.2016 Mio. € | 31.12.2015 Mio. € | Veränderung % |
|--------------------------------------|----------------------|----------------------|------------------|
| Laufende Ertragsteuerverpflichtungen | 12 | 16 | -25 |
| Passive latente Steuern | 2 | 2 | 0 |
| Gesamt | 14 | 18 | -22 |

Passive latente Steuern bilden die potenziellen Ertragsteuerbelastungen aus temporären Unterschieden zwischen den Werten der Vermögenswerte und Schulden in der IFRS-Konzernbilanz und den Steuerwerten nach den steuerlichen Vorschriften der Konzernunternehmen ab. Zum 31. Dezember 2016 wurden 8 Mio. € (Vorjahr: 8 Mio. €) passive latente Steuern direkt mit dem Eigenkapital verrechnet.

Die latenten Steuerverpflichtungen stehen im Zusammenhang mit folgenden Bilanzposten:

| | 31.12.2016 Mio. € | 31.12.2015 Mio. € | Veränderung % |
|--|----------------------|----------------------|------------------|
| Forderungen an Kunden | 6 | 7 | -14 |
| Positive Fair Values aus Hedge-Derivaten | 204 | 187 | 9 |
| Finanzanlagen | 22 | 19 | 16 |
| Sachanlagen | 1 | 2 | -50 |
| Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien | 4 | 2 | 100 |
| Sonstige Aktiva | 1 | 1 | 0 |
| Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen | 387 | 365 | 6 |
| Rückstellungen | 0 | 22 | -100 |
| Sonstige Passiva | 18 | 1 | >100 |
| Nachrangkapital | 2 | 0 | >100 |
| Summe | 645 | 606 | 6 |
| Saldierung | 643 | 604 | 6 |
| Gesamt | 2 | 2 | 0 |

Neben den latenten Steuern, die in der Konzern-Gewinn-und-Verlust-Rechnung erfasst werden, sind in den latenten Steuerverpflichtungen aus Finanzanlagen 8 Mio. € (Vorjahr: 8 Mio. €) enthalten, die über das sonstige Ergebnis (OCI) gebildet werden.

(53) Sonstige Passiva

| | 31.12.2016 Mio. € | 31.12.2015 Mio. € | Veränderung % |
|---|----------------------|----------------------|------------------|
| Verbindlichkeiten aus Zwischenkonten | 61 | 22 | >100 |
| Verbindlichkeiten gegenüber Dritten | 19 | 6 | >100 |
| Verbindlichkeiten aus kurzfristigen Arbeitnehmervergütungen | 2 | 5 | -60 |
| Verbindlichkeiten aus ausstehenden Rechnungen | 7 | 3 | >100 |
| Verbindlichkeiten aus noch abzuführenden Steuern und Sozialbeiträgen | 2 | 1 | 100 |
| Passive Rechnungsabgrenzungsposten | 0 | 1 | -100 |
| Verbindlichkeiten gegenüber Unterstützungskasse | - | - | - |
| Sonstige Verbindlichkeiten | 4 | 3 | 33 |
| Gesamt | 95 | 41 | >100 |

Bei den Verbindlichkeiten auf Zwischenkonten handelt es sich mehrheitlich um Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit Transaktionen auf Zahlungsverkehrskonten.

Bei den Verbindlichkeiten gegenüber Dritten handelt es sich in erster Linie um Verbindlichkeiten aus dem Neubau sowie aus Lieferungen und Leistungen der NORD/LB.

Alle Beträge der Position sonstige Passiva werden innerhalb der nächsten zwölf Monate realisiert.

(54) Nachrangkapital

| | 31.12.2016 Mio. € | 31.12.2015 Mio. € | Veränderung % |
|-------------------------------|----------------------|----------------------|------------------|
| Nachrangige Verbindlichkeiten | 602 | 602 | 0 |
| Gesamt | 602 | 602 | 0 |

Die nachrangigen Verbindlichkeiten werden erst nach Befriedigung der Ansprüche aller vorrangigen Gläubiger zurückgezahlt. Sie erfüllen zum Berichtsstichtag in Höhe von 600 Mio. € (Vorjahr: 600 Mio. €) die Voraussetzungen des Art. 63 der seit Jahresbeginn 2014 gültigen EU-Verordnung Nr. 575/2013 über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen (CRR) für die Anrechnung als Ergänzungskapital nach Art. 62 CRR.

Der Zinsaufwand für nachrangige Verbindlichkeiten beträgt 11 Mio. € (Vorjahr: 19 Mio. €). Abgegrenzte, noch nicht fällige Zinsen werden im Nachrangkapital bei den nachrangigen Verbindlichkeiten bilanziert.

Ende 2016 waren folgende nachrangige Verbindlichkeiten (ohne anteilige Zinsen) im Umlauf:

| Nominalbetrag Mio. € | Fälligkeit | Zinssatz |
|-------------------------|--------------------|----------------------|
| 150 | 16. November 2027 | 6M-Euribor + 3,500 % |
| 50 | 6. Dezember 2027 | 6M-Euribor + 3,500 % |
| 50 | 11. September 2028 | 6M-Euribor + 3,400 % |
| 200 | 28. Juni 2030 | 6M-Euribor + 0,395 % |
| 85 | 21. März 2031 | 6M-Euribor + 0,350 % |
| 65 | 5. April 2041 | 6M-Euribor + 0,380 % |
| 600 | | |

(55) Instrumente des zusätzlichen aufsichtsrechtlichen Kernkapitals

In 2015 wurden nachrangige Inhaberschuldverschreibungen im Gesamtvolumen von 150 Mio. € (davon 100 Mio. € an die NORD/LB) emittiert, welche unter dem Eigenkapital als Instrumente des zusätzlichen aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals geführt werden. Die begebenen Additional Tier-1-Anleihen verfügen über keine Endfälligkeit.

Zweck dieser nachrangigen Inhaberschuldverschreibungen ist es, der Bremer Landesbank auf unbestimmte Zeit als zusätzliches Kernkapital zu dienen. Die Anleihen beinhalten in den ersten fünf Jahren eine Zinsfestschreibung von 8,50% für Tranche 1 (50 Mio. €) bzw. 9,50% für Tranche 2 (100 Mio. €) und wechseln anschließend in eine variable Zinsphase.

Die Bremer Landesbank hat das Recht, die Zinszahlung nach freiem Ermessen ganz oder teilweise entfallen zu lassen, insbesondere (jedoch nicht ausschließlich) wenn dies notwendig ist, um ein Absinken der harten Kernkapitalquote unter die Mindest-CET1-Quote zu vermeiden oder eine Auflage der zuständigen Aufsichtsbehörde zu erfüllen. Entfallene Zinszahlungen werden nicht nachgezahlt. Der Ausfall einer Zinszahlung berechtigt die Gläubiger nicht zur Kündigung der Schuldverschreibungen und stellt keinen Ausfall der Bremer Landesbank dar.

Die Bremer Landesbank kann die Schuldverschreibungen insgesamt, jedoch nicht teilweise, vorbehaltlich der vorherigen Zustimmung der zuständigen Aufsichtsbehörde erstmals zum 29. Juni 2020 und danach zu jedem Zinszahlungstag kündigen und zu ihrem Rückzahlungsbetrag zuzüglich bis zum Rückzahlungstag aufgelaufener Zinsen zurückzahlen. Eine vorzeitige Kündigung aus regulatorischen oder steuerlichen Gründen ist unter bestimmten Voraussetzungen hingegen jederzeit möglich.

Der Rückzahlungs- und der Nominalbetrag der Anleihen kann bei Vorliegen eines auslösenden Sachverhalts vermindert werden. Einen solchen auslösenden Sachverhalt stellt es dar, wenn die harte Kernkapitalquote der Bremer Landesbank (die harte Kernkapitalquote) unter 5,125% (die Mindest-CET1-Quote) fällt. Das Auslöseereignis kann jederzeit eintreten und die hierfür relevante harte Kernkapitalquote wird nicht nur in Bezug auf bestimmte Stichtage ermittelt. Nach der Vornahme einer Herabschreibung können der Nennbetrag sowie der Rückzahlungsbetrag jeder Schuldverschreibung in jedem der Reduzierung nachfolgenden Geschäftsjahr der Bremer Landesbank bis zur vollständigen Höhe des ursprünglichen Nennbetrags (soweit nicht zuvor zurückgezahlt oder angekauft und entwertet) wieder hochgeschrieben werden, soweit ein entsprechender Jahresüberschuss zur Verfügung steht und mithin hierdurch kein Jahresfehlbetrag entsteht oder erhöht würde.

Die Gläubiger sind zur Kündigung der Schuldverschreibungen nicht berechtigt.

Gemäß IAS 32 handelt es sich bei den AT1-Anleihen um Eigenkapitalinstrumente, da diese Finanzinstrumente keine vertraglichen Verpflichtungen enthalten, einem anderen Unternehmen flüssige Mittel (oder einen anderen Vermögenswert) zu liefern. Die AT1-Anleihen verfügen weder über ein Endfälligkeitsdatum noch über die Möglichkeit einer vorzeitigen Rückzahlung der Schuldverschreibungen für den Inhaber. Ferner handelt es sich um verzinsliche Schuldverschreibungen, bei denen die Bremer Landesbank als Emittentin das Recht besitzt, die Zinszahlungen nach freiem Ermessen entfallen zu lassen und entfallene Zinszahlungen nicht nachzuholen. Die AT1-Anleihen verbiefen weder Stimmrechte noch einen Residualanspruch am Reinvermögen der Bremer Landesbank. Bei den AT1-Anleihen handelt es sich um Finanzinstrumente eigener Art, die innerhalb des Eigenkapitals in der Position Instrumente des zusätzlichen aufsichtsrechtlichen Kernkapitals gesondert ausgewiesen werden.

Die bilanzielle Behandlung der Zahlungen auf die AT1-Anleihen folgt der Einstufung des Instruments als Eigenkapitalinstrument. Die Ausschüttungen an Inhaber von Eigenkapitalinstrumenten sind direkt vom Eigenkapital abzusetzen und nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung zu erfassen. Dies gilt somit auch für die Zinszahlungen auf die AT1-Anleihen.

(56) Erläuterungen zum Eigenkapital

In den Gewinnrücklagen werden die Beträge ausgewiesen, die in den Rücklagen aus den Ergebnissen der Vorjahre und aus dem Ergebnis des laufenden Jahres zugewiesen wurden. Weiterhin werden hier versicherungsmathematische Erfolge aus Pensionsrückstellungen und die direkt im Eigenkapital erfassten Ergebnisse aus at Equity bewerteten Unternehmen erfasst.

In der Neubewertungsrücklage sind diejenigen Beträge erfasst, die aus der Erfassung von Bewertungsunterschieden von finanziellen Vermögenswerten der Kategorie AfS resultieren. Die darauf entfallenen latenten Steuern werden abgesetzt.

Die Anteilseigner der Bremer Landesbank setzen sich bis zum 31. Dezember 2016 wie folgt zusammen (aufgrund der Rechtsform enthalten die Anteile keinen Nennwert):

| | 31.12.2016 |
|--|-------------------|
| NORD/LB Norddeutsche Landesbank – Girozentrale | 54,8343 % |
| Land Bremen | 41,2000 % |
| Sparkassenverband Niedersachsen | 3,9657 % |
| Gesamt | 100 % |

Mit Wirkung zum 1. Januar 2017 sind sämtliche Anteile an der Bremer Landesbank an die NORD/LB übertragen worden. Somit ist die Bremer Landesbank eine 100-prozentige Tochtergesellschaft der NORD/LB.

Das Stammkapital der Bremer Landesbank lautet vertraglich ohne Zahl und Nennbeträge der Geschäftsanteile. Das Stimmrecht und das Dividendenbezugsrecht richten sich nach den Kapitalanteilen der Träger.

Ziele des Eigenkapitalmanagements sind die Einhaltung der gesetzlichen Mindestkapitalanforderungen sowie eine ausgewogene Relation zwischen Risikopotenzial und Risikokapital zur Sicherstellung der jederzeitigen Handlungsfähigkeit der Bank (vgl. 5. Risikobericht, Kapitel 5.4.1 Risikotragfähigkeit).

Auf Basis des Tragfähigkeitskonzeptes werden die Risikopotenziale der Risikoarten monatlich aggregiert und dem Risikokapital der Bank gegenübergestellt. Im Risikotragfähigkeitsmodell geschieht dies im Rahmen von drei Betrachtungsebenen.

- Die erste Betrachtungsebene stellt die Going-Concern-Sicht (bzw. Business Case) dar und geht von der Unternehmensfortführung auf Basis des bestehenden Geschäftsmodells aus. Diese Betrachtungsebene ist maßgeblich für die Beurteilung der Risikotragfähigkeit gemäß den MaRisk. Die Risikomessung basierte 2016 auf einem Konfidenzniveau von 95 % und stellt die gesamten ökonomisch ermittelten Risikopotenziale dem Risikokapital gegenüber. Das Risikokapital wird im Zuge einer Engpassbetrachtung aus den freien Eigenmitteln gemäß CRR zu festgelegten Mindestquoten (Gesamtkapital und Kernkapital) ermittelt und bezüglich verschiedener Aspekte angepasst. Der Fokus liegt auf dieser ersten Betrachtungsebene.
- Die zweite Betrachtungsebene ist als Gone-Concern-Sicht (Liquidationsszenario) ausgestaltet und wird als Nebenbedingung geführt. Sie stellt darauf ab, dass bei einer fiktiven Liquidation (ohne Abstellen auf Zerschlagungswerte) die Gläubiger vollständig befriedigt werden könnten. In der Gone-Concern-Betrachtungsebene wird bei der Ermittlung des Risikopotenzials auf ein höheres Konfidenzniveau von 99,9 % abgestellt. Hierbei werden schwerwiegende Ereignisse unterstellt, welche in dieser Höhe statistisch betrachtet circa alle 1.000 Jahre aufträten.

Kapitalseitig werden sämtliche Eigenkapital- und eigenkapitalnahen Bestandteile und stille Lasten einbezogen. Unterjährig risikokapitalwirksame Effekte werden berücksichtigt. Bei Verzehr des zur Abdeckung der Risiken benötigten Kapitals wäre eine Fortführung der Bank unter ansonsten unveränderten Annahmen grundsätzlich nicht mehr möglich.

- In der dritten Betrachtungsebene, der Regulatorik, wird die Risikotragfähigkeit auf Basis der regulatorischen Vorgaben geprüft. Kapitalseitig wird auf alle aufsichtsrechtlichen Kapitalbestandteile abgestellt. Diese Sichtweise ist als strenge Nebenbedingung einzuhalten.

| Mio. € | Risikokapital 31.12.2016 |
|---|-----------------------------|
| Going Concern | 0 |
| Gone Concern | 1.770 |
| Regulatorische Kapitalquote gemäß COREP-Meldung | 10,97% |

Im Zusammenhang mit der Übernahme aller Anteile an der BLB durch die NORD/LB haben die beiden Gesellschaften einen von ihren Trägern genehmigten Beherrschungsvertrag mit Verlustausgleichsanspruch abgeschlossen. Zusätzlich gibt es eine harte Patronatserklärung der NORD/LB für die BLB.

Bei der zuständigen Aufsichtsbehörde wurde am 19. Januar 2017 ein Antrag auf Nutzung eines Waivers nach § 2a (1) und (2) des Gesetzes über das Kreditwesen (KWG) i. V. m. Artikel 7 (1) CRR eingereicht. Mit Bewilligung des Antrages entfallen bestimmte Aufsichtsanforderungen an die Eigenmittelausstattung der BLB auf Einzelinstitutsebene.

Vorzugsrechte und Beschränkungen gemäß IAS 1.79 (a) (v) sind nicht vorhanden.

(57) Erläuterungen zur Kapitalflussrechnung

Die Kapitalflussrechnung zeigt die Veränderung des Finanzmittelfonds des Berichtsjahres durch die Zahlungsströme aus der laufenden Geschäftstätigkeit, aus der Investitionstätigkeit und aus der Finanzierungstätigkeit.

Dabei wird der Finanzmittelfonds als Barreserve (Kassenbestand und Guthaben bei Zentralnotenbanken) definiert. Die Forderungen an Kreditinstitute sind nicht Bestandteil des Finanzmittelfonds, da sie nicht dazu dienen, kurzfristigen Zahlungsverpflichtungen nachkommen zu können.

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit wird ausgehend vom Konzernergebnis nach der indirekten Methode ermittelt. Dabei werden zunächst diejenigen Aufwendungen und Erträge zugerechnet bzw. abgezogen, die im Berichtsjahr nicht zahlungswirksam waren. Zusätzlich werden alle Aufwendungen und Erträge eliminiert, die zahlungswirksam waren, jedoch nicht der laufenden Geschäftstätigkeit zuzuordnen sind. Diese Zahlungen werden bei den Cashflows aus der Investitionstätigkeit oder der Finanzierungstätigkeit berücksichtigt.

Den Empfehlungen des IASB entsprechend, werden im Rahmen des Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit Zahlungsvorgänge aus Forderungen an Kreditinstitute und Kunden, aus dem Handelsbestand, aus Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden und aus verbrieften Verbindlichkeiten ausgewiesen.

Der Cashflow aus der Investitionstätigkeit umfasst Zahlungsvorgänge für den Beteiligungs- und Wertpapierbestand des Finanzanlagevermögens sowie Ein- und Auszahlungen für Sachanlagen und den Erwerb von Tochtergesellschaften.

Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit umfasst Zahlungsströme aus Kapitalveränderungen, Zinszahlungen auf das Nachrangkapital sowie Dividendenzahlungen an die Träger des Mutterunternehmens Bremer Landesbank. Daneben sind auch die Zahlungsströme der in 2015 emittierten AT1-Bonds enthalten.

Im Posten Veränderung anderer zahlungsunwirksamer Posten sind insbesondere die Veränderung der Risikovorsorge mit 1.011 Mio. € (Vorjahr: 206 Mio. €) sowie Hedge- und Bewertungseffekte enthalten.

In den sonstigen Anpassungen (per saldo) sind im Wesentlichen Anpassungen enthalten, um die erhaltenen und gezahlten Zinsen und Dividenden als separate Posten im Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit darstellen zu können.

Im Berichtsjahr 2016 beträgt der Gesamtbetrag der gezahlten Zinsen 645 Mio. € (Vorjahr: 799 Mio. €).

Für Kreditinstitute ist die Aussagefähigkeit der Kapitalflussrechnung als gering anzusehen. Die Kapitalflussrechnung ersetzt für uns weder die Liquiditäts- bzw. Finanzplanung noch wird sie als Steuerungsinstrument eingesetzt.

Hinsichtlich der Liquiditätsrisikosteuerung des Bremer Landesbank-Konzerns wird auf die Ausführungen im Risikobericht verwiesen.

Erläuterungen zu Finanzinstrumenten

(58) Fair-Value-Hierarchie

Die Fair Values von Finanzinstrumenten sind in der folgenden Tabelle den Buchwerten gegenübergestellt:

| Mio. € | Bewertungs- grundlage | 31.12.2016 | | 31.12.2015 | |
|--|--------------------------|---------------|---------------|---------------|---------------|
| | | Fair Value | Buchwert | Fair Value | Buchwert |
| Aktiva | | | | | |
| Barreserve | Fair Value | 438 | 438 | 73 | 73 |
| Forderungen an Kreditinstitute | Amortised Cost | 3.864 | 3.701 | 3.628 | 3.480 |
| Forderungen an Kunden | Amortised Cost | 20.038 | 22.346 | 21.777 | 22.781 |
| davon: Forderungen aus Finanzierungsleasing- verhältnissen | Amortised Cost | 22 | 23 | 24 | 24 |
| Risikovorsorge | | – | –2.074 | – | –1.063 |
| Ausgleichsposten für im Portfolio Fair Value Hedge abgesicherte Finanzinstrumente | Fair Value | – | 62 | – | 49 |
| Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte | | | | | |
| Handelsaktiva | Fair Value | 502 | 502 | 666 | 666 |
| Finanzanlagen | | | | | |
| Finanzanlagen der Kategorie AfS | Fair Value | 2.775 | 2.775 | 2.919 | 2.910 |
| Finanzanlagen der Kategorie AfS | At Cost | – | – | – | 9 |
| Positive Fair Values aus Hedge Accounting- Derivaten | Fair Value | 580 | 580 | 541 | 541 |
| Sonstige Aktiva der Kategorie LaR | Amortised Cost | 26 | 26 | 35 | 35 |
| Gesamt Aktiva | | 28.223 | 28.356 | 29.639 | 29.481 |
| Passiva | | | | | |
| Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten | Amortised Cost | 11.266 | 11.084 | 10.750 | 10.603 |
| Verbindlichkeiten gegenüber Kunden | Amortised Cost | 10.393 | 9.738 | 10.449 | 9.892 |
| davon: Verbindlichkeiten aus Finanzierungs- leasingverhältnissen | Amortised Cost | 1 | 1 | 1 | 1 |
| Verbriefte Verbindlichkeiten | Amortised Cost | 5.311 | 5.251 | 5.380 | 5.295 |
| Ausgleichsposten für im Portfolio Fair Value Hedge abgesicherte Finanzinstrumente | Fair Value | – | 240 | – | 212 |
| Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen | | | | | |
| Handelspassiva | Fair Value | 724 | 724 | 870 | 870 |
| Negative Fair Values aus Hedge Accounting- Derivaten | Fair Value | 266 | 266 | 201 | 201 |
| Nachrangkapital | Amortised Cost | 550 | 602 | 574 | 602 |
| Sonstige Passiva der Kategorie Other Liabilities | Amortised Cost | 2 | 2 | 28 | 28 |
| Gesamt Passiva | | 28.512 | 27.907 | 28.252 | 27.703 |
| Zusatzklassen | | | | | |
| Unwiderrufliche Kreditzusagen | | 97 | 1.855 | 96 | 1.830 |
| Finanzgarantien | | – | 427 | – | 501 |

Die Fair Values der Forderungen an Kreditinstitute und Kunden beinhalten die Risikovorsorge.

Der Fair Value des Ausgleichspostens für im Portfolio Fair Value Hedge abgesicherte Finanzinstrumente wird bei den Bilanzpositionen der jeweils designierten Grundgeschäfte ausgewiesen.

Folgende Tabelle zeigt die Aufteilung der zum Fair Value bilanzierten finanziellen Vermögenswerte und Verpflichtungen nach der Fair-Value-Hierarchie:

| Mio. € | Level 1 | Level 2 | Level 3 | Summe |
|--|---------|---------|---------|-------|
| 31.12.2016 | | | | |
| Aktiva | | | | |
| Handelsaktiva | – | 502 | – | 502 |
| Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere | – | – | – | – |
| Positive Fair Values aus Derivaten | – | 502 | – | 502 |
| Zinsrisiken | – | 488 | – | 488 |
| Währungsrisiken | – | 14 | – | 14 |
| Kreditrisiken | – | 0 | – | 0 |
| Positive Fair Values aus Hedge Accounting-Derivaten | – | 580 | – | 580 |
| Positive Fair Values aus zugeordneten Micro Fair Value Hedge-Derivaten | – | 99 | – | 99 |
| Positive Fair Values aus zugeordneten Portfolio Fair Value Hedge-Derivaten | – | 481 | – | 481 |
| Finanzanlagen, zum Fair Value bilanziert | 1.823 | 925 | 27 | 2.775 |
| Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere | 1.803 | 918 | – | 2.721 |
| Aktien und andere nicht festverzinslichen Wertpapiere | 17 | – | – | 17 |
| Anteile an Unternehmen (nicht konsolidiert) | – | – | 13 | 13 |
| Sonstige Finanzanlagen der Kategorie AfS | – | – | 14 | 14 |
| Sonstige Aktiva, zum Fair Value bilanziert | 13 | – | – | 13 |
| Gesamt Aktiva | 1.836 | 2.007 | 27 | 3.870 |
| Passiva | | | | |
| Handelspassiva | – | 724 | – | 724 |
| Zinsrisiken | – | 495 | – | 495 |
| Währungsrisiken | – | 228 | – | 228 |
| Kreditrisiken | – | 1 | – | 1 |
| Negative Fair Values aus Hedge Accounting-Derivaten | – | 266 | – | 266 |
| Negative Fair Values aus zugeordneten Micro Fair Value Hedge-Derivaten | – | 16 | – | 16 |
| Negative Fair Values aus zugeordneten Portfolio Fair Value Hedge-Derivaten | – | 250 | – | 250 |
| Sonstige Passiva, zum Fair Value bilanziert | 1 | – | – | 1 |
| Gesamt Passiva | 1 | 990 | 0 | 991 |

| Mio. € | Level 1 | Level 2 | Level 3 | Summe |
|--|--------------|--------------|-----------|--------------|
| 31.12.2015 | | | | |
| Aktiva | | | | |
| Handelsaktiva | 52 | 614 | – | 666 |
| Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere | 52 | – | – | 52 |
| Positive Fair Values aus Derivaten | – | 614 | – | 614 |
| Zinsrisiken | – | 593 | – | 593 |
| Währungsrisiken | – | 20 | – | 20 |
| Kreditrisiken | – | 1 | – | 1 |
| Positive Fair Values aus Hedge Accounting-Derivaten | – | 541 | – | 541 |
| Positive Fair Values aus zugeordneten Micro Fair Value Hedge-Derivaten | – | 131 | – | 131 |
| Positive Fair Values aus zugeordneten Portfolio Fair Value Hedge-Derivaten | – | 410 | – | 410 |
| Finanzanlagen, zum Fair Value bilanziert | 2.153 | 726 | 31 | 2.910 |
| Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere | 2.150 | 726 | – | 2.876 |
| Aktien und andere nicht festverzinslichen Wertpapiere | 3 | – | – | 3 |
| Anteile an Unternehmen (nicht konsolidiert) | – | – | 15 | 15 |
| Sonstige Finanzanlagen der Kategorie AfS | – | – | 16 | 16 |
| Sonstige Aktiva, zum Fair Value bilanziert | 16 | 0 | – | 16 |
| Gesamt Aktiva | 2.221 | 1.881 | 31 | 4.133 |
| Passiva | | | | |
| Handelspassiva | – | 870 | – | 870 |
| Zinsrisiken | – | 584 | – | 584 |
| Währungsrisiken | – | 284 | – | 284 |
| Kreditrisiken | – | 2 | – | 2 |
| Negative Fair Values aus Hedge Accounting-Derivaten | – | 201 | – | 201 |
| Negative Fair Values aus zugeordneten Micro Fair Value Hedge-Derivaten | – | 22 | – | 22 |
| Negative Fair Values aus zugeordneten Portfolio Fair Value Hedge-Derivaten | – | 179 | – | 179 |
| Sonstige Passiva, zum Fair Value bilanziert | 1 | – | – | 1 |
| Gesamt Passiva | 1 | 1.071 | 0 | 1.072 |

Die Fair Values aus dem synthetischen Kreditportfolio in CDS (Level 2) betragen zum 31. Dezember 2016 insgesamt 0,5% (Vorjahr: 0%) der Nominalbeträge in Höhe von 0,2 Mrd. € (Vorjahr: 0,4 Mrd. €). Das bestehende synthetische Kreditportfolio soll bis zur Endfälligkeit gehalten werden.

Bei den zum Verkauf bestimmten Vermögenswerten, zum Fair Value bilanziert, handelt es sich um nicht wiederkehrende Fair-Value-Bewertungen (siehe hierzu Note (42)).

Die Transfers innerhalb der Fair-Value-Hierarchie stellen sich wie folgt dar:

| Mio. € | Aus Level 1 in Level 2 | Aus Level 1 in Level 3 | Aus Level 2 in Level 1 | Aus Level 2 in Level 3 | Aus Level 3 in Level 1 | Aus Level 3 in Level 2 |
|--|------------------------------|------------------------------|------------------------------|------------------------------|------------------------------|------------------------------|
| 31.12.2016 | | | | | | |
| Handelsaktiva | - | - | - | - | - | - |
| Zur Fair-Value-Bewertung designierte finanzielle Vermögenswerte | - | - | - | - | - | - |
| Positive Fair Values aus Hedge Accounting-Derivaten | - | - | - | - | - | - |
| Finanzanlagen, zum Fair Value bilanziert | | | | | | |
| Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere | - | - | 89 | - | - | - |
| Sonstige Aktiva, zum Fair Value bilanziert | - | - | - | - | - | - |
| Aktiva | - | - | 89 | - | - | - |
| Handelspassiva | - | - | - | - | - | - |
| Zur Fair-Value-Bewertung designierte finanzielle Verpflichtungen | - | - | - | - | - | - |
| Negative Fair Values aus Hedge Accounting-Derivaten | - | - | - | - | - | - |
| Passiva | - | - | - | - | - | - |
| 31.12.2015 | | | | | | |
| Handelsaktiva | - | - | - | - | - | - |
| Zur Fair-Value-Bewertung designierte finanzielle Vermögenswerte | - | - | - | - | - | - |
| Positive Fair Values aus Hedge Accounting-Derivaten | - | - | - | - | - | - |
| Finanzanlagen, zum Fair Value bilanziert | | | | | | |
| Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere | 3 | - | 330 | - | - | - |
| Sonstige Aktiva, zum Fair Value bilanziert | - | - | - | - | - | - |
| Aktiva | 3 | - | 330 | - | - | - |
| Handelspassiva | - | - | - | - | - | - |
| Zur Fair-Value-Bewertung designierte finanzielle Verpflichtungen | - | - | - | - | - | - |
| Negative Fair Values aus Hedge Accounting-Derivaten | - | - | - | - | - | - |
| Passiva | - | - | - | - | - | - |

IFRS 13 und der im Dezember 2013 verabschiedete IDW RS HFA 47 konkretisieren und vereinheitlichen für IFRS-Zwecke die Grundsätze der Fair-Value-Ermittlung inklusive der Kriterien für die Zuordnung zu den einzelnen Leveln der Fair-Value-Hierarchie. Für die Bewertung von Rententiteln auf dem OTC-Markt werden Durchschnittspreise von Preis-Service-Agenturen wie Bloomberg oder Reuters verwendet. Diese stellen Level-2-Inputfaktoren i. S. v. IFRS 13 und IDW RS HFA 47 dar, sofern die diesen Durchschnittskursen zugrunde liegenden Basisdaten bindende Angebote oder beobachtbare transaktionsbasierte Preise darstellen.

Für die Finanzinstrumente erfolgt auf Einzelgeschäftsbasis eine Überprüfung des Aktivitätsstatus der für die Bewertung herangezogenen Parameter wie in Note (7) beschrieben. Die Überprüfung zum Bilanzstichtag hat ergeben, dass keine Finanzanlagen von Level 1 in Level 2, jedoch Finanzanlagen in Höhe von 89 Mio. € von Level 2 in Level 1 transferiert wurden.

Transfers im Berichtsjahr 2016 ergaben sich lediglich von Level 1 nach Level 2 und von Level 2 nach Level 1.

Der Transferzeitpunkt bezüglich des Transfers zwischen den einzelnen Leveln ist das Ende der Berichtsperiode.

Die finanziellen Vermögenswerte und Verpflichtungen in Level 3 der Fair-Value-Hierarchie betreffen Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sowie Kreditderivate. Die Entwicklung stellt sich wie folgt dar:

| Mio. € | Schuldverschreibungen und andere festver- zinsliche Wertpapiere | Negative Fair Values aus Derivaten (Kreditderivate) |
|--------------------------------|---|---|
| Anfangsbestand 1.1.2015 | 53 | - |
| GuV-Effekt ¹⁾ | - | - |
| Effekt Neubewertungsrücklage | 6 | - |
| Zukäufe | 2 | - |
| Verkäufe | -30 | - |
| Tilgungen | - | - |
| Zugang aus Level 1 und 2 | - | - |
| Abgang nach Level 1 und 2 | - | - |
| Zugang aus at cost | - | - |
| Endbestand 31.12.2015 | 31 | - |
| Anfangsbestand 1.1.2016 | 31 | - |
| GuV-Effekt ¹⁾ | - | - |
| Effekt Neubewertungsrücklage | 1 | - |
| Zukäufe | - | - |
| Verkäufe | -3 | - |
| Tilgungen | -2 | - |
| Zugang aus Level 1 und 2 | - | - |
| Abgang nach Level 1 und 2 | - | - |
| Zugang aus at cost | - | - |
| Endbestand 31.12.2016 | 27 | - |

¹⁾ Die dargestellten Effekte enthalten Bewertungs- und Realisationseffekte sowie Zinsabgrenzungen und werden in der Gewinn- und Verlust-Rechnung in den Positionen Zinsüberschuss und Ergebnisse aus erfolgswirksam zum Fair Value bilanzierten Finanzinstrumenten abgebildet.

Die GuV-Effekte entfallen wie im Vorjahr vollumfänglich auf am Ende der Berichtsperiode gehaltene Vermögenswerte und Verbindlichkeiten. Die dargestellten GuV-Effekte enthalten keine laufenden Ergebnisse.

Im Geschäftsjahr haben sich keine Day-one-Effekte ergeben.

Werden für Vermögenswerte und Verpflichtungen, die in der Bilanz nicht zum Fair Value bewertet werden, im Anhang Fair-Value-Werte angegeben, so sind diese in die Fair-Value-Hierarchie einzuordnen.

| Mio. € | Level 1 | Level 2 | Level 3 | Summe |
|---|------------|---------------|---------------|---------------|
| 31.12.2016 | | | | |
| Aktiva | | | | |
| Barreserve | 438 | – | – | 438 |
| Forderungen an Kreditinstitute | – | – | 3.864 | 3.864 |
| Hypothekendarlehen | – | – | – | – |
| Kommundarlehen | – | – | – | – |
| Grundpfandrechtl. besicherte Darlehen | – | – | – | – |
| Sonstige Darlehen | – | – | 3.301 | 3.301 |
| Kontokorrent- und Termingeschäfte | – | – | 563 | 563 |
| Sonstige Forderungen an Kreditinstitute | – | – | – | – |
| Forderungen an Kunden | – | – | 20.038 | 20.038 |
| Hypothekendarlehen | – | – | 1.073 | 1.073 |
| Kommundarlehen | – | – | 4.799 | 4.799 |
| Grundpfandrechtl. besicherte Darlehen | – | – | 1.767 | 1.767 |
| Sonstige Darlehen | – | – | 10.602 | 10.602 |
| Kontokorrent- und Termingeschäfte | – | – | 1.797 | 1.797 |
| Sonstige Forderungen an Kunden | – | – | – | – |
| Finanzanlagen, nicht zum Fair Value bilanziert | – | – | – | – |
| Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere | – | – | – | – |
| Anteile an Unternehmen (nicht konsolidiert) | – | – | – | – |
| Sonstiges Finanzanlagevermögen | – | – | – | – |
| Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien | – | 68 | 6 | 74 |
| Sonstige Aktiva, nicht zum Fair Value bilanziert | – | – | – | – |
| Gesamt Aktiva | 438 | 68 | 23.902 | 24.408 |
| Passiva | | | | |
| Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten | – | – | 11.266 | 11.266 |
| Verbindlichkeiten gegenüber Kunden | – | – | 10.393 | 10.393 |
| Verbriefte Verbindlichkeiten | – | 5.311 | – | 5.311 |
| Begebene Schuldverschreibungen | – | 5.261 | – | 5.261 |
| Geldmarktpapiere | – | – | – | – |
| Sonstige verbrieft. Verbindlichkeiten | – | – | – | – |
| Sonstige Passiva, nicht zum Fair Value bilanziert | – | – | 2 | 2 |
| Nachrangkapital | – | 300 | 250 | 550 |
| Genussrechtskapital | – | – | – | – |
| Einlagen stiller Gesellschafter | – | – | – | – |
| Sonstiges Nachrangkapital | – | 300 | 250 | 550 |
| Gesamt Passiva | – | 11.172 | 22.161 | 33.333 |

Sensitivitätsberechnung für nicht beobachtbare Parameter

Bei der Fair-Value-Bewertung der in Level 3 eingestuft. Finanzinstrumente wurden folgende wesentliche nicht am Markt beobachtbare Eingangsparameter verwendet.

| Produkt | Fair Value | Wesentliche nicht am Markt beobachtbare Eingangsparameter bei der Fair-Value-Bewertung | Bandbreite der verwendeten nicht am Markt beobachtbaren Eingangsparameter | Gewichteter Durchschnitt |
|----------------------|------------|--|---|--------------------------|
| (in Mio. €) | | | | |
| 31.12.2016 | | | | |
| Beteiligungen | | 13 Diskontierungszinssatz | 722 Basispunkte | 722 Basispunkte |
| Stille Beteiligungen | | 14 Diskontierungszinssatz | 200 Basispunkte | 200 Basispunkte |

Wesentlicher nicht am Markt beobachtbarer Eingangsparameter bei der Fair-Value-Bewertung der Beteiligungen ist der Diskontierungszinssatz. Signifikante Änderungen des Eingangsparameters führen zu einem signifikant höheren bzw. niedrigeren Fair Value. Im Rahmen der Sensitivitätsanalyse wurde der Diskontierungszinssatz bei der Bewertung gestresst, indem dieser jeweils um 50 Basispunkte verbessert und verschlechtert wurde. Demnach hat eine unterstellte Änderung der annahmebedingten Parameter eine Änderung der Fair Values der Beteiligungen des Level 3 um 0,04 Mio. € (1,0 Mio. €) mit entsprechender Auswirkung auf das sonstige Ergebnis (OCI) zur Folge.

Wesentlicher nicht am Markt beobachtbarer Eingangsparameter bei der Fair-Value-Bewertung der stillen Beteiligungen ist der Credit Spread. Signifikante Änderungen des Eingangsparameters führen zu einem signifikant höheren bzw. niedrigeren Fair Value. Im Rahmen der Sensitivitätsanalyse wurde der Diskontierungszinssatz bei der Bewertung gestresst, indem dieser jeweils um 100 Basispunkte verbessert und verschlechtert wurde. Demnach hat eine unterstellte Änderung der annahmebedingten Parameter eine Änderung der Fair Values sämtlicher stiller Beteiligungen des Level 3 um 0,16 Mio. € (0,2 Mio. €) mit entsprechender Auswirkung auf das sonstige Ergebnis (OCI) zur Folge.

Für die Fair-Value-Bewertung von Level-3-Finanzinstrumenten bestehen keine relevanten Korrelationen zwischen wesentlichen Level-3-Inputparametern, Auswirkungen auf den Fair Value ergeben sich hieraus somit nicht.

Werden für Vermögenswerte und Verpflichtungen, die in der Bilanz nicht zum Fair Value bewertet werden, im Anhang Fair-Value-Werte angegeben, so sind diese in die Fair-Value-Hierarchie einzuordnen. Die Zuordnung kann der folgenden Tabelle entnommen werden.

(59) Buchwerte nach Bewertungskategorien

| | 31.12.2016 Mio. € | 31.12.2015 Mio. € | Veränderung % |
|---|----------------------|----------------------|------------------|
| Aktivposten | | | |
| Loans and Receivables (LaR) | 23.973 | 25.198 | -5 |
| Forderungen an Kreditinstitute | 3.701 | 3.480 | 6 |
| Forderungen an Kunden | 22.346 | 22.781 | -2 |
| Risikovorsorge | -2.074 | -1.063 | 95 |
| Sonstige Aktiva (nur Finanzinstrumente) | 0 | 0 | - |
| Finanzanlagen | 0 | 0 | - |
| Ausgleichsposten für im Portfolio Fair Value Hedge abgesicherte Finanzinstrumente | 0 | 0 | - |
| Available for Sale Assets (AfS) | 2.775 | 2.919 | -5 |
| Finanzanlagen | 0 | 0 | - |
| Financial Assets Held for Trading (HfT) | 502 | 666 | -25 |
| Financial Assets Designated at Fair Value through Profit or Loss | 0 | 0 | - |
| Positive Marktwerte aus Sicherungsbeziehungen | 580 | 541 | 7 |
| Summe Aktivposten | 27.830 | 29.324 | -5 |
| Passivposten | | | |
| Verbindlichkeiten (Other Liabilities) | 26.915 | 27.474 | -2 |
| Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten | 11.084 | 10.603 | 5 |
| Verbindlichkeiten gegenüber Kunden | 9.738 | 9.892 | -2 |
| Verbriefte Verbindlichkeiten | 5.251 | 5.295 | -1 |
| Ausgleichsposten für im Portfolio Fair Value Hedge abgesicherte Finanzinstrumente | 240 | 212 | 13 |
| Nachrangkapital | 602 | 602 | 0 |
| Financial Liabilities Held for Trading (HfT) | 724 | 870 | -17 |
| Financial Liabilities Designated at Fair Value through Profit or Loss | 0 | 0 | - |
| Negative Marktwerte aus Sicherungsinstrumenten | 266 | 201 | 32 |
| Summe Passivposten | 27.905 | 28.545 | -2 |

Die Barreserve als Finanzinstrument ist nicht enthalten, da sie keiner Bewertungskategorie zugeordnet ist.

(60) Nettoergebnisse nach Bewertungskategorien

Aus den einzelnen Bewertungskategorien ergeben sich folgende Ergebnisbeiträge:

| | 31.12.2016 Mio. € | 31.12.2015 Mio. € | Veränderung % |
|---|----------------------|----------------------|------------------|
| Loans and Receivables (LaR) | -1.546 | -341 | >100 |
| | -1.546 | -341 | >100 |
| | 0 | - | - |
| | 0 | 0 | 0 |
| Other Liabilities | -17 | -5 | >100 |
| | 0 | 0 | 0 |
| | -17 | -5 | >100 |
| | 0 | 0 | -100 |
| Available for Sale Assets (AfS) | 3 | 10 | -70 |
| | 2 | 4 | -50 |
| | 1 | 6 | -83 |
| Financial Instruments Held for Trading | -1 | 30 | >100 |
| Financial Instruments Designated at Fair Value through Profit or Loss | 0 | 0 | -100 |

Die Nettoergebnisse enthalten jeweils keine Zins-, Provisions- und Dividendenergebnisse. Das Ergebnis aus Hedge Accounting ist in den Nettoergebnissen nicht enthalten.

Die Kategorie Financial Instruments Held for Trading betrifft ausschließlich das Handelsergebnis, während in der Kategorie Financial Instruments Designated at Fair Value through Profit or Loss das Ergebnis aus der Fair-Value-Option enthalten ist. Die Kategorie AfS enthält das Ergebnis aus Finanzanlagen der Kategorie AfS und das Ergebnis aus Anteilen an Unternehmen, die nicht konsolidiert werden. Die Kategorie LaR setzt sich aus der Risikovorsorge, dem Ergebnis aus LaR-Finanzanlagen sowie dem Ergebnis aus Abgängen von Forderungen zusammen. Die Kategorie Other Liabilities beinhaltet ausschließlich Erträge und Aufwendungen aus dem Rückkauf eigener Verbindlichkeiten.

Die Nettoergebnisse der Bewertungskategorien Financial Instruments Held for Trading und Financial Instruments Designated at Fair Value through Profit or Loss beinhalten das Provisionsergebnis der jeweiligen Geschäfte. Das Ergebnis aus Hedge Accounting ist in den Nettoergebnissen nicht enthalten, da es keiner der Kategorien zugeordnet ist.

(61) Wertminderungen/Wertaufholungen nach Bewertungskategorien

| | 31.12.2016 Mio. € | 31.12.2015 Mio. € | Veränderung % |
|---|----------------------|----------------------|------------------|
| Rückstellungen im Kreditgeschäft | | | |
| Zuführungen/Auflösungen von Rückstellungen aus Finanzgarantien | – | –1 | –100 |
| Zuführungen/Auflösungen von sonstigen Rückstellungen im Kreditgeschäft | – | 1 | –100 |
| Summe Rückstellungen im Kreditgeschäft | – | – | – |
| Available for Sale Assets (AFS) | | | |
| Ergebnis aus Impairment von Finanzanlagen | 0 | – | >100 |
| Abschreibungen auf Anteile an nicht konsolidierten Unternehmen | 1 | – | >100 |
| Abschreibungen/Zuschreibungen auf sonstige Aktiva | – | – | – |
| Summe Available for Sale Assets | 1 | – | >100 |
| Loans and Receivables (LaR) | | | |
| Wertminderungsergebnis aus dem Ergebnis aus Einzelwertberichtigungen im Kreditgeschäft | – | – | – |
| Forderungen an Kreditinstitute | – | – | – |
| Forderungen an Kunden | 1.404 | 362 | >100 |
| Ergebnis aus portfoliobasierten Wertberichtigungen im Kreditgeschäft | –50 | –55 | –9 |
| Anpassung | 0 | 0 | 0 |
| | –50 | –55 | –9 |
| | 0 | 0 | –100 |
| Ergebnis aus direkten Forderungsabschreibungen/Eingängen auf abgeschriebene Forderungen | 192 | 34 | >100 |
| Summe Loans and Receivables¹⁾ | 1.546 | 341 | >100 |
| Gesamt | 1.547 | 341 | >100 |

¹⁾ Ohne Darstellung des Unwinding.

Der Erfolg aus der Bewertung der LaR wird in der Position Risikovorsorge im Kreditgeschäft ausgewiesen. Bewertungsänderungen werden für die Available for Sale Assets im Ergebnis für Finanzanlagen und die Bewertungserfolge auf sonstige Aktiva im sonstigen betrieblichen Ergebnis ausgewiesen.

(62) Saldierung von finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen

Die Auswirkungen oder potenziellen Auswirkungen von Ansprüchen auf Aufrechnung im Zusammenhang mit finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen können der folgenden Tabelle entnommen werden.

| Mio. € | Bruttobetrag vor Saldierung | Betrag der bilanziellen Saldierung | Nettobetrag nach Saldierung | Master Netting Arrangements u. Ä. ohne bilanzielle Saldierung | | | |
|------------------------------------|-----------------------------|------------------------------------|-----------------------------|---|----------------------------------|-------------|--|
| | | | | Finanzinstrumente | Sicherheiten Bar-sicherheiten | Nettobetrag | |
| 31.12.2016 | | | | | | | |
| Aktiva | | | | | | | |
| Verrechnung von Kontokorrentkonten | 4.222 | -4.142 | 80 | - | - | 80 | |
| Derivate | 913 | -4 | 909 | -710 | -190 | 9 | |
| Passiva | | | | | | | |
| Verrechnung von Kontokorrentkonten | 4.275 | -4.142 | 133 | - | - | 133 | |
| Derivate | 985 | -4 | 981 | -710 | -261 | 10 | |
| 31.12.2015 | | | | | | | |
| Aktiva | | | | | | | |
| Verrechnung von Kontokorrentkonten | 2.830 | -2.718 | 112 | - | - | 112 | |
| Derivate | 963 | - | 963 | -764 | -183 | 16 | |
| Passiva | | | | | | | |
| Verrechnung von Kontokorrentkonten | 2.906 | -2.718 | 188 | - | - | 188 | |
| Derivate | 1.052 | - | 1.052 | -764 | -266 | 22 | |

Unter der Verrechnung von Kontokorrentkonten wird im Bremer Landesbank-Konzern die Saldierung von täglich fälligen, keinerlei Bindungen unterliegenden Verpflichtungen gegenüber einem Kontoinhaber mit täglich fälligen Forderungen desselben Kontoinhabers im Sinne von § 10 RechKredV dargestellt. Dies gilt, sofern für die Zins- und Provisionsberechnung vereinbart ist, dass der Kontoinhaber wie bei Buchung über ein einziges Konto gestellt wird. Die Verrechnung erfolgt in Übereinstimmung mit IAS 32.42. Eine Verrechnung von Forderungen und Verpflichtungen in verschiedenen Währungen erfolgt nicht.

Das Geschäft mit derivativen Finanzinstrumenten wird in der Regel auf Basis von bilateral mit dem Kontrahenten geschlossenen Rahmenverträgen durchgeführt. Diese sehen lediglich bedingte Rechte zur Aufrechnung der Forderungen, der Verpflichtungen sowie der gestellten und erhaltenen Sicherheiten z.B. bei Vertragsverletzung oder im Insolvenzfall vor. Ein gegenwärtiges Recht zur Aufrechnung gemäß IAS 32.42 besteht folglich nicht.

(63) Maximales Ausfallrisiko und verfügbare Sicherheiten

Die folgende Tabelle zeigt das maximale Ausfallrisiko sowie die zur Verfügung stehenden Sicherheiten nach Klassen von Finanzinstrumenten. Die gehaltenen Sicherheiten können ohne Vorliegen eines Zahlungsverzuges des Eigentümers nicht verkauft oder weitergereicht werden. Zudem bestanden zum Berichtszeitpunkt keinerlei Verstöße oder Verletzungen von Darlehensverträgen.

| Mio. € | Buchwert vor Risikovorsorge | Risikovorsorge | Maximales Ausfallrisiko | Fair Value der verfügbaren Sicherheiten |
|--------------------------------|-----------------------------|----------------|-------------------------|---|
| 31.12.2016 | | | | |
| Forderungen an Kreditinstitute | 3.701 | - | 3.701 | - |
| Forderungen an Kunden | 22.346 | 2.074 | 20.272 | 3.425 |
| Unwiderrufliche Kreditzusagen | 1.855 | 0 | 0 | 81 |
| Finanzgarantien | 427 | 8 | 419 | 57 |
| Gesamt | 28.329 | 2.082 | 24.392 | 3.563 |
| 31.12.2015 | | | | |
| Forderungen an Kreditinstitute | 3.480 | - | 3.480 | - |
| Forderungen an Kunden | 22.781 | 1.063 | 21.718 | 5.512 |
| Unwiderrufliche Kreditzusagen | 1.830 | 0 | 1.830 | 52 |
| Finanzgarantien | 501 | 8 | 493 | 82 |
| Gesamt | 28.592 | 1.071 | 27.521 | 5.646 |

Die zur Verfügung stehenden Sicherheiten gliedern sich wie folgt:

| Mio. € | Gewerbliche Immobilien | Garantien | Sonstige physische Sicherheiten | Übrige Sicherheiten | Gesamt |
|-------------------------------|------------------------|--------------|---------------------------------|---------------------|--------------|
| 31.12.2016 | | | | | |
| Forderungen an Kunden | 763 | 1.149 | 569 | 944 | 3.425 |
| Unwiderrufliche Kreditzusagen | 35 | 4 | 3 | 39 | 81 |
| Finanzgarantien | 31 | 5 | 10 | 11 | 57 |
| Gesamt | 829 | 1.158 | 582 | 994 | 3.563 |
| 31.12.2015 | | | | | |
| Forderungen an Kunden | 1.052 | 1.428 | 2.060 | 972 | 5.512 |
| Unwiderrufliche Kreditzusagen | 23 | 2 | 18 | 9 | 52 |
| Finanzgarantien | 16 | 44 | 9 | 13 | 82 |
| Gesamt | 1.091 | 1.474 | 2.087 | 994 | 5.646 |

Die Forderungen an Kreditinstitute sind wie im Vorjahr nicht besichert.

(64) Derivative Finanzinstrumente

Der Bremer Landesbank-Konzern setzt derivative Finanzinstrumente zur Sicherung im Rahmen der Aktiv-Passiv-Steuerung ein. Darüber hinaus wird Handel in derivativen Finanzgeschäften betrieben.

Derivative Finanzinstrumente auf fremde Währungen werden im Wesentlichen in der Form von Devisentermingeschäften, Devisenswaps, Zinswährungsswaps und Devisenoptionsgeschäften abgeschlossen. Zinsderivate sind vor allem Zinsswaps, Forward Rate Agreements sowie Zinsfutures und Zinsoptionsgeschäfte; vereinzelt werden auch Termingeschäfte auf festverzinsliche Wertpapiere abgeschlossen. Aktienderivate werden insbesondere als Aktienoptionen und Aktienindexfutures abgeschlossen. Daneben bestehen Kreditderivate (CDS).

Die Nominalwerte stellen das Bruttovolumen aller Käufe und Verkäufe dar. Bei diesem Wert handelt es sich um eine Referenzgröße für die Ermittlung gegenseitig vereinbarter Ausgleichszahlungen, nicht jedoch um bilanzierungsfähige Forderungen oder Verbindlichkeiten. Die Marktwerte der einzelnen Kontrakte werden auf Grundlage anerkannter Bewertungsmodelle ohne Berücksichtigung von Nettingvereinbarungen ermittelt.

Der Bestand an derivativen Finanzinstrumenten setzt sich dabei wie folgt zusammen:

| Mio. € | Nominalwerte | | Marktwerte positiv | | Marktwerte negativ | |
|-------------------------------|---------------|---------------|--------------------|--------------|--------------------|--------------|
| | 31.12.2016 | 31.12.2015 | 31.12.2016 | 31.12.2015 | 31.12.2016 | 31.12.2015 |
| Zinsrisiken | 26.864 | 32.452 | 1.073 | 1.135 | 767 | 784 |
| Zinsswap | 24.301 | 28.839 | 1.062 | 1.119 | 723 | 751 |
| FRAs | 1.250 | 1.800 | 0 | 0 | – | 0 |
| Swaption | 512 | 565 | 0 | 3 | 33 | 20 |
| Käufe | 0 | 149 | 0 | 3 | – | – |
| Verkäufe | 512 | 416 | – | – | 33 | 20 |
| Caps, Floors | 711 | 1.188 | 11 | 13 | 11 | 13 |
| Börsenkontrakte | 0 | – | – | – | 0 | – |
| Sonstige Zinstermingeschäfte | 90 | 60 | – | 0 | – | – |
| Währungsrisiken | 3.668 | 4.437 | 14 | 20 | 228 | 285 |
| Devisentermingeschäfte | 1.464 | 223 | 9 | 12 | 12 | 17 |
| Währungsswap/Zinswährungsswap | 2.188 | 4.206 | 5 | 7 | 216 | 268 |
| Devisenoptionen | 16 | 8 | 0 | 1 | 0 | 0 |
| Käufe | 11 | 5 | 0 | 1 | – | – |
| Verkäufe | 5 | 3 | – | – | 0 | 0 |
| Sonstige Währungsgeschäfte | – | – | – | – | – | – |
| Kreditderivate | 185 | 405 | 0 | 1 | 1 | 2 |
| Sicherungsnehmer | 70 | 150 | 0 | 1 | 0 | 0 |
| Sicherungsgeber | 115 | 255 | 0 | 0 | 1 | 2 |
| Gesamt | 30.717 | 37.294 | 1.087 | 1.156 | 996 | 1.071 |

Die Restlaufzeiten der derivativen Finanzinstrumente auf Basis der jeweiligen Nominalwerte setzen sich folgendermaßen zusammen. Als Restlaufzeit wird der Zeitraum zwischen Bilanzstichtag und der vertraglichen Fälligkeit der Forderung oder der Verbindlichkeit angesehen.

| Mio. € | Zinsrisiken | | Währungsrisiken | | Kreditderivate | |
|------------------------------|---------------|---------------|-----------------|--------------|----------------|------------|
| | 2016 | 2015 | 2016 | 2015 | 2016 | 2015 |
| Restlaufzeiten | | | | | | |
| Bis 3 Monate | 4.270 | 4.501 | 1.426 | 1.559 | 20 | 20 |
| Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr | 3.025 | 6.534 | 403 | 736 | 105 | 200 |
| Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre | 11.332 | 12.741 | 1.317 | 1.512 | 60 | 185 |
| Mehr als 5 Jahre | 8.237 | 8.676 | 522 | 630 | – | – |
| Gesamt | 26.864 | 32.452 | 3.668 | 4.437 | 185 | 405 |

Die folgende Tabelle enthält eine Fälligkeitsanalyse für derivative finanzielle Verbindlichkeiten auf Basis der verbleibenden vertraglichen Restlaufzeiten:

| Mio. € | Bis 1 Monat | Mehr als 1 Monat bis 3 Monate | Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr | Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre | Mehr als 5 Jahre | Summe |
|---|-------------|-------------------------------|------------------------------|-----------------------------|------------------|--------------|
| 31.12.2016 | | | | | | |
| Negative Fair Values aus Handelsderivaten | 11 | 32 | 59 | 293 | 334 | 729 |
| Negative Fair Values aus Hedge Accounting-Derivaten | 0 | 0 | 9 | 62 | 196 | 267 |
| Gesamt | 11 | 32 | 68 | 355 | 530 | 996 |
| 31.12.2015 | | | | | | |
| Negative Fair Values aus Handelsderivaten | 22 | 8 | 126 | 410 | 304 | 870 |
| Negative Fair Values aus Hedge Accounting-Derivaten | 0 | 0 | 3 | 51 | 147 | 201 |
| Gesamt | 22 | 8 | 129 | 461 | 451 | 1.071 |

In der nachstehenden Tabelle sind die positiven und negativen Marktwerte der derivativen Geschäfte nach den jeweiligen Kontrahenten aufgegliedert.

| Mio. € | Nominalwerte | | Marktwerte positiv | | Marktwerte negativ | |
|---|---------------|---------------|--------------------|--------------|--------------------|--------------|
| | 31.12.2016 | 31.12.2015 | 31.12.2016 | 31.12.2015 | 31.12.2016 | 31.12.2015 |
| Banken in der OECD (inkl. Börsenkontrakten) | 28.107 | 34.002 | 948 | 1.002 | 983 | 1.063 |
| Öffentliche Stellen in der OECD | 85 | 14 | 7 | 1 | 1 | 0 |
| Sonstige Kontrahenten | 2.525 | 3.278 | 132 | 153 | 12 | 8 |
| Gesamt | 30.717 | 37.294 | 1.087 | 1.156 | 996 | 1.071 |

(65) Zugeständnisse aufgrund finanzieller Schwierigkeiten

Finanzielle Vermögenswerte können aus unterschiedlichen Gründen einschließlich Veränderung von Marktbedingungen, Kundenbindung und anderer Faktoren, die nicht im Zusammenhang mit aktuellen oder erwarteten finanziellen Schwierigkeiten von Kunden stehen, restrukturiert bzw. deren Vertragsbedingungen modifiziert werden.

Der Konzern restrukturiert bzw. modifiziert Vertragsbedingungen von finanziellen Vermögenswerten, um Schuldner trotz aktueller oder erwarteter finanzieller Schwierigkeiten in die Lage zu versetzen, den Kapitaldienst weiterhin vollständig oder teilweise erbringen zu können. Diese Zugeständnisse werden

eingegangen, wenn davon ausgegangen wird, dass der Schuldner die modifizierten Bedingungen vertragsgemäß erfüllen kann.

Bei Zugeständnissen stimmt der Konzern für den Schuldner vorteilhafteren als zuvor vereinbarten Vertragsbedingungen zu, die er vergleichbaren Kunden nicht gewährt hätte.

Die Anpassung von vertraglichen Bedingungen beinhaltet Laufzeitverlängerungen, Veränderungen der Zahlungszeitpunkte für Zinsen und Tilgung sowie Anpassungen bei den Covenants.

Die finanziellen Vermögenswerte mit Zugeständnissen gliedern sich wie folgt:

| Mio. € | Bruttobuchwerte von finanziellen Vermögenswerten mit Zugeständnissen | | Kumulierte Wertberichtigungen | |
|---|--|-------------------------|-------------------------------|-----------------------------|
| | Performing Exposure | Non-Performing Exposure | für Performing Exposure | für Non-Performing Exposure |
| 31.12.2016 | | | | |
| Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Vermögenswerte | | | | |
| Wertpapiere | - | - | - | - |
| Forderungen | | | | |
| Zentralbanken | - | - | - | - |
| Öffentliche Hand | - | - | - | - |
| Kreditinstitute | - | - | - | - |
| Andere Finanzunternehmen | 0 | 0 | - | - |
| Nichtfinanzunternehmen | 1.240 | 3.038 | - | 1.205 |
| Haushalte | 37 | 4 | - | 1 |
| Summe Forderungen | 1.277 | 3.042 | - | 1.206 |
| Summe zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Vermögenswerte | 1.277 | 3.042 | - | 1.206 |
| Vermögenswerte ohne Handelsaktiva | | | | |
| Wertpapiere | - | - | - | - |
| Forderungen | - | - | - | - |
| Summe zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte ohne Handelsaktiva | - | - | - | - |
| Gewährte Kreditzusagen | 18 | 17 | - | - |
| 31.12.2015 | | | | |
| Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Vermögenswerte | | | | |
| Wertpapiere | - | - | - | - |
| Forderungen | | | | |
| Zentralbanken | - | - | - | - |
| Öffentliche Hand | - | - | - | - |
| Kreditinstitute | - | - | - | - |
| Andere Finanzunternehmen | 0 | 2 | - | 0 |
| Nichtfinanzunternehmen | 1.712 | 2.809 | 3 | 703 |
| Haushalte | 28 | 5 | - | 1 |
| Summe Forderungen | 1.740 | 2.816 | 3 | 704 |
| Summe zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Vermögenswerte | 1.740 | 2.816 | 3 | 704 |
| Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte ohne Handelsaktiva | | | | |
| Wertpapiere | - | - | - | - |
| Forderungen | - | - | - | - |
| Summe zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte ohne Handelsaktiva | - | - | - | - |
| Gewährte Kreditzusagen | 15 | 7 | - | - |

(66) Angaben zu ausgewählten Ländern

Folgende Tabelle zeigt die bilanziellen Werte der finanziellen Vermögenswerte mit Kontrahenten in ausgewählten Ländern. Die dargestellten Werte für Sovereign Exposure umfassen neben Transaktionen mit dem jeweiligen Staat Geschäfte mit Regionalregierungen, Kommunen und staatsnahen Unternehmen.

| Mio. € | Financial Instruments Held for Trading | | Available for Sale Assets | | Loans and Receivables | |
|------------------------------------|--|----------|---------------------------|-----------|-----------------------|------------|
| | 2016 | 2015 | 2016 | 2015 | 2016 | 2015 |
| Portugal | | | | | | |
| Sovereign Exposure | – | – | – | – | – | – |
| Finanzinstitutionen/Versicherungen | –1 | – | – | – | – | – |
| Corporates/Sonstige | – | – | – | – | – | – |
| Summe Portugal | –1 | – | – | – | – | – |
| Italien | | | | | | |
| Sovereign Exposure | – | – | – | – | – | – |
| Finanzinstitutionen/Versicherungen | – | – | – | – | – | 0 |
| Corporates/Sonstige | – | – | – | – | 0 | 0 |
| Summe Italien | – | – | – | – | 0 | 0 |
| Irland | | | | | | |
| Sovereign Exposure | – | – | – | – | – | – |
| Finanzinstitutionen/Versicherungen | 0 | – | – | – | 0 | 0 |
| Corporates/Sonstige | 0 | 0 | – | – | 17 | 19 |
| Summe Irland | 0 | 0 | – | – | 17 | 19 |
| Griechenland | | | | | | |
| Sovereign Exposure | – | – | – | – | – | – |
| Finanzinstitutionen/Versicherungen | – | – | – | – | – | – |
| Corporates/Sonstige | – | – | – | – | 0 | 0 |
| Summe Griechenland | – | – | – | – | 0 | 0 |
| Spanien | | | | | | |
| Sovereign Exposure | – | – | – | – | – | – |
| Finanzinstitutionen/Versicherungen | –2 | 3 | – | 15 | 2 | 4 |
| Corporates/Sonstige | – | – | – | – | – | – |
| Summe Spanien | –2 | 3 | – | 15 | 2 | 4 |
| Zypern | | | | | | |
| Sovereign Exposure | – | – | – | – | – | – |
| Finanzinstitutionen/Versicherungen | – | – | – | – | – | – |
| Corporates/Sonstige | – | – | – | – | 352 | 392 |
| Summe Zypern | – | – | – | – | 352 | 392 |
| Ungarn | | | | | | |
| Sovereign Exposure | – | – | – | – | – | – |
| Finanzinstitutionen/Versicherungen | – | – | – | – | 1 | 1 |
| Corporates/Sonstige | – | – | – | – | 10 | 15 |
| Summe Ungarn | – | – | – | – | 11 | 16 |
| Gesamt | –3 | 3 | – | 15 | 382 | 431 |

Für die Finanzinstrumente der Kategorie AfS mit Anschaffungskosten in Höhe von insgesamt 0 Mio. € (Vorjahr: 15 Mio. €) beträgt das im sonstigen Ergebnis kumulierte Bewertungsergebnis bezüglich der genannten ausgewählten Länder insgesamt 0 Mio. € (Vorjahr: 0 Mio. €). In der Konzern-Gewinn-und-Verlust-Rechnung der Periode wurden hierauf wie im Vorjahr keine Abschreibungen erfasst.

Für die Forderungen der Kategorie LaR gegenüber den genannten ausgewählten Ländern wurden wie im Vorjahr keine EWB oder PoWB in nennenswerter Höhe gebildet. Der Fair Value dieser Forderungen der Kategorie LaR beträgt insgesamt 196 Mio. € (Vorjahr: 231 Mio. €).

Im Jahr 2016 hatte die Bremer Landesbank kein Exposure in nennenswerter Höhe in Portugal, Slowenien, Ägypten und Russland.

Die Kreditderivate auf Adressen in ausgewählten Ländern gliedern sich wie folgt auf:

| Mio. € | Nominalwerte Sicherungs- nehmer | | Marktwerte Sicherungs- nehmer | | Nominalwerte Sicherungs- geber | | Marktwerte Sicherungsgeber | |
|------------------------------------|---------------------------------------|------|-------------------------------------|------|--------------------------------------|------|-------------------------------|------|
| | 2016 | 2015 | 2016 | 2015 | 2016 | 2015 | 2016 | 2015 |
| Portugal | | | | | | | | |
| Sovereign Exposure | - | - | - | - | - | - | - | - |
| Finanzinstitutionen/Versicherungen | - | - | - | - | 15 | 15 | -1 | -1 |
| Corporates/Sonstige | - | - | - | - | - | - | - | - |
| Summe Portugal | - | - | - | - | 15 | 15 | -1 | -1 |
| Italien | | | | | | | | |
| Sovereign Exposure | - | - | - | - | - | - | - | - |
| Finanzinstitutionen/Versicherungen | - | 60 | - | 1 | - | 80 | - | -1 |
| Corporates/Sonstige | - | - | - | - | - | - | - | - |
| Summe Italien | - | 60 | - | 1 | - | 80 | - | -1 |
| Irland | | | | | | | | |
| Sovereign Exposure | - | - | - | - | - | - | - | - |
| Finanzinstitutionen/Versicherungen | - | - | - | - | 10 | 10 | 0 | 0 |
| Corporates/Sonstige | - | - | - | - | - | - | - | - |
| Summe Irland | - | - | - | - | 10 | 10 | 0 | 0 |
| Griechenland | | | | | | | | |
| Sovereign Exposure | - | - | - | - | - | - | - | - |
| Finanzinstitutionen/Versicherungen | - | - | - | - | - | - | - | - |
| Corporates/Sonstige | - | - | - | - | - | - | - | - |
| Summe Griechenland | - | - | - | - | - | - | - | - |
| Spanien | | | | | | | | |
| Sovereign Exposure | - | - | - | - | - | - | - | - |
| Finanzinstitutionen/Versicherungen | - | - | - | - | 20 | 20 | 0 | 0 |
| Corporates/Sonstige | - | - | - | - | - | - | - | - |
| Summe Spanien | - | - | - | - | 20 | 20 | 0 | 0 |
| Zypern | | | | | | | | |
| Sovereign Exposure | - | - | - | - | - | - | - | - |
| Finanzinstitutionen/Versicherungen | - | - | - | - | - | - | - | - |
| Corporates/Sonstige | - | - | - | - | - | - | - | - |
| Summe Zypern | - | - | - | - | - | - | - | - |
| Gesamt | - | 60 | - | 1 | 45 | 125 | -1 | -2 |

Folgende Tabelle zeigt die Anwendung der Fair-Value-Hierarchie der zum Fair Value bilanzierten finanziellen Vermögenswerte und Kreditderivate für ausgewählte Länder:

| Mio. € | Level 1 | | Level 2 | | Level 3 | | Summe | |
|------------------------------------|---------|------|---------|------|---------|------|-------|------|
| | 2016 | 2015 | 2016 | 2015 | 2016 | 2015 | 2016 | 2015 |
| Portugal | | | | | | | | |
| Sovereign Exposure | - | - | - | - | - | - | - | - |
| Finanzinstitutionen/Versicherungen | - | - | -1 | -1 | - | - | -1 | -1 |
| Corporates/Sonstige | - | - | - | - | - | - | - | - |
| Summe Portugal | - | - | -1 | -1 | - | - | -1 | -1 |
| Italien | | | | | | | | |
| Sovereign Exposure | - | - | - | - | - | - | - | - |
| Finanzinstitutionen/Versicherungen | - | - | - | 0 | - | - | - | - |
| Corporates/Sonstige | - | - | - | - | - | - | - | - |
| Summe Italien | - | - | - | 0 | - | - | - | - |
| Irland | | | | | | | | |
| Sovereign Exposure | - | - | - | - | - | - | - | - |
| Finanzinstitutionen/Versicherungen | - | - | 0 | - | - | - | - | - |
| Corporates/Sonstige | - | - | - | - | - | - | - | - |
| Summe Irland | - | - | - | - | - | - | - | - |
| Griechenland | | | | | | | | |
| Sovereign Exposure | - | - | - | - | - | - | - | - |
| Finanzinstitutionen/Versicherungen | - | - | - | - | - | - | - | - |
| Corporates/Sonstige | - | - | - | - | - | - | - | - |
| Summe Griechenland | - | - | - | - | - | - | - | - |
| Spanien | | | | | | | | |
| Sovereign Exposure | - | - | - | - | - | - | - | - |
| Finanzinstitutionen/Versicherungen | - | - | -2 | 12 | - | - | -2 | 12 |
| Corporates/Sonstige | - | - | - | - | - | - | - | - |
| Summe Spanien | - | - | -2 | 12 | - | - | -2 | 12 |
| Zypern | | | | | | | | |
| Sovereign Exposure | - | - | - | - | - | - | - | - |
| Finanzinstitutionen/Versicherungen | - | - | - | - | - | - | - | - |
| Corporates/Sonstige | - | - | - | - | - | - | - | - |
| Summe Zypern | - | - | - | - | - | - | - | - |
| Gesamt | - | - | -3 | 11 | - | - | -3 | 11 |

(67) Grundgeschäfte in effektiven Hedge-Beziehungen

IAS 39 bietet die Möglichkeit, die durch unterschiedliche Bewertung von Derivaten und Nichtderivaten bei Sicherungsbeziehungen entstehenden wirtschaftlich nicht gerechtfertigten GuV-Verzerrungen mittels Hedge Accounting (teilweise) zu eliminieren.

Als Grundgeschäfte im Micro Fair Value Hedge genutzte finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten werden weiterhin zusammen mit den ungesicherten Geschäften in den jeweiligen Bilanzpositionen ausgewiesen, da die Absicherung Art und Funktion des Grundgeschäftes nicht ändert. Der Bilanzansatz der ansonsten zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanzierten Finanzinstrumente (Kategorie OL) wird jedoch um die auf das abgesicherte Risiko zurückzuführende Fair-Value-Änderung korrigiert.

In der nachstehenden Tabelle werden zu Informationszwecken daher die finanziellen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten kumuliert ausgewiesen, die Teil einer effektiven Micro Fair Value Hedge-Beziehung sind:

| | 31.12.2016 Mio. € | 31.12.2015 Mio. € | Veränderung % |
|--|----------------------|----------------------|------------------|
| Aktiva | | | |
| Finanzanlagen | 193 | 213 | -9 |
| Gesamt | 193 | 213 | -9 |
| Passiva | | | |
| Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten | 31 | 33 | -6 |
| Verbindlichkeiten gegenüber Kunden | 442 | 519 | -15 |
| Verbriefte Verbindlichkeiten | 615 | 831 | -26 |
| Nachrangkapital | 0 | 0 | - |
| Gesamt | 1.088 | 1.383 | -21 |

Neben den in Micro Fair Value Hedge-Beziehungen einbezogenen Grundgeschäften wurden festverzinsliche Grundgeschäfte auch in Portfolio Fair Value Hedge-Beziehungen designiert. Dabei waren zum Bilanzstichtag Cashflows von Finanzanlagen der Haltekategorie AfS in Höhe 1.605 Mio. € (Vorjahr: 1.299 Mio. €) in einer Portfolio Fair Value Hedge-Beziehung designiert. Cashflows von Verbindlichkeiten der Haltekategorie Other Liabilities (Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden, verbrieftete Verbindlichkeiten sowie Nachrangkapital) waren zum Bilanzstichtag in Höhe von 5.029 Mio. € (Vorjahr: 4.099 Mio. €) designiert.

(68) Restlaufzeiten von finanziellen Verbindlichkeiten

| Mio. € | Bis 1 Monat | Mehr als 1 Monat bis 3 Monate | Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr | Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre | Mehr als 5 Jahre | Summe |
|---|---------------|-------------------------------|------------------------------|-----------------------------|------------------|----------------|
| 31.12.2016 | | | | | | |
| Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten | -1.161 | -317 | -1.564 | -3.798 | -5.161 | -12.001 |
| Verbindlichkeiten gegenüber Kunden | -3.723 | -343 | -1.473 | -1.814 | -3.659 | -11.012 |
| Verbriefte Verbindlichkeiten | -75 | -196 | -912 | -3.352 | -888 | -5.423 |
| Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen (ohne Derivate) | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Nachrangkapital | 0 | -1 | -8 | -40 | -722 | -771 |
| Sonstige Passiva (nur Finanzinstrumente) | -2 | -1 | 0 | 0 | 0 | -3 |
| Unwiderrufliche Kreditzusagen | -14 | -7 | -43 | -248 | -1.550 | -1.862 |
| Finanzgarantien | -1.181 | 0 | -4 | -25 | 0 | -1.210 |
| Gesamt | -6.156 | -865 | -4.004 | -9.277 | -11.980 | -32.282 |
| 31.12.2015 | | | | | | |
| Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten | -1.303 | -630 | -1.578 | -3.912 | -3.879 | -11.302 |
| Verbindlichkeiten gegenüber Kunden | -3.805 | -438 | -1.673 | -1.688 | -3.308 | -10.912 |
| Verbriefte Verbindlichkeiten | -247 | -117 | -463 | -3.570 | -1.120 | -5.517 |
| Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen (ohne Derivate) | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Nachrangkapital | 0 | 0 | -1 | -11 | -697 | -709 |
| Sonstige Passiva (nur Finanzinstrumente) | 0 | -1 | 0 | 0 | 0 | -1 |
| Unwiderrufliche Kreditzusagen | -9 | -13 | -18 | -1.632 | -161 | -1.833 |
| Finanzgarantien | -1.106 | 0 | -4 | -26 | -116 | -1.252 |
| Gesamt | -6.470 | -1.199 | -3.737 | -10.839 | -9.281 | -31.526 |

Die Restlaufzeit wird definiert als verbleibende Zeit ab dem Abschlussstichtag bis zum vertraglichen Fälligkeitstermin.

(69) Angaben zur Fair-Value-Option

Im Bremer Landesbank-Konzern wurde die Fair-Value-Option in der Vergangenheit zur Vermeidung von Ansatz- und Bewertungsinkongruenzen (Accounting Mismatch) genutzt. Im Berichtsjahr wurde die Fair-Value-Option nicht angewendet.

(70) Der Bremer Landesbank-Konzern als Sicherungsgeber und Sicherungsnehmer

Die folgenden Vermögenswerte wurden als Sicherheiten für Verpflichtungen übertragen (Buchwerte):

| Mio. € | 31.12.2016 | 31.12.2015 |
|--|--------------|--------------|
| Aktiva | | |
| Forderungen an Kreditinstitute | 201 | 190 |
| Forderungen an Kunden | 7.322 | 6.617 |
| Finanzanlagen | 290 | 1.734 |
| Sonstige Vermögensgegenstände | – | – |
| Gesamt | 7.813 | 8.541 |
| Passiva | | |
| Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten | 297 | 264 |
| Gesamt | 297 | 264 |

Die Transaktionen wurden unter den handelsüblichen und gebräuchlichen Bedingungen für Darlehensgeschäfte ausgeführt.

Unter den Forderungen an Kreditinstitute werden gezahlte Cash Collaterals und unter den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten werden erhaltene Cash Collaterals aufgrund von Besicherungsvereinbarungen ausgewiesen.

(71) Echte Wertpapierpensionsgeschäfte

Die wesentlichen Risiken und Chancen aus den in Pension gegebenen finanziellen Vermögenswerten liegen beim Pensionsgeber. Deshalb werden die Wertpapiere nicht ausgebucht, sondern weiterhin im Bremer Landesbank-Konzern bilanziert. Die Regularien für die in Pension gegebenen Wertpapiere werden in Verträgen mit der Eurex Repo GmbH sowie der Eurex Clearing AG als zentraler Gegenpartei im Rahmen des GC Pooling dokumentiert.

Zu den Bilanzierungstichtagen 31. Dezember 2016 und 31. Dezember 2015 sind keine Bestände an echten Wertpapierpensionsgeschäften zu verzeichnen.

Weitere Erläuterungen

(72) Eigenkapitalmanagement

Das Eigenkapitalmanagement erfolgt in der Konzernobergesellschaft für den Konzern. Ziel sind die Sicherstellung einer adäquaten Eigenkapitalausstattung in quantitativer und qualitativer Hinsicht, die Erzielung einer angemessenen Eigenkapitalrendite und die dauerhafte Einhaltung der aufsichtsrechtlich vorgegebenen Mindestkapitalquoten jeweils auf Konzernebene. Maßgebliche Kapitalgrößen für das Eigenkapitalmanagement bildeten im Berichtszeitraum

- das aus dem bilanziellen Eigenkapital abgeleitete „nachhaltige handelsrechtliche Eigenkapital“ als Größe zur Bemessung der Eigenkapitalrendite,
- das aufsichtsrechtliche harte Kernkapital gemäß der seit Jahresbeginn 2014 gültigen EU-Verordnung Nr. 575/2013 über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen (CRR) inklusive Berücksichtigung der darin bis Ende 2017 vorgesehenen Übergangsregelungen,
- das rechnerische harte Kernkapital gemäß der CRR ohne Berücksichtigung der Übergangsregelungen,
- das aufsichtsrechtliche Kernkapital gemäß der CRR und
- die gemäß der CRR aufsichtsrechtlich anrechenbaren Eigenmittel.

Für die aufsichtsrechtlichen Kapitalgrößen gelten gesetzlich vorgeschriebene Mindestkapitalquoten, bei denen der Zähler die jeweilige Kapitalgröße bildet und der Nenner jeweils aus dem Gesamtforderungsbetrag gemäß Artikel 92 Abs. 3 der CRR besteht. Diese Mindestkapitalquoten betragen im Berichtsjahr 2016 gemäß der CRR ohne Kapitalpuffer für das aufsichtsrechtliche harte Kernkapital 4,5%, für das aufsichtsrechtliche Kernkapital 6,0% und für die aufsichtsrechtlichen Eigenmittel 8,0%.

Die Kernaufgaben des Eigenkapitalmanagements lagen im Berichtsjahr 2016 in der weiteren Optimierung der Eigenkapitalstruktur sowie in der laufenden Eigenkapitalsteuerung zur dauerhaften Einhaltung der aufsichtsrechtlich vorgegebenen bzw. von der Bankaufsicht erwarteten Mindestkapitalquoten.

Die Anforderungen an das Eigenkapitalmanagement werden in Zukunft getrieben sowohl durch die Regelungen der CRR als auch durch aufsichtsrechtliche Sonderanforderungen (z.B. Stresstests) weiter steigen. Die aufsichtsrechtliche und für die konzerninterne Steuerung führende Kapitalgröße wird dabei das harte Kernkapital gemäß der CRR bilden. Zu dessen Stärkung wird auch in Zukunft die Eigenkapitalstruktur des Konzerns weiter optimiert werden.

Darüber hinaus erfolgen im Rahmen des Eigenkapitalmanagements bedarfsorientiert Plan- und Prognoserechnungen der maßgeblichen Kapitalgrößen und der zugehörigen Kapitalquoten. Deren Ist- und Plan-Entwicklung wird an das Management, die Aufsichtsgremien und Träger der Bank und/oder an die Bankaufsicht berichtet.

Lassen diese Rechnungen eine Gefährdung der festgelegten Ziel-Kapitalquoten erkennen, erfolgen alternativ oder kumulativ Anpassungsmaßnahmen bezüglich der RWA oder – in Abstimmung mit den Trägern der Bank – auf einzelne Kapitalgrößen gerichtete Beschaffungs- oder Optimierungsmaßnahmen.

Die Bank hat in den Jahren 2015 und 2016 die aufsichtsrechtlichen Mindestkapitalquoten jederzeit eingehalten. Die harte Kernkapitalquote (unter Berücksichtigung der Übergangsregeln), die aufsichtsrechtliche Kernkapitalquote und die aufsichtsrechtliche Gesamtkapitalquote am jeweiligen Jahresende sind unter Note (73) Aufsichtsrechtliche Grunddaten ausgewiesen.

(73) Aufsichtsrechtliche Grunddaten

Die nachfolgenden aufsichtsrechtlichen Konzerndaten für den Berichtsstichtag wurden entsprechend den ab 1. Januar 2015 geltenden Regelungen der EU-Kapitaladäquanzverordnung (CRR) ermittelt.

| Mio. € | 31.12.2016 | 31.12.2015 |
|--------------------------------------|-------------------|-------------------|
| Risikogewichtete Aktiva für | | |
| Adressenausfallrisiken | 10.280 | 12.714 |
| operationelle Risiken | 848 | 881 |
| Marktrisiken | 140 | 148 |
| Abwicklungsrisiken | - | - |
| Kreditwertanpassungen | 93 | 72 |
| Summe risikogewichtete Aktiva | 11.361 | 13.815 |

Erst im Zusammenhang mit der Ad-hoc-Meldung vom 9. März 2017 kam es zu einer Unterschreitung der Kernkapitalquote. Eine Kapitalerhöhung wurde durch die NORD/LB durchgeführt. Weitere Maßnahmen zur Stabilisierung sind in Vorbereitung.

Die folgende Übersicht zeigt die Zusammensetzung der aufsichtsrechtlichen Eigenmittel für das Institut gemäß Artikel 25 ff. der CRR:

| Mio. € | 31.12.2016 | 31.12.2015 |
|---|--------------|--------------|
| Gezeichnetes Kapital | 265 | 265 |
| Einbehaltene Gewinne/Rücklagen | -826 | 600 |
| Agio | 478 | 478 |
| Komponenten des harten Kernkapitals aufgrund Bestandsschutz + § 340g/e HGB Fonds für allgemeine Bankrisiken | 596 | 589 |
| - Abzugsposten | -75 | -845 |
| Anpassungen aufgrund Übergangsregelungen | 600 | 505 |
| - Ausgleichsposten zur Vermeidung eines negativen Kernkapitals | -437 | -105 |
| Hartes Kernkapital | 601 | 1.487 |
| Eingezahlte Instrumente des zusätzlichen Kernkapitals | 150 | 150 |
| - Abzugsposten | - | - |
| Anpassungen aufgrund Übergangsregelungen | -587 | -255 |
| Ausgleichsposten zur Vermeidung eines negativen zusätzlichen Kernkapitals | 437 | 105 |
| Zusätzliches Kernkapital | - | - |
| Gesamt-Kernkapital | 601 | 1.487 |
| Eingezahlte Instrumente des Ergänzungskapitals | 600 | 600 |
| Komponenten des Ergänzungskapitals aufgrund Bestandsschutz | - | - |
| Anrechenbare Rückstellungen nach IRB-Ansatz (IRB Excess) | 57 | - |
| Allgemeine Kreditrisikoanpassung nach Standardansatz | - | 1 |
| - Abzugsposten | - | - |
| Anpassungen aufgrund Übergangsregelungen | -12 | -249 |
| Ergänzungskapital | 645 | 352 |
| Eigenmittel | 1.246 | 1.839 |

| in % | 31.12.2016 | 31.12.2015 |
|------------------------|------------|------------|
| Harte Kernkapitalquote | 5,29% | 10,76% |
| Kernkapitalquote | 5,29% | 10,76% |
| Gesamtkapitalquote | 10,97% | 13,31% |

(74) Fremdwährungsvolumen

Zum 31. Dezember 2016 bestanden im Bremer Landesbank-Konzern folgende Vermögenswerte und Verpflichtungen in fremder Währung:

| Mio. € | USD | GBP | JPY | Sonstige | Summe |
|--|--------------|-----------|-----------|------------|--------------|
| 31.12.2016 | | | | | |
| Barreserve | – | – | – | – | – |
| Forderungen an Kreditinstitute | 11 | 10 | 1 | 17 | 39 |
| Forderungen an Kunden | 4.716 | 33 | 1 | 101 | 4.851 |
| Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte | 405 | 10 | 2 | 49 | 466 |
| Finanzanlagen | 0 | – | – | 0 | 0 |
| Summe Aktiva | 5.132 | 53 | 4 | 167 | 5.356 |
| Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten | 500 | 2 | 0 | 12 | 514 |
| Verbindlichkeiten gegenüber Kunden | 365 | 6 | 0 | 15 | 386 |
| Verbriefte Verbindlichkeiten | – | – | – | – | – |
| Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen | 3.232 | 45 | 3 | 143 | 3.423 |
| Summe Passiva | 4.097 | 53 | 3 | 170 | 4.323 |
| 31.12.2015 | | | | | |
| Barreserve | – | – | – | – | – |
| Forderungen an Kreditinstitute | 31 | 11 | 1 | 23 | 66 |
| Forderungen an Kunden | 5.051 | 64 | 6 | 117 | 5.238 |
| Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte | 263 | 5 | 4 | 51 | 323 |
| Finanzanlagen | – | – | – | 7 | 7 |
| Summe Aktiva | 5.345 | 80 | 11 | 198 | 5.634 |
| Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten | 193 | 45 | 0 | 11 | 249 |
| Verbindlichkeiten gegenüber Kunden | 588 | 2 | 0 | 14 | 604 |
| Verbriefte Verbindlichkeiten | – | – | 8 | – | 8 |
| Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen | 4.109 | 42 | 3 | 163 | 4.317 |
| Summe Passiva | 4.890 | 89 | 11 | 188 | 5.178 |

Den offenen Bilanzposten stehen entsprechende laufzeitkongruente Devisentermingeschäfte oder Währungsswaps gegenüber.

(75) Langfristige Vermögenswerte und Verbindlichkeiten

Für Bilanzposten, die sowohl kurzfristige als auch langfristige Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten enthalten, werden nachfolgend die Vermögenswerte und Verbindlichkeiten gezeigt, die nach mehr als zwölf Monaten realisiert oder beglichen werden.

| | 31.12.2016 Mio. € | 31.12.2015 Mio. € | Veränderung % |
|---|----------------------|----------------------|------------------|
| Aktiva | | | |
| Forderungen an Kreditinstitute | 2.882 | 2.816 | 2 |
| Forderungen an Kunden | 16.726 | 17.316 | -3 |
| Ausgleichsposten für im Portfolio Fair Value Hedge abgesicherte Finanzinstrumente | 0 | 0 | - |
| Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte | | | |
| Handelsaktiva | 428 | 52 | >100 |
| Zur Fair-Value-Bewertung designierte finanzielle Vermögenswerte | 0 | 0 | - |
| Positive Fair Values aus Hedge Accounting-Derivaten | 503 | 480 | 5 |
| Available-for-Sale-(AfS-)Finanzanlagen | 2.380 | 2.164 | 10 |
| Anteile an at Equity bewerteten Unternehmen | 0 | 0 | - |
| Gesamt | 22.919 | 22.828 | 0 |
| Passiva | | | |
| Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten | 8.151 | 7.347 | 11 |
| Verbindlichkeiten gegenüber Kunden | 4.268 | 3.974 | 7 |
| Verbriefte Verbindlichkeiten | 4.096 | 4.434 | -8 |
| Ausgleichsposten für im Portfolio Fair Value Hedge abgesicherte Finanzinstrumente | 0 | 0 | - |
| Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen | | | |
| Handelsspassiva | 573 | 525 | 9 |
| Negative Fair Values aus Hedge Accounting-Derivaten | 234 | 181 | 29 |
| Nachrangkapital | 600 | 599 | 0 |
| Gesamt | 17.922 | 17.060 | 5 |

(76) Leasing

Der Bremer Landesbank-Konzern ist Leasinggeber im Zusammenhang mit Finanzierungsleasingverhältnissen.

Diese Leasingverträge umfassen zum Stichtag vermietete Mobilien (z. B. Kraftfahrzeuge, Maschinen und EDV-Anlagen).

| | 31.12.2016 Mio. € | 31.12.2015 Mio. € | Veränderung % |
|--|----------------------|----------------------|------------------|
| Ausstehende Leasingzahlungen | 18 | 19 | -5 |
| + garantierte Restwerte | 5 | 7 | -29 |
| = Mindestleasingzahlungen | 23 | 26 | -12 |
| + nicht garantierte Restwerte | - | - | - |
| = Bruttoinvestition | 23 | 26 | -12 |
| - nicht realisierter Finanzertrag | 1 | 2 | -50 |
| = Nettoinvestition | 22 | 24 | -8 |
| - Barwert der nicht garantierten Restwerte | - | - | - |
| = Barwert der Mindestleasingzahlungen | 22 | 24 | -8 |

Die Mindestleasingzahlungen umfassen die vom Leasingnehmer insgesamt aus dem Leasingvertrag zu zahlenden Leasingraten zzgl. des garantierten Restwertes.

Der nicht realisierte Finanzertrag entspricht der dem Leasingverhältnis impliziten Verzinsung zwischen Stichtag und Vertragsende.

Der überdurchschnittlich hohe Drittverwendungswert der finanzierten Investitionsgüter gestattet einen größeren Spielraum bei der Übernahme von Bonitäts- und Kreditrisiken. Dennoch wird die Begrenzung des Bonitäts- und Kreditrisikos bereits durch die Definition von Zielkunden, Investitionsgütern und Vertragskonstellationen erreicht. Ein wichtiger Baustein für die Kreditentscheidung bleibt gleichwohl das Votum des Firmenkundenbetreuers der Bremer Landesbank, der den Kunden langfristig betreut. Aufgrund dieser Vorgehensweise kam es im Berichtszeitraum nur zu unwesentlichen Ausfällen, sodass keine kumulierten Wertberichtigungen für uneinbringliche ausstehende Mindestleasingzahlungen gebildet wurden.

Die Bruttoinvestitionen und Barwerte der Mindestleasingzahlungen aus unkündbaren Finanzierungsleasingverhältnissen gliedern sich folgendermaßen:

| | 31.12.2016 Mio. € | 31.12.2015 Mio. € | Veränderung % |
|--|----------------------|----------------------|------------------|
| Bruttoinvestitionen | | | |
| Bis zu 1 Jahr | 7 | 6 | 17 |
| Länger als 1 Jahr und bis zu 5 Jahren | 15 | 19 | -21 |
| Länger als 5 Jahre | 1 | 1 | 0 |
| Gesamt | 23 | 26 | -12 |
| Barwert der Mindestleasingzahlungen | | | |
| Bis zu 1 Jahr | 6 | 5 | 20 |
| Länger als 1 Jahr und bis zu 5 Jahren | 15 | 18 | -17 |
| Länger als 5 Jahre | 1 | 1 | 0 |
| Gesamt | 22 | 24 | -8 |

Der Bremer Landesbank-Konzern tritt als Leasingnehmer im Rahmen von Operating-Lease-Vereinbarungen auf.

Es besteht ein Mietvertrag über einen Lagerraum seit Oktober 2011, welcher nach einer Grundmietzeit von vier Jahren sich jährlich verlängert. Jede Vertragspartei ist berechtigt, das Vertragsverhältnis unter Einhaltung einer vertraglich gesetzten Frist schriftlich zu kündigen. Des Weiteren wird ein Großkopierer seit August 2016 für eine Vertragslaufzeit von fünf Jahren gemietet. Verlängerungs- und Kaufoptionen sowie Beschränkungen im Sinne des IAS 17.35d(iii) sind im Vertrag nicht enthalten. Außerdem bestehen zwei Mietverträge zur Flächenanmietung in Verbindung mit Rechenzentrumsdienstleistungen seit Oktober 2010. Ein Mietvertrag hat eine feste Laufzeit von zehn Jahren. Der Vertrag verlängert sich jährlich, wobei beidseitig das Vertragsverhältnis unter Einhaltung einer vertraglich gesetzten Frist schriftlich gekündigt werden kann. Der andere Mietvertrag hatte eine feste Laufzeit von rund 8,5 Jahren. Das Mietverhältnis kann bis zu zweimal um weitere zwei oder fünf Jahre verlängert werden.

Die künftigen Mindestleasingzahlungen aus Operating-Lease-Vereinbarungen des Bremer Landesbank-Konzerns gliedern sich wie folgt:

| | 31.12.2016 Mio. € | 31.12.2015 Mio. € | Veränderung % |
|---|----------------------|----------------------|------------------|
| Künftige Mindestleasingzahlungen | | | |
| Bis zu 1 Jahr | 0 | 0 | 0 |
| Länger als 1 Jahr und bis zu 5 Jahren | 2 | 2 | 0 |
| Länger als 5 Jahre | 3 | 3 | 0 |
| Gesamt | 5 | 5 | 0 |

Im Rahmen von Operating-Lease-Verhältnissen wurden in 2016 Mindestleasingzahlungen in Höhe von 0,5 Mio. € (Vorjahr: 0,4 Mio. €) als Aufwand erfasst.

(77) Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen

Bei Eventualverbindlichkeiten handelt es sich um bestehende Verpflichtungen, die aus vergangenen Ereignissen resultieren und deren Existenz durch das Eintreten oder Nichteintreten eines oder

mehrerer unsicherer künftiger Ereignisse, die nicht vollständig unter der Kontrolle des Konzerns stehen, erst noch bestätigt wird. Weiterhin zählen gegenwärtige Verpflichtungen hierzu, die auf vergangenen Ereignissen beruhen, jedoch nicht passiviert werden, weil ein Abfluss von Ressourcen mit wirtschaftlichem Nutzen zur Erfüllung dieser Verpflichtungen nicht wahrscheinlich ist oder die Höhe der Verpflichtungen nicht ausreichend verlässlich geschätzt werden kann.

| | 31.12.2016 Mio. € | 31.12.2015 Mio. € | Veränderung % |
|--|----------------------|----------------------|------------------|
| Eventualverbindlichkeiten | | | |
| Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln | – | – | – |
| Verbindlichkeiten aus Gewährleistungsverträgen | 783 | 751 | 4 |
| Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten | – | – | – |
| Sonstige Eventualverbindlichkeiten | – | – | – |
| Andere Verpflichtungen | | | |
| Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen | – | – | – |
| Unwiderrufliche Kreditzusagen | 1.855 | 1.830 | 1 |
| Finanzgarantien | 427 | 501 | –15 |
| Gesamt | 3.065 | 3.082 | –1 |

Vom Gesamtbestand entfallen keine Eventualverbindlichkeiten (Vorjahr: 0 Mio. €) auf assoziierte Unternehmen.

(78) Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Von den sonstigen finanziellen Verpflichtungen sind folgende wesentliche Beträge zu nennen:

- Die Beitragsbemessung für die Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen wurde im Rahmen der Anerkennung des S-Haftungsverbundes als institutsbezogenes Sicherungssystem nach CRR und der Übernahme der Einlagensicherungsfunktion nach EinSiG geändert. Über die bereits geleisteten Beiträge hinaus bestehen Nachschusspflichten in Höhe von 55 Mio. € (Vorjahresultimo: 70 Mio. €). Sofern ein Stützungsfall eintritt, können die Nachschüsse sofort eingefordert werden.
- Im Zusammenhang mit der Einziehung der Geschäftsanteile an der FinanzIT GmbH, Hannover, haben sich die ausscheidenden Gesellschafter NORD/LB, Bremer Landesbank und Landesbank Saar verpflichtet, gemeinsam mit den verbleibenden Gesellschaftern der FinanzIT für Risiken der Gesellschaft aus der Zeit bis zu ihrem Ausscheiden aufzukommen, sofern diese tatsächlich eingetreten und nicht durch bereits gebildete Rückstellungen abgedeckt sind.
- Die Bremer Landesbank haftet – unabhängig von der Veräußerung der mittelbar über die GLB GmbH & Co. oHG, Frankfurt/Main, gehaltenen Beteiligung an der DekaBank Deutsche Girozentrale, Frankfurt/Main, und die damit verbundene Kapitalherabsetzung der GLB GmbH & Co. oHG – gemeinsam mit den anderen Gesellschaftern weiterhin als Gewährträger für bestimmte Altverbindlichkeiten der DekaBank Deutsche Girozentrale.
- Als Sicherheit für Geschäfte an Terminbörsen wurden – analog Vorjahr – keine Wertpapiere hinterlegt. Stattdessen wurde bei der Eurex Deutschland, Frankfurt/Main, eine Barsicherheit in Höhe von 8 Mio. € hinterlegt (Vorjahr: 15 Mio. €).
- Gemäß § 12 Abs. 5 Restrukturierungsfondsgesetz (RStruktFG) wurden 30% des gemäß § 12 Abs. 2, § 12b und § 12g RStruktFG festgesetzten Jahresbeitrages 2015 für die EU-Bankenabgabe durch eine unwiderrufliche Zahlungsverpflichtung in Höhe von 3 Mio. € erbracht. Diese Zahlungsverpflichtung wurde durch die Bremer Landesbank in voller Höhe durch eine erbrachte Barsicherheit abgedeckt. Für das Beitragsjahr 2016 wurde von dieser Möglichkeit kein Gebrauch gemacht und der Jahresbeitrag in voller Höhe entrichtet.
- In 2015 hatte die Bremer Landesbank zur Eigenkapitalentlastung Kreditforderungen eines Portfolios aus den Assetklassen Erneuerbare Energien, Firmenkunden, Sozialimmobilien, Gewerbeimmobilien und Schiffe in Höhe von insgesamt 2.060 Mio. € verbrieft. Mittels eines Garantievertrags wurde das Ausfallrisiko der Mezzanine-Tranche (in Höhe von initial 106 Mio. €) auf eine externe dritte Partei übertragen. Verluste, die auf eine Erstverlusttranche entfallen, trägt die Bremer Landesbank selbst. Zum Stichtag 31. Dezember 2016 überstiegen die gebildeten Einzel- und Portfoliowertberichtigungen den Selbstbehalt der Erstverlusttranche nicht. Auf die ausstehende Mezzanine-Tranche entrichtet die Bremer Landesbank eine jährliche Prämie, die im Provisionsaufwand ausgewiesen wird. Im Berichtsjahr wurde eine Prämie in Höhe von 11 Mio. € erfasst. Die vertragliche Restlaufzeit der Garantie beträgt elf Jahre. Für das Folgejahr werden Gebühreneinzahlungen in Höhe von 11 Mio. € erwartet.

- Im Berichtsjahr hat die Bremer Landesbank zur Entlastung der aufsichtsrechtlichen Eigenmittel eine weitere synthetische Verbriefungstransaktion durchgeführt. Grundlage der aktuellen Transaktion ist ein Kreditportfolio aus den Assetklassen Erneuerbare Energien, Firmenkunden, Sozialimmobilien, Gewerbeimmobilien und Leasing in Höhe von insgesamt 3.420 Mio. €. Zur Übertragung des Ausfallrisikos aus der Erstverlusttranche (in Höhe von initial 94 Mio. €) wurde mit Wirkung ab dem 30. Juni 2016 ein Garantievertrag mit einem privaten institutionellen Garantiegeber abgeschlossen. Die Bremer Landesbank entrichtet eine jährliche Prämie auf die Erstverlusttranche, die im Provisionsaufwand ausgewiesen wird. Im Berichtsjahr wurde eine Prämie in Höhe von 6 Mio. € erfasst. Für das Folgejahr werden Gebührenzahlungen in Höhe von 12 Mio. € erwartet.
- Solange und soweit die jeweilige Garantie noch nicht durch abgerechnete Verluste in Anspruch genommen werden kann, die den von der Bremer Landesbank jeweils zu tragenden Selbstbehalt übersteigen, besteht gegenüber dem jeweiligen Garantiegeber kein aktivierbarer Ausgleichsanspruch. Vor diesem Hintergrund bildet der Konzern die Sicherungswirkung der Garantien in einer Nettobilanzierung ab. Dies bedeutet, der Konzern ermittelt Wertberichtigungen auf die Kreditforderungen zunächst ohne Berücksichtigung der Sicherungswirkung der jeweiligen Garantie. Übersteigen die Wertberichtigungen den jeweiligen Selbstbehalt des Konzerns, wird die Sicherungswirkung bei der Bewertung der Kreditforderungen berücksichtigt. Für das im Berichtsjahr verbrieft Kreditportfolio wurden Portfoliowertberichtigungen in unwesentlicher Höhe gebildet.

(79) Nachrangige Vermögenswerte

Als nachrangig sind Vermögenswerte anzusehen, wenn sie als Forderungen im Fall der Liquidation oder der Insolvenz des Schuldners erst nach den Forderungen der anderen Gläubiger erfüllt werden dürfen. In den Bilanzaktiva sind folgende nachrangige Vermögenswerte enthalten:

| | 31.12.2016 Mio. € | 31.12.2015 Mio. € | Veränderung % |
|---------------|----------------------|----------------------|------------------|
| Finanzanlagen | 10 | 10 | 0 |
| Summe | 10 | 10 | 0 |

(80) Treuhandgeschäfte

Treuhandgeschäfte werden entsprechend den Regelungen der IFRS nicht in der Konzernbilanz gezeigt, sind jedoch im Konzern vorhanden. Die Treuhandgeschäfte gliedern sich folgendermaßen:

| | 31.12.2016 Mio. € | 31.12.2015 Mio. € | Veränderung % |
|--|----------------------|----------------------|------------------|
| Forderungen an Kunden | 1 | 2 | -50 |
| Treuhandvermögen | 1 | 2 | -50 |
| Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten | 1 | 2 | -50 |
| Verbindlichkeiten gegenüber Kunden | 0 | 0 | 0 |
| Treuhandverbindlichkeiten | 1 | 2 | -50 |

Unternehmen und Personen mit Konzernverbindung

(81) Anzahl der Arbeitnehmer

Durchschnittlicher Personalbestand im Konzern während des Berichtszeitraums:

| | 2016 | | | 2015 | | |
|---|------------|------------|--------------|------------|------------|--------------|
| | Männlich | Weiblich | Gesamt | Männlich | Weiblich | Gesamt |
| Bremer Landesbank Anstalt des öffentlichen Rechts ¹⁾ | 522 | 492 | 1.014 | 529 | 514 | 1.043 |
| Sonstige | 34 | 21 | 55 | 34 | 21 | 55 |
| Konzern²⁾ | 556 | 513 | 1.069 | 563 | 535 | 1.098 |

¹⁾ In dem männlichen Personalbestand sind die Vorstände enthalten.

²⁾ Für das Geschäftsjahr 2015 betrug der Personalbestand aus den nach der Equity-Methode bewerteten Unternehmen 178 (Geschäftsjahr 2014: 175). Für das Jahr 2016 liegen bislang keine Zahlen vor.

Darstellung des Personalbestands nach Verantwortungsstufen:

| | 2016 | 2015 |
|----------------|--------------|--------------|
| Vorstand | 4 | 4 |
| Führungskräfte | 108 | 110 |
| Sonstige | 957 | 984 |
| Gesamt | 1.069 | 1.098 |

(82) Angaben zu Anteilen an Unternehmen

Die Beurteilung der Bremer Landesbank, ob sie kreditfinanzierte Projektgesellschaften, die sich aufgrund der anhaltenden schwierigen Lage auf den Schifffahrtsmärkten in finanziellen Schwierigkeiten befinden, beherrscht und daher als Tochterunternehmen in den Konzernabschluss einzubeziehen hat, stellt eine wesentliche Ermessensentscheidung dar. Die Bremer Landesbank beherrscht ein anderes Unternehmen, wenn sie aus ihrer Verbindung zu diesem Unternehmen variablen Rückflüssen ausgesetzt ist und die Fähigkeit besitzt, diese Rückflüsse mittels ihrer Verfügungsgewalt über dieses Unternehmen zu beeinflussen. Da die Bremer Landesbank infolge ihrer Kreditbeziehung zu den Gesellschaften stets variablen Rückflüssen ausgesetzt ist, ist für die Frage, ob sie die jeweilige Gesellschaft beherrscht, entscheidend, ob sie aufgrund ihrer Rechte aus dem Kreditvertrag Bestimmungsmacht über die Gesellschaft hat und ob die Gesellschafter die Stellung als Prinzipal oder lediglich als Agenten der Bremer Landesbank einnehmen. Letzteres beurteilt die Bremer Landesbank anhand der folgenden drei Faktoren: (1) Art und Umfang der Partizipation der Gesellschafter an Chancen und Risiken der Gesellschaft, (2) Umfang der Entscheidungsmacht und (3) Kündigungsrechte der Bank.

Konsolidierte Tochterunternehmen

Gesetzliche, vertragliche oder aufsichtsrechtliche Beschränkungen können den Bremer Landesbank-Konzern in seiner Fähigkeit einschränken, Zugang zu den Vermögenswerten des Konzerns zu erlangen oder diese ungehindert zwischen Konzernunternehmen zu transferieren und Verbindlichkeiten des Konzerns zu begleichen.

Zum Stichtag hat der Konzern als Sicherheitsleistungen für Verbindlichkeiten aus dem außerbörslichen Derivategeschäft Vermögenswerte gestellt. In dem Konzernabschluss der Bremer Landesbank bezieht sich die daraus resultierende Verfügungsbeschränkung auf die folgenden Posten:

| Mio. € | 31.12.2016 | 31.12.2015 |
|--|------------|------------|
| Vermögenswerte | | |
| Forderungen gegenüber Kreditinstituten | 297 | 264 |
| Gesamt | 297 | 264 |

In der obigen Tabelle nicht enthalten sind die regulatorischen Mindestliquiditätsreserven, deren Gesamtvolumen der Bremer Landesbank-Konzern unter Stressbedingungen ermittelt.

Assoziierte Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen

Unter den in den Konzernabschluss einbezogenen fünf (5) assoziierten Unternehmen ist aufgrund des anteiligen Ergebnisses sowie des anteiligen Gesamtergebnisses des Beteiligungsunternehmens kein assoziiertes Unternehmen für den Konzern von wesentlicher Bedeutung.

Zusammengefasste Finanzinformationen zu den einzeln betrachtet unwesentlichen assoziierten Unternehmen sind der folgenden Tabelle zu entnehmen:

| Mio. € | 31.12.2016 | 31.12.2015 |
|--|------------|------------|
| Buchwerte der Anteile an unwesentlichen assoziierten Unternehmen | 125 | 118 |
| Anteil des BLB Konzerns am | | |
| Ergebnis aus fortzuführenden Geschäftsbereichen | 5 | 8 |
| Ergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen (nach Steuern) | – | – |
| Sonstiges Ergebnis | 0 | 0 |
| Gesamtergebnis | 5 | 8 |

Nicht konsolidierte strukturierte Unternehmen

Der Konzern ist bei strukturierten Unternehmen engagiert, die in den Konzernabschluss nicht als Tochterunternehmen einbezogen werden.

Strukturierte Unternehmen sind Unternehmen, die derart konzipiert sind, dass Stimm- oder vergleichbare Rechte nicht der dominierende Faktor bei der Beurteilung sind, wer diese Unternehmen beherrscht. Dies ist beispielsweise der Fall, wenn Stimmrechte sich nur auf administrative Aufgaben beziehen und die relevanten Aktivitäten durch vertragliche Vereinbarungen gesteuert werden.

Gegenstand dieser Anhangangabe sind strukturierte Unternehmen, die der Konzern nicht konsolidiert, weil er diese nicht über Stimmrechte, vertragliche Rechte, Finanzierungsvereinbarungen oder andere Mittel beherrscht.

Im Bremer Landesbank-Konzern liegen strukturierte Unternehmen in Form von Fondsgesellschaften vor.

Anteile an strukturierten Unternehmen

Anteile des Konzerns an nicht konsolidierten strukturierten Unternehmen bestehen aus vertraglichen oder nicht vertraglichen Engagements zu diesen Unternehmen, durch die der Konzern variablen Rückflüssen aus der Leistungskraft der strukturierten Unternehmen ausgesetzt ist. Beispiele von Anteilen an nicht konsolidierten strukturierten Unternehmen umfassen Eigenkapitalinstrumente, durch die der Konzern Risiken aus strukturierten Einheiten absorbiert.

Der Bremer Landesbank-Konzern wird als Sponsor eines strukturierten Unternehmens angesehen, wenn Marktteilnehmer ihn begründeterweise mit dem strukturierten Unternehmen in Verbindung bringen. Sponsorship liegt im Bremer Landesbank-Konzern vor, wenn

- der Bremer Landesbank-Konzern an der Gründung des strukturierten Unternehmens beteiligt war und an Zielsetzung und Design mitgewirkt hat,
- die Firma des strukturierten Unternehmens Bestandteile enthält, die eine Verbindung zum Bremer Landesbank-Konzern herstellen,
- das Management der Vermögenswerte und der Verbindlichkeiten des strukturierten Unternehmens auf Basis einer vom Konzern entwickelten Strategie erfolgt oder
- der Bremer Landesbank-Konzern die Vermögenswerte, bevor sie in das strukturierte Unternehmen eingebracht worden sind, ausgegeben oder gekauft hatte (d. h., die Bremer Landesbank ist Originator des strukturierten Unternehmens).

Erträge aus gesponserten nicht konsolidierten strukturierten Unternehmen, an denen der Bremer Landesbank-Konzern zum Stichtag keinen Anteil hält, liegen in der Berichtsperiode nicht vor. Diese stehen im Zusammenhang mit Verbriefungsgesellschaften, an deren Gründung der Bremer Landesbank-Konzern beteiligt war bzw. Originator ist. Die Erträge beinhalten keine Erträge aus Transfers von Vermögenswerten; die Buchwerte dieser Vermögenswerte betragen zum Zeitpunkt des

Transfers 0 Mio. €. Es fand keine Ausbuchung einer Einzelwertberichtigung bezüglich einer in Abwicklung befindlichen Gesellschaft statt.

Einnahmen aus Anteilen an strukturierten Unternehmen

Der Konzern erzielt Einnahmen aus der Wertänderung des Fondsvermögens wie auch aus erfolgsbezogenen Erträgen.

Darüber hinaus wird seit 2016 durch die Bremer Landesbank ein weiteres Verbriefungsvehikel gesponsert, an dessen Gründung sie beteiligt war. Es wurden Kreditausfallrisiken in Höhe von 94 Mio. € durch eine Finanzgarantie auf die strukturierte Einheit übertragen (siehe hierzu Note (78) Sonstige finanzielle Verpflichtungen).

Größe von strukturierten Einheiten

Die Größe eines strukturierten Unternehmens wird durch die Art der Geschäftstätigkeit des strukturierten Unternehmens bestimmt. Sie kann daher von Unternehmen zu Unternehmen unterschiedlich festzulegen sein. Die Bremer Landesbank sieht bei Fonds das Fondsvermögen als angemessenen Indikator für die Größe des strukturierten Unternehmens an.

Das maximal mögliche Verlustrisiko ist der maximale Verlust, den der Konzern aus seinem Engagement an nicht konsolidierten strukturierten Unternehmen in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung sowie in der Gesamtergebnisrechnung zu erfassen haben könnte. Sicherheiten oder Sicherungsbeziehungen bleiben bei der Ermittlung genauso außer Betracht wie die Eintrittswahrscheinlichkeit eines Verlusts. Das maximal mögliche Verlustrisiko muss daher nicht mit dem wirtschaftlichen Risiko übereinstimmen.

Das maximal mögliche Verlustrisiko bestimmt sich nach der Art des Engagements an einem strukturierten Unternehmen. Das maximal mögliche Verlustrisiko von Beteiligungen besteht im Buchwert, der in der Bilanz abgebildet ist. Die folgende Tabelle zeigt nach Art des nicht konsolidierten strukturierten Unternehmens die Buchwerte der Anteile des Konzerns, die in der Bilanz des Konzerns erfasst sind, sowie den maximal möglichen Verlust, der aus diesen Anteilen resultieren könnte. Sie gibt auch eine Indikation über die Größe der nicht konsolidierten strukturierten Unternehmen. Die Werte bilden nicht das wirtschaftliche Risiko des Konzerns aus diesen Beteiligungen ab, da sie keine Sicherheiten oder Sicherungsbeziehungen berücksichtigen.

| Mio. € | Fondsgesellschaften | |
|--|---------------------|------------|
| | 31.12.2016 | 31.12.2015 |
| Größe des nicht konsolidierten strukturierten Unternehmens | 33 | 33 |
| Sonstige Aktiva | 33 | 33 |
| Vermögenswerte, die in der Bilanz des BLB-Konzerns ausgewiesen werden | 17 | 17 |
| Maximales Verlustrisiko | 17 | 17 |

(83) Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen

Als nahestehende juristische Personen wurden alle nicht konsolidierten Tochterunternehmen und assoziierten Unternehmen qualifiziert. Dabei schließen assoziierte Unternehmen auch Tochtergesellschaften der assoziierten Unternehmen ein, wie auch Joint Ventures Tochtergesellschaften der Joint Ventures einschließen. Darüber hinaus sind die NORD/LB und die Schwestergesellschaften der Bremer Landesbank, die Unterstützungseinrichtung sowie die von Mitgliedern der nachfolgend aufgeführten Organe beherrschten Unternehmen Related Parties des Bremer Landesbank-Konzerns.

Natürliche Personen, die gemäß IAS 24 als nahestehend betrachtet werden, sind die Mitglieder des Vorstandes, des Aufsichtsrates, der Trägerversammlung und der Ausschüsse der Bremer Landesbank sowie ihre nahen Familienangehörigen.

Im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit werden Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen und Personen zu marktüblichen Bedingungen, Konditionen und Sicherheiten abgeschlossen. Der Umfang der Transaktionen kann den folgenden Aufstellungen entnommen werden.

Geschäftsverhältnisse mit nahestehenden Unternehmen und Personen

Folgende Geschäftsverhältnisse bestanden zum Bilanzstichtag zwischen der Bremer Landesbank und nahestehenden Unternehmen und Personen:

| Mio. € | Mutterunternehmen | Tochtergesellschaft | Assoziierte Unternehmen | Management in Schlüsselpositionen | Sonstige Related Parties |
|--|-------------------|---------------------|-------------------------|-----------------------------------|--------------------------|
| 31.12.2016 | | | | | |
| Forderungen an Kreditinstitute | 47 | – | – | – | – |
| davon Geldmarktgeschäfte | – | – | – | – | – |
| davon Darlehen | 47 | – | – | – | – |
| davon grundpfandrechlich besicherte Darlehen | – | – | – | – | – |
| davon sonstige Darlehen | 47 | – | – | – | – |
| Forderungen an Kunden | – | – | 104 | 13 | 87 |
| davon Geldmarktgeschäfte | – | – | 12 | – | – |
| davon Darlehen | – | – | 92 | 13 | 87 |
| davon Kommunaldarlehen | – | – | 5 | – | 76 |
| davon grundpfandrechlich besicherte Darlehen | – | – | 86 | 3 | 4 |
| davon sonstige Darlehen | – | – | 1 | 10 | 7 |
| Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte | – | – | 2 | 0 | 2 |
| davon positive Fair Values aus Derivaten | 0 | – | 2 | 0 | 2 |
| Finanzanlagen | – | – | 17 | – | – |
| davon Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere | – | – | – | – | – |
| davon Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere | – | – | 17 | – | – |
| Sonstige Aktiva | 0 | – | – | – | – |
| Summe Aktiva | 47 | – | 123 | 13 | 89 |
| Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten | 1.231 | – | 82 | – | 10 |
| davon Geldmarktgeschäfte | – | – | – | – | – |
| davon Einlagen von anderen Banken | – | – | – | – | – |
| Verbindlichkeiten gegenüber Kunden | – | 1 | 23 | 1 | 93 |
| davon Geldmarktgeschäfte | – | 0 | 11 | – | – |
| Verbrieftete Verbindlichkeiten | – | – | – | – | 1 |
| Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen | 45 | – | – | – | – |
| davon negative Fair Values aus Derivaten | 0 | – | – | – | – |
| Nachrangkapital | – | – | – | – | – |
| Sonstige Passiva | – | – | – | – | – |
| Summe Passiva | 1.276 | 1 | 105 | 1 | 104 |
| Erhaltene Garantien/Bürgschaften | – | – | – | – | – |
| Gewährte Garantien/Bürgschaften | 0 | – | 2 | – | 1 |

| Mio. € | Mutterunter- nehmen | Tochter- gesellschaft | Assoziierte Unter- nehmen | Management in Schlüssel- positionen | Sonstige Related Parties |
|---|------------------------|--------------------------|---------------------------------|---|--------------------------------|
| 31.12.2015 | | | | | |
| Forderungen an Kreditinstitute | 53 | – | 15 | – | – |
| davon Geldmarktgeschäfte | – | – | 10 | – | – |
| davon Darlehen | 53 | – | 5 | – | – |
| davon grundpfandrechtl. besicherte Darlehen | – | – | – | – | – |
| davon sonstige Darlehen | 53 | – | 5 | – | – |
| Forderungen an Kunden | – | – | 104 | 3 | 139 |
| davon Geldmarktgeschäfte | – | – | 13 | – | – |
| davon Darlehen | – | – | 91 | 3 | 139 |
| davon Kommunaldarlehen | – | – | 6 | – | 132 |
| davon grundpfandrechtl. besicherte Darlehen | – | – | 84 | 3 | 4 |
| davon sonstige Darlehen | – | – | 1 | 0 | 3 |
| Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte | 0 | – | 2 | 0 | 4 |
| davon positive Fair Values aus Derivaten | 0 | – | 2 | 0 | 4 |
| Finanzanlagen | – | – | 16 | – | – |
| davon Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere | – | – | – | – | – |
| davon Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere | – | – | 16 | – | – |
| Sonstige Aktiva | 0 | – | – | – | – |
| Summe Aktiva | 53 | – | 137 | 3 | 143 |
| Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten | 225 | – | 83 | – | 11 |
| davon Geldmarktgeschäfte | – | – | – | – | – |
| davon Einlagen von anderen Banken | – | – | – | – | – |
| Verbindlichkeiten gegenüber Kunden | – | 2 | 23 | 1 | 145 |
| davon Geldmarktgeschäfte | – | 0 | 8 | – | – |
| Verbriefte Verbindlichkeiten | – | – | – | – | 1 |
| Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen | 57 | – | 0 | 0 | – |
| davon negative Fair Values aus Derivaten | 57 | – | 0 | 0 | – |
| Nachrangkapital | – | – | – | – | – |
| Sonstige Passiva | – | – | – | – | – |
| Summe Passiva | 282 | 2 | 106 | 1 | 157 |
| Erhaltene Garantien/Bürgschaften | – | – | – | – | – |
| Gewährte Garantien/Bürgschaften | 0 | – | 9 | – | 0 |

| Mio. € | Mutterunter- nehmen | Tochter- gesellschaft | Assoziierte Unter- nehmen | Management in Schlüssel- positionen | Sonstige Related Parties |
|-------------------------------|------------------------|--------------------------|---------------------------------|---|--------------------------------|
| 1.1.-31.12.2016 | | | | | |
| Zinsaufwendungen | 11 | – | 3 | 0 | 1 |
| Zinserträge | 0 | – | 4 | 0 | 5 |
| Provisionsaufwendungen | – | – | – | – | – |
| Provisionserträge | 0 | – | 0 | 0 | 0 |
| Übrige Aufwendungen | 25 | – | – | 0 | 0 |
| Übrige Erträge | 13 | – | 0 | – | – |
| Summe Ergebnisbeiträge | –23 | – | 1 | 0 | 4 |
| 1.1.-31.12.2015 | | | | | |
| Zinsaufwendungen | 12 | 0 | 3 | 0 | 1 |
| Zinserträge | 1 | – | 4 | 0 | 6 |
| Provisionsaufwendungen | – | – | 0 | 0 | – |
| Provisionserträge | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Übrige Aufwendungen | 31 | – | – | 0 | 1 |
| Übrige Erträge | 2 | 0 | 0 | – | 0 |
| Summe Ergebnisbeiträge | –40 | 0 | 1 | 0 | 4 |

Für Geschäfte mit dem Land Bremen, das zum Bilanzstichtag unverändert zu 41,2000 % (Vorjahr: 41,2000 %) an der Bremer Landesbank beteiligt ist, und mit dem Sparkassenverband Niedersachsen, der weiterhin mit 3,9657 % an der Bremer Landesbank beteiligt ist, wird von der Regelung des IAS 24.25 Gebrauch gemacht. Danach ist die Bank von der Angabepflicht gegenüber öffentlichen Stellen befreit, es sei denn, es handelt sich um Geschäftsvorfälle, die eine signifikante Auswirkung auf den Konzernabschluss haben.

Zum Bilanzstichtag und im Vorjahr bestanden keine Wertberichtigungen für Forderungen an nahestehende Unternehmen und Personen.

Geschäftsvorfälle mit verbundenen Unternehmen

Tages- und Termingelder – Forderungen

Im Rahmen des jeweiligen Belegungskontingents wurden nachstehende Tagesgelder und Termingelder herausgelegt:

| | Anzahl der Geschäfte | Währung | Volumen Mio. |
|-----------------------------------|-------------------------|---------|-----------------|
| Tagesgelder | | | |
| Norddeutsche Landesbank, Hannover | 11 | EUR | 1.155 |
| Nord/LB Luxembourg S.A. | 15 | EUR | 2.300 |
| Termingelder | | | |
| BLB Leasing GmbH | 11 | EUR | 24 |

Konsortialkredite

Norddeutsche Landesbank

Die NORD/LB beteiligte sich in 35 Fällen (Vorjahr: 39 Fälle) mit anderen Konsorten an von uns gewährten langfristigen Darlehen und Schiffsdarlehen mit insgesamt 240 Mio. € (Vorjahr: 230 Mio. €).

Zum 31. Dezember 2016 beteiligte sich die Bank, wie auch im Vorjahr, an keinen Konsortialkrediten unter Führung der NORD/LB.

Wertpapiertransaktionen

Norddeutsche Landesbank

Die NORD/LB kaufte von der Bremer Landesbank Effekten in Höhe von 52 Mio. € (Vorjahr: 164 Mio. €) und verkaufte an die Bremer Landesbank Effekten in Höhe von 325 Mio. € (Vorjahr: 336 Mio. €).

Unterstützungseinrichtung der Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg GmbH

Die Unterstützungseinrichtung der Bremer Landesbank kaufte Effekten fremder Emittenten mit einem Nennwert von 15 Mio. € (Vorjahr: 8 Mio. €). Sie löste Effekten fremder Emittenten mit einem Nennwert von 5 Mio. € (Vorjahr: 10 Mio. €) ein.

Verbindlichkeiten aus aufgenommenen Geldern, Krediten und Darlehen

Ermittelt aus Quartalsendbeständen ergaben sich im Jahresdurchschnitt folgende Kontokorrent-Verbindlichkeiten:

Kontokorrent-Verbindlichkeiten

| T€ | 2016 | 2015 |
|---|-----------------|---------------------|
| Unterstützungskasse der BLB | 102.897 | 34.494 |
| Norddeutsche Landesbank | 32.174 | 41.154 |
| Bremische Grundstücks-GmbH | 29.065 | 10.170 |
| BLB Immobilien GmbH (vgl. ¹⁾ und ²⁾) | 7.335 | 873 |
| BLB Immobilien Treuhandkonten für Mietobjekte | 1.044 | 974 |
| BGG Oldenburg GmbH & Co. KG | 307 | 137 |
| NORDWEST VERMÖGEN Bremische Grundstücks-GmbH & Co. KG | 162 | 81 |
| Bremische Grundstücks-GmbH & Co. KG Präsident-Kennedy-Platz | 144 | 34 |
| NORDWEST VERMÖGEN Vermietungs-GmbH & Co.KG, Bremen | 133 | 92 |
| Bremische Grundstücks-GmbH & Co. Wohnanlagen Groß-Bonn | 119 | 192 |
| BLBI Beteiligungs-GmbH | 90 | 83 |
| BGG Bremen GmbH & Co. KG | 27 | 15 |
| BLB Grundbesitz KG | 0 ¹⁾ | 3.552 ¹⁾ |
| BLBI Investment GmbH & Co. KG | 0 ²⁾ | 32 ²⁾ |

¹⁾ Angegeben wird für 2015 nur der Durchschnitt für das 1. Halbjahr; danach erfolgt eine Berücksichtigung bei der BLB Immobilien GmbH.

²⁾ Angegeben wird für 2015 der Durchschnitt für 3 Quartale; danach wird der Saldo bei der BLB Immobilien GmbH berücksichtigt.

Norddeutsche Landesbank

Es wurden im laufenden Geschäftsjahr 14 Darlehen über 164 Mio. € neu aufgenommen.

Folgende weitere Rechtsgeschäfte wurden in 2016 von der BLB abgerechnet:

Tages- und Termingelder-Verbindlichkeiten

| | Anzahl der Geschäfte | Währung | Volumen Mio. |
|-----------------------------------|-------------------------|---------|-----------------|
| Tagesgelder | | | |
| Norddeutsche Landesbank, Hannover | 30 | EUR | 1.144 |
| | 1 | CHF | 1 |
| Norddeutsche Landesbank, London | 1 | EUR | 200 |
| | 47 | USD | 662 |
| | 1 | GBP | 37 |
| Termingelder | | | |
| Norddeutsche Landesbank, Hannover | 6 | EUR | 900 |

Devisengeschäfte

| | Anzahl der Geschäfte | Währung | Volumen Mio. |
|--------------------------------|-------------------------|---------|-----------------|
| Norddeutsche Landesbank | | | |
| Devisen-Kassa-Kauf | 595 | EUR | 120.765 |
| Devisen-Kassa-Verkauf | 551 | EUR | 114.823 |
| Devisen-Termin-Kauf | 11 | EUR | 384 |
| Devisen-Termin-Verkauf | 37 | EUR | 6.308 |

Derivategeschäfte

| | Anzahl der Geschäfte | Währung | Volumen Mio. |
|--|-------------------------|-----------------------|-----------------|
| Norddeutsche Landesbank | | | |
| Aktiv-Swap | 1 | JPY | 2 |
| | 3 | Diverse ¹⁾ | 2 |
| Passiv-Swap | 5 | USD | 149 |
| | 1 | PLN | 33 |
| | 1 | SEK | 11 |
| | 2 | EUR | 7 |
| | 1 | CAD | 5 |
| | 1 | AUD | 4 |
| | 2 | Diverse ¹⁾ | 1 |
| BLB Immobilien GmbH | | | |
| Aktiv-Swap | 9 | EUR | 89 |
| Norddeutsche Landesbank Luxembourg S.A. | | | |
| Aktiv-Swap | 3 | EUR | 30 |

¹⁾ Diverse Währungen; derivative Geschäfte je unter 1 Mio. €.

Dargestellt werden in dieser Tabelle die Bestände zum 31. Dezember 2016.

Sonstige Geschäfte

Norddeutsche Landesbank

In den Geschäftsjahren 2013 bis 2016 hatte die Bremer Landesbank Geschäftsvorfälle mit der NORD/LB für EDV-Dienstleistungen sowie mit der NORD/FM Geschäftsvorfälle für Projektleistungskosten in folgender Höhe:

| T€ | 2016 | 2015 | 2014 | 2013 |
|--------------------------------|--------|--------|--------|--------|
| EDV-Dienstleistungen | 24.062 | 20.526 | 20.815 | 25.165 |
| Projektleistungskosten NORD/FM | 156 | 77 | 90 | 262 |

BLB Immobilien GmbH

Wegen des bestehenden Ergebnisabführungsvertrages hat die Bank eine Forderung in Höhe des Jahresergebnisses von 1.060 T€ (Vorjahr: 26.072 T€) aktiviert.

Für Leistungen, die vom Facility-Management der BLB Immobilien erbracht worden sind, wurden der Bremer Landesbank 1.047 T€ (Vorjahr: 841 T€) belastet. Des Weiteren entstanden Mietaufwendungen für das Landhaus am Rüten in Höhe von 366 T€ (Vorjahr: 365 T€) sowie für andere Flächen in Höhe von 116 T€ (Vorjahr: 117 T€).

BLB Leasing GmbH

Die Bremer Landesbank hat keine Leasingraten (Vorjahr: 46 T€) an die BLB Leasing GmbH geleistet und Zahlungen für Miete in Höhe von 16 T€ (Vorjahr: 17 T€) erhalten.

Weiter hat die Bremer Landesbank eine Kostenerstattung für die Personalüberlassung in Höhe von 125 T€ (Vorjahr: 125 T€) erhalten.

Wegen des bestehenden Ergebnisabführungsvertrages hat die Bank eine Forderung in Höhe des Jahresergebnisses von 1.886 T€ (Vorjahr: Verbindlichkeit in Höhe von 784 T€) aktiviert.

Bremische Grundstücks-GmbH

Die Bremer Landesbank hat eine Dividende für das Geschäftsjahr 2015 in Höhe von 4.771 T€ (Vorjahr: 1.800 T€ für das Geschäftsjahr 2014) erhalten.

Wegen des in 2015 abgeschlossenen Ergebnisabführungsvertrages hat die Bank eine Forderung in Höhe des Jahresergebnisses von 1.262 T€ aktiviert (Vorjahr: 33.671 T€).

NORDWEST VERMÖGEN Vermietungs-GmbH & Co. KG, Bremen

Die Bremer Landesbank hat einen Gewinnanteil für das Geschäftsjahr 2016 in Höhe von 47 T€ (Vorjahr: 131 T€) aktiviert.

Unterstützungseinrichtung der Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg GmbH

Im Jahr 2015 wurde eine Änderung des Durchführungsweges für die betriebliche Altersversorgung der Bremer Landesbank durch Einbindung der Unterstützungseinrichtung in die Finanzierung der Versorgungszusagen umgesetzt. Den Deckungskapitalien der Unterstützungseinrichtung wurde im Berichtsjahr kein Betrag (Vorjahr: 147.561 T€) zugeführt.

Beziehungen zu anderen nahestehenden Personen

Die Bezüge für Personen in Schlüsselpositionen (für Vorstand und Aufsichtsrat der NORD/LB) betragen 75 T€ (Vorjahr: 74 T€).

Die gesamten Bezüge und Kredite des Vorstands und des Aufsichtsrates sind im Kapitel „Aufwendungen für Organe und Organkredite“ dargestellt. Die laufenden Bezüge für die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat betragen insgesamt 351 T€ (Vorjahr: 356 T€).

Alle Geschäfte wurden zu marktüblichen Bedingungen, Konditionen und Sicherheiten abgeschlossen.

(84) Verzeichnis der Mandate

Zum 31. Dezember 2016 wurden folgende Mandate gemäß § 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB von Angehörigen des Bremer Landesbank-Konzerns wahrgenommen. Dabei wurden Kreditinstitute großen Kapitalgesellschaften gleichgestellt.

| Vorstandsmitglieder der Bremer Landesbank | Gesellschaft/Firma |
|--|---|
| Dr. Stephan-Andreas Kaulvers (bis 02.11.2016) | EUROGATE Geschäftsführungs-GmbH & Co. KGaA, Bremen |
| | BREMER LAGERHAUS-GESELLSCHAFT – Aktiengesellschaft von 1877, Bremen |
| | EWE Aktiengesellschaft, Oldenburg |
| Heinrich Engelken (bis 02.11.2016) | BREBAU GmbH, Bremen |
| | GEWOBA Aktiengesellschaft Wohnen und Bauen, Bremen |
| | GSG Oldenburg Bau- und Wohngesellschaft, Oldenburg |
| Dr. Guido Brune | BREBAU GmbH, Bremen |
| | DEUTSCHE FACTORING BANK Deutsche Factoring GmbH & Co. KG, Bremen (bis 18.08.2016) |
| | LBS Norddeutsche Landesbausparkasse Berlin-Hannover, Berlin und Hannover |

| Mitarbeiter der Bremer Landesbank | Gesellschaft/Firma |
|--|--|
| Mathias Barghoorn (bis 31.12.2016) | GSG OLDENBURG Bau- und Wohngesellschaft, Oldenburg |
| Harald Groppel (bis 30.09.2016) | GSG OLDENBURG Bau- und Wohngesellschaft, Oldenburg |

(85) Aufwendungen für Organe und Organkredite

Die Managementvergütungen lassen sich auf Basis der Regelungen des IAS 24.17 wie folgt kategorisieren:

| T€ | 2016 | 2015 |
|---|--------------|--------------|
| Bezüge der aktiven Organmitglieder | | |
| Kurzfristig fällige Leistungen | 2.545 | 2.423 |
| Andere langfristig fällige Leistungen | -193 | 20 |
| Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses | 1.428 | 1.742 |
| Leistungen aus Anlass der Beendigung des Arbeitsverhältnisses | 1.297 | 0 |
| Bezüge des Managements in Schlüsselpositionen | 5.077 | 4.185 |

Die anderen langfristig fälligen Leistungen unterliegen teilweise einer Nachhaltigkeitskomponente und sind vom Aufsichtsrat im Zusammenhang mit der Zurückbehaltungssystematik gemäß Institutsvergütungsverordnung noch zu beschließen.

Der negative Wert in der Position andere langfristig fällige Leistungen resultiert im Wesentlichen aus der Auflösung von Rückstellungen für Deferrals der Jahre 2014 und 2015 und der Tatsache, dass aufgrund des Betriebsergebnisses für 2016 keine Rückstellung für Bonuszahlungen an den Vorstand gebildet wurde.

Die Position Leistungen aus Anlass der Beendigung des Arbeitsverhältnisses resultiert aus einer für bis zum Vertragsablauf fällige Bezüge an ehemalige Vorstandsmitglieder gebildeten Verbindlichkeit.

Die mit Organen getätigten Geschäftsvorfälle gemäß IAS 24.18 werden in der nachfolgenden Tabelle dargestellt:

| T€ | Gewährte Vorschüsse und Kredite | Verbindlich- keiten |
|-------------------|---------------------------------------|------------------------|
| 31.12.2016 | | |
| Vorstand | 524 | 135 |
| Aufsichtsrat | 739 | 246 |
| Trägerversammlung | - | - |
| 31.12.2015 | | |
| Vorstand | 639 | 994 |
| Aufsichtsrat | 780 | 201 |
| Trägerversammlung | - | - |

Kredite an Mitglieder des Vorstandes wurden zu Effektivzinssätzen zwischen 0,00 % und 3,55 % herausgelegt. Die Gewährung von Krediten an Aufsichtsratsmitglieder erfolgte zu Effektivzinssätzen zwischen 1,11 % und 4,86 %.

Die Gliederung der auf Basis nationaler Rechnungslegungsvorschriften ermittelten Gesamtbezüge für Organmitglieder ist der folgenden Aufstellung zu entnehmen.

| T€ | 2016 | 2015 |
|--|-------|-------|
| Gesamtbezüge der aktiven Organmitglieder | | |
| Vorstand | 2.330 | 2.205 |
| Aufsichtsrat | 211 | 198 |
| Beirat | 64 | 66 |
| Gesamtbezüge früherer Organmitglieder und deren Hinterbliebener | | |
| Vorstand | 3.217 | 1.657 |
| Aufsichtsrat | – | – |
| Beirat | – | – |

Für Pensionsverpflichtungen gegenüber früheren Organmitgliedern und deren Hinterbliebenen wurden 43.777 T€ (Vorjahr: 29.637 T€) zurückgestellt.

(86) Anteilsbesitzliste gemäß § 313 Abs. 2 und § 340a Abs. 4 Nr. 2 HGB

Übersicht der Unternehmen und Investmentfonds im Konsolidierungskreis:

| Name und Sitz des Unternehmens | Anteile in % mittelbar | Anteile in % un- mittelbar | Eigen- kapital Mio. € ¹⁾ | Ergebnis Mio. € |
|---|------------------------------|----------------------------------|---|--------------------|
| In den Konzernabschluss einbezogene Unternehmen | | | | |
| Tochtergesellschaften | | | | |
| BGG Bremen GmbH & Co. KG, Bremen | 100,00 | – | – | – |
| BGG Marktcarre GmbH & Co. KG, Bremen | 100,00 | – | – | – |
| BLB Immobilien GmbH, Bremen | – | 100,00 | – | – ²⁾ |
| BLB Leasing GmbH, Oldenburg | – | 100,00 | – | – ²⁾ |
| Bremische Grundstücks-GmbH, Bremen | – | 100,00 | – | – ²⁾ |
| NORDWEST VERMÖGEN Bremische Grundstücks-GmbH & Co. KG, Bremen | 100,00 | – | – | – |
| NORDWEST VERMÖGEN Vermietungs-GmbH & Co. KG, Bremen | 90,00 | 10,00 | – | – |
| Investmentfonds | | | | |
| NORD/LB AM ARB Europe, Hannover | – | 100,00 | – | – |
| At Equity in den Konzernabschluss einbezogene Unternehmen | | | | |
| Assoziierte Unternehmen | | | | |
| Ammerländer Wohnungsbau-Gesellschaft mbH, Westerstede | 32,26 | – | – | – |
| BREBAU GmbH, Bremen | – | 48,84 | – | – |
| Bremische Wohnungsbaubeteiligungsgesellschaft mbH, Bremen | 50,00 | – | – | – |
| GSG OLDENBURG Bau- und Wohngesellschaft mbH, Oldenburg | – | 22,22 | – | – |
| Investmentfonds | | | | |
| Lazard-Sparkassen Rendite-Plus-Fonds, Frankfurt am Main | – | 49,18 | – | – |
| Nicht in den Konzernabschluss einbezogene Unternehmen | | | | |
| BGG Oldenburg GmbH & Co. KG, Bremen | 100,00 | – | 10 ³⁾ | 1 ³⁾ |
| BLB I Beteiligungs-GmbH, Bremen | 100,00 | – | 0 ³⁾ | 0 ³⁾ |
| Bremer Spielcasino GmbH & Co. Kommanditgesellschaft, Bremen | – | 49,00 | 1 | 1 |
| Bremische Grundstücks-GmbH & Co. KG Präsident-Kennedy-Platz, Bremen | 100,00 | – | 2 ³⁾ | 1 ³⁾ |
| Bremische Grundstücks-GmbH & Co. Wohnanlagen Groß-Bonn, Bremen | 100,00 | – | 1 ³⁾ | 0 ³⁾ |
| BREMER LAGERHAUS-GESELLSCHAFT -Aktiengesellschaft von 1877-, Bremen | – | 12,61 | 19 | 2 |
| GBH Beteiligungs-GmbH, Bremen | – | 100,00 | 0 ³⁾ | 0 ³⁾ |
| Gewobau Gesellschaft für Wohnungsbau Vechta mbH, Vechta | – | 20,46 | 12 | 1 |
| Interessengemeinschaft KATHARINENKLOSTERHOF GbR, Bremen | 30,70 | – | 0 | 0 |
| NBV Beteiligungs-GmbH, Hannover | – | 21,33 | 15 | 2 |
| Öffentliche Versicherung Bremen, Bremen | – | 20,00 | 6 | 1 |
| Unterstützungseinrichtung der Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg GmbH, Bremen | – | 100,00 | 171 | 148 |
| WLO Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Landkreis Oldenburg mbH, Wildeshausen | – | 23,84 | 0 | 0 |
| Wohnungsbaugesellschaft Wesermarsch mbH, Brake | – | 21,71 | 19 | 0 |

¹⁾ Eigenkapitalbegriff entsprechend §§ 266 und 272 HGB. Ausstehende Einlagen bestehen nicht.²⁾ Mit der Gesellschaft besteht ein Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrag.³⁾ Die Angaben beziehen sich auf den letzten vorgelegten, aber noch nicht festgestellten Jahresabschluss 2016.

(87) Honorar des Konzernabschlussprüfers

Am 30. März 2016 hat der Aufsichtsrat der Bremer Landesbank beschlossen, die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (KPMG) zum Abschlussprüfer für den Jahresabschluss und den Konzernjahresabschluss der Bremer Landesbank für das Geschäftsjahr 2016 zu bestellen.

Die nachfolgende Tabelle zeigt auf aggregierter Basis die für Dienstleistungen des Abschlussprüfers KPMG im Geschäftsjahr 2015 und 2016 angefallenen Honorare:

| T€ | 2016 | 2015 |
|----------------------------------|--------------|--------------|
| a) Abschlussprüfungsleistungen | 1.973 | 1.397 |
| b) Andere Bestätigungsleistungen | 285 | 534 |
| c) Steuerberatungsleistungen | 1 | 0 |
| d) Sonstige Leistungen | 0 | 41 |
| Gesamt | 2.259 | 1.972 |

(88) Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Vorgänge von besonderer Bedeutung für die wirtschaftliche Lage der Bank nach Abschluss des Geschäftsjahres 2016 sind mit Ausnahme der nachstehend aufgeführten bis zur Aufstellung des Jahresabschlusses nicht eingetreten.

Die Deutsche Prüfstelle für Rechnungslegung (DPR) hat mit Schreiben vom 19. Januar 2017 angekündigt, dass sie beabsichtigt, den Konzernabschluss zum 31. Dezember 2015 und den zugehörigen Konzernlagebericht des Geschäftsjahres 2015 wegen des Postens Risikovorsorge einer Prüfung gemäß § 342b Abs. 2 Satz 3 Nr. 2 HGB (Prüfung auf Verlangen der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht) zu unterziehen. In Bezug auf die sich aus der Einleitung dieser Prüfung ergebenden Auswirkungen auf den Verwaltungsaufwand im Geschäftsjahr 2017 kann eine angemessene Schätzung nicht vorgenommen werden, weil Art und Umfang der Bindung von im Wesentlichen internen Ressourcen noch nicht verlässlich abzuschätzen ist.

In einer weiteren Ad-hoc-Mitteilung gemäß Artikel 17 MAR vom 9. März 2017 hat die Bank auf eine weitere unerwartete Erhöhung der Wertberichtigungen auf das Schiffsportfolio und damit einhergehende noch höhere Verluste für das Jahr 2016 hingewiesen.

Infolge der deutlich erhöhten Risikovorsorgeaufwendungen waren letztlich die Mindestanforderungen an die Kernkapitalquote gemäß Ad-hoc-Meldung vom 9. März 2017 rückwirkend zum Jahresende nicht mehr erfüllt. Ebenso war die Risikotragfähigkeit nach § 25a KWG i. V. m. den MaRisk in der ökonomischen Going-Concern-Betrachtung (Säule II) zum Jahresende 2016 nicht mehr gegeben. Zusätzlich ergaben sich Großkreditüberschreitungen gemäß CRR. Aus dem erheblichen Verlust im Geschäftsjahr 2016, der Unterschreitung der gesetzlichen Mindest-Kernkapitalquote und der nicht mehr gegebenen Risikotragfähigkeit resultieren bestandsgefährdende Tatsachen. Diese wurden der Aufsicht durch den Abschlussprüfer gemäß § 29 Abs. 3 Satz 1 KWG angezeigt.

Im Zusammenhang mit der Übernahme aller Anteile an der BLB durch die NORD/LB haben die beiden Gesellschaften einen von ihren Trägern genehmigten Beherrschungsvertrag mit Verlustausgleichsanspruch abgeschlossen. Zusätzlich gibt es eine harte Patronatserklärung der NORD/LB für die BLB.

Bei der zuständigen Aufsichtsbehörde wurde am 19. Januar 2017 ein Antrag auf Nutzung eines Waivers nach § 2a (1) und (2) des Gesetzes über das Kreditwesen (KWG) i. V. m. Artikel 7 (1) CRR eingereicht. Mit Bewilligung des Antrages entfallen bestimmte Aufsichtsanforderungen an die Eigenmittelausstattung der BLB auf Einzelinstitutsebene.

Aufgrund des hohen Jahresfehlbetrages der BLB ergab sich die Notwendigkeit einer Barkapitalerhöhung im Umfang von 400 Mio. €, die mit Wirkung vom 21. März 2017 durchgeführt wurde. Dadurch wurde die Kapitalrücklage der Bank gestärkt und die aufsichtsrechtlichen Kapitalquoten sowie die Großkreditobergrenzen wurden wieder entlastet.

Die nachhaltige Einhaltung der Kapitalquoten und der Risikotragfähigkeit hängt insbesondere von der Genehmigung eines Waivers zwischen NORD/LB und Bremer Landesbank ab. Für den Fall einer Verzögerung oder Ablehnung des Antrags seitens der Aufsicht liegt ein Beschluss für genehmigtes Kapital in Höhe von 200 Mio. € vor, sodass weitere Mittel kapitalstärkend eingesetzt werden könnten.

Der Fortbestand des Instituts hängt von der planungsgemäßen Umsetzung der oben dargestellten Maßnahmen zur Entlastung der wirtschaftlichen Verhältnisse auf Ebene der Bremer Landesbank ab.

Bremen, 22. März 2017

Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale –

Vorstand



Christian Veit



Andreas Hähndel



Dr. Guido Brune



Björn Nullmeyer

Versicherung der gesetzlichen Vertreter

„Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Konzernabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt und im Konzernlagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Konzerns so dargestellt wird, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns beschrieben sind.“

Bremen, 22. März 2017

Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale –

Vorstand



Christian Veit



Andreas Hähndel



Dr. Guido Brune



Björn Nullmeyer

Wiedergabe des Bestätigungsvermerks

„Wir haben den von der Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale –, Bremen, (Bremer Landesbank) aufgestellten Konzernabschluss – bestehend aus Konzernbilanz, Konzern-Gewinn-und-Verlust-Rechnung, Gesamtergebnisrechnung, Eigenkapitalveränderungsrechnung, Kapitalflussrechnung und Konzernanhang (Notes) – sowie den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und Konzernlagebericht nach den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften liegt in der Verantwortung des Vorstands der Bremer Landesbank. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften und durch den Konzernlagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben im Konzernabschluss und Konzernlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der Konzernlagebericht steht in Einklang mit dem Konzernabschluss, entspricht den gesetzlichen Vorschriften, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Ohne diese Beurteilung einzuschränken, weisen wir auf die Ausführungen in dem Konzernlagebericht hin. Dort ist in dem Abschnitt 2.2 Geschäftsverlauf aufgeführt, dass der Fortbestand der Bremer Landesbank aufgrund des erheblichen Verlusts im Geschäftsjahr 2016, der Unterschreitung der gesetzlichen Mindest-Kernkapitalquote und der nicht mehr gegebenen Risikotragfähigkeit gefährdet ist. Weiterhin werden in dem Konzernlagebericht risikomitigierende Maßnahmen beschrieben. Der Fortbestand des Instituts hängt insofern von der planungsgemäßen Umsetzung der dort dargestellten Maßnahmen zur Entlastung der wirtschaftlichen Verhältnisse auf Ebene der Bremer Landesbank ab.“

Hannover, 24. März 2017

KPMG AG

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft



Bormann
Wirtschaftsprüfer



Schmidt
Wirtschaftsprüfer

Bericht des Aufsichtsrates

Der Vorstand der Bank unterrichtete den Aufsichtsrat und die von ihm eingesetzten Ausschüsse regelmäßig über die geschäftliche Entwicklung und über die Lage der Bank. In sechs Aufsichtsratssitzungen, fünf Risikoausschusssitzungen, drei Prüfungsausschusssitzungen, zwei Sitzungen des Nominierungsausschusses sowie vier Sitzungen des Vergütungskontrollausschusses und zwei Förderausschusssitzungen wurden Grundsatzfragen der Geschäftspolitik und des betrieblichen Bereiches eingehend erörtert. Die Gremien haben über die ihnen vorgelegten Geschäftsvorfälle und sonstigen Angelegenheiten, die nach der Satzung und den in deren Rahmen erlassenen Regelungen der Entscheidung dieser Gremien bedürfen, die entsprechenden Beschlüsse gefasst. Der Prüfungsausschuss ließ sich in seinen Sitzungen zudem von der Revision und Compliance über deren Feststellungen berichten. Mit Wirkung zum 1. Januar 2017 sind die Anteile der Freien Hansestadt Bremen und des Niedersächsischen Sparkassen- und Giroverbandes an der Bremer Landesbank an die NORD/LB übertragen worden. Somit ist die Bremer Landesbank eine 100-prozentige Tochtergesellschaft der NORD/LB.

Der Aufsichtsrat hat sich mit Unterstützung des Nominierungsausschusses auch im Jahr 2016 im Rahmen einer Effizienzprüfung mit der Struktur, Größe, Zusammensetzung und den Leistungen des Vorstandes und des Aufsichtsrates selbst beschäftigt.

Den Jahresabschluss der Bremer Landesbank AöR und den Konzernabschluss für das Geschäftsjahr 2016 hat die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Hannover, geprüft. Diese Abschlüsse entsprechen den gesetzlichen Vorschriften. Die Prüfungsgesellschaft hat einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk mit einem ergänzenden Hinweis erteilt. Ergänzend nahm der Wirtschaftsprüfer an der Jahresabschlusssitzung des Aufsichtsrates am 31. März 2017 teil und berichtete über die Ergebnisse der Prüfung.

Der Aufsichtsrat hat dem Ergebnis der Prüfung des Abschlussprüfers zugestimmt und nach dem Ergebnis seiner eigenen Prüfung keine Einwendungen erhoben. In seiner Sitzung am 31. März 2017 billigte der Aufsichtsrat den Konzernjahresabschluss zum 31. Dezember 2016 und stellte den Jahresabschluss der Bremer Landesbank AöR zum 31. Dezember 2016 fest.

Der Aufsichtsrat schlägt der Trägerversammlung vor, dem Vorstand Entlastung zu erteilen.

Aus dem Aufsichtsrat schieden aus:

zum 1. Januar 2017 Herr Dr. Gunter Dunkel

 Frau Bürgermeisterin Karoline Linnert

 Frau Ursula Carl

 Herr Dr. Olaf Joachim

 Herr Prof. Dr. Matthias Stauch

Neu in den Aufsichtsrat berufen wurden:

zum 1. Januar 2017 Herr Dr. Hinrich Holm

 Herr Christoph Dieng

 Herr Günter Tallner

 Herr Bernd Sablowsky

 Herr Dietmar Strehl

Der Aufsichtsrat dankt dem Vorstand der Bank für die vertrauensvolle und konstruktive Zusammenarbeit und spricht ihm sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bank seinen Dank für die im Jahr 2016 geleistete Arbeit aus.

Bremen, 31. März 2017

Der Vorsitzende des Aufsichtsrates

A handwritten signature in blue ink, appearing to be 'T. Bürkle', with a long horizontal stroke extending to the right.

Thomas Bürkle

Bericht der Trägerversammlung

Die Trägerversammlung trat im Berichtsjahr viermal zusammen, um die ihr durch Gesetz und Satzung auferlegten Aufgaben wahrzunehmen.

Am 31. März 2017 erteilte die Trägerversammlung dem Vorstand der Bank und dem Aufsichtsrat Entlastung für das Geschäftsjahr 2016. Mit Wirkung zum 1. Januar 2017 sind die Anteile der Freien Hansestadt Bremen und des Niedersächsischen Sparkassen- und Giroverbandes an der Bremer Landesbank an die NORD/LB übertragen worden. Somit ist die Bremer Landesbank eine 100-prozentige Tochtergesellschaft der NORD/LB.

Aus der Trägerversammlung schieden aus:

zum 1. Januar 2017 Herr Dr. Gunter Dunkel

 Frau Bürgermeisterin Karoline Linnert

 Herr Minister Peter-Jürgen Schneider

 Herr Thomas Mang

 Herr Arne Schneider

 Frau Dr. Anke Saebetzki

 Herr Harm-Uwe Weber

 Herr Gerhard Fiand

Neu in die Trägerversammlung entsandt wurden:

zum 1. Januar 2017 Herr Christoph Dieng

 Herr Günter Tallner

Die Trägerversammlung besteht mit Wirkung zum 1. Januar 2017 somit aus folgenden Mitgliedern:

Herrn Thomas Bürkle

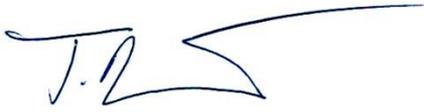
Herrn Christoph Dieng

Herrn Günter Tallner

Die Trägerversammlung dankt dem Aufsichtsrat, dem Vorstand und den Mitarbeitern der Bank für die im Jahr 2016 geleistete Arbeit.

Bremen, 31. März 2017

Der Vorsitzende der Trägerversammlung

A handwritten signature in blue ink, consisting of a stylized 'T' followed by a long horizontal stroke that curves upwards at the end.

Thomas Bürkle

Erläuterung der Bremer Landesbank zum Corporate Governance Kodex

Erläuterung der Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale – zum Deutschen Corporate Governance Kodex

Der Deutsche Corporate Governance Kodex wurde im Jahr 2002 durch eine von der Bundesministerin für Justiz eingesetzte Regierungskommission verabschiedet. Die derzeit gültige Fassung datiert vom 5. Mai 2015. Der Kodex verfolgt das Ziel, die in Deutschland geltenden Regeln für die Unternehmensleitung und deren Kontrolle transparent zu machen. Er enthält national und international anerkannte Standards guter und vertrauensvoller Unternehmensführung, insbesondere hinsichtlich der Leitung und Organisation eines Unternehmens, zu Kontrollmechanismen sowie zur Zusammenarbeit zwischen Vorstand und Aufsichtsrat.

Der Corporate Governance Kodex ist auf kapitalmarktorientierte Aktiengesellschaften ausgerichtet und somit für Kreditinstitute in der Rechtsform einer Anstalt öffentlichen Rechts rechtlich nicht verpflichtend. Der Bremer Landesbank und ihrem Vorstand ist es jedoch ein wichtiges Anliegen, sich als verlässlicher Partner zu positionieren und das Vertrauen der Anleger, der Kunden, der Mitarbeiter und der Öffentlichkeit durch Transparenz zu fördern. Aus diesem Grund hat sich die Bank dazu entschieden, sich im Rahmen einer freiwilligen Selbstverpflichtung an den Grundsätzen des Kodex zu orientieren und ihr Corporate-Governance-System offenzulegen.

Allgemeines

Die Bremer Landesbank ist eine von der Freien Hansestadt Bremen und dem Land Niedersachsen errichtete rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts. Sie ist öffentliche Kredit- und Pfandbriefanstalt. Die Bremer Landesbank hat ihren Sitz in Bremen. Sie unterhält Niederlassungen in Bremen und Oldenburg.

Mit Wirkung zum 1. Januar 2017 hat die NORD/LB sämtliche Anteile an der Bremer Landesbank übernommen.

Die Organe der Bank sind der Vorstand, der Aufsichtsrat und die Trägerversammlung. Während der Vorstand die Geschäfte der Bank führt, ist es Aufgabe des Aufsichtsrates und seiner Ausschüsse (Risikoausschuss, Prüfungsausschuss, Nominierungsausschuss, Vergütungskontrollausschuss und Förderausschuss), den Vorstand zu bestellen, zu beraten und zu überwachen. Der Trägerversammlung obliegen insbesondere Entscheidungen von

Grundsatzfragen. Der Aufsichtsrat hat sich mit Unterstützung des Nominierungsausschusses in 2016 im Rahmen einer Effizienzprüfung mit der Struktur, Größe, Zusammensetzung und den Leistungen des Vorstandes und des Aufsichtsrates selbst beschäftigt.

Vorstand

Der Vorstand führt die Geschäfte der Bank unter Beachtung der gesetzlichen Vorschriften, der Satzung der Bank und der vom Aufsichtsrat und der Trägerversammlung beschlossenen Richtlinien und Grundsätze für die Geschäfte der Bank sowie seiner Geschäftsordnung in eigener Verantwortung. Er ist dabei an das Interesse der Bank gebunden und der Steigerung des nachhaltigen Unternehmenswertes verpflichtet.

Der Vorstand hat insbesondere dafür Sorge zu tragen, wirksame Risikomanagementsysteme einzurichten, um Entwicklungen, die den Fortbestand der Bank gefährden könnten, früh zu erkennen. Das Risikomanagement muss dabei den jeweiligen aufsichtsrechtlichen Anforderungen wie zum Beispiel des KWG sowie der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht entsprechen. Ferner muss das Risikomanagement der Bank in das von der Trägerin Norddeutsche Landesbank – Girozentrale – als übergeordnetem Kreditinstitut einzurichtende jeweilige gruppenübergreifende Risikomanagement- und Kreditrisikoüberwachungssystem überleitbar sein.

Der Vorstand besteht aus dem Vorsitzenden, dem stellvertretenden Vorsitzenden, falls dieser bestellt ist, und weiteren ordentlichen oder stellvertretenden Mitgliedern. Der Vorstandsvorsitzende regelt die Geschäftsverteilung im Einvernehmen mit den übrigen Mitgliedern des Vorstandes. Der Aufsichtsrat ist über die Geschäftsverteilung zu unterrichten. Jedem Vorstandsmitglied ist mindestens ein abgegrenzter Geschäftsbereich zuzuweisen, in dem es über Angelegenheiten des laufenden Geschäfts innerhalb der festgelegten Kompetenzen selbstständig entscheidet und einzelne seiner Entscheidungsbefugnisse auf Angestellte delegieren kann. Der Vorstand kann für bestimmte Geschäfte seine Entscheidungsbefugnisse auf ein Vorstandsmitglied übertragen oder für diesen Fall die Beteiligung eines weiteren Vorstandsmitgliedes, in der Regel des Vertreters, vorsehen.

Der Vorstand tritt regelmäßig einmal wöchentlich zu einer gemeinsamen Sitzung zusammen. Der Vorstandsvorsitzende kann Sondersitzungen anberaumen; er ist dazu verpflichtet, wenn ein Vorstandsmitglied dies unter Angabe der Gründe verlangt. Die Sitzungen werden protokolliert, soweit der Vorstand dies im Interesse einer ordnungsgemäßen Geschäftsführung für erforderlich hält.

Der Vorstand erörtert die strategische Ausrichtung der Bank mit dem Aufsichtsrat und dessen Ausschüssen und berichtet ihm in regelmäßigen Abständen den Stand der Strategieumsetzung. Er berichtet zudem auf der Grundlage im Einzelnen festgelegter Informations- und Berichtspflichten regelmäßig über wesentliche Angelegenheiten der Bank, insbesondere über die beabsichtigte Geschäftspolitik und andere grundsätzliche Fragen der Unternehmensplanung, die Rentabilität der Bank und des Eigenkapitals, den Geschäftsgang, die Lage der Bank, über Geschäfte, die für die Rentabilität und die Liquidität der Bank sowie ihre Vermögens-, Finanz- und Ertragslage von erheblicher Bedeutung sein können, die Risikosituation der Bank und ihre Vergütungssysteme sowie über Maßnahmen der Konzernsteuerung des NORD/LB-Konzerns. Darüber hinaus berichtet der Vorstand dem Aufsichtsrat – insbesondere unter Risikogesichtspunkten – unverzüglich aus wichtigem Anlass, wenn dies für die Lage der Bank von besonderer Bedeutung ist, und bindet ihn bei grundlegenden Entscheidungen entsprechend ein.

Die Vergütung und sonstige Anstellungsbedingungen der Vorstandsmitglieder werden auf Basis der Empfehlungen des Vergütungskontrollausschusses durch den Aufsichtsrat festgelegt. Die Bezüge umfassen feste und variable Bestandteile und werden regelmäßig überprüft.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat hat die Aufgabe, den Vorstand zu beraten und dessen Geschäftsführung zu überwachen. Er beschließt über die Bestellung und Abberufung der Mitglieder des Vorstandes, die allgemeinen Richtlinien für die Geschäfte der Bank, den Vorschlag zur Unternehmensplanung an die Trägerversammlung, die Geschäftsordnung für den Vorstand, die Grundsätze für die Anstellungsverhältnisse der Angestellten, die Bestimmung und Beauftragung des Abschlussprüfers, die Feststellung des Jahresabschlusses, den Erwerb und die Veräußerung von Beteiligungen im Sinne des § 271 HGB sowie den Vorschlag an die Trägerversammlung für die Zustimmung zur Errichtung und Auflösung von Niederlassungen. Der Aufsichtsrat kann beschließen, dass weitere Geschäfte und Maßnahmen, die für die Bank von besonderer Bedeutung sind, seiner Zustimmung bedürfen.

Aufgrund der bis zum 31. Dezember 2016 geltenden Satzung und einer in § 24 der neuen Satzung enthaltenen Übergangsregelung bestand der Aufsichtsrat bis zum 31. März 2017 aus 18 Mitgliedern, von denen zwölf Vertreter der Träger und sechs Vertreter der Arbeitnehmer waren, die nach den Vorschriften des bis zum 31. Dezember 2016 anwendbaren Bremischen Personalvertretungsgesetzes von der Belegschaft der Bank unmittelbar gewählt wurden. Den Vorsitz des Aufsichtsrates führte bis zum 31. Dezember 2016 die Senatorin/der Senator für Finanzen der Freien Hansestadt Bremen,

den stellvertretenden Vorsitz jeweils im Wechsel von zwei Jahren der Niedersächsische Finanzminister und der Verbandsvorsteher des Sparkassenverbands Niedersachsen. Ab dem 1. Januar 2017 führte der Vorstandsvorsitzende der NORD/LB den Vorsitz im Aufsichtsrat der Bremer Landesbank, Vertreter war der Verbandsvorsteher des Sparkassenverbands Niedersachsen. In einer Sitzung am 31. März 2017 wurde der Aufsichtsrat neu gebildet. Er besteht nach der neuen Satzung nunmehr aus acht Mitgliedern, die von der NORD/LB berufen werden, und vier Vertretern der Beschäftigten, die in den Aufsichtsrat nach den Vorschriften des Niedersächsischen Personalvertretungsgesetzes entsandt werden. Die Amtszeit beträgt auch nach der neuen Satzung vier Jahre.

Zur Unterstützung des Aufsichtsrates wurden der Risikoausschuss, Prüfungsausschuss, Nominierungsausschuss, Vergütungskontrollausschuss und Förderausschuss gebildet.

Der Risikoausschuss bestand aufgrund einer Übergangsregelung bis zum 31. März 2017 weiterhin aus zehn Mitgliedern. Bis zum 31. Dezember 2016 führte der Vorsitzende des Vorstandes der NORD/LB den Vorsitz. Dem Ausschuss gehörten ferner zwei weitere Mitglieder für die NORD/LB, die Senatorin/der Senator für Finanzen der Freien Hansestadt Bremen, zwei weitere Mitglieder für die Freie Hansestadt Bremen, der Verbandsvorsteher des Sparkassenverbands Niedersachsen und drei Arbeitnehmervertreter an. Stellvertretender Vorsitzender war ein von der Freien Hansestadt Bremen bestimmtes Mitglied, das der Ausschuss wählte. Vom 1. Januar 2017 bis zum 31. März 2017 war ein Vorstandsmitglied der NORD/LB Vorsitzender des Risikoausschusses, stellvertretender Vorsitzender der Verbandsvorsteher des Sparkassenverbands Niedersachsen. Sonstige Mitglieder des Risikoausschusses in diesem Zeitraum waren weitere vier Vertreter der NORD/LB, der Niedersächsische Finanzminister sowie drei Arbeitnehmervertreter. Ab dem 31. März 2017 gehören dem Risikoausschuss nur noch sechs Mitglieder an, zwei davon sind Beschäftigte der Bremer Landesbank, die auf Vorschlag der Vertreter der Beschäftigten im Aufsichtsrat von diesem gewählt werden. Der Risikoausschuss berät den Aufsichtsrat zur aktuellen und zur künftigen Gesamtrisikobereitschaft und -strategie der Bank und unterstützt ihn bei der Überwachung der Umsetzung dieser Strategie durch die obere Leitungsebene. Der Risikoausschuss hat in regelmäßig stattfindenden Sitzungen insbesondere die Rechte und Pflichten des Aufsichtsrates bei der Beratung und Überwachung der Geschäftsführung der Bank wahrzunehmen.

Der Prüfungsausschuss bestand bis zum 31. Dezember 2016 aus sechs Mitgliedern, und zwar aus je zwei Vertretern der Norddeutschen Landesbank – Girozentrale – und der Freien Hansestadt Bremen, dem Verbandsvorsteher des Sparkassenverbandes Niedersachsen sowie einem dem Aufsichtsrat angehörenden Beschäftigten der Bank, der auf Vorschlag der

Vertreter der Beschäftigten im Aufsichtsrat von diesem gewählt wurde. In der Zeit vom 1. Januar 2017 bis 31. März 2017 gehörten zu den sechs Mitgliedern des Prüfungsausschusses vier Vertreter der NORD/LB, der Verbandsvorsteher des Sparkassenverbandes Niedersachsen und ein Vertreter der Beschäftigten im Aufsichtsrat. Ab dem 31. Januar 2017 besteht der Ausschuss weiterhin aus sechs Mitgliedern, davon jetzt zwei Beschäftigte der Bank, die auf Vorschlag der Vertreter der Beschäftigten im Aufsichtsrat von diesem gewählt werden. Mindestens ein Mitglied des Prüfungsausschusses muss über Sachverstand auf den Gebieten der Rechnungslegung oder Abschlussprüfung verfügen. Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses muss über Sachverstand auf den Gebieten der Rechnungslegung und der Abschlussprüfung verfügen. Der Prüfungsausschuss berichtet dem Aufsichtsrat auf der Grundlage der Berichte der Abschlussprüfer über das Ergebnis der Prüfung des Jahresabschlusses. Dem Prüfungsausschuss obliegen außerdem die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses und der Wirksamkeit des internen Kontrollsystems, des internen Revisionssystems und des Risikomanagementsystems, die Überwachung der Prüfung des Jahres- und Konzernabschlusses, die Überprüfung und Überwachung der Unabhängigkeit des Abschlussprüfers und der von diesem für die Bank erbrachten zusätzlichen Leistungen.

Der Nominierungsausschuss bestand bis zum 31. Dezember 2016 aus sieben Mitgliedern, und zwar aus dem Vorsitzenden des Vorstandes der NORD/LB, der Senatorin/dem Senator für Finanzen der Freien Hansestadt Bremen, dem Verbandsvorsteher des Sparkassenverbandes Niedersachsen, einem von der NORD/LB benannten Aufsichtsratsmitglied, einem weiteren Mitglied des Aufsichtsrates, zu benennen von der Freien Hansestadt Bremen, sowie zwei Arbeitnehmervertretern aus dem Kreis der Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat. Der Vorsitz und der stellvertretende Vorsitz entsprachen der Besetzung des Risikoausschusses. In der Zeit vom 1. Januar 2017 bis 31. März 2017 setzte sich der Nominierungsausschuss aus vier Mitgliedern des Vorstandes der NORD/LB, dem Verbandsvorsteher des Sparkassenverbandes Niedersachsen sowie zwei Arbeitnehmervertretern zusammen. Seit dem 31. März 2017 besteht der Ausschuss nur noch aus sechs Mitgliedern, davon zwei Beschäftigte der Bank, die auf Vorschlag der Vertreter der Beschäftigten im Aufsichtsrat von diesem gewählt werden. Der Nominierungsausschuss unterstützt den Aufsichtsrat insbesondere bei der Ermittlung von Bewerbern für die Bestellung als Vorstandsmitglied und bei der Vorbereitung von Wahlvorschlägen für die Wahl der Mitglieder des Aufsichtsrates sowie bei der regelmäßig, mindestens einmal jährlich, durchzuführenden Bewertung der Struktur, Größe, Zusammensetzung und Leistung des Vorstandes und des Aufsichtsrates und spricht diesbezügliche Empfehlungen aus.

Der Vergütungskontrollausschuss bestand bis zum 31. Dezember 2016 aus sieben Mitgliedern, und zwar aus dem Vorsitzenden des Vorstandes der NORD/LB, der Senatorin/dem Senator für Finanzen der Freien Hansestadt Bremen, dem Verbandsvorsteher des Sparkassenverbandes Niedersachsen, einem von der NORD/LB benannten Aufsichtsratsmitglied mit ausreichend Sachverstand und Berufserfahrung im Bereich Risikomanagement und Risikocontrolling, einem weiteren Mitglied des Aufsichtsrates, zu benennen von der Freien Hansestadt Bremen, sowie zwei Arbeitnehmervertretern aus dem Kreis der Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat. Der Vorsitz und der stellvertretende Vorsitz entsprachen der Besetzung des Risikoausschusses. In der Zeit vom 1. Januar 2017 bis zum 31. März 2017 setzte sich der Vergütungskontrollausschuss aus vier Mitgliedern des Vorstandes der NORD/LB, dem Verbandsvorsteher des Sparkassenverbandes Niedersachsen sowie zwei Arbeitnehmervertretern zusammen. Seit dem 31. März 2017 besteht der Ausschuss nur noch aus sechs Mitgliedern, davon sind zwei Beschäftigte der Bank, die auf Vorschlag der Vertreter der Beschäftigten im Aufsichtsrat von diesem gewählt werden. Der Vergütungskontrollausschuss überwacht insbesondere die angemessene Ausgestaltung der Vergütungssysteme und bereitet die Beschlüsse des Aufsichtsrates über die Vergütung und die übrigen Anstellungsbedingungen der Vorstandsmitglieder vor und berücksichtigt dabei besonders die Auswirkungen auf das Risikomanagement der Bank.

Dem Förderausschuss gehörten bis zum 31. Dezember 2016 der Vorsitzende des Aufsichtsrates, ein vom Aufsichtsrat aus seiner Mitte zu wählendes Mitglied aus dem Geschäftsgebiet der Bank sowie ein vom Vorsitzenden des Risikoausschusses zu benennendes Mitglied an. In der Zeit vom 1. Januar 2017 bis zum 31. März 2017 setzte sich der Ausschuss aus drei Mitgliedern des Aufsichtsrates zusammen. Seit dem 31. März 2017 gehören dem Ausschuss vier Mitglieder an. Er berät den Vorstand in dem diesem von der Trägerversammlung zugewiesenen Rahmen über die Fördertätigkeit der Bank durch Spenden und Sponsoring.

Trägerversammlung

Träger der Bremer Landesbank sind bis zum 31. Dezember 2016 zu 54,8343% die NORD/LB Norddeutsche Landesbank – Girozentrale –, zu 41,2% das Land Bremen und zu 3,9657% der Sparkassenverband Niedersachsen. Jeder Träger kann bis zu drei Vertreter in die Trägerversammlung entsenden. Das Stimmrecht richtet sich nach den Kapitalanteilen der Träger. Die Vertreter jedes Trägers können ihre Stimme nur einheitlich abgeben. Mit Wirkung zum 1. Januar 2017 hat die NORD/LB sämtliche Anteile an der Bremer Landesbank übernommen.

Die Trägerversammlung entscheidet über die allgemeinen Grundsätze der Geschäftspolitik, die Änderung der Satzung, die Festsetzung und Änderung des Stammkapitals, die Änderung des Beteiligungsverhältnisses, die Aufnahme sowie die Festsetzung der Höhe und der Bedingungen sonstigen haftenden Eigenkapitals, den Abschluss, die Änderung und die Aufhebung von Gewinnabführungs- und Beherrschungsverträgen, die Entlastung des Vorstandes und des Aufsichtsrates, die Zustimmung zur Errichtung von Niederlassungen und Filialen, die Unternehmensplanung für das jeweils folgende Geschäftsjahr und die Mehrjahresplanung, die Festsetzung der Vergütung für die Mitglieder des Aufsichtsrates, der Ausschüsse und Beiräte sowie über alle sonstigen Angelegenheiten, die ihr in der Satzung zugewiesen sind.

Interessenkonflikte

Die Vorstandsmitglieder unterliegen während ihrer Tätigkeit für die Bank einem umfassenden Wettbewerbsverbot.

Es ist die Aufgabe der Aufsichtsratsmitglieder, den Vorstand zu beraten und zu überwachen. Die Aufsichtsratsmitglieder sind an Aufträge und Weisungen nicht gebunden.

Organmitglieder und Mitarbeiter dürfen im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit weder für sich noch für andere Personen von Dritten Zuwendungen oder sonstige Vorteile fordern oder annehmen oder Dritten ungerechtfertigte Vorteile gewähren. Ferner darf kein Organmitglied bei seinen Entscheidungen persönliche Interessen verfolgen und Geschäftschancen, die dem Unternehmen zustehen, für sich nutzen. Mögliche Interessenkonflikte sind dem Aufsichtsrat gegenüber unverzüglich offenzulegen.

Alle Geschäfte zwischen dem Unternehmen einerseits und dem Vorstand und dem Aufsichtsrat sowie dessen Ausschüssen sowie ihnen nahestehenden Personen oder ihnen persönlich nahestehenden Unternehmungen andererseits haben branchenüblichen Standards zu entsprechen.

Die Übernahme von Nebentätigkeiten durch Vorstandsmitglieder, insbesondere der Eintritt in Organe oder Beiräte anderer Unternehmen, bedarf der Einwilligung des Gesamtvorstandes. Die Übernahme eines Mandats bei einem Unternehmen, an dem die Bank nicht direkt oder indirekt beteiligt ist, bedarf zusätzlich der Zustimmung des Aufsichtsrates. Zudem unterrichtet der Vorstand den Aufsichtsrat und den Risikoausschuss einmal jährlich über die Nebentätigkeiten der Vorstandsmitglieder.

Berater- und sonstige Dienstleistungs- und Werkverträge eines Aufsichtsratsmitglieds mit der Bank bedürfen der Zustimmung des Aufsichtsrats.

Die Vorstandsmitglieder haben bei ihrer Geschäftsführung die Sorgfalt eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleiters anzuwenden. Verletzen die Vorstandsmitglieder ihre Pflichten, sind sie der Bank zum Ersatz des daraus entstehenden Schadens verpflichtet. Für die Sorgfaltspflicht und die Verantwortlichkeit der Mitglieder des Aufsichtsrats gilt dies entsprechend.

Daten und Fakten

Gründung

26. April 1983

Vorgängerinstitute:

- Staatliche Kreditanstalt Oldenburg-Bremen (gegründet 1883)
- Bremer Landesbank (gegründet 1933)

Organe

- Vorstand
- Aufsichtsrat
- Trägerversammlung

Rechtsgrundlage

Rechtsgrundlage bis zum 31. Dezember 2016:

- Staatsvertrag zwischen der Freien Hansestadt Bremen und Niedersachsen in der Fassung vom 18. Juni 2012
- Satzung vom 28. August 2012 in der Fassung vom 1. Januar 2014

Rechtsgrundlage ab dem 1. Januar 2017:

- Staatsvertrag zwischen der Freien Hansestadt Bremen und Niedersachsen in der Fassung vom 14. November 2016
- Satzung vom 1. Januar 2017

Rechtssitz

Bremen

Aufgaben

Geschäftsbank
Landesbank
Sparkassenzentralbank

Niederlassungen

- Bremen
- Oldenburg

Rechtsform

Rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts

Mitgliedschaften

- Deutscher Sparkassen- und Giroverband e. V.
- Bundesverband öffentlicher Banken e. V.
- Hanseatischer Sparkassen- und Giroverband

Träger

Bis zum 31. Dezember 2016:

- NORD/LB Norddeutsche Landesbank Girozentrale (NORD/LB): 54,8343 %
- Freie Hansestadt Bremen: 41,2000 %
- Sparkassenverband Niedersachsen: 3,9657 %

Ab dem 1. Januar 2017:

- NORD/LB Norddeutsche Landesbank Girozentrale (NORD/LB) zu 100,00 %

Für Kunden der Bremer Landesbank und der mit ihr verbundenen Sparkassen ebenfalls nutzbar:

NORD/LB, Tochtergesellschaften, Beteiligungen, Niederlassungen, Immobilienbüros und Repräsentanzen

Organe der Bremer Landesbank

Mitglieder des Vorstandes

| Vorstand | Geschäftsverteilung im Vorstand | |
|--|-------------------------------------|--|
| <u>Ab 14.11.2016:</u> Christian Veit (Vorsitzender) | Unternehmensbereich Banksteuerung | Stabsbereich Vorstand Finanzen Kommunikation und Marketing Revision |
| <u>Bis 02.11.2016:</u> Dr. Stephan-Andreas Kaulvers (Vorsitzender) | | Unternehmensbereich Risikosteuerung Risikocontrolling (bis 02.11.2016) Operations (ab 03.11.2016) |
| <u>Ab 03.11.2016:</u> Andreas Hähndel (Stellv. Vorsitzender) | Unternehmensbereich Risikosteuerung | Compliance/Geldwäscheprävention/Fraud Marktfolge Finanzierungen Operations (bis 02.11.2016) Risikocontrolling (ab 03.11.2016) |
| <u>Bis 02.11.2016:</u> Heinrich Engelken (Stellv. Vorsitzender) | | |
| Dr. Guido Brune | Unternehmensbereich Vertrieb | Geschäftsfeld Financial Markets Geschäftsfeld Privatkunden BLB Immobilien GmbH |
| Björn Nullmeyer | Unternehmensbereich Vertrieb | Geschäftsfeld Spezialfinanzierungen Geschäftsfeld Schiffsfinanzierungen Geschäftsfeld Firmenkunden BLB Leasing GmbH |
| | Unternehmensbereich Banksteuerung | Personalmanagement |
| Generalbevollmächtigte | | |
| Mathias Barghoorn (bis 31.12.2016) | | |
| Matthias Hellmann | | |

Mitglieder des Aufsichtsrates

Zusammensetzung des Gremiums am 31. Dezember 2016:

Bürgermeisterin

Karoline Linnert

(Vorsitzende)
Senatorin für Finanzen,
Bremen

Minister

Peter-Jürgen Schneider

(Stellvertretender Vorsitzender)
Niedersächsischer Finanzminister,
Hannover

Thomas S. Bürkle

Mitglied des Vorstandes der NORD/LB
Norddeutsche Landesbank
Girozentrale, Hannover

Thomas Mang

Präsident des Sparkassenverbandes
Niedersachsen, Hannover

Ursula Carl

Geschäftsführerin
ATLANTIC Grand Hotel, Bremen

Bernhard Reuter

Landrat des Landkreises Göttingen,
Göttingen

Prof. Dr. Wolfgang Däubler, Prof. i. R.

Deutsches und Europäisches Arbeitsrecht,
Bürgerliches Recht und Wirtschaftsrecht
Universität Bremen, Bremen

Michael Schlüter

Bankkaufmann
Bremer Landesbank,
Oldenburg

Frank Doods

Staatssekretär
Niedersächsisches Finanzministerium,
Hannover

Prof. Matthias Stauch

Staatsrat
Senator für Justiz und Verfassung,
Bremen

Dr. Gunter Dunkel

Vorsitzender des Vorstandes der
NORD/LB Norddeutsche Landesbank
Girozentrale, Hannover

Jörg Walde

Bankkaufmann
Bremer Landesbank,
Bremen

Heinz Feldmann

Vorsitzender des Vorstandes der
Sparkasse LeerWittmund,
Wittmund

Doris Wesjohann

Mitglied des Vorstandes der
Lohmann & Co. AG, Visbek

Dr. Olaf Joachim

Staatsrat
Senatskanzlei,
Bremen

Eike Westermann

Volljurist
Bremer Landesbank,
Bremen

Andreas Klarmann

Bankkaufmann
Bremer Landesbank,
Oldenburg

Markus Westermann

Landesbezirksfachbereichsleiter
Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft
ver.di, Hannover

Zusammensetzung des Gremiums vom 1. Januar bis 30. März 2017:

Thomas S. Bürkle

(Vorsitzender)
Vorsitzender des Vorstandes der
NORD/LB Norddeutsche Landesbank
Girozentrale, Hannover

Thomas Mang

(Stellvertretender Vorsitzender)
Präsident des Sparkassenverbandes
Niedersachsen, Hannover

Prof. Dr. Wolfgang Däubler, Prof. i. R.
Deutsches und Europäisches Arbeitsrecht,
Bürgerliches Recht und Wirtschaftsrecht
Universität Bremen, Bremen

Christoph Dieng

Mitglied des Vorstandes der NORD/LB
Norddeutsche Landesbank
Girozentrale, Hannover

Frank Doods

Staatssekretär
Niedersächsisches Finanzministerium,
Hannover

Heinz Feldmann

Vorsitzender des Vorstandes der
Sparkasse LeerWittmund,
Wittmund

Dr. Hinrich Holm

Mitglied des Vorstandes der NORD/LB
Norddeutsche Landesbank
Girozentrale, Hannover

Andreas Klarmann

Bankkaufmann
Bremer Landesbank,
Oldenburg

Bernhard Reuter

Landrat des Landkreises Göttingen,
Göttingen

Bernd Sablowsky

Leiter Strategieentwicklung der NORD/LB
Norddeutsche Landesbank
Girozentrale, Hannover

Michael Schlüter

Bankkaufmann
Bremer Landesbank,
Oldenburg

Minister

Peter-Jürgen Schneider

Niedersächsischer Finanzminister,
Hannover

Dietmar Strehl

Staatsrat
Senator für Finanzen,
Bremen

Günter Tallner

Mitglied des Vorstandes der NORD/LB
Norddeutsche Landesbank
Girozentrale, Hannover

Jörg Walde

Bankkaufmann
Bremer Landesbank,
Bremen

Doris Wesjohann

Mitglied des Vorstandes der
Lohmann & Co. AG, Visbek

Eike Westermann

Volljurist
Bremer Landesbank,
Bremen

Markus Westermann

Landesbezirksfachbereichsleiter
Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft
ver.di, Hannover

Zusammensetzung des Gremiums ab 31. März 2017:

Thomas S. Bürkle

(Vorsitzender)

Vorsitzender des Vorstandes der
NORD/LB Norddeutsche Landesbank
Girozentrale, Hannover

Günter Tallner

(Stellvertretender Vorsitzender)

Mitglied des Vorstandes der NORD/LB
Norddeutsche Landesbank
Girozentrale, Hannover

Christoph Dieng

Mitglied des Vorstandes der NORD/LB
Norddeutsche Landesbank
Girozentrale, Hannover

Frank Doods

Staatssekretär
Niedersächsisches Finanzministerium,
Hannover

Dr. Hinrich Holm

Mitglied des Vorstandes der NORD/LB
Norddeutsche Landesbank
Girozentrale, Hannover

Thomas Mang

Präsident des Sparkassenverbandes
Niedersachsen, Hannover

Bernd Sablowsky

Leiter Strategieentwicklung der NORD/LB
Norddeutsche Landesbank
Girozentrale, Hannover

Michael Schlüter

Bankkaufmann
Bremer Landesbank,
Oldenburg

Dietmar Strehl

Staatsrat
Senatorin für Finanzen,
Bremen

Jörg Walde

Bankkaufmann
Bremer Landesbank,
Bremen

Eike Westermann

Volljurist
Bremer Landesbank,
Bremen

Markus Westermann

Landesbezirksfachbereichsleiter
Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft
ver.di, Hannover

Mitglieder der Trägerversammlung

Zusammensetzung des Gremiums am 31. Dezember 2016:

Für die Norddeutsche Landesbank – Girozentrale –

Vorsitzender

Dr. Gunter Dunkel

Vorsitzender des Vorstandes der NORD/LB Norddeutsche Landesbank – Girozentrale –, Hannover

Thomas S. Bürkle

Mitglied des Vorstandes der NORD/LB Norddeutsche Landesbank – Girozentrale –, Hannover

Minister

Peter-Jürgen Schneider

Niedersächsischer Finanzminister, Hannover

Für die Freie Hansestadt Bremen

Stellv. Vorsitzende

Bürgermeisterin Karoline Linnert

Senatorin für Finanzen der Freien Hansestadt Bremen, Bremen

Dr. Anke Saebetzki

Senatsdirektorin bei der Senatorin für Finanzen der Freien Hansestadt Bremen, Bremen

Arne Schneider

Senator für Finanzen, Bremen

Für den Sparkassenverband Niedersachsen

Thomas Mang

Präsident des Sparkassenverbandes Niedersachsen, Hannover

Harm-Uwe Weber

Landrat des Landkreises Aurich, Aurich

Gerhard Fiand

Vorsitzender des Vorstandes der Landessparkasse zu Oldenburg, Oldenburg

Zusammensetzung des Gremiums ab 1. Januar 2017:

Für die Norddeutsche Landesbank – Girozentrale – (als alleinige Trägerin seit 1. Januar 2017)

Vorsitzender

Thomas S. Bürkle

Vorsitzender des Vorstandes der NORD/LB Norddeutsche Landesbank – Girozentrale –, Hannover

Stellv. Vorsitzender

Christoph Dieng

Mitglied des Vorstandes der NORD/LB Norddeutsche Landesbank – Girozentrale –, Hannover

Günter Tallner

Mitglied des Vorstandes der NORD/LB Norddeutsche Landesbank – Girozentrale –, Hannover

Mitglieder des Beirates (bis 30. März 2017)

Bürgermeisterin Karoline Linnert

(Vorsitzende)
Bürgermeisterin
Senatorin für Finanzen der
Freien Hansestadt Bremen, Bremen

Thomas Mang

(Stellvertretender Vorsitzender)
Präsident des Sparkassenverbandes
Niedersachsen, Hannover

Heiko Albers

Präsident Wasserverbandstag e. V.,
Hannover

Jörg Bensberg

Landrat des Landkreises Ammerland

Kai-Uwe Bielefeld

Landrat des Landkreises Cuxhaven,
Cuxhaven

Paul Bödeker (ab 1. April 2016)

Bürgermeister der Stadt Bremerhaven

Bernhard Bramlage

Landrat des Landkreises Leer, Leer

Rolf Brandstrup

Vorsitzender des Vorstandes der
Sparkasse Wilhelmshaven, Wilhelmshaven

Dr. Claas Brons

Geschäftsführer der Y. & B. Brons, Emden

Elke Brüning

Geschäftsführerin der
Klaas Siemens GmbH, Emden

Günter Distelrath

Verbandsgeschäftsführer des
Sparkassenverbandes Niedersachsen,
Hannover

Frank Dreeke

Vorsitzender des Vorstandes der
BLG Logistics Group AG & Co. KG

Gerhard Fiand

Vorsitzender des Vorstandes
der Landessparkasse zu Oldenburg

Ralf Finke

Vorsitzender des Vorstandes der
Kreissparkasse Grafschaft Diepholz,
Diepholz

Dr. Matthias Fonger

Hauptgeschäftsführer und I. Syndicus der
Handelskammer Bremen, Bremen

Günter Günnemann

Vorsitzender des Vorstandes der
Kreissparkasse Syke, Syke

Martin Hockemeyer

Geschäftsführender Gesellschafter
der Thiele-Gruppe, Ritterhude

Hans-Dieter Kettwig

Geschäftsführer
ENERCON GmbH, Aurich

Peter Klett

Vorsitzender des Vorstandes
der Weser-Elbe Sparkasse

Jürgen Krogmann

Oberbürgermeister der Stadt Oldenburg

Reinhard Krüger

Vorsitzender des Vorstandes
der Sparkasse Rotenburg-Bremervörde

Bernd Meerpohl

Vorstand der Big Dutchman
Aktiengesellschaft, Vechta

Doris Nordmann

Ministerialdirigentin Niedersächsisches
Finanzministerium, Hannover

Angelika Saacke-Lumper

Gesellschafterin
Saacke GmbH, Bremen

Martin Steinbrecher

Geschäftsführer der Martin Steinbrecher GmbH, Wittmund

Dietmar Strehl

Staatsrat bei der Senatorin für Finanzen der Freien Hansestadt Bremen, Bremen

Gert Stuke

Präsident der Oldenburgischen Industrie- und Handelskammer, Oldenburg

Michael Teiser (bis 31. März 2016)

Bürgermeister und Stadtkämmerer der Stadt Bremerhaven, Bremerhaven

Manfred Wendt

Geschäftsführer Johann Bunte Bauunternehmung GmbH & Co. KG, Papenburg

Impressum

Herausgeber

Bremer Landesbank
Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale –

Konzept, Text, Gestaltung
Bremer Landesbank
Gestalt und Form, Bremen

Stand: April 2017

Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale –

Bremen: Domshof 26, 28195 Bremen
Telefon 0049 421 332-0, Telefax 0049 421 332-2322
Oldenburg: Markt, 26122 Oldenburg
Telefon 0049 441 237-01, Telefax 0049 441 237-1333

www.bremerlandesbank.de
kontakt@bremerlandesbank.de